

25. Jahrgang, Wien, Montag, den 3. November 1919, Nr. 433.

Die städtischen Steinbrüche im Verwaltungsjahr 1917/18. Im Stadtrate brachte StR. Rudolf Müller einen Bericht über die Gebarung der städtischen Steinbrüche in Oberösterreich im Verwaltungsjahr 1917/18 zur Kenntnis, dem zu entnehmen ist, daß der Betrieb einen Ueberschuß von 190.000 K ergeben hat, worin auch der Ueberschuß der den Steinbruchbetrieben angegliederten Oekonomie enthalten ist. Der Bericht wurde zur Kenntnis genommen.

Die Milchlieferungen. In der letzten Sitzung der Milchversorgungsstelle teilte der Leiter Mag. Sekretär Dr. Nather mit, daß die Milchlieferungen nach Wien infolge der Unterbindung des Schleichhandels mit Milch auf täglich ungefähr 80.000 Liter gestiegen seien. Weiter gab er dem Beirats die zur weiteren Hebung der Anlieferung sowie zur Beseitigung der Schwierigkeiten bei der Milchverteilung anzuergreifenden Schritte bekannt. Auch der seitens der Molkereien, des Vereines der Milchgroßhändler und der Genossenschaft der Milchmeier eingebrachte Vorschlag wegen Erhöhung der Milchpreise wurde einer eingehenden Erörterung unterzogen.

Nichteinhaltung der Sparvorschriften für Elektrizität. Trotzdem in der Presse täglich auf den Kohlenmangel der Elektrizitätswerke hingewiesen und zur größten Sparsamkeit aufgefordert wird, gibt es Konsumenten die die gebotene Sparsamkeit nicht beachten. Die Einhaltung der Sparmassnahmen wird sowohl durch staatliche Organe als auch durch die Elektrizitätswerke streng überwacht und die Nichteinhaltung der Sparmassnahmen durch die Abschaltung der betreffenden Anlage geahndet. In den letzten Tagen wurden rund 500 Wohnungen abgeschaltet, die elektrischen Strom erst dann wieder erhalten werden, bis der Mehrverbrauch durch die Abschaltung erspart wurde.

Straßensperrung. Die Durchfahrt durch die Gaheisgasse früher Raschgasse im XIII. Bezirk ist bis auf weiteres verboten. Die Falfahrt

durch die Radelmayergasse im XIX. Bezirk ist für beladene Schwerfuhrwerk nur mit Radschuh gestattet. Uebertretungen werden geahndet.

Verband der Angestellten der Stadt Wien. Mittwoch, den 5. November um 4 Uhr nachmittags findet in der Volkshalle des Rathauses eine allgemeine Delegiertenversammlung statt. Die Delegierten werden um pünktliches und zuversichtliches Erscheinen ersucht.

Kraut für Mindestbemittelte. In der 122. Aktionswoche wird an alle Besitzer der sofarbenen Einkaufscheine für Wohlfahrtfleisch frisches Kraut zum Preise von 80 h per kg gegen Abtrennung des Abschnittes „F“ in den Geschäften der Großschlächtereier abgegeben: Donnerstag, den 6. November für A - F, Samstag, den 8. November für G - K, Dienstag, den 11. November für L - R und Donnerstag den 13. November für S - Z. Es erhalten Einzelpersonen $\frac{1}{2}$ kg, Haushalte mit 2 bis 3 Personen 1 kg, Haushalte mit 4 bis 5 Personen $1\frac{1}{2}$ kg und Haushalte mit 6 und mehr Personen 2 kg. Außerdem wird die Abgabe von Wohlfahrtfleisch (Pferdefleisch) an jene Besitzer der rosafarbenen Einkaufscheine stattfinden, die in dem Stande VI. Bezirk Gumpendorferstraße rayoniert sind. Abgetrennt wird der durch die Nummer „1“ gekennzeichnete Wochenabschnitt des rosafarbenen Einkaufscheines. Für jede Person des Haushaltes werden 10 dkg zum Preise von K 1.- abgegeben werden. Die Abgabetermine sind dieselben wie für Kraut-

Lehrerhausverein. Bestellungen auf Hartholz, ins Haus zugestellt, werden in der Vereinskasse an Wochentagen von $\frac{1}{2}$ 9 bis $\frac{1}{2}$ 1 und von $\frac{1}{2}$ 3 bis 6 Uhr entgegengenommen. Preis per kg K 1.- bis K 1.20 je nach Kronenkurs.

Erste österreichische Sparkasse. Der Gesamteinlagenstand dieser Anstalt betrug am 31. Oktober 666.736.699 K, der Stand der Hypothekendarlehen betrug 318.318.736 K, Die Pfandbriefdarlehen beliefen sich auf 17.342.345 K, 60jährige Pfandbriefe waren 18.015.200 K im Umlauf, Wechsel wurden 2.041.300 eskontiert, dagegen 1.260.400 einkassiert. Der Besitz an Wechseln und Schatzscheinen betrug 19.853.200 K.

Von der amerikanischen Ausspeisung. Heute Nachmittags fand im Rathhaus unter Vorsitz des Bgm. Heumann eine Besprechung wegen Fortsetzung der öffentlichen Ausspeisung und Sicherstellung der hierfür notwendigen Geldmittel statt, an welcher teilnahmen: Dr. Geist mit mehreren Mitgliedern der amerikanischen Hilfsaktion, Min. Rat Dr. De Giesche, Sekr. Rat Dr. Stursow und Dr. Flenthaler für das Volksernährungsamt, Min. Rat Dr. Benkovic für die Staatsamt der Finanzen, ferner Vicebgm. Winter, die Stadträte Frau Seidl, Breitner und Korda, die Obmann der Armeninstitution, Vertreterinnen der Frauenhilfskomitees, Vizepräsident Dr. Schiff und andere Vertreter von großen Ausspeisungsorganisationen. In längerer Rede betonte Bgm. Heumann die derzeitigen Verhältnisse der öffentlichen Ausspeisung, einander und wies darauf hin, dass bei der von Dr. Geist übernommenen Ausspeisungsaktion sich die Kosten der abgelaufenen Hauptmahlzeit *im Hofmann und Hofmann* stellen werden, dass daher für alle diejenigen, welche diesen Betrag nicht aufbringen können, die Ausspeisung zu einem ermäßigten Preise, event. unentgeltlich werde erfolgen müssen, dass aber auch durch die Ungunst der Verhältnisse, insbesondere durch den Brennstoffmangel zahlreiche Angehörige des Mittelstandes sich ebenfalls dieser Ausspeisung bedienen werden. Er stellte zur Erörterung in welcher Weise die für die ganze Aktion erforderlichen Geldmittel sichergestellt und die Auswahl der bei der Aktion Ausspeisung zu begünstigenden Personen getroffen werden solle. Nach einer eingehenden Debatte, an welcher sich insb. Dr. Schiff, die St. R. Frau Seidl und Breitner, Oberbaurat Dr. Janak, Dr. De Giesche, Vicebgm. Winter, Dr. Spiet und *von Gammelin* Book, Fleischner, Königstätter, Guter und Pilzer beteiligten, fasste Bgm. Heumann das Ergebnis der Sitzung dahin zusammen, dass die öffentliche Ausspeisung, und zwar teils entgeltlich, teils unentgeltlich in möglichst grossem Umfange fortzusetzen sei, dass die in Betracht kommenden Staatsämter geneigt seien, diese Aktion wie bisher weiterzuführen zu unterstützen, dass über die erforderlichen persönlichen Erhebungen noch mit Dr. Geist im Einklang zu erörtern sei und dass schliesslich der wünschenswerten Erwartung Ausdruck fand, dass es der städtischen Leitung des Dr. Geist gelingen werde, die grosse Aufgabe die er übernommen habe erfolgreich durchzuführen.

Wiener Rathaus-Korrespondenz

Herausgeber und verantwortl. Redakteur Franz Michen.
Wien, 1., Neues Rathaus.

25. Jahrgang, Wien, Dienstag, den 4. November 1919, Nr. 434.

Kartoffelabgabe. Mittwoch bis Freitag werden in XX. und XXI. Bezirke inländische Kartoffel zum Preise von K. 1.80, und zwar $\frac{1}{2}$ kg pro Kopf gegen Abtrennung des Abschnittes „R“ der Kartoffelkarte abgegeben.

Die Benützung der Ersatzbeleuchtung. Mit Rücksicht auf die Verwendung für Azetylenersatzbeleuchtung wird darauf aufmerksam gemacht, dass für die Verwendung von Azetylenapparaten für Beleuchtungszwecken und für den Gebrauch von Karbid in der Ministerialverordnung vom 10. September 1912 R.G.Bl.Nr. 195 eigene Vorschriften enthalten sind, deren Nichtbefolgung unter Strafe gestellt ist. Besonders zu beachten ist, dass die Karbidrückstände, die in der Regel noch unvergaste Teile enthalten, nicht in Aberte, Einaufgitter, Kanäle u.dgl. geleert werden.

Die Schaffung eines Messeamtes. In Stadträte berichtete STR. Linder über den Entwurf einer Vollzugsanweisung betreffend die Errichtung eines Messeamtes. Der Stadtrat hat den Beschluss gefasst, die Gemeinde Wien begrüsst die Bestrebungen zur Errichtung einer Messe in Wien und legt Wert darauf, in dem zu bildenden Messeausschuss mit drei Vertretern vertreten zu sein.

Wäscheankäufe. Der Stadtrat hat die Ankäufe von Wäsche und Kleider, worüber STR. Amalie Seidel berichtete, genehmigt. Von der Firma Teret werden ungefähr 9.600 Stück alte Kleider, rund 1500 Stück alte und neue Wäsche für das Versorgungshaus Lainz und für ^{das} Asyl- und Werkhaus der Stadt Wien, 2000 Stück Arbeitsschürzen angekauft. Vom Volksbekleidungsamte werden 312 Stück Leintücher und 600 Stück Schafwolledecken, von der Hauptstelle für Volksbekleidung für die Heil- und Pflegeanstalten der Stadt Wien Leinen- und Baumwollwaren um mehr als 1 Million Kronen angekauft.

Die Sperre der Kaiser-Franz-Josef-Brücke. Die durch die Bauarbeiten an dieser Brücke notwendig gewordene Verkehrssperre wird in dem bestehenden Umfange bis 15. November verlängert.

Wiener Rathaus-Korrespondenz

Herausgeber und verantwortl. Redakteur Franz Michen.
Wien, 1., Neues Rathaus.

25. Jahrgang, Wien, Mittwoch, den 5. November 1919, Nr. 435.

Kartoffelabgabe. Donnerstag bis Samstag werden im 1. Bezirke inländische Kartoffeln zum Preise von K 1.80 per kg und zwar $\frac{1}{2}$ kg pro Kopf gegen Abtrennung des Abschnittes „S“ der Kartoffelkarte abgegeben.

Für die Armen des IX. Bezirkes. Die Bezirksvertretung dieses Bezirkes hat die Aufbringung von Geldmitteln in die Wege geleitet, um den Armen, Kranken und Greisen des Bezirkes im Winter die notwendigste Unterstützung gewähren zu können. Durch die Schulen und die Armenvorsteher sollen die Kinder mit Kleidern, Schuhen und Holz beteiligt werden. Ausser den Sammlungen in den Häusern, die von allen Parteien durchgeführt werden, finden Sonntag nachmittag in allen Kinos des Bezirkes Sondervorstellungen statt. Die Kinobesitzer haben sich bereit erklärt, das Reinertragnis dieser Vorstellungen dem angeführten Zwecke zu widmen. Ferner werden zur Unterstützung der Armen Vorstellungen im Komödienhaus und in der Neuen Wiener Bühne und ein Konzert/der Volksoper stattfinden.

Die Räumlichkeiten für die städtische Dienstvermittlung.

Der ehemalige Gemeinderat Karl Wimberger, in dessen Haus an Neubaugürtel die städtische Dienstvermittlung untergebracht ist, trat an die Gemeinde Wien mit dem Ansuchen um eine neuerliche Entschädigung von 32.500 K für die seitens der Gemeinde Wien neu gemieteten Räume in seinem Hause heran, weil ihm durch den Parteienverkehr angeblich finanzielle Nachteile erwachsen seien. Der Magistrat beantragte die Ablehnung dieses Ansuchens, dem sich auch in der heutigen Stadtratsitzung der Referent StR. Richter anschloss. Nachdem Wimberger ohnehin schon erst bei der seinerzeitigen Miete der Räume einen Entschädigungsbetrag von 60.000 K erhalten hat. StR. Siegel bezeichnete es als ein überaus starkes Stück, dass Wimberger ein solches Ansuchen zu stellen wage. Schon seinerzeit anlässlich der Miete des Saales für Zwecke der Arbeitsvermittlung habe er die Zwangslage der Gemeinde, diesen Saal mieten zu müssen, *ausgenützt*, indem er damals eine Entschädigung von 60.000 K verlangte, die ihm auch bewilligt worden sei. Jetzt *benütze* die Zwangslage der Gemeinde abermals für seine Zwecke, wozu ihm aber der Stadtrat nicht zustimmen könne.

Der Referent bemerkt in seinen Schlussworten, dass Wimberger in der Tat die Zwangslage der Gemeinde jetzt ausnützen wolle, da er ja schon damals, als er die Arbeitsvermittlung in sein Haus aufgenommen habe, sich darüber im Klaren gewesen sein musste, dass mit derselben auch ein Parteienverkehr verbunden sein werde. Die Gemeinde habe zweifellos keine Verpflichtung, den Ansuchen Wimbengers Rechnung zu tragen und deshalb beantrage er dessen Ablehnung. Der Referentenantrag wurde angenommen.

Die Kohlenversorgung. In der heutigen Sitzung des Stadtrates erstattete Bgm. Reumann folgenden Bericht über die Versorgung der Stadt Wien mit Kohle: Die Kohlsituation hat keine Besserung gefunden, vielmehr eine namhafte Verschlechterung. Wir stehen vor der Tatsache, dass der Betrieb der Elektrizitätswerke auf das Ärgste gefährdet erscheint. Ich habe am 3. November folgende Zuschrift von Seite der Direktion der Gaswerke erhalten: „Oberbaurat Philip des Staatsamtes für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten teilt mir mit, dass die städtischen Elektrizitätswerke wegen Kohlenmangel vor der Betriebseinstellung stehen und dass er genötigt sei, durch zwei Tage den gesamten für die städtischen Gaswerke bestimmten Kohleneinlauf (ungefähr 2000 Tonnen) den Elektrizitätswerken zu überweisen. Die gefertigte Direktion hat dem Oberbaurat Philip gegenüber auf das äusserste Bedenken dieser Massnahme in Hinblick auf die Unersetzlichkeit der Gaswerkskohle hingewiesen. Der Genannte erklärte, keinen anderen Ausweg zu finden. Er stellte nur in Aussicht, dass angeblich als Ersatz für die in Lundenburg beschlagnahmten Oberschlesischen Kohlen von der tschechischen Regierung zugesagt worden ist, den städtischen Gaswerken zuzuweisen.“

Sie werden begreifen, dass diese bedenkliche Manipulation, Kohle vom Gaswerke zu nehmen und dem Elektrizitätswerke zu geben, unter uns die grösste Beunruhigung hervorrufen muss, weil dadurch auch die Versorgung der Bevölkerung mit Gas auf das ernsteste gefährdet erscheint. In derselben Angelegenheit ist vom städtischen Elektrizitätswerke folgender Bericht, ebenfalls unter dem 3. November eingelangt: „Seit einigen Tagen ist die Belieferung der Elektrizitätswerke mit Kohle wieder sehr schlecht. Ich habe deshalb alltäglich eine grössere Zuweisung von Kohle verlangt, und zwar umso mehr, als das Staatsamt für die Ankerbrotfabrik täglich 5 Waggons Nordwestböhmische Kohle abdisponiert hat, wofür allerdings dem Elektrizitätswerk das gleiche Quantum oberböhmischer Steinkohle zugewiesen werden sollte, diese letztere Zuweisung aber ziemlich illusorisch ist, weil die Elektrizitätswerke ohnedies den gesamten Einlauf aus Oberschlesien erhalten sollen.“

Dazu bemerke ich, wenn diese 5 Waggons der Ankerbrotfabrik oder einem anderen Nahrungsmittelunternehmen nicht zugewiesen werden, so bekommen wir eben kein Brot. Ich bemerke das nur deshalb, damit nicht geglaubt werden könnte, dass diese Abdisponierung etwa unterbleiben hätte können. In dem Berichte heisst es dann weiter: „Auf meine heutige telefonische Urgenz wegen Verbesserung der Kohlenlieferung hat mir soeben Herr Oberbaurat Philip vom Staatsamt für Handel und Gewerbe telefoniert, dass infolge Verfrachtung des Einlaufes aus Oberschlesien am heutigen Tage bloss 400 Tonnen Oberschlesischer Kohle an das Elektrizitätswerk abdisponiert worden sind und in den nächsten 2 Tagen mit einer noch geringeren Lieferung gerechnet werden müsse, weil sich der Förderausfall an den beiden Feiertagen geltend machen wird. Es bliebe nichts anderes übrig, als dem Elektrizitätswerk zwei Tage lang den Kohleneinlauf des Gaswerkes zuzuweisen. Hiervon sei bemerkt, dass der Vorrat der Elektrizitätswerke zu Beginn des heutigen Tages zirka 1700 Tonnen betrug, und zwar zumeist schlechte Kohle, mit der nicht einmal zwei Tage das Auslangen gefunden werden könnte.“

Die Kohlenversorgung ist aber nicht nur beim Elektrizitätswerk und

beim Gaswerk schlecht, sondern es ist auch die Belieferung der städtischen Kohlenplätze geradezu katastrophal. Die Situation wird noch dadurch verschärft, dass die Bringung von Holz ungeheure Schwierigkeiten verursacht. Trotzdem alles versucht wurde, Holz hereinzubringen, ist auf einen Ersatz von Kohle durch Holz unter keinen Umständen zu rechnen. Die mangelnde Kohle durch Holz zu ersetzen ist überhaupt unmöglich, ganz abgesehen von den Schwierigkeiten, die der Holzaufbringung gegenwärtig auf allen Seiten entgegenstehen. Nur eine grössere Zufuhr von Kohle allein kann uns vor einer Katastrophe retten.

Der Bericht des Bürgermeisters wurde zur Kenntnis genommen.

Der 12. November im Rathaus.

In der heutigen Stadtratsitzung teilte Bgm. Reumann mit, dass er am 12. November, an dem Tage der Erklärung der Republik im Festsaal des Rathauses eine Festversammlung des Gemeinderates zu veranstalten beabsichtige. In derselben werde in einer Ansprache die Bedeutung des Tages gewürdigt werden.

Die Versammlung werde um 3 Uhr nachmittags beginnen.

Weiter teilte der Bürgermeister mit, er werde veranlassen, dass an diesem Tage die städtischen Gebäude und Schulen beflaggt werden. Der Tag werde den Schülern frei gegeben und es frage sich noch, ob es nicht zweckdienlich erscheinen werde, der Jugend eine bleibende Erinnerung durch ein Gedenkblatt auf dem Lebensweg mitzugeben. Endlich werde an diesem Tage eine Kostaufbesserung für die Pflinglinge und das Personal in den städtischen Humanitätsanstalten Platz greifen.

Wiener Kinder ins Ausland. VB. Winter machte in der heutigen Stadtratsitzung die Mitteilung, dass heute ein neuer Zug mit Wiener Kindern in die Schweiz abgehen werde. Es ist dies innerhalb kurzer Zeit der fünfte Zug, der Wiener Kinder in die Schweiz bringt. Am 24. September gingen 850 Kinder, am 8. Oktober 834 Kinder, am 14. Oktober 620 Kinder, am 2. November 1300 Kinder in die Schweiz. Mit dem heutigen Zuge werden es 4400 Kinder sein, welche in den letzten sechs Wochen in die Schweiz abgingen. VB. Winter betonte, dass, wenn dieses Tempo weiterhin eingehalten werden sollte, unsere kühnsten Hoffnungen in Erfüllung gehen werden. Er ersuchte den Stadtrat, dem Redakteur Buomberger in St. Gallen für die Bemühungen, die zur Abfahrt des heutigen Zuges führte, einen Brief mit den Dankesversicherungen des Stadtrates übermitteln zu dürfen.

VB. Winter machte weiters die Mitteilung, dass gestern ein Zug mit 400 Kindern nach Dänemark abgegangen ist und dass Aussicht bestehe, dass noch weitere Kinder nach Dänemark befördert werden können. Ferner sind Verhandlungen im Zuge, die darauf abzielen, Wiener Kinder nach Holland und nach Norwegen zu bringen. Es besteht Hoffnung, dass der Transport der Kinder nach Holland noch im Laufe des Winters erfolgen können wird.

W I E N E R R A T H A U S K O R R E S P O N D E N Z .

W i e n , 5 . N o v e m b e r 1919 . - A b e n d a u s g a b e .

Löbliche Redaktion !

In der-Notiz: Der 12. November im Rathause
soll es im ersten Absatz heissen

eine Bestversammlung der Gemeindefunktionäre
und nicht,,,,, des Gemeinderates,

Rathaus-Korrespondenz

Verleger und verantwortl. Redakteur Franz Macheu.
Wien, 1. Neues Rathaus.

Ausgabe

25. Jahrgang, Wien, Donnerstag, den 6. November 1919, Nr. 436.

Die Holzaufbringung für Wien. Unternehmer, die in der Lage sind die Schlägerung und Bringung von Brennholz in Niederösterreich für die Gemeinde Wien mit eigenem Personal und eigenen Hilfsmitteln durchzuführen, wollen entsprechende Angebote an das Bezirkswirtschaftsamt in Wien Stelle VIII, Neues Rathaus, einsenden.

Ehrenpension für Popper-Lynkeus. Ueber Antrag des StR. Speiser wurde in der heutigen Stadtratsitzung dem hochbetagten Dichter und Sozialreformer Josef Popper-Lynkeus, der während der vielen Jahrzehnte/er in Wien wirkte, allgemeine Anerkennung gefunden und sich eine hervorragende Stellung im geistigen Leben der Stadt geschaffen hat, eine Ehrenpension von jährlich 6000 K auf Lebensdauer gewährt. StR. Dr. Grün bemerkte zu den Ausführungen des Referenten, das Popper-Lynkeus' Theorie, das Arbeiten in der Arbeitsarmee durch eine gewisse Zeitsich in lebenslänglicher Versorgung umzusetzen, möge auch für ihn selbst gelten: Er habe soviel in der Arbeitsarmee geleistet, das er nunmehr selbst das Recht habe, den Rest seines Lebens vollständig versorgt zu haben.

2 Ausgabe

25. Jahrgang, Wien, Donnerstag, den 6. November 1919, Nr. 437.

Von der Freiwilligen Rettungsgesellschaft. In der heutigen Stadtratsitzung berichtete VB Winter über ein Ansuchen der Freiwilligen Rettungsgesellschaft um Anbringung von Klebestreifen in den Strassenbahnwaggons. Die Rettungsgesellschaft befindet sich, wie ohnehin bekannt sei, in schlechten finanziellen Verhältnissen. Sie wolle nun durch Aufrufe neue Mitglieder werben und zu diesem Zwecke Klebestreifen in den Strassenbahnwaggons anbringen. StR. Dr. Grün bat diesen Antrag anzunehmen. Gleichzeitig urgierte er die Zuziehung der von der Gemeinde seinerzeit gewählten Vertreter in das Aktionskomitee der Gesellschaft, da wie ihm scheine, jetzt der Zeitpunkt eingetreten sei, wo auch die Gemeinde zur Hilfeleistung für die Gesellschaft ihr Schärfflein beitragen könne. VB Winter schloss sich diesem Antrage an, machte aber darauf aufmerksam, dass an Stelle des aus dem Gemeinderate ausgeschiedenen Dr. Löwenstein, der seinerzeit in diesem Aktionskomitee gewählt worden sei, ein anderer städtischer Funktionär gewählt werden müsse. Der Antrag des Referenten wurde angenommen und an Stelle des ehemaligen GR. Dr. Löwenstein StR. Täubler in das Aktionskomitee delegiert.

Wohnungsanforderung. In der heutigen Sitzung des Stadtrates berichtete StR. Dr. Sohen über die Wohnungsanforderung. In der Woche vom 13. bis 19. Oktober wurden in den XXI. Bezirken 236 Wohnungen und 33 Einzelwohnräume angefordert. Von diesen Wohnungen entfallen auf Kleinwohnungen 158, auf kleine Mittelwohnungen 40, auf grössere Mittelwohnungen 27, auf grosse Wohnungen 13. Nach Wohnungsbestandteilen verteilen sich diese Wohnungen wie folgt: 339 Zimmer, 182 Kabinette, 229 Küchen, 67 Vorzimmer, 28 Dienerzimmer und 22 Badezimmer. In der Berichtswoche ist der Anforderungsbescheid hinsichtlich nachstehend angeführter 156 Wohnungen in Rechtskraft erwachsen: Kleinwohnungen 88, kleine Mittelwohnungen 24, grössere Mittelwohnungen 19, grosse Wohnungen 5, ausserdem Einzelwohnräume 128. Diese Wohnungen bestehen aus 315 Zimmern, 81 Kabinetten, 129 Küchen, 37 Vorzimmern, 30 Dienerzimmern und 19 Badezimmern. 95 Einzelwohn-

räume befinden sich in drei Hotels. Wenn man bedenkt, dass in Wien ein Wohnraum von ungefähr drei Personen besetzt ist, so ist es kein geringer Erfolg, wenn es in einer Woche gelungen ist, 1900 Personen Wohnungen zu verschaffen.

In der Woche vom 20. bis 26. Oktober wurden im ganzen 285 Wohnungen und 30 einzelne Wohnräume angefordert. Die 285 Wohnungen gliedern sich in 148 Kleinwohnungen, 58 kleine Mittelwohnungen, 28 grosse Mittelwohnungen und 21 grosse Wohnungen. Die angeforderten Wohnungen bestanden aus folgenden Teilen: 433 Zimmern, 177 Kabinetten, 272 Küchen, 95 Vorzimmern, 63 Dienerzimmern und 46 Badezimmer. Die Rechtskraft des Anforderungsbescheides trat in der Berichtswoche bezüglich 140 Wohnungen und 159 einzelnen Wohnräumen ein. Nach ihrer Grösse sind diese Wohnungen einzuteilen: In 77 Kleinwohnungen, 38 kleine Mittelwohnungen, 19 grosse Mittelwohnungen und 11 grosse Wohnungen. Ausserdem wurden drei Hotels angefordert. Es zeigt sich somit abermals eine Steigerung des Anforderungsergebnisses, was bei den vollständig angepumpten Wohnungsmarkte in Wien zweifellos eine hervorragende Leistung ist. Es bedeutet dies, dass die Organisation des Anforderungswesens grosse Fortschritte gemacht hat und dass auf diesem Wege der Wohnungsmot wenigstens für die erste Zeit einigermassen abgeholfen werden kann. Natürlich soll und das nicht abhalten auch auf anderen Wegen Wohnungen zu beschaffen, und zwar auf dem Wege der Wohnungsproduktion und auf dem der Inanspruchnahme von Wohnungen, welche in staatlichen Aemtern untergebracht sind.

StR. Siegel bemerkte, dass er in Hinblick auf die Wohnungsanforderung Nachschau im Freihaus gehalten habe. Das Freihaus sei bekanntlich schon lange zur Demolierung bestimmt gewesen, in der jetzigen Not sei es aber wieder für Wohnzwecke in Anspruch genommen worden, und zwar seien dort 240 Wohnungen und Geschäftlokale schon vermietet worden und nur der Rest der Wohnungen, dem die Verwaltung des Freihauses nicht vermieten konnte, sei angefordert worden und werde jetzt auf Kosten der staatlichen Wohnungsfürsorge adaptiert. Die Adaptierung beschränke sich jedoch nur auf den äusseren Verschluss der Wohnungen, während alles Innere die Parteien selbst herrichten lassen müssten. Dass sich trotzdem Parteien gefunden haben, die diese Wohnungen beziehen wollen, sei ein Zeichen der grossen Wohnungsmot. Redner habe sich die Wohnungen selbst angesehen und er müsse konstatieren, dass sie nicht sehr wohllich aussehuen. Im ganzen würden 31 Wohnungen angefordert, die jetzt in Adaptierung begriffen seien. Ausserdem seien gegenwärtig noch 16 Wohnungen in Besetzung eines Heilkehrerkommandos und des Volkswehr, doch würden auch diese bald dem Zwecke des Bewohnens zugeführt werden. Redner erwähnte weiters, dass er dann auch der Sache mit der Rossauerkaserne nachgegangen sei. Tatsächlich habe das Projekt, diese Kaserne zu zwei Dritteln zu demolieren, der Verwirklichung zugeführt werden sollen. Er habe diesbezüglich beim Unterstaatssekretär Dr. Ellenbogen vorgesprochen und erwirkt, dass dieses Projekt wieder fallen gelassen worden sei. Bei einer Besichtigung der Rossauerkaserne habe er dann feststellen können, dass alles Gerede, dass sich dieselbe zu Wohnungszwecken nicht eigne, nicht richtig sei. Im Vergleich zu dem Freihaus seien dort jedenfalls viel bessere Wohnungen. Es sei deshalb die Adaptierung der dortigen Räume für Wohnzwecke beschlossen worden, die im wesentlichen in einer gründlichen Desinfektion dieser Räume bestünde. In kurzer Zeit würden diese Wohnungen beziehbar sein.

StR. Dr. Sohen dankte in seinem Schlussworte dem Vordner für seine Bemühungen. Auch er habe sich die Wohnungen in der Rossauerkaserne angesehen und gefunden, dass es nette Wohnungen mit schöner Aussicht seien. Wenn die Wohnungen als schlecht bezeichnet worden seien, so habe dazu wahrscheinlich das Wort „Kaserne“ den Anlass gegeben.

Der Bericht des Referenten wurde hierauf zur Kenntnis genommen.

Beteiligung der Gemeinde Wien an den Betrieben der Produktivgesellschaft der Wiener Fleischselcher. VB. Erneberg berichtete in der gestrigen Stadtratsitzung über die geplante Beteiligung der Gemeinde Wien an den Betrieben der Produktivgesellschaft der Wiener Fleischselcher, in welcher Angelegenheit in

den letzten Wochen unausgesetzt Verhandlungen stattgefunden haben. VB. Erneberg betonte, dass die Bewilligung der Gemeinde an diesen Betrieben von besonderem Werte sei und legte folgenden Antrag vor, der nach kurzer Debatte einstimmig angenommen wurde: Das Anbot der Produktivgesellschaft der Wiener Fleischselcher G.m.b.H. betreffend Errichtung einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung zum pachtweisen Betriebe des Unternehmens der Produktivgesellschaft unter Beteiligung der Gemeinde Wien mit 50 % der Stammeinlage von 950.000 K, wird auf Grund des von der Produktivgesellschaft vorgelegten Entwurfes eines Uebereinkommens genehmigt.

Zwei Millionen Kronen für die amerikanische Ausspeiseaktion. Der Stadtrat hat nach einem Antrage des StR. Breitner beschlossen, der amerikanischen Ausspeiseaktion einen Betriebsvorschuss von 2 Millionen K zur Verfügung zu stellen. Dieser Betrag ist nach Beschaffung des erforderlichen Betriebskapitals zurückzustellen, was in kürzester Zeit erfolgen dürfte.

Fachverein der Angestellten der Wiener städtischen Gaswerke. Freitag, den 7. November um 3 Uhr nachmittags findet in der Volkshalle des Rathauses die konstituierende Vollversammlung dieses Vereines für die der allgemeinen Dienstordnung für die Angestellten der Gemeinde Wien unterstellten Beamten und Angestellten der städtischen Gaswerke statt. Vollzähliges und pünktliches Erscheinen ist Pflicht.

Beginn der allgemeinen Wohnungsaufnahme. Die vom Gemeinderate beschlossene allgemeine Wohnungsaufnahme in Wien beginnt am Montag, den 10. November l. J. früh in allen Bezirken. Sie wird im Verlaufe von etwa 4 Wochen durch 296 teils ganz-, teils halbtägige Kommissionen durchgeführt werden, deren Leiter und Mitglieder vom Bürgermeister ernannt worden sind. Das Erscheinen der Kommissionen in den einzelnen Häusern wird durch schriftliche Verständigung an die Hausinhaber am jeweiligen Vortag angekündigt. Zur Vornahme der Erhebung ist nur der mit amtlicher Legitimation versehene Kommissionsleiter in Gemeinschaft mit den Kommissionsmitgliedern eventuell im Falle deren Verhinderung auch der Kommissionsleiter allein berechtigt. Das Publikum wird ersucht, um Missbräuchen oder Betrügereien vorzubeugen, diese Bestimmungen zu beachten. Im Zweifel ist bei der Konstriktionsabteilung des betreffenden Bezirkes für bestellter Uebernahmende die Leitung führt, anzufragen. Hinsichtlich des Vorganges bei der Aufnahme bestehen mehrfach irrige Auffassungen, die auch zu unbegründeten Befürchtungen Anlass gegeben haben. Aufgabe der Kommission ist es lediglich, festzustellen, ob die Voraussetzungen einer Wohnungsaufnahme in einzelnen Falle gegeben sind. Die Wohnungsbesichtigung ist nur Mittel zu diesem Zweck. Für die Besitzer grösserer Wohnungen dürfte es sich empfehlen, Planakzinen tunlichst im Masstabe von 1:100, welche in einfacher Form (Bleistiftskizze) aber korrekt auf einen halben Bogen Schreibpapier anzufertigen wären, vorzubereiten. Diese Skizzen werden von der Kommission dem Meldeblatt angeschlossen. Eine Pflicht zur Beibringung dieser Skizzen besteht aber nicht. Die Besichtigung einer Wohnung dient nur dem angeführten Zweck. Die Anforderung selbst darf die Kommission nicht aussprechen. Die Kommission gibt nur ein Gutachten ab, auf Grund dessen die Entscheidung durch den Wohnungskommissär des Bezirkes getroffen wird. Die Kommission nimmt auch keine anderweitigen Erhebungen vor und die Kommissionsmitglieder sind zur strengen Verschwiegenheit über alles anlässlich dieser Amtshandlung zu ihrer Kenntnis gelangte verpflichtet. Ueber die von den Wohnungsinhabern bereit zu haltenden Dokumente u.s.w. geben Kundmachungen, die im Laufe dieser Tage sämtlichen Häusern zukommen, Aufschluss. Allen an der Wohnungsaufnahme Mitwirkenden ist der grösste Eifer und jede Rücksichtnahme auf die heute bestehenden schwierigen Verhältnisse zur Pflicht gemacht worden. Andererseits wird auch die Bevölkerung gebeten, die schwierige Aufnahme der Kommissionen im Interesse der Bekämpfung der Wohnungsmot möglichst zu erleichtern und für die unumgängliche Notwendigkeit, den eigenen Wohnbedarf in Interesse der Wohnungs- und Obdachlosen einzuschränken,

Die Gemisepreise. Die Marktspekulation steht sich durch die fortwährend einlaufenden Beschwerten wegen theoretischer Preisforderungen für Getreide voran, die Getreidehändler natürlich entgegen zu stehen, dass Ueberschreitungen der von Marktspekulation festgesetzten Min- und Verkaufspreise von nun an mit allen Mitteln bekämpft werden. Die Fortschreiten wollen die Gemisepreise durch die Marktspekulation in Wien nachweislich. Die Verkaufspreise für Getreide sind auf den Märkten, in den Pflanzungen, bei den Bezirkskäufern und in den Marktspekulationen erfolgreich gemacht.

Sehr geehrter Herr Kollege! Eine ausführliche Fortsetzung des Berichtes über die heutige Stadtratsitzung folgt in der Abendausgabe.

Springer.

Verständlich zu sein

Ueber 13 Millionen Arsenegelder verspekuliert.

Die geheimen Geschäfte der Zentralstelle der Fürsorge.
In der heutigen Stadtratssitzung erstattete Bgm. Reumann einen umfangreichen Bericht über das Ergebnis der Prüfung, die von Rechtsanwälten und Buchsachverständigen an den verwickelten Operationen vorgenommen wurden, die von der Zentralstelle der Fürsorge ohne Zustimmung des Stadtrates und Gemeinderates und auch ohne Zustimmung irgendeiner anderen Körperschaft nur auf die persönliche Bewilligung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner durchgeföhrt wurden. Es handelt sich dabei um folgende Geschäfte: 1.) Um die Erzeugung einer Pflanzennmilch nach einem Patente, 2.) Um die Einfuhr und Erzeugung von Ersatzschuhen, sogenannten Pagschuhen und 3. Die Erzeugung einer Ersatzsohle aus Papierstoff durch die „Tenax“. Für diese Unternehmungen wurde ein Gebäude mit Maschinen angeschafft, Rohmaterialien erworben und das Ergebnis ist, daß bis jetzt schon ein Verlust von fast 8 Millionen Kronen erreicht ist, der sich vielleicht noch auf 13 Millionen K erhöhen wird. Die Verluste wurden gedeckt durch die Verwendung des Uberschusses der Nibetubenaktion (1,450.123 K), durch die Uberschüsse der Kriegskuchen im Betrage von 380.169 K und durch 5,498.707 K zu Lasten der eigenen Gelder der Gemeinde. Bürgermeister Weiskirchner hat bei der Uebergabe der Gemeindegeschäfte dem Bgm. Reumann nichts mitgeteilt und die Sache wurde erst entdeckt, als die Ueberprüfungen der verwickelten Geschäfte veranstaltet wurden, die zum Teil durch Prozesse veranlasst wurden, die der Gemeinde aus diesen geheimen Geschäften erwachsen.

Aus dem Bericht des Bürgermeisters ist zu entnehmen: Nach meinem Amtsantritte als Bürgermeister bin ich in Kenntnis gelangt, daß sich die Zentralstelle der Fürsorge für Soldaten und ihre Familienangehörigen, deren Geschäftsföhhrung die Magistratsabteilung II besorgt, in ausserordentlich umfangreiche, weit über ihren Wirkungskreis hinausgehende Unternehmungen eingelassen hat. Die Verluste, welche die Zentralstelle der Fürsorge erleidet, erreichen unbedingt den Betrag von 7,878.000 K. Vollkommen abschließende Ziffern sind mit Rücksicht darauf, daß noch eine Anzahl von Prozessen in Schweben ist, die vorhandenen Warenmengen gegenwärtig fast unverwertbar sind, schwer zu nennen.

Am 30. Juli 1916 wurde vom Bürgermeister Dr. Weiskirchner ein Einvernehmen mit dem Statthalter und dem Landmarschall von Niederösterreich die Zentralstelle der Fürsorge für Soldaten und

ihre Familienangehörigen ins Leben gerufen. In der konstituierenden Sitzung, die am 3. August stattfand, wurde als Zweck der Zentralstelle festgesetzt, alle Geldspenden und sonst gesammelten Liebesgaben unter öffentlicher Kontrolle zu vereinigen und der zweckmässigen Verwendung zuzuföhren. Als oberstes Organ der Zentralstelle wurde der vom Bürgermeister gebildete Ausschuss bestimmt, der seine Sitzungen über Einberufung des Bürgermeisters abzuhalten hat. Es muß zunächst ausdrücklich festgestellt werden, daß in den Protokollen über die 14 Sitzungen, die in der Zeit vom 3. August 1914 bis 2. Mai 1919 abgehalten wurden, jedweder auch der allergeringste Hinweis darüber fehlt, daß dem Ausschuss jemals über die Geschäfte, welche die Zentralstelle unternommen hat, Bericht erstattet worden ist. Aber auch aus den Rechnungsabschlüssen der Zentralstelle sind die ganzen Geschäfte, die sie unternommen hat, nicht ersichtlich. Selbst bei genauester Durchforschung aller Protokolle und Abschlüsse würde man nicht darauf kommen, daß die Zentralstelle sich in eine Reihe von industriellen Gründungen umfänglichster Art und in Investitionen von vielen Millionen Kronen eingelassen hat. Dass jeder solche Hinweis unterlassen worden ist, ist begreiflich, denn alle diese Geschäfte widersprechen vollkommen den Absichten, die bei Gründung der Zentralstelle verbunden wurden. Sie hatten zum Zwecke alle Geldspenden und sonst gesammelten Liebesgaben unter öffentlicher Kontrolle zu vereinigen und der zweckmässigen Verwendung zuzuföhren. Es ist hierbei ausdrücklich festgestellt worden, daß alle nicht speziellen Zwecken gewidmeten Gelder zur Unterstützung von Einberufenen und ihren Familienmitgliedern zu verwenden sind. Durch den Umstand, daß die übrigen Gründungen der Zentralstelle, Stadt und Land von all den Vorgängen, die zu den Verlusten führten, in völliger Unkenntnis gelassen wurden, folgert die für die Gemeinde sehr unangenehme Tatsache, daß Ansprüche auf Mittragung des entstandenen Schadens wohl nur sehr geringe Aussicht auf Erfolg haben. Ueberdies erwächst aber der Gemeinde dadurch eine besondere Hartbarkeit, weil die Magistratsabteilung II lediglich durch eine Verfügung des Bürgermeisters Weiskirchner als Geschäftsföhrende Stelle bestimmt wurde und ein großer Teil der Verluste auf Mangel an kaufmännischer Vorsicht zurückzuföhren ist.

Ebenso wie bei der Zentralstelle weder Staat noch Land von den Geschäften, die im Namen der Zentralstelle gemacht wurden, nichts erfahren haben, so ist auch bei der Gemeinde ohne jede Verständigung der in Betracht kommenden massgebenden Instanzen vorgegangen worden. Ueber alle die Engagements, die viele Millionen Kronen umfassten, ist nicht ein einziges Mal in Stadt- oder Gemeinderate berichtet worden. Und dies, wie wohl alle diese Unternehmungen erst in einer Zeit begonnen wurden, als der Gemeinderat bereits wieder tagte und der Auenzustand längst beendet war. Entgegen den aus-

drücklichen Vorschriften jedweder Verfügung über 1000 K ist aus der Beschlussfassung des Gemeinderates zu unterbreiten, wurden weit darüber hinausgehende Verfügungen über Gemeingelder von einer einzigen Person, dem damaligen Bürgermeister Dr. Weiskirchner getroffen. Die Geschäfte, welche von der Zentralstelle unternommen wurden sind folgende: 1.) Die Erzeugung einer Pflanzennmilch nach einem Patente des Prof. Riegler aus Klausenburg, 2.) die Einfuhr von Ersatzschuhen, dem sogenannten „Pagschuh“ aus Mülhausen im Elsaß und deren Erzeugung in Oesterreich und 3.) die Erzeugung einer Ersatzsohle aus Papierstoff durch die „Tenax“ G.m.b.H.

Mit der Leitung der Zentralstelle war der Obermagistratsrat Dr. Dont betraut, der vorher Gruppenleiter des Arsenwesens gewesen war und als solcher nie mit irgendwelchen geschäftlichen Transaktionen zu tun hatte. Bei sämtlichen drei genannten Unternehmungen war der Initiator und Kompagnon der Gemeinde ein gewisser Hans Hafner, der zur Zeit des Beginnes der Transaktionen als Landsturm-Zugeführer eingetücht war. Vom Rathaus aus wurde eine lebhaftere immer erneute Tätigkeit entfaltet, um die Befreiung des Hafner von Militärdienste zu erwirken. Die Person des Hafner wird am besten durch ein Schreiben charakterisiert, daß der Rechtsanwalt Dr. Zdenko Zeifart, welcher als Vertrauensmann der Gemeinde Wien in der „Tenax“ als Aufsichtsrat fungiert hat, am 3. April 1919 an den Magistratsdirektor Pawalka richtete. Dieser Brief stammt aus der Zeit, da bereits der volle Zusammenbruch der ineinander geschachtelten Unternehmungen zweifellos war. Der Brief lautet:

„Soeben habe ich den Bericht der Zentralstelle erhalten und bin der Anschauung, daß man gegen Hafner im Sicherheitsbüro der Polizeidirektion Schritte einleiten sollte, wenn der Versuch die Treibriemen zu Schleuderpreisen zu verkaufen, ist zweifellos kriminell. Ich bitte den Herrn Bürgermeister von diesen neuen Umetänden Mitteilung zu machen und meine Meinung diesbezüglich einzuholen.“

Die Strafanzeige ist zwar erstattet, aber auch sofort wieder stichtiert worden. Es gingen vielmehr die Verhandlungen mit Hafner die Angelegenheit ausserhalb der Öffentlichkeit zu bereinigen weiter, welche Formen die Sache annahm zeigt sehr deutlich ein Brief des Dr. Zeifart vom 5. Mai 1919, aus dem auch hervorgeht, daß bis zu diesem Tage der Vicebürgermeister Reumann und mit ihm die damalige Minderheit in voller Unkenntnis der ganzen Transaktion gewesen ist. Der Brief vom 5. Mai an den Magistratsdirektor lautet:

„Das Schreiben des Hafner habe ich zugestellt erhalten und folger der Anschauung: Die Drohung „schmutzige Wäsche zu waschen“ fasse ich als einen Versuch der Erpressung auf und kann ich mir nicht vorstellen, daß die Zentralstelle die Öffentlichkeit zu scheuen hätte. Ich bin daher gegen jedwede Schonung des Hafner, der zweifelsohne die Gemeinde Wien um Hunderttausende geschädigt hat. Jedenfalls lege ich darauf Gewicht, daß der Herr Bürgermeister Herrn Vicebürgermeister

Reumann auf dem Grunde informiert, da ga derselbe die Erbschaft nur aus beneficium inventarii übernehme und ich als Anwalt gedeckt sein will, abgesehen davon, daß dies auch ein Lebensinteresse des Obermagistrates Dont ist.“

Ich konstatiere hier ausdrücklich dass Dr. Weiskirchner auch bei seinem Abgange, wo er mir einige Inventarien übergeben hat, von der „Tenax“ und ihren Verpflichtungen nicht ein Wort gesagt hat. Ebenso hat er über die Entstehungsgeschichte der „Tenax“ kein Wort mir mitgeteilt.

Der Bürgermeister gibt nun eine eingehende Darstellung der einzelnen Geschäfte. Im wesentlichen handelt es sich um folgendes:

Das erste Geschäft betrifft die Erzeugung von Pflanzennmilch. Hiefür wurde von Hans Hafner von der Gemeinde ein Patent für 600.000 Kronen gekauft. Dann wurde in der Pöhlgasse in Meidling eine Fabrik für 700.000 Kronen gekauft und hiefür für 100.000 Kronen maschinelle Einrichtungen angeschafft. Als zur Produktion kommen sollte, fehlte das Rohmaterial und alle Anschaffungen waren umsonst. Denn wurde wieder mit Hafner ein zweites Geschäft mit Pagschuhen eingeleitet. Auch diese Transaktion endete mit enormen Verlusten der Zentralstelle und die Stelle wurde am 31. Mai d.J. auch noch auf die Bezahlung eines Betrages von 250.000 Kronen geklagt. Das dritte grosse Geschäft, an dem viele Millionen verloren gingen, war die Erzeugung einer Ersatzsohle, zu welchem Zwecke die „Tenax“ G.m.b.H. gegründet wurde. Diese Geschäfte sind besonders verwickelt und auch von innen drohen der Gemeinde Prozesse.

Im Zusammenhang mit den in Brünn gemachten Bestellungen der Tenax ergibt sich auch eine ausgesagt bedeutungsvolle Differenz bezüglich der Währung. Die Zentralstelle der Fürsorge hat sich nämlich sonderbarer Weise zur Abwicklung der Geschäfte, die sie mit der dortigen Firma Weiner eingeleitet hat, eine neue Bankverbindung gesucht und bei ihr einen unbedeckten Kredit beantragt. Es ist dies die Filiale der Kreditanstalt in Brünn. Diese stellte zuletzt 3 Millionen Kronen zur Verfügung, welche Schuld sich später auf 5 Millionen Kronen erhöhte. Es mussten hiefür zunächst 5 Prozent Zinsen gezahlt werden, wiewohl die Gemeinde zu gleicher Zeit Gelder zu weit geringerer Verzinsung liessen hatte. Die Auszahlung an Weiner erfolgte noch ganz glet in österreichischen Kronen, es würde sich überhaupt ein Streitfall nicht ergeben haben, wenn die Zentralstelle in gleicher Zeit auch für die Bedeckung bei der Kreditanstalt in Brünn vorgesorgt hätte. Sie liess aber dort die Schuld ganz einfach offen stehen über die Währungstrennung hinaus. Die Zentralstelle entschloss sich erst zur Rückzahlung, als die Kreditanstalt unter Hinweis darauf, dass der Kredit eigentlich am 31. März

rucksahlber war und die Frist verstrichen sei, den Zinsfuß auf 6½ Prozent pro Jahr und 1 Pro Mille Provision pro Semester erhöhte. Als nun endlich die Anschaffung erfolgte, erklärte die Kreditfiskale, dass sie tschechoslovakische Kronen zu erhalten habe und stellt aus diesem Titel eine Nachtragsforderung von 1.900.000 tschechoslovakischen Kronen. Beim heutigen Kurse von 2.63 Kronen für eine tschechoslovakische Krone macht dies vollen 5 Millionen. Die Gemeinde Wien hat die Kreditanstalt die Feststellungsklasse ... sie nichts mehr schulde.

Bei den Umständen, dass alle ... der Zentralstelle ineinandergeschachtelt sind, ist es ... ht möglich, je nach den einzelnen Geschäftszweigen ... der Schaffer festzusetzen. Eine voll ... genaue Endziffer ... desentverlustes lässt sich deswegen nicht geben, weil noch eine Fülle von Streitigkeiten schwebt. Es sind Prozesse mit Angestellten, mit Lieferanten im Zuge. Das sehr schwer wiegende Angelegenheit mit der Kreditanstalt ist nicht geregelt und das vorhandene Quantum Papiergewebe ... als vollkommen unverkäuflich bezeichnet werden. Ausser Zweifel steht bereits ein Verlust von 7,8 ... Kronen. Wenn die zum Teile noch anhängigen, zum Teile noch schwebenden Rechtsstreitigkeiten ungünstig verlaufen, so ... weiterer Schaden von mindestens 5½ Millionen Kronen ... Dadurch würde der Gesamtverlust unter Hinzurechnung der Zinsen auf über 13½ Millionen Kronen sich belaufen.

Es wurde ... zu Beginn nachdrücklich hervorgehoben, dass alle ... Unternehmungen unter Ausserachtlassung jeder hierfür bestehenden formalen Vorschrift eingegangen worden sind. Es wurden weder Stadt und Land, als die beiden anderen Interessenten an der Zentralstelle der Fürsorge irgendwies befragt ehe diese Geschäfte eingegangen wurden oder auch nur von ihnen nachträglich verständigt, noch auch wurde bei der Verausgabung dieser Millionen die Gemeindevertretung befragt. Stadt- und Gemeinderat wurden völlig beiseite geschoben. Auch aus den Rechenachtfachberichten sind diese Engagements in keiner Weise ersichtlich. Die ganze Art, in der die geleisteten Zahlungen buchhalterisch durchgeführt wurden, zielte dahin ab, den Gesamtkomplex der Geschäfte stillschweigend aus der Welt zu schaffen, wobei ~~KOMPLEX~~ unter Ausserachtlassung aller Vorschriften über Gemeindegelder ... gegangen wurde.

Am 12. April d. J. wurden alle zu dieser Zeit bereits entstandenen Verluste abkontiert. Der Betrag von 1.450.000 K wurde auf die „Kassenaktion 1919“ übertragen, was dem gesamten verfügbaren Ueberschuss dieser Aktion der Zentralstelle e

...pricht. Die Ueberschüsse an ... in Betrage von 380.169 Kronen wurden in gleicher Weise herangezogen, ebenso 5.000 Kronen, die auf dem Sparwarenkonto zur Verfügung standen. Es lässt sich wohl sehr bestreiten, ob es ohneweiters zulässig war, Ueberschüsse, die sich bei der Führung der Kriegsküchen ergeben haben und die eigentlich zur Verbesserung der Kost hätten dienen sollen, für andere Zwecke zu verwenden. Inwiefern handelt es sich bei diesen drei Posten um Gelder der Zentralstelle der Fürsorge, deren Heranziehung für missglückte Geschäfte der Zentralstelle noch keine Schädigung der Gemeinde bedeutet. Ganz anders liegt jedoch der Fall bezüglich des Betrages von 5.493.707 Kronen, der einfach zu Lasten der „eigenen Gelder“ bezahlt worden ist. Es muss zum Schluss nochmals ausdrücklich festgestellt werden, dass diese Zahlung ohne Befragung der ... oder Gemeinderat erfolgt ist, dass Stadt- und Gemeinderat ... allen diesen ... nichts gewusst haben. Sie wurden einzig und allein von Bürgermeister Dr. Weiskirchner unternommen und gut geheissen, obgleich der Gemeinderat damals getastet war.

Meine Herren, es wird sich nunmehr darum handeln, einen Beschluss darüber zu fassen, in welcher Weise gegen diejenigen Personen vorzugehen ist, die eine so schwere Schädigung durch ihr Gebahren, welches durchaus nicht einwandfrei ist, sondern im Gegenteil die schärfste Kritik herausfordern muß, der Gemeinde zugefügt haben und in welcher Weise die betreffenden Personen zur Verantwortung gezogen werden sollen. Ich glaube es wird Ihrem Wunsche entsprechen, wenn ich beantrage, daß dieser ... nicht nochmals einer genauen Uebersuchung unterzogen wird und ... diesem ... gleichzeitig die Einsetzung eines Komitees verlangt, welches ... gegebenenfalls aus den Herren Stadträthen Dr. Winter, Dr. Scheu, Täubler, Breitner, Kokrda und Sirotek ... bestehen soll. Desgleichen wird der Gemeinderat Schwarz-Haller diesem Komitee beizuziehen sein. Das Komitee wird also nochmals die ganze Angelegenheit zu überprüfen und dann auszusprechen haben, in welcher Weise die schuldigen Personen zur Verantwortung gezogen werden sollen. Es geht nicht an, daß mit dem Gelde der Gemeinde Wien in solcher Weise gewirtschaftet wird und es müssen die schuldigen Personen zur Verantwortung gezogen werden, damit endlich einmal ein Exempel statuiert wird.

Der Bericht des Bürgermeisters wurde sodann zur Kenntnis genommen und das Komitee ^{ohne Debatte} gewählt.

Wiener Rathaus-Korrespondenz

Herausgeber und verantwortl. Redakteur Franz Michu.
Wien, 1., Neues Rathaus.

1. Ausgabe.

25. Jahrgang, Wien, Freitag, den 7. November 1919, Nr. 438.

Kartoffelabgabe. Vom Samstag bis Dienstag werden im 2., 3., 4., 5., 6. und 7. Bezirke ausländische Kartoffeln zum Preise von K 3.40 per kg, und zwar 1/2 kg pro Kopf gegen Abtrennung des Abschnittes „S“ der Kartoffelkarte abgegeben.

Anlage der Rindfleischkundenlisten. Der Magistrat hat die Neuanlage der bisherigen Kundenlisten durch die Rindfleischabgabestellen angeordnet, um die durch die zahlreichen Ab- und Zurayonierungen entstandenen Unklarheiten richtigzustellen. In die Kundenlisten dürfen von jedem Rindfleischverkäufer nur solche Kunden eingetragen werden, auf deren Einkaufschein für Rindfleisch seine eigene Fleischabgabestelle bereits angegeben erscheint. Die Anlage der Kundenlisten hat in der gleichen Form wie bei den früheren Kundenlisten zu erfolgen und Namen, Adresse, Personenanzahl der eingetragenen Kunden und den Kontrollabschnitt „K“ des derzeitigen Einkaufs Scheines für Rindfleisch zu enthalten. Eine Aenderung der bisherigen Fleischabgabestelle durch die Partei oder die Aufnahme von Kunden, deren Einkaufschein eine andere Verkaufsstelle aufweist, ist strengstens verboten. Die diesbezüglichen Verordnungen und Kundenlistenformulare sind für die Rindfleischverkäufer in der Großmarkthalle und bei der amtlichen Uebernahmestelle für Vieh und Fleisch in St. Marx erhältlich. Die vorgeschriebenen Listen müssen längstens bis 29. November l. J. in der amtlichen Uebernahmestelle für Vieh und Fleisch abgegeben werden. Die Kunden werden in ihrem eigenen Interesse besonders darauf aufmerksam gemacht, daß die spätere Anmeldung zur Eintragung in die neuen Kundenlisten unnach-sichtlich zur Folge haben wird, daß mehrere Wochen der Fleischbezug nicht erfolgen kann.

2. Ausgabe.

25. Jahrgang, Wien, Freitag, den 7. November 1919, Nr. 439.

Delegiertenversammlung des Verbandes der städtischen Angestellten. In Anwesenheit von mehr als tausend Delegierten fand Mittwoch in der Volkshalle des Rathauses eine Delegiertenversammlung des Verbandes der städtischen Angestellten statt, deren Gegenstand die Bewohnerschaft über neue Massnahmen, die der Not der städtischen Angestellten halbwegs abhelfen sollen, bildete. Die Versammlung beschloss die Annahme nachstehender Resolution: Die Versammlung aller Verbandsdelegierten nimmt mit Befriedigung den Bericht des Präsidiums zur Kenntnis, nach welchen eine ungeheure Erhöhung des Steuerungsbeitrages für alle städtischen Angestellten einschliesslich aller Pensionisten um 2.400 K jährlich und Verdoppelung der Kinderzulagen rückwirkend vom 1. Dezember 1919 und die Gewährung eines Anschaffungsbeitrages von 1000 K für ledige und 1500 K für verheiratete Angestellte verlangt werden. Die Versammlung bedauert, dass es neuerlich zu solchen Forderungen kommen müsste, die von den städtischen Angestellten trotz der offensichtlichen Verschlechterung ihrer wirtschaftlichen Lage bisher in Würdigung der Finanzlage der Gemeinde zurückgestellt wurden. Diese neuerlichen Forderungen sind deswegen notwendig geworden, weil die öffentlichen Faktoren, insbesondere Regierung und Volkvertreter, statt durch geeignete Massnahmen einen Abbau der Preise herbeizuführen und den Wucher wirksam zu bekämpfen, es verschuldet haben, dass eine solche Preiserhöhung aller Lebensmittel und Bedarfsgegenstände eingetreten ist, dass es den städtischen Angestellten auch nach Erfüllung der neuen Forderungen ganz unmöglich wäre, mit ihren Bezügen auszukommen. Die Versammlung gibt sich daher mit diesen Minimalforderungen nur unter der Voraussetzung zufrieden, dass die Gemeinde und unter ihren Einflüsse die Regierung alles vornehmen, um durch Belieferung der städtischen Angestellten mit Lebens-

mitteln und Bedarfsgegenständen zu Preisen, die sie mit ihrem Einkommen erschwingen können und in menschenwürdigen Quoten den städtischen Angestellten die Aufrechterhaltung ihrer Existenz ermöglichen und sie davor bewahren, immer wieder mit den sonst unvermeidlichen neuerlichen Lohn- und Gehaltsforderungen kommen zu müssen. Aus diesem Grunde verlangen die Delegierten, dass Vertreter des Verbandes in die vom Staate in Aussicht genommene Kommission zur periodischen Anpassung der Löhne und Gehalte an die jeweiligen Lebensmittelpreise aufgenommen werden, protestieren aber dagegen, dass der Bezeichnung der Lohnzuschüsse die Hungerquoten der heutigen Zwangswirtschaft zugrunde gelegt werden. Das Verbandspräsidium hat über das Ergebnis seiner Schritte binnen 8 Tagen in einer neuerlichen Delegiertenversammlung zu berichten.

Die Millionenverluste der Zentralstelle. Der Stadtrat hat in seiner gestrigen Sitzung einen Ausschuss eingesetzt, in den auch die Minoritäten vertreten sind und der die Aufgabe hat, sämtliche von der Zentralstelle der Fürsorge unternommenen Geschäfte zu prüfen und die Verantwortungen festzustellen. Damit ist ein Organ geschaffen, welches in durchaus einwandfreier Weise erheben wird, ob und in welchem Umfange Bürgermeister Dr. Weiskirchner seine Pflichten verletzt hat. Die Aufklärung, die Dr. Weiskirchner im Wege der Presse heute gibt, ist ganz und gar nicht geeignet, seine Person reinzuwaschen. Es ist allerdings richtig, dass die Rechnungsabschlüsse der Zentralstelle dem aus allen Parteien zusammengesetzten Ausschusse vorgelegt wurden, aber ebenso richtig ist es, dass aus diesen Rechnungsabschlüssen nicht im allergeringsten zu ersehen war, dass sich die Zentralstelle in Millionen geschäfte aller möglichen Art eingelassen hat. Das ist es eben, was dem Bürgermeister Dr. Weiskirchner zum Vorwurfe gemacht wird und was aus den im Druck vorliegenden Rechnungsabschlüssen für das erste und zweite Halbjahr 1918 in unwiderleglicher Weise hervorgeht. Es wurde beispielsweise am 15. Mai 1918 eine Fabrik um 200.000 K angekauft; es sind vorher Maschinen bestellt, das Milchpatent um 600.000 Kronen erworben worden, ohne dass darüber im Rechnungsabschluss auch nur eine einzige Zeile enthalten ist. Am 16. Oktober 1917 hatte die zwölfte Sitzung der Zentralstelle stattgefunden, damals waren diese Geschäfte noch nicht begonnen. Die dreizehnte Sitzung wurde am 24. Juli 1918 unter dem Präsidium des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner abgehalten. Zwischenzeitlich hatte die Zentralstelle sich in diese ungeheuerlichen Geschäfte eingelassen. Dennoch hat Dr. Weiskirchner, wie aus dem Protokoll hervorgeht, auch nicht mit einem Worte angedeutet, welche Unternehmungen die Zentralstelle über eine Ermächtigung begonnen hat. Es ist ihm nicht eingefallen, sich nur die nachträgliche Genehmigung zu verschaffen. Die damaligen Gemeinderäte Dr. Löwenstein und Reumann, die dieser Sitzung beiwohnten, wurden also absichtlich in Unkenntnis aller dieser Spekulationengeschäfte gelassen. Und so ist es auch bis zur völligen Uebernahme der Geschäfte durch die gegenwärtige Verwaltung geblieben. Auch der Rechnungsabschluss für das zweite Halbjahr 1918, der noch unter der vollen Verantwortung des Bürgermeisters Weiskirchner angefertigt wurde, lässt ganz und gar nicht ersehen, dass sich die Zentralstelle an der „Tanax“ beteiligt hat, dass sie für 6 Millionen Kronen Waren bestellt und zum Teile auch bezogen hat. Es kommt allerdings in diesem Abschluss ein Vorschuss der Gemeinde vor, doch in einer Form, dass man auch bei der allergründlichsten Prüfung zum Schlusse gelangen müsste, dieser Vorschuss sei zur Deckung der Kosten für die Ausspeisung Bedürftiger bestimmt. Den Ersatz dieser Ausspeisekosten hat bekanntlich teils der Staat, teils das Schwarze Kreuz geleistet, während die Gemeinde vorübergehend Vorschüsse bis zur endgültigen Abrechnung bewilligt hat. Dass dieser Vorschuss jedoch in wertlosen Maschinen, in einer unbenutzbaren Fabrik, in Patenten aller Art stecke, war eben nicht ersichtlich und das ist es, was Dr. Weiskirchner aufzuklären haben wird. Inwieweit an der irreführenden Aufstellung dieser Abschlüsse auch Organe des Magistrates Schuld sind, wird die Untersuchung feststellen. Dass der damalige Vizebürgermeister Reumann, der von Dr. Weiskirchner vor der Sitzung ersucht wurde, den Vorsitz zu übernehmen, in voller Unkenntnis aller dieser Geschäfte, den von der Buchhaltung der Stadt aufgestellten Rechnungsabschluss nur in der

Form vorbringen konnte, in der er ihm übergeben worden war, bedarf wohl nicht erst der Begründung. Am 5. Mai 1919, also nach der am 2. Mai abgehaltenen vierzehnten Sitzung der Zentralstelle und bemerkenswerter Weise auch nach Durchführung der Gemeinderatswahlen hat Rechtsanwalt Dr. Zeifart, der Vertrauensmann Weiskirchners, an den Magistratsdirektor Pawekka ein Schreiben gerichtet, aus dem klar hervorgeht, dass die sozialdemokratische Minorität von diesen Geschäften nicht die geringste Ahnung hatte. Dr. Zeifart schreibt wörtlich: „Jedenfalls lege ich darauf Gewicht, dass der Herr Bürgermeister Herrn Vizebürgermeister Reumann aus dem Grunde informiert, da ja derselbe die Erbschaft nur cum beneficio inventarii übernehmen wird und ich als Anwalt gedeckt sein will.“ Cum beneficio inventarii bedeutet, dass der Uebernehmer einer Erbschaft nur für jene Schulden haftet, die ihm vor Antritt des Erbes bekanntgegeben worden sind.

Unausgesprochen und gar haltlos ist die Ausrede, dass Obermagistratsrat Dr. Dost über die laufenden Geschäfte in den regelmässigen Abend-sitzungen berichtet, denen die drei Vizebürgermeister, der Magistratsdirektor und die Oberbeamten des Magistrates beiwohnten. Es ist an und für sich klar, dass diese Abend-sitzungen nicht das Recht haben über Gemeindegelder zu verfügen und jene Beschlüsse zu fassen, die nach dem Gemeindestatut ausschliesslich dem Stadt- und Gemeinderate vorbehalten sind. Ob in diesen Abend-sitzungen über diese Geschäfte überhaupt berichtet worden ist, lässt sich aus einem sehr einfachen Grunde nicht feststellen. Es gibt nämlich keine wie immer gearteten Aufzeichnungen oder Protokolle über diese Sitzungen. Daraus geht wohl am deutlichsten hervor, dass es sich dabei um gar nichts anderes, als um eine zwanglose Berichterstattung seitens der Oberbeamten an das Gemeinderatspräsidium gehandelt haben kann. Jedenfalls aber ist das eine fest zuhalten und hervorzuheben, dass bis zum 3. Dezember 1918 an diesenberühmten Abend-sitzungen ausschliesslich christlichsozialer Bürgermeister teilgenommen haben, da bis dahin eine andere Partei im Präsidium überhaupt nicht vertreten war. Bis zu diesem Zeitpunkt waren aber alle Geschäfte der Zentralstelle nicht bloss begonnen, sondern auch - was das Entscheidende ist - die ungeheuren Verluste bereits unabwendbar eingetreten. Es kann also vielleicht lediglich in Frage kommen, in wie weit die damaligen Vizebürgermeister Hoss, Rain und Hierhanior an dieser Katastrophe mit-schuldig sind.

Gerademal absurd ist die Auffassung Weiskirchners, dass über die Vorschussfrage erst nach Abschluss der Geschäfte berichtet werden sollte und bei dieser Gelegenheit auch die Frage des Ersatzes durch Staat und Land auszutragen gewesen wäre. Dr. Weiskirchner musste sich also das Recht an, Vorschüsse aus Gemeindegeldern von vielen Millionen Kronen zu geben und dann zu berichten, dass dieses Geld von der Zentralstelle der Fürsorge verspekuliert worden sei. Hierauf hätten Staat, Land und Gemeinde als die Gründer der Zentralstelle einfach die Verluste zu ersetzen, obwohl sie vor Eingehung der Geschäfte gar nicht befragt wurden und nicht die allergeringste Möglichkeit hatten, eine Kontrolle zu üben. Es wird Sache des Untersuchungsausschusses sein, zu prüfen, ob es nach dem Gemeindestatut und dem bürgerlichen Recht wirklich zulässig ist, in so bequemer Weise zu wirtschaften und ob sich Bürgermeister Dr. Weiskirchner durch die Art seines Vorgehens nicht schuld- und haftpflichtig gemacht hat.

Die Milch- und Schuhgeschäfte der Zentrale der Fürsorge. In seinem Bericht gab Bgm. Reumann am Donnerstag im Stadtrat auch eine ausführliche Darstellung der einzelnen Geschäfte, in die sich die Zentralstelle der Fürsorge mit Ermächtigung des Bürgermeisters Dr. Weißkirchner eingelassen hatte. Ueber das Milch- und Schuhgeschäft teilte er dabei folgendes mit:

Das erste Geschäft, welches von der Zentralstelle der Fürsorge unternommen wurde betrifft die Erzeugung von Pflanzenmilch, nach einem Patente des Prof. Riegler in Klausenburg. Die bezüglichen Verhandlungen begannen im Jänner 1918. Die Patente wurden gemeinschaftlich mit Hans Hafner erworben, welcher der Zentralstelle hiefür 600.000 K in Anrechnung stellte. Es ist mit masslich, daß er nicht diesen Betrag ^{wirklich} hiefür verausgabte, sondern schon bei diesem Anlasse einen bedeutenden Nutzen für sich erzielt hat. Es geht dies aus einer Aussage hervor, die der von Hafner als Leiter der Milchfabrikation engagierte Josef Englisch, mit dem Hafner später in Gehaltsstreitigkeiten geriet, gemacht hat, wonach die Riegler'schen Patente bloß 250.000, resp. sogar nur 80.000 K gekostet hätten. Bezeichnend ist, daß die Zentralstelle der Fürsorge die erste Anzahlung von 126.000 K auf die Patenkosten in der Form machte, daß dem Hafner Holzsandalen überlassen wurden. Entscheidend für das Fehlschlagen des ganzen Projektes aber war, daß nicht vorher mit dem Ernährungsamt Verhandlungen wegen Sicherung der notwendigen Bestandteile, Weizenkleber, Fett, Zucker und Alkohol gepflogen worden waren. Es erfolgte vielmehr ohne weiteres die Bestellung der gesamten maschinellen Einrichtung um 100.000 K, sowie der Ankauf einer Fabrik im XII. Bezirk, Pöhlgasse 3, am 15. Mai 1918, um 700.000 K. Erst als dies alles geschehen war, fand am 12. Juni 1918 die entscheidende Besprechung über Belieferung mit den zur Erzeugung der Pflanzenmilch notwendigen Lebensmitteln statt. Bei dieser Konferenz erklärten die massegebenden Faktoren des Volksernährungsamtes, daß das Mehl nur unter Einrechnung auf das Wiener Kontingent gegeben werden könne, während die Belieferung mit Fett beinahe ausgeschlossen sei. Es kam infolge dessen überhaupt zu keiner Fabrikation und die Zentralstelle erlitt hieraus einen Schaden von Hunderttausenden.

Ungefähr gleichzeitig trat Hans Hafner an die Zentralstelle mit dem Vorschlage heran, die Schutzrechte für einen in Deutschland hergestellten Ersatzschuh für Oesterreich zu erwerben. Es handelte sich hierbei um den „Pagaschuh“, der Firma Fritz und Susanne Lenay in Muhlhausen im Elsas, vertreten durch einen Herrn Friedländer in Berlin. Die Vorschläge Hafners gingen dahin, sich an den von ihm, angeblich bereits um den Betrag von 120.000 K, erworbenen Schutzrechte zu beteiligen und die Erzeugung dieser Schuhe hier aufzunehmen. Ursprünglich bestand die Absicht, die Schuhe nur direkt anzukaufen und lautet ein diesbezüglicher Amtsvermerk des Bürgermeisters Weißkirchner in diesem Sinne. Es sollten in den Räumen des städtischen Asyl- und Werkhauses für Rechnung des Hafner gegen Beistellung des erforderlichen Roh- und Hilfsmaterials mindestens 50.000 Paar Schuhe erzeugt werden, die Hafner der Gemeinde zum Herstellungspreise plus einer Lizenzgebühr mit 10 % Gewinn zu liefern hatte. In der Folge wurden dann weitere Vereinbarungen beschlossen, in denen plötzlich die Zentralstelle

als Bestellerin sehr grosser Quantitäten, die viele Hunderttausende von Paaren umfassten, auftrat, wobei die Bestellungen an den Berliner Generalvertreter der Firma Lenay erfolgten. Mitten in diese grosszügigen Transaktionen kam der Zusammenbruch. Mit Telegramm vom 19. November 1918 stornierte die Zentralstelle alle Bestellungen infolge eingetretener force majeure. Es entwickelte sich darauf hin eine Korrespondenz zwischen der Zentralstelle und Friedländer in Berlin, in der Friedländer sofort grosse Schadenersatzansprüche geltend machte und zur Austragung dieser Angelegenheit nach Wien kam. Es wurde bei diesem Anlasse festgestellt, daß die Beanständungen von bereits gelieferten Waren seitens der Zentralstelle verspätet erfolgt waren und die bezüglichen Fakturen mussten daher voll ausbezahlt werden. Aber auch die Stornierung konnte nicht aufrecht erhalten werden, und es wurde am 11. Februar 1919 ein Abkommen getroffen, wonach die Zentralstelle einen Betrag von 900.000 K als Abstandgebühr auszahlte. - Es gerade zu unerhört!

Daneben läuft noch immer ein Prozess, der seine Ursache in folgendem hat: Die Zentralstelle hat die von ihr erworbenen Schuhe nicht voll zur Verteilung an die Wiener Bevölkerung verwendet, sondern damit einen schwunghaften Handel betrieben. Insbesondere wurden trotz des damals herrschenden ausserordentlichen Mangels an Schuhen, 6.000 Paar Pagaschuhe an die Zellulose-Schuhaktiengesellschaft verkauft. - Nach Budapest haben wir Schuhe verkauft, es ist wirklich unerhört! Diese Lieferung gelangte jedoch nicht zur Ausführung und es schwebt hierüber noch ein Rechtsstreit. Ein anderer unangenehmer Prozess ist dadurch entstanden, daß Pagaschuhe, welche Friedländer in Berlin direkt an die Zellulose-Schuhfabrik in Budapest verkauft hat, von der letzteren irriger Weise an die Zentralstelle der Fürsorge zurückgeschickt wurden. Statt nun einfach die Annahme zu verweigern, erfolgte die Einlagerung im städtischen Asyl- und Werkhaus. Dort wurden sie später durch einen raffinierten Betrug entlockt. Nun ist die Zentralstelle beim Landesgericht in Zivilrechtssachen am 31. Mai 1919 auf Zahlung eines Betrages von 230.000 K geklagt worden. Auch diese Transaktion ~~andete~~ für die Zentralstelle mit enormen Verlusten.

Soweit der Bericht des Bürgermeisters. Aus ihm geht mit aller Klarheit hervor, dass alle diese Aktionen vor dem 3. Dezember 1918, wo Reumann zum Vicebürgermeister gewählt wurde, unternommen worden waren, und das Vicebürgermeister Reumann dafür auch nicht die geringste Verantwortung treffen kann. Die Verhandlungen wurden im Jänner 1918 begonnen; am 15. Mai 1918 wurde die Fabrik in der Polgasse für 700.000 K gekauft. Die entscheidende Besprechung über die Belieferung mit den zur Erzeugung der Pflanzenmilch notwendigen Lebensmitteln fand am 12. Juli 1918 statt. Mit Telegramm vom 19. November 1918 stornierte die Zentralstelle ^{die} beim Schuhgeschäft eingegangenen Bestellungen, die natürlich auch aus einer Zeit vor dem November 1918 stammten. Wenn also bei den Abendsitzungen im Rathause von diesen Geschäften tatsächlich berichtet worden und dadurch Vicebürgermeister in irgendwelcher Weise zu Mitschuldigen des Bürgermeisters Dr. Weißkirchner geworden sein sollten, so könnte es sich nur um die Vicebürgermeister Hoss, Hain und Hierhammer handeln; denn Reumann wurde erst am 3. Dezember 1918 zum Vicebürger-

meister gewählt und konnte ^{erst} von dieser Zeit an, an diesen Abendbesprechungen teilnehmen.

Die Wiener-Großküche G.m.b.H. und die Gemeinde Wien. Wie aus Anfragen hervorgeht, besteht in weiten Kreisen die Anschauung, daß die Gemeinde Wien in irgendeinem Zusammenhange mit der unter dem Namen „Wiener-Großküche G.m.b.H.“ geplanten Ausspeiseaktion steht. Es trifft dies in gar keiner Weise zu. Die Gemeinde hat sich vielmehr gegenüber allen Bestrebungen, die sie in eine Verbindung mit diesen und ähnlichen Erwerbunternehmungen bringen wollten, entschieden ablehnend verhalten. Die Aktion begann damit, daß die ehemalige Gräfin Rosa Mels-Colloredo von der Gemeinde Wien die Ueberlassung einer oder mehrerer Kriegsküchen mit der Begründung beanspruchte, daß sie sich ausreichende Lebensmittel und ein sehr nachhaftes Kapital zum Betriebe gesichert habe. Der verlangte Nachweis konnte indes nicht erbracht werden. Daraufhin trat die „Hegea“ G.m.b.H., in welcher der Vater der Frau Mels-Colloredo, Herr Bohumil Horsky, als Geschäftsführer fungiert, mit dem Verlangen an die Gemeinde heran, sämtliche Kriegsküchen der „Hegea“ zu übergeben. Da die „Hegea“ ein reines Erwerbunternehmen darstellt, deren Hauptgesellschafter die „Oja“-Aktiengesellschaft, die deutsche Agrarbank in Prag ist, wurde dies Verlangen vom Stadtrate abgelehnt. An Stelle der „Hegea“ ist nun die „Wiener-Großküche G.m.b.H.“ getreten. Diese wandte sich vor einiger Zeit an die Amerikaner mit den Ansuchen, ihr Lebensmittel zu überlassen, was naturgemäss entschieden abgelehnt wurde, da die Amerikaner jene Materialien, die sie sich beschaffen nur in den von ihnen kontrollierten Küchen zur Verwendung bringen lassen. Die Gemeinde Wien wird im Sinne der gefassten Stadtratsbeschlüsse ausschliesslich die amerikanische Aktion fördern, die auf eine Zusammenfassung und einheitliche Leitung der öffentlichen Ausspeisung abzielt. Ein jetzt neu entstehender Betrieb ist nur geeignet, diese Konzentration zu stören. Es mag also festgestellt werden, daß die Gemeinde diesem Erwerbunternehmen vollkommen ferne steht. Hervorzuheben ist noch, daß Zeitungsberichten zufolge schon von rund 100.000 Personen Einschreibegeldern entgegen-genommen wurden, wiewohl bis heute seitens des Kriegsküchenkommissariates noch nicht eine einzige Küche behördlich genehmigt worden ist.

Wiener Rathaus-Korrespondenz

Herausgeber und verantwortl. Redakteur Franz Mischen.
Wien, 1., Neues Rathaus.

1. Ausgabe.

25. Jahrgang, Wien, Samstag, den 8. November 1919, Nr. 440.

Fettausgabe. Vom 9. bis 15. November werden bei den städtischen Schweine-speckabgabestellen pro Person 12 kg Schmalz zum Preise von K 7.44 gegen Abtrennung des Abschnittes „R“ Nr. 165 und der beiden Abschnitte Nr. 165 für nichttrayoniertes Fett der Fettkarte ausgegeben. Organisierte Verbraucher mit 111a Mehlbezugskarten erhalten die Fettquote bei der Verschleissstelle ihrer Konsumentenorganisation.

„Zewiverba“ Mittwoch, den 12. und Samstag, den 15. November bleiben unsere Filialen wegen der Feiertage geschlossen. Filiale XVI ist wegen Renovierung Mohtag, den 10. und Dienstag, den 11. November gesperrt. In dieser Woche die rayonierten und die laufenden Artikel. Neu eingelangt: Paradeismark K 18.- per kg, Senfgurken K 8.20 per Glas.

Kartoffelabgabe. Montag bis Mittwoch werden im 8. und 9. Bezirk ausländische Kartoffeln zum Preise von 3.40 K, 1/2 kg pro Person, gegen Abtrennung des Buchstabens „S“ der Kartoffelkarte abgegeben.

2. Ausgabe.

25. Jahrgang, Wien, Samstag, den 8. November 1919, Nr. 441.

Die allgemeine Wohnungsaufnahme. Wie gemeldet beginnt Montag die allgemeine Wohnungsaufnahme in Wien. Die Begehungskommissionen werden an diesem Tage in den einzelnen Bezirken mit der Besichtigung und Aufnahme der Wohnungen beginnen, für welche Arbeit ein Zeitraum von etwa 4 Wochen in Aussicht genommen ist. Zur Vornahme der Erhebung ist nur der mit amtlicher Legitimation versehene Kommissionsleiter in Gemeinschaft mit den zwei Kommissionsmitgliedern, im Falle deren Verhinderung auch der Kommissionsleiter allein berechtigt.

Sache der Kommissionen bei ihrer Arbeit wird es sein, die Frage des Hausrechtes zu würdigen, das ja auch das Recht des kleinen Mannes ist. In jenen Fällen, wo zur Besichtigung der Wohnung geschritten werden muß, wird sich die Kommission vor Augen zu halten haben, daß es nur notwendig ist, sich zu überzeugen, wie die Wohnung gestaltet ist, ob überflüssige Wohnräume vorhanden sind und ob sie getrennt benützbar und anforderbar sind. In Wohnungen, in denen sich Kranke befinden, wird die künsterste Rücksicht obwalten müssen. Wenn zu einer Wohnung der Zutritt nicht möglich sein sollte, so wird der Hausbesorger Auskunft geben. Wenn es selbstverständlich ist, daß exterritoriale Gebäude nicht anzusprechen sind, so gilt dies nicht von Wohnungen fremder Staatsbürger überhaupt. Die blosse Zugehörigkeit zu einem fremden Staate bedingt nicht, daß der betreffende ausserhalb des Aufgabenkreises der Wohnungsbegehungskommissionen steht. Wohnungen, die zur Okaze untervermietet sind, können angefordert werden. Dies soll aber nicht heissen, daß die Wohnung angesprochen werden muß. Die Anforderungsfähigkeit einer solchen Wohnung soll den Schutz des Untermieters bezwecken. Betont soll auch werden, daß die Wohnungsbegehungskommissionen keine wie immer gearteten an derweitigen Erhebungen, als die blosse Wohnungsaufnahme, vorzunehmen haben und daß die Kommissionsteilnehmer nur strengen Verschwiegenheit über alles anlässlich dieser Amtshandlung zu ihrer Kenntnis gelangte verpflichtet sind. Allen an der Wohnungsaufnahme Mitwirkenden ist der grösste Takt und jede Rücksicht auf die heute bestehenden schwierigen Verhältnisse zur Pflicht gemacht worden.

Die Geschichte der „Tenax“ und ihrer Verluste. Herr Dr. Weiskirchner liess durch die Presse eine zweite Rechtfertigung veröffentlichen. In ihr sucht er darzustellen, daß solche Geschäfte, wie sie ihm zum Vorwurf gemacht werden, in der Kriegszeit notwendig gewesen wären. Aber man braucht sich nur die beanstandeten Geschäfte anzusehen, um zu erkennen, daß eine solche Wirtschaft auch im Erlöse nicht „notwendig“ ist. In seiner zweiten Rechtfertigung sucht er nun, da es mit den Vicebürgermeistern offenbar nicht recht geht, die Verantwortung auf die städtischen Beamten zu überwälzen, indem er sagt: „Aber es zweifellos, daß in den Kriegsverhältnissen auch gewissenhafte Beamte gewissenlosen Betrügern aufgesessen sein können.“ Allein das vermag ihm nicht zu entlasten, denn die Geschäfte wurden mit seiner ausdrücklichen Genehmigung durchgeführt. Seine Bemerkung scheint auf die Geschäfte mit der „Tenax“ abzielen, bei denen sich der Kompaß Hafner ganz besonders auszeichnete. Am 16. April erteilte auch der Magistratsdirektor Pawelka dem Dr. Zeifart die verlangte Ermächtigung nach Rücksprache mit dem Herrn Bürgermeister gegen Hans Hafner die Strafanzeige zu erstatten. Die bereits unternommenen Schritte wurden aber widerrufen und in einer Amtsbemerkung vom 3. Mai 1919 - also an Tage vor dem Gemeinderatsfall - kommt der seltsame Satz vor: „Im Falle der Anzeige hat Hafner keine Ursache sich Reserve aufzulegen und wird Skandal machen.“ Das scheint wohl einen Fingerzeig zu geben, warum man nicht nur Hafner gerichtlich nicht verfolgte, sondern auch die Geschäfte vor der Minorität verheimlichte und in der Verbuchung verschleierte. Das wird auch jedermann begreifen, wenn er die Ungeheuerlichkeiten dieser Tenaxgeschäfte kennen lernt. In seinem Berichte vom Donnerstag teilte Bgm. Reumann im Stadtrat darüber folgendes mit:

Das dritte grasse Geschäft, an welchem viele Millionen verloren gingen, war die Erzeugung einer Ersatzsohle, zu welchem Zwecke die „Tenax“ G.m.b.H. gegründet wurde. Da die Zentralstelle der Fürsorge keine juristische Persönlichkeit war, bestand die richtige Anschauung, daß ihre Eintragung in das Handelsregister unmöglich sein würde. Es wurde daher der Ausweg gewählt, daß Obermagistratsrat Dr. Dönt und Magistrats-Kommissär Dr. Linke als Gesellschafter der „Tenax“ registriert werden sollten. Das Gesellschaftskapital der „Tenax“ wurde mit 100.000 K festgesetzt, wovon 70.000 K durch Hafner und 30.000 K durch Dr. Dönt und Dr. Linke einzubringen waren. Die bezügliche Ermächtigung, aus den Mitteln der Zentralstelle 30.000 K zu verwenden, wurde vom Bürgermeister Dr. Weiskirchner am 24. Juni 1918 durch ein an den Obermagistratsrat Dr. Dönt gerichtetes Schreiben folgenden Wortlautes erteilt: „Als Obmann der Zentralstelle der Fürsorge, Wien, I., Neues Rathaus, habe ich mich bestimmt gefunden, Ihnen aus den Mitteln der Zentralstelle einen Betrag von 30.000 K zum Zwecke der Erzeugung von Ersatzsohlen gegen seinerzeitige Verrechnung zur Verfügung zu stellen und wird gleichzeitig die Zentralstelle der Fürsorge Wien, I., Neues Rathaus angewiesen, gegen ordnungsmässige Empfangsbestätigung den Betrag von 30.000 K an Sie zur Auszahlung zu bringen. Die Art der Verfügung über den Betrag von 30.000 K bleibt unter Ihrer persönlichen Haftung gegenüber der Zentralstelle Ihrem freien Ermessen überlassen.“ Dazu hat Bürgermeister Dr. Weiskirchner auch nicht den Schein eines Rechtes. Er hat einfach 30.000 K zur Auszahlung gebracht ohne dass er sich die Bewilligung von irgendeiner dazu kompetenten Stelle eingeholt hätte. „Ihren seinerzeitigen Berichte über die nutzbringende Verwendung des Betrages im Sinne der leitenden Gedanken bei der Gründung der Zentralstelle sehe ich seinerzeit entgegen.“

Merkwürdigerweise wurde jedoch der Notariatsakt über den Gesellschaftsvertrag derart abgefasst, dass dennoch die Zentrale der Fürsorge gegen Hans Hafner als Gesellschafter eingetragen wurde, ohne dass das Handelsgericht Einwendungen erhoben hat. Als Geschäftsführer wurde Hans Hafner, Obermagistratsrat Dr. Dönt und Magistrats-Kommissär Dr. Linke bestellt. Es wurde ferner

ein Aufsichtsrat eingesetzt, bestehend aus dem Vicebürgermeister Hirshammer, Rechtsanwält Dr. Zdenko Zeifart, Privatier Oswald Schöb, Generalkonsul von Costa-Rica - das ist sehr weit hergeholt, - XVIII. Hockegasse 77. Die seinerzeit für die Verwertung des Milchpatentes angekaufte Realität XII., Pohlsgasse wurde auf die „Tenax“ übertragen. Wie dieser Aufsichtsrat seine Pflichten aufgefasst hat, erhält am besten aus einem Briefe den Dr. Zeifart am 17. Februar 1919 an den Magistratsdirektor Pawelka gerichtet hat und der folgender Masses lautet:

„In der Anlage übermittle ich Ihnen in der Rechtssache „Tenax“ eine Abschrift der Protokolle über die Aufsichtsratsitzungen, vom 9. Juli 1918, 18. Juli 1918, 3. August 1918 und 7. August 1918, aus welchen Sie ersehen werden, daß seit 7. August 1918 trotz meiner wiederholten Aufforderung eine Aufsichtsratsitzung nicht einberufen wurde. Ich bin gemäss § 32 des Gesetzes vom 6. März 1906 R.G.Bl.Nr. 58 verpflichtet, von dem mir bei der Sitzung in der Magistratsdirektion vom 8. Februar d. J. bekannt gewordenen Umständen die den Status offidei begründen, dem Handelsgerichte als Aufsichtsbehörde unverweilt Mitteilung zu machen, bezw. den Antrag auf Eröffnung des Konkurses zu stellen, welchen Antrag ich nur auf die in Aussicht gestellte Sanierungskommission bis zum heutigen Tage unterliess. Ich ersuche schon um Mitteilung, ob diese Sanierungsaktion eingeleitet ist und zeichne mit vorzüglicher Hochachtung.“

Es wurde also von August 1918, in welchem die ersten einleitenden Schritte unternommen wurden, bis zum dem Augenblick, wo der Zustand der Erida, keine einzige Sitzung abgehalten.“ Aber auch die Tatsache selbst, daß die „Tenax“ eigentlich in Konkurs gehen müsste, ist nicht von dem Aufsichtsrat durch irgendwelche eigene Wahrnehmung festgestellt worden. Es ergab sich das vielmehr aus einer Expertise, welche die Maderbank über die Aufforderung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner vorgenommen wurde. Dr. Weiskirchner hatte die Bank zu einer Rettungsaktion aufgefordert, die aber von ihr auf Grund der vollkommenen trostlosen Lage, entschieden abgelehnt wurde. In dem bezüglichen Berichte heisst es in einem „Streng vertraulichen“ Teile wörtlich: „dass die Führung des Geschäftes vom Anbeginn ohne jede kaufmännische Rechnung und Erfahrung erfolgte.“ Aus der Korrespondenz kann festgestellt werden, daß tatsächlich Rechtsanwalt Dr. Zeifart als einziger Aufsichtsrat wiederholte Einberufungen von Aufsichtsratsitzungen urgierte, so am 8. November 1918 in einem Briefe an den Obermagistratsrat Dr. Dönt, in dem es heisst: „Gleichzeitig bitte ich eine Aufsichtsratsitzung einzuberufen, da der Aufsichtsrat unbedingt das Recht hat, über die bisherige Obearung bei der „Tenax“ genaue Aufschlüsse zu bekommen.“ Hierauf antwortet Obermagistratsrat Dr. Dönt: „Einladungen zur Aufsichtsratsitzung werden den Herren des Aufsichtsrates in den nächsten Tagen zugehen.“ Es ist dies jedoch nicht erfolgt und Dr. Zeifart wendet sich am 18. November 1918 an den Vicebürgermeister Heinrich Rierhame mit folgenden Zeilen: „Ich bitte dringend die Einberufung einer Aufsichtsratsitzung der Tenax als Vorsitzender veranlassen zu wollen, wobei die Geschäftsführung sämtliche vorgeschriebene Bücher dem Aufsichtsrat vorzulegen hat, da andernfalls die Haftung für die Geschäftsführung dem Aufsichtsrat trifft. Ich muss in dieser Richtung auf eine vollständige Ordnung dringen, da ich dies seinerzeit den Herrn Bürgermeister zugesagt habe.“ Auch auf diese dringende Mahnung hin, erfolgte jedoch noch immer keine Aufsichtsratsitzung. Abgesehen davon, dass alle Geschäfte der Tenax sicher sehr unglücklich erwiesen, hatte die mangelnde Aufsicht aber auch bewirkt, dass die allereinfachsten Voraussetzungen jedes Geschäftsbetriebes, nämlich die Führung anständiger kaufmännischer Bücher, nicht eingehalten worden ist. Am 28. Mai 1919 wurden von Organen der städtischen Buchhaltung bei der Tenax ein Protokoll aufgenommen, in dem es unter anderem heisst: „Die Buchführung ist nicht einwandfrei und widerspricht vielfach den buchhalterischen Grundsätzen, es fehlt eine Eröffnungsbilanz, in Hauptbuche sind die einzelnen Geschäftsfälle nicht vollständig ersichtlich, im Saldo-Konto fehlt das Bankkonto, das Hauptbuch erscheint bloss bis Ende Jänner 1919 geführt.“ Am 1. März 1919

... dem Rechtsanwalt Dr. Zeifart an den Bürgermeister Dr. Weiskirchner einen Brief, der wegen seiner Wichtigkeit hier im Fortlaufe angeführt sei.

In der Angelegenheit "Tenax" habe ich heute über Ersuchen des Herrn Ober-Magistrates Dr. Dont beim Handelsgerichte vorgesprochen, da mir mitgeteilt worden war, dass der famoso Geschäftsführer Hafner plane, die Fabrik kurzer Hand aus eigener Machtvollkommenheit zu verkaufen. Bei dieser Gelegenheit fand ich, dass ein neuer Referent, der Landesgerichtsrat Dr. Bettelheim die Angelegenheit des Firmen-Registers der G.m.b.H. "Tenax" führe, welcher als rigoros bekannt ist. Ich musste wahrheitsgemäß den jetzigen status eriduo mitteilen und erklärte mit hierauf Landesgerichtsrat Dr. Bettelheim, dass ich unbedingt verpflichtet sei, bevor andere Machinationen erfolgen, einen Antrag auf Liquidation der Gesellschaft unter Bekanntgabe der Gründe zu stellen, falls ich mich nicht ebenso wie Vicebürgermeister Hierhammer an den Folgen der Krida mitschuldig machen wolle. Da mir Vicebürgermeister Hierhammer gelegentlich eines Besuches in meiner Kanzlei ausdrücklich erklärte, dass er nicht in eine gerichtliche Angelegenheit verwickelt werden wolle, welchen Wunsch ich ebenso teile, wie auch den, dass ihre Person, Herr Bürgermeister, mit dieser Angelegenheit nicht verflocht wird, so habe ich beifolgende Eingabe verfasst, welche ich unbedingt überreiche, sobald die Zustimmung Ihrerseits vorliegt. Bei dieser Gelegenheit wiederhole ich, dass Ihrerseits, Herr Bürgermeister einzig und allein die Zustimmung gegen worden war, dass sich die Zentralfürsorge mit einem Kapital von 30.000 K an der Tenax beteiligen dürfe, keinesfalls aber mit höheren Beträgen und erscheint daher die Kontrahierung von 6.2 Millionen Kronen Schulden seitens der Tenax durch Einräumung eines Kredites seitens der Zentralfürsorge ohne Zustimmung des Aufsichtsrates statutenwidrig und daher gesetzwidrig, und hat die persönliche Haftung sämtlicher Gesellschafter zur Folge. Bei dieser Gelegenheit habe ich beim Handelsgerichte erhoben, dass die von Herrn Hafner aus durchlaufenden Gründen gewünschte Umwandlung der G.m.b.H. Tenax mit Ausscheidung der Kriegsfürsorgezentrale in eine „Einzelfirma Haas Hafner“ selbstverständlich abgewiesen wurde, was meiner Ansicht nach juristisch vom vornehmerein klar war.

Mit dem Ersuchen diesen Bericht genehmigend zur Kenntnis zu nehmen,

Am 3. April 1919 legten Dr. Zeifart und Vicebürgermeister Hierhammer ihre Stellen als Aufsichtsräte zurück. Am 16. April erteilte der Magistratsdirektor dem Dr. Zeifart im Sinne des von ihm gestellten Antrages die Ermächtigung nach Rücksprache mit dem Bürgermeister gegen Hans Hafner die Strafanzeige zu erstatten. Die bereits unternommenen Schritte wurden aber widerrufen und in einer Amtsbenennung vom 3. Mai 1919 kommt der folgende satzsame Satz vor: „Im Falle der Anzeige hat Hafner keine Ursache sich Reserve aufzuerlegen und wird Skandal machen.“ Was nun die Geschäfte der Tenax selbst angeht, so bestanden sie in der Erwerbung des Patent des Ing. Dr. Fischer, zur Herstellung von Ersatzsohlen. Die ursprüngliche Absicht war auf die Verwendung von Filz und Kuhhaaren gerichtet. Trotz der schlechten Erfahrungen bei Erwerbung des Milchpatentes wurde auch hier in gleich leichtfertiger Weise vorgegangen. Es wurde das Patent gekauft und dann erst wegen der erforderlichen Rohmaterialien Schritte unternommen. Es stellte sich heraus, dass die erforderlichen Mengen nicht erhältlich sind. Gleich bei der ersten Anweisung von Filz und Kuhhaaren durch das frühere k.k. Handelsministerium wurde die Zentralstelle darauf aufmerksam gemacht, dass sie bei der grossen Knappheit dieses Materiales auf weitere Belieferung nicht rechnen könne und sich daher rechtzeitig um Ersatz kümmern müsse. Es wurden daher Versuche mit anderen Materialien insbesondere aber mit Papier vorgenommen, welche sich angeblich als sehr günstig erwiesen. Durch Vermittlung des Hans Hafner trat nun die Zentralstelle mit der Firma Heinrich Weiner in Brünn in Verbindung und bestellte auf Grund der Genehmigung des Bürgermeisters Weiskirchner ohne, dass von demselben eine andere Instanz befragt worden wäre um rund 5.600.000 Kronen Papiergewebe. Diesbezüglich liegt ein vom Mag. Dir. Pawelka am 18. April d. J. aufgenommene Aufnahmeschrift vor gefertigt von Obermagistratsrat Dr. Dont, in der es heisst,

dass der Bürgermeister eine erhöhte Beteiligung der Zentralstelle an dem als zu gering bezeichneten Gesellschaftskapital der „Tenax“ ablehnte. Wie Obermagistratsrat Dr. Dont indes wörtlich erklärte: „Gebe er (Bürgermeister Dr. Weiskirchner) dagegen die Zustimmung, für Rechnung der Zentralstelle Waren bis zum Betrage von 6 Millionen Kronen zu kaufen, weil Ware einen realen Wert besitzt.“ Ganz besonders ist dabei hervorzuheben, dass bei allen diesen Bestellungen nicht die „Tenax“ als Auftraggeberin fungierte, sondern die Zentralstelle der Fürsorge. Auf diese Weise gingen alle Vorteile, welche mit einer Genossenschaft m.b.H. verknüpft sind, verloren. wäre der richtige Weg eingehalten worden und hätte die, eigens zu dem Zwecke der Ersatzsohlenherstellung gegründete Tenax, auch die Rohware bestellt, so würde ein über das Gesellschaftskapital hinausgehender Verlust, also in diesem Falle 30.000 K für die Zentralstelle unmöglich gewesen sein. Die kaufmännische Vorsicht des Bürgermeisters bestand also darin, eine erhöhte Beteiligung am Gesellschaftskapital abzulehnen, wiewohl es sich hier voraussichtlich nur um einige oder mehrere Zehntausend Kronen entsprechend den 30%igen Beteiligung der Zentralstelle an der Tenax überhaupt gehandelt hätte. Hiegegen stimmte aber Bürgermeister Dr. Weiskirchner zu, dass die gesamten Bestellungen auf den Namen unter dem vollen Risiko der Zentralstelle erfolgen. Wie wenig die Begründung, dass Ware einen realen Wert besitzt, in diesem Falle richtig war, beweist der Millionenverlust, der aus diesem Geschäft erwachsen ist. Aufgebaut waren alle diese Ordres in letzter Linie auf ein Abkommen, das mit dem Volksbekleidungsamte der k.k. nied.öst. Statthalterei in Wien geschlossen worden war. Das Volksbekleidungsamt bestellte bei der Zentralstelle 50.000 m² imprügnierte Filzsohlenplatten und leistete einen Vorschuss auf die Bestellung im Betrage von 1 Million Kronen. Ausserdem behielt sich das Volksbekleidungsamt das Recht vor, weitere 82.000 m² bis Ende März 1919 abzurufen. Schlusslich musste sich die Tenax verpflichten, dem Volksbekleidungsamte von ihren gesamten Produkten von imprügnierten Filzsohlen und Filzplatten im Jahre 1918, soweit dieselben an dritte Personen verkauft werden sollten, eine bestimmte Vergütung zu leisten. Das Volksbekleidungsamt hatte sich aber auch ausbedungen, in der Zeit vom 15. Dezember 1918 an das Uebereinkommen einseitig durch 14tägige Kündigung zu stornieren. Es bestand bloss die Verpflichtung, das bevorrätigte und fakturierte Quantum unter allen Umständen zu übernehmen. Es ist sehr bemerkenswert, dass also eigentlich die Zentralstelle sich hier nur als Kommissionärin eingeschoben hat, um einen Zwischennutzen zu erzielen, was naturgemäß sich in einer Verteuerung der gerade für die ärmsten Schichten der Bevölkerung bestimmten Ersatzsohlen ausdrücken musste. Dieser Vertrag erwies sich für die Zentralstelle als ausserordentlich verderblich. Als nämlich im November der Zusammenbruch erfolgte, ging das Volksbekleidungsamt rücksichtslos mit der Kündigung vor und erklärte, dass die gegebene 1 Million kein Vorschuss sondern ein Darlehen gewesen sei und unter allen Umständen zurückgezahlt werden müsse. Hierüber ist noch ein Prozess in Schweben.

Hiegegen gestaltete sich die Annullierung der mit der Firma Weiner eingegangenen Schlüsse ganz anders. Die Zentralstelle schloss mit Weiner ein neuerliches Uebereinkommen, das ins wesentlichen Inhalt den grössten Teil der bestellten Lieferungen als unanfechtbar erklärte und nur ein bescheidenes Quantum gegen Bezahlung von 180.000 Kronen Abfindung zur Stornierung brachte. Als Gegenwert für diesen sehr geringen Vorteil wurde dem Weiner die Lieferungsfrist bis Ende 1918, die er unter dem damalig krisenhaften Verhältnissen aller Voraussicht nach nicht hätte einhalten können, bis Ende März 1919 verlängert. Dadurch wurde Weiner erst die Möglichkeit geboten, die ganze Menge auszuliefern. Auf der einen Seite war also durch den Rücktritt des Volksbekleidungsamtes der gesicherte Abnehmer verloren gegangen, auf der anderen Seite wurde der Firma Weiner der Termin erstreckt. Zur Durchführung dieses Uebereinkommens gab Dr. Weiskirchner am 6. Dezember 1918 seine Zustimmung. Die Annahme, dass die Zentralstelle sich ihrer

grossen Verpflichtung gegenüber der Firma Weiner dadurch entziehen könne, dass sie aus der „Tenax“ austräte und diese das ganze Engagement übernehme, erwies sich als vollkommen hinfällig. Die Zentralstelle musste vielmehr als alleinige Bestellerin der Ware diesen Geschäft selbständig abwickeln.

Diese Verbindung mit der Firma Weiner führte auch zu dem kostspieligen Kreditgeschäft mit der Filiale der Kreditanstalt in Brünn, worüber schon berichtet wurde. Die Zentralstelle machte dort 5 1/2 Millionen K Schulden in deutschösterreichischen Kronen, zahlte sie zur Zeit der Währungstrennung nicht zurück und die Kreditfiliale stellt nun eine Nachtragsforderung von 1.900.000 tschechoslovakischen Kronen, was beim heutigen Kurs von 2.63 K für 1 tschechoslovakische Krone, vollen 5 Millionen deutschösterreichischen Kronen entspricht. Deshalb mag nun die Gemeinde Wien einen Prozess führen. Wenn Herr Dr. Weiskirchner behauptet, dass über diese Geschäfte „naturgemäß weder im Stadtrate noch im Gemeinderate zu berichten war, da die Vertreter des Staates und des Landes ihn und die Beamten des Magistrates die Geschäftsführung übertragen hatten“ so ist das keineswegs naturgemäß. Land und Stadt konnten ihm höchstens eine Verfügung über ihre Gelder übertragen, konnten ihm aber nicht die Ermächtigung geben, der „Tenax“ Millionen Kronen Gemeindegelder zur Verfügung zu stellen und für die Geschäfte der Zentrale der Fürsorge 5.493.707 Kronen einfach zu Lasten der eigenen Gelder der Gemeinde Wien zu bezahlen. Nach dem Gemeindestatut kann zu Ausgaben bis zu 20.000 K der Stadtrat die Bewilligung geben. (Paragraph 78) Für alle höheren Ausgaben ist ein eigener Beschluss des Gemeinderates notwendig. (§ 59) Wenn in dringenden Fällen der Bürgermeister ohne Zustimmung des Stadt- oder Gemeinderates Ausgaben zu bewilligen genötigt ist, dann hat er dazu die nachträgliche Genehmigung beim Stadt- und Gemeinderat einzuholen. Das hat Bürgermeister Dr. Weiskirchner nicht getan. Alle diese Zahlungen sind ohne Befragen des Stadt- und Gemeinderates erfolgt und all diesen Geschäfte haben Stadt- und Gemeinderat nichts gewusst. Sie wurden einig und allein vom Bürgermeister Dr. Weiskirchner unternommen und gut geheissen, obwohl der Gemeinderat damals getagt hat, und die Gemeinde soll nun die Millionen bezahlen. Ob das so „naturgemäß“ ist, wie Herr Dr. Weiskirchner meint, wird die Untersuchungskommission festzustellen haben. Auch Herr Vicebürgermeister Hierhammer und Dr. Zeifart, die am 3. April d. J. ihre Stellen als Aufsichtsräte der Zentralstelle niederlegten, weil sie sich an den Folgen der Krida nicht mitschuldig machen wollten, scheinen diese Geschäfte nicht so „naturgemäß“ gefunden zu haben.

Entfallender Empfang. Am Montag entfällt der übliche Empfang bei Bürgermeistermann, wegen dessen dienstlicher Verhinderung.

Holländische Hilfe für Wiener Kinder. Freitag abend sind nach einer mühseligen fünfzügigen Reise drei Herren aus dem Haag in Wien eingetroffen, die von einem holländischen Komitee nach Wien entsendet wurden, um hier das Kinderelend mit eigenen Augen zu sehen und in Verbindung mit einem Wiener Komitee an dessen Spitze Frau Prof. Eiselsberg treten soll, und dem Wiener städtischen Jugendamte die Vorkehrungen zu treffen, um möglichst viele Wiener Kinder noch während des Winters nach Holland zu bringen. Die holländische Abordnung besteht aus zwei Journalisten, dem Dr. L. A. Rademaker, Redakteur von Het Vaderland und A. K. Van Rinstijk, Redakteur von Nieuwe Courant und einem sehr bekannten holländischen Filmfachmann Willy Mullenas. Die Herren werden hier in Wien was sie sehen durch Lichtbilder und in Film festzuhalten trachten, und wollen dann unter Benützung des holländischen Kinoparates in ganz Holland Vorträge halten und das Wiener Kinderelend darzustellen und die schon bestehende holländische Hilfsaktion entsprechend unseren grossen Elend zu steigern. Die Herren haben heute vormittags beim VB. Winter vorgesprochen, um ihm mitzuteilen, dass alle holländischen Vergütungsetablisementbesitzer, Kino und Theaterunternehmer den Beschluss gefasst haben, einen Wiener Kinderhilfsstag zu inszenieren und den ganzen Reingewinn dieses Tages dieser Wiener Kinderhilfsaktion zuzuführen. Das Jugendamt ist bereits damit beschäftigt eine Auswahl von unterernährten Kindern zu treffen, die noch während des Winters nach Holland kommen sollen. Mit diesem ersten Zug soll auch für Holland, sowie es schon für

die Schweiz und für Dänemark bereit, eine Winteraktion eingeleitet werden, da auch Holland von der richtigen Wirkung awegte, dass den Wiener Kindern nur zu helfen ist, wenn man möglichst rasch zugreift. Jeder Tag Verzögerung fordert neue Opfer.

Sitzungen im Rathaus. Donnerstag und Freitag vormittags tritt der Stadtrat zu Sitzungen zusammen. - Freitag um 4 Uhr nachmittags findet eine Gemeinderatssitzung des Gemeinderates statt.

1. Ausgabe.

25. Jahrgang, Wien, Montag, den 10. November 1919, Nr. 442.

Hauslistenabgabe und Ausgabe der Lebensmittelkarten. Die nächste Hauslistenabgabe findet am Freitag, den 14. November statt. Auf Grund dieser Hauslisten werden Samstag, den 22. November die Mehlbezugskarten, Störbtotmehlbezugskarten und Brotbezugskarten für die 242. bis 261. Woche, die Fettkarten für die 167. bis 168. Woche, die Kartoffelkarten für die 112. bis 131. Woche, die Milchkarten für Kinder bis zu 2 Jahren für die 145. bis 154. Woche, die Milchkarten für Kinder von 2 bis 6 Jahren und für Kinder von 6 bis 14 Jahren für die 145. bis 164. Woche und die Seifenkarten für die Monate Dezember 1919 bis einschliesslich Juli 1920 ausgegeben. Da die ordnungsmässige Kartenausgabe von der rechtzeitigen Ueberreichung der Hauslisten abhängt, ist der hierfür angesetzte Termin genau einzuhalten und wird es sich empfehlen, daß die Leser dieser Mitteilung ihre Hausverwaltung hierauf aufmerksam machen. Am Mittwoch, den 12. November und Samstag, den 15. November 1919 sind die Lokale der Brotkommission geschlossen.

2. Ausgabe.

25. Jahrgang, Wien, Montag, den 10. November 1919 Nr. 443.

Die Häuser in der Tannbruggasse fertig gestellt. Die neuen städtischen Wohnhäuser in XII. Bezirk Tannbruggasse, welche die Gemeinde Wien im August d.J. im halbfertigen Zustande erworben hat, sind in der Fertigstellung soweit vorgeschritten, dass das Haus Nr. 33 am 16. November mit seinen 31 Wohnungen der Benützung übergeben wird. Das Haus Nr. 31, welches 24 Wohnungen enthält, wird aller Voraussicht nach trotz der ungünstigen Jahreszeit Ende November ebenfalls benützungsfähig sein. In erstgenanntem Hause ist ein Teil des Sockelgeschosses zur Anlage eines Tagraumes für die Kinder der Wohnparteien beider Häuser und für die Anlage einer Badegelegenheit benützt. Die rasche Fertigstellung war nur den Umständen zu verdanken, dass die Ausführung, entgegen der Übung bei gewöhnlichen Verhältnissen, ohne die langwierigen Vorarbeiten eines Voranschlags auf Grund einer allgemeinen amtlichen Aufstellung dem Stadtbaumeister Edmund Melcher unter unmittelbarer und ständiger Preis- und Leistungskontrolle des Stadtbauamtes übertragen worden ist. Seinerzeit war in Aussicht genommen gewesen, für diese beiden Häuser die Deckung des verlorenen Bauaufwandes unter Belassung im Privatbesitz zu übernehmen. Es hat sich jedoch gezeigt, dass die Erwerbung und Fertigstellung durch die Gemeinde Wien materiell für dieselbe vorteilhafter ist, denn seinerzeit war für diese Häuser ein Gesamterfordernis von über 2 Millionen Kronen in Rechnung gestellt gewesen, während die Gemeinde einschliesslich des Ankaufpreises der Häuser mit einem Betrage von 1,500.000 K das Auskommen finden wird.

Die Umbenennung von Strassen. In der letzten Stadtratsitzung berichtete StR. Richter über das Ergebnis der Verhandlungen des Komitees, das vom Gemeinderat eingesetzt worden war, um eine Reihe von Strassen, welche an die monarchische Zeit erinnern, unbenennen zu lassen. GR. Danneberg, welcher als seinerzeitiger Antragsteller im Gemeinderate der Beratung beigezogen war, erörterte in längerer Ausführung die Beweggründe, welche zu den Anträgen geführt haben, die dem Stadtrate vorgelegt wurden. Er betonte, dass alle jene Strassennamen, welche eine historische Bedeutung besitzen, belassen worden sind, dass aber diejenigen Strassennamen, welche nur aus Eryant inismus und Liebediensterei zu

den damals herrschenden Habsburgern entstanden sind, entfernt wurden. Die Umbenennung der Strassen soll das Geburtstagsgeschenk für unsere Republik am 12. November sein. StR. Täubler gibt die Anregung auch dem Dr. Karl Luegerplatz wieder in Rathausplatz unbenennen, nachdem diese Bezeichnung der Lage des Platzes besser entspreche. Für Dr. Karl Lueger solle ein anderer Platz bestimmt werden, etwa in der Nähe des Versorgungshefens oder des Jubiläumshospitals in Laiaz zur Erinnerung an die Werke, die Lueger dort geschaffen hat.

VB. Winter bemängelt einige Schönheitsfehler an der Vorlage, welche in der Stillisierung der Namen gelegen sind. Er ersucht, in Wien auch einen Dänneplatz zuzuschaffen zum Andenken an dieses Volk, das gleichfalls den Wiener Kindern in schwerer Zeit wertvolle Hilfe angedeihen liess. Er wünscht, dass die Maximilianstrasse in Mahlerstrasse unbenannt werde, zum Unterschied vom Vorschlage des Komitees, welches diese Strasse in Meistersingerstrasse umtaufen wollte.

StR. Analfie Seidel regt an, dass bei den neuen Strassenumbenennungen unter dem Strassenschild am Anfang und am Ende der Strasse eine Tafel angebracht werde, auf der vermerkt werden soll, an wen, bzw. an welches Ereignis der Name der Strasse erinnere.

Bgm. Reumann bringt einen Wunsch betreffend die Lassallestrasse vor.

GR. Bernann, der gleichfalls als seinerzeitiger Antragsteller der Sitzung beigezogen war, gab nähere Aufklärungen über die Stillisierung der Strassennamen und pflichtete den Wünschen des VB. Winter, betreffend die Mahlerstrasse den Dänneplatz bei. Er ersuchte auch in Erwägung zu ziehen, dass in der Schule ein Unterrichtsgegenstand eingeführt werde, der den Kindern die Kenntnis der in den Strassennamen festgehaltenen Personen und Begebenheiten vermitteln soll.

Berichterstatter StR. Richter fasste die gegebenen Anregungen zusammen und hob hervor, dass weitere Änderungen noch in Aussicht stehen, dass aber angesichts der hohen Kosten, die bereits bei dieser Aktion sich auf 3 Millionen Kronen belaufen, von einer allzugrossen Ausdehnung der Umbenennungstätigkeit Abstand genommen werden müsse. Bezüglich der Strassen, die im Prater auf hofärztlichen Grunde gelegen sind, ^{hülle der Republik mit, das} die endgültige Entscheidung über die Umbenennung im Hofärar ^{zuteile.} Bei der nun folgenden Abstimmung wurden folgende Beschlüsse gefasst: Es sind unbenennen:

I. Bezirk: Albrechtsgasse in Goethogasse, Albrechtsplatz in Revolutionsplatz, Augusteugasse in Göldorfogasse, Franzensplatz in In der Burg, Franzensring in Ring des 12. November, Giselastrasse in Büsendorferstrasse, Kaiser Ferdinandsplatz in Schwedenplatz, Kaiser Karlring in Operaring, Kaiser Wilhelmring in Parkring, Kaiserin Zitaring in Kärntnerriag, Maximilianstrasse in Mahlerstrasse, Kaisergarten in Garten der Republik.

II. Bezirk: Erzherzog Karlplatz in Volkwehrplatz, Kronprinz Rudolfstrasse in Lassallestrasse, Maria Josefpark in Machplatz, Mathildengasse in Perinetgasse, Mathildeplatz in Röntgenplatz, Prinzenallee in Sportallee, Sophienbrückenallee in Rotundonallee, Stefaniestrasse in Hollandstrasse, Valeriestrasse in Böklinstrasse, Kaiser Josefstrasse in Heinestrasse, Grosse Zufahrtstrasse in Erster Mai-Strasse.

III. Bezirk: Adolfgundengasse in Grinnelhausengasse, Festgasse in Weyrgasse, Intpoldgasse in Gottfried Kallergasse, Richardgasse in Jaurésgasse, Maria Josefpark in Schweinergarten, Rudolfsgasse in Juchgasse, Sofienbrückengasse in Kundmangasse.

IV. Bezirk: Karolinenplatz in Am Goldegg, Luisengasse in Moosengasse, Rainerplatz in Suttnerplatz.

VII. Bezirk: Hofstallstrasse in Museumstrasse.

IX. Bezirk: Elisabethpromenade in Rossauerände, Maximilianplatz in Freiheitsplatz.

X. Bezirk: Eugenplatz in Viktor Adlerplatz, Eugengasse in Pernerstorfergasse, Erzherzog Johannplatz in Rothnagelplatz, Goethogasse in Scheugasse.

XIII. Bezirk: Valeriecottage in Zumbuschstrasse, Cantanociogasse in Edel-

lingasse.

XIII. Bezirk: Franz Karlstrasse in Granachstrasse, Amalienstrasse in Goldmarkstrasse, Hofallee in Schlossallee, Stefaniebadgasse in Jodlgasse.

XIV. Bezirk: Südgasse (verbleibt nunmehr nach Eduard Süg benannt), Prinz Karlgasse in Oelweingasse.

XV. Bezirk: Aufmarschstrasse in Karl Marxstrasse.

XVI. Bezirk: Habsburgplatz in Schühnerplatz, Stefanieplatz in Bebelplatz.

XVIII. Bezirk: Karl Ludwigplatz in Weimarerplatz, Karl Ludwigstrasse in Weimarerstrasse, Bösendorferstrasse in Meistersingerstrasse.

XI. Bezirk: Kaiserplatz in Engelaplatz, Schwedengasse in Winaarskygasse, die Strasse südlich des Staatsbahnbediensteten Wohnhauses - Robert Blum-Gasse.

XII. Bezirk: Kaiserin Elisabethgasse in Mengergasse, Franz Josefstrasse in Schliagerstrasse, Kaiser Josefplatz in Freiligrathplatz, Jubiläumstrasse in Deublerstrasse, Leopoldplatz in Kinnerplatz, Kaiserweg in Hausgrudweg.

Brücken: Kaiser Franz Josefbrücke in Floridsdorfer-Brücke, Kronprinz-Rudolfbrücke in Reichsbrücke, Kaiser Franz Josefs Regierungs-Jubiläumbrücke in Heiligenstädterbrücke, Kaiser Josefbrücke in Schlachthausbrücke, Sofienbrücke in Rotundebrücke, Stefaniebrücke in Salstorbrücke, Franz Karlbrücke in Zufferbrücke, Kaiser Franz Josefbrücke in Rietzinger-Brücke, Karolinenbrücke in Stadtparkbrücke, Maria Theresienbrücke in Schönbrunnerbrücke, Schönbrunner Schlossbrücke in Schlossbrücke, Richardsteg in Reitschulsteg.

StR. Dr. Grün brachte im Verlaufe der Beratung den Antrag ein, dass den Kindern in der Schule Wesen und Zweck der vorgenommenen Strassenumbenennungen mitgeteilt werde. Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugewiesen.

Die Zentralsparkasse der Gemeinde Wien im Jahre 1918. VB. Emmerling berichtete in der letzten Stadtratsitzung über den Rechnungsabschluss der Zentralsparkasse für das Jahr 1918. Der Reingewinn der Anstalt betrug 133.634 K gegenüber 2,867.000 K im Vorjahre. Der Hinderertrag ist auf starke Abschreibungen von Kurwerte der Wertpapiere und auf erhöhte Zuweisungen an Fonds und Reserven zurückzuführen. Der Einlagenstand ist im Berichtsjahre von 250 Millionen auf 304 Millionen Kronen gestiegen. Der Stand der Darlehen aus Hypotheken ist dagegen von 98 Millionen auf 95 Millionen zurückgegangen. Der Umsatz der Anstalt stieg von 1.205 Millionen auf 2.303 Millionen. Der Bericht wurde zur Kenntnis genommen.

Abgabe von rayonierten Fett. Da Mittwoch, den 12. November Nationalfeiertag ist, haben jene Kleinverpacker, welche an diesen Tage das Fett von der Grossverteilungsstelle zu beziehen hätten, dasselbe erst am Donnerstag, den 13. November von dort abzuholen.

Der Strassenbahnverkehr am 12. November. Der Strassenbahnverkehr beginnt an diesem Tage um 1/2 8 Uhr früh und wird bis zum Betriebsabschluss wie an Wochentagen geführt.

Die Volksbibliothek in der Villa Wertheimstein. Die städtische Volksbibliothek in der Villa Wertheimstein ist infolge der unterzogenen Casseierung vom 11. d.M. an bis auf Weiteres nur von 5 bis 6 Uhr nachmittags zur Rückgabe der Bücher geöffnet. Neue Bücher werden nicht ausgegeben.

Für Hundebesitzer. Der Hundenzug für Hunde wurde aufgehoben. Der Maulkorbzwang bleibt weiterhin bestehen.

Wiener Rathaus-Korrespondenz

Herausgeber und verantwortl. Redakteur Franz Mischeu.
Wien, 1., Neues Rathaus.

1. Ausgabe.

25. Jahrgang, Wien, Dienstag, den 11. November 1919, Nr. 444.

Der erste Tag der Wohnungsaufnahme. Gestern haben die Wohnungsaufnahmekommissionen ihre Tätigkeit begonnen. Die Arbeit^{der} Kommissionen ist in allen Bezirken ohne wesentliche Anstände programmässig vor sich gegangen, auch das Arbeitsquantum ist bei Berücksichtigung des Umstandes, daß sich die Kommissionen in den ersten Tagen erst einarbeiten müssen, ein befriedigendes. Besondere Vorfälle sind von keiner Kommission gemeldet worden. Die Kommissionen sind in allen Bezirken hauptsächlich infolge der aus politischen Gründen erfolgten Mandatszurücklegung vielfach nicht vollständig. Der Fortgang der Erhebungen wird, da auch der Kommissionsleiter allein dazu befugt ist, hierdurch nicht berührt.

Das historische Museum der Stadt Wien, Rathaus, Feststiege 2, ist am 12. November von 9 bis 1 Uhr für den Besuch geöffnet.

Auf den städtischen Gemüsesammelplätzen unterbleibt am 12. November der Verkehr.

Abgabe von rayonierten Fett. Mittwoch, den 12. November haben jene Kleinverschleisser, die an diesem Tage das Fett von der Großverteilungsstelle zu beziehen hätten, dasselbe erst am Donnerstag, den 13. November von dort abzuholen.

2. Ausgabe.

25. Jahrgang, Wien, Dienstag, den 11. November 1919, Nr. 445.

Leiterbestellungen. Der Bürgermeister hat den bisherigen Leiter des magistratischen Bezirksamtes für den XVIII. Bezirk Magistratsrat Dr. Jaklitsch zum Leiter des magistratischen Bezirksamtes für den XI. Bezirk, den Mag. Sekretär Dr. Alois Benesch zum Leiter des magistratischen Bezirksamtes für den X. Bezirk, den Mag. Sekretär Ferdinand Ehrenfeld zum Leiter des magistratischen Bezirksamtes für den XVIII. Bezirk und den Mag. Sekretär Christian Dörfinger zum Vorstände der Magistrats-Abteilung^{XII.} für Statistik bestellt.

Erhöhung des Kochpauschales. Der Stadtrat hat nach einem Berichte der StRin. Amalie Geidel das Kochpauschale der städtischen Koch- und Haushaltungsschulen von 40 auf 80 h pro Schülerin und Tag erhöht.

Kommunalsparkasse Döbling. Der Gesamteinlagenstand dieser Anstalt betrug am Ende Oktober 18,954.082 K. Der Stand der Einlagen im Scheckverkehr betrug 1,058.582 E, der aushaftenden Hypothekendarlehen 12,377.234 K, der Darlehen auf Wertpapiere 55031 und der Wertpapiere 9,013.050 K.

Die Festversammlung im Rathause. Wie bereits gemeldet, findet am 12. November um 3 Uhr nachmittags im Festsaale des Rathauses zur Erinnerung an die Gründung der Republik eine Festversammlung der Gemeindefunktionäre statt. Die Gedenkfeier wird durch einen Vortrag der Bläser des Spornorchesters eingeleitet werden. Daran wird sich eine die Bedeutung des Tages würdigende Festrede des Bürgermeisters Reumann anschließen. Ein Bläserchoral wird die Feier, die präzise um 3 Uhr beginnt, beenden. - Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß der Festsaal im Hinblick auf die Kohlennot nicht geheizt werden kann.

12 / 14

Livingston

Wiener Rathaus-Korrespondenz

Herausgeber und verantwortl. Redakteur Franz Michen.
Wien, 1., Neues Rathaus.

25. Jahrgang, Wien, Donnerstag, den 13. November 1919, Nr. 447.

Kartoffelabgabe. Freitag bis Montag werden im 10. und 11. Bezirke ausländische Kartoffeln zum Preise von K 3.40 per kg, und zwar $\frac{1}{2}$ kg pro Kopf gegen Abtrennung des Abschnittes „S“ der Kartoffelkarte abgegeben.

Die Wohnungsbegehungen. Das Ergebnis der Wohnungsaufnahmekommissionen für den ersten Tag ihrer Tätigkeit, Montag, den 10. ds. ist folgendes: 1115 Gebäude wurden begangen und 13.297 darin befindliche Wohnungen aufgenommen. 237 Wohnungen wurden ganz, 321 teilweise als zur Anforderung geeignet befunden.

Rückkehr von Wiener Studenten aus der Schweiz. Ende Oktober sind 400 Wiener Studenten nach 6 bis 8 wöchigem Aufenthalt in der Schweiz nach Wien zurückgekehrt. Das schweizerische Zentralkomitee der Hilfsaktion für Wiener Studenten hat an den Stadtrat ein Schreiben gerichtet, in dem es unter anderem heisst: Es freut uns mitteilen zu können, das die schweizerischen Gastgeber ihre Gäste nur ungern wegziehen liessen, nachdem sich während der 5 Ferienwochen zwischen den Studenten und den Gastgebern ein recht herzliches Verhältnis gebildet hatte. Die Feriengäste, die ihrem Vaterlande alle Ehre gemacht haben, werden bei uns stets in bester Erinnerung bleiben. Für uns Schweizer Studenten war es eine freudige Pflicht, den Kommilitonen Oesterreichs zu helfen, als wir ihre Not und ihr Elend sahen. Zu unserer grossen Freude hat sich die Grosszahl der Gäste körperlich und geistig gut erholt. Durch die Ferienaktion sind zwischen Wiener und Schweizer Studenten die besten Beziehungen angeknüpft worden, Beziehungen, die es verdienen, weiter gepflegt und weiter ausgebaut zu werden. Der Zentralkomitee wird alles einsetzen, um auch fernerhin seinen Wiener Kollegen Hilfe zu bringen. Heute schon ist es gelungen, etwa 30 Wiener Studenten einen Schweizer Aufenthalt für den ganzen Winter zu ermöglichen, wobei es sich zum Teil um Kranke, zum Teil um besonders bedürftige Studenten handelt. Damit ist aber die Aktion noch nicht beendet. Wir werden mit den Studentenschaften sämtlicher an den Folgen des Krieges leidenden Nationen von Bern aus in Fühlung zu treten suchen, um auf unserem streng neutralen Boden auch unsererseits an dem Gedanken der Völkerveröhnung mitarbeiten zu können. Wenn wir uns dabei an die Studentenschaften wenden, so geschieht dies deshalb weil wir in den Studenten von heute die Männer der Zukunft erblicken. Wir sind uns dabei voll und ganz bewusst, das vor allem Wien es ist, das unserer Hilfe am dringendsten bedürftig ist. - Dieses Schreiben brachte VB. Winter heute im Stadtrate zur Kenntnis und bemerkte dazu, das mit dem gleichen Zuge, der die Wiener Studenten brachte, auch 850 Wiener Kinder geistig und körperlich gestärkt aus der Schweiz zurückgekehrt sind. Viele von ihnen haben in wenigen Wochen eine merkliche Gewichtszunahme aufzuweisen.

Die Entschädigungsfrage bei Einquartierungen.

Seit dem Jahre 1902 waren in der Realität Schützengasse Nr. 25, die den Brüdern Anton und Josef Nagler gehört, (Anton Nagler ist der seit Jahren im Landtag tätige christlichsoziale Abgeordnete) einige Landwehr-Artillerie-Formationen einquartiert. Mit Kriegsausbruch wurden die Bequartierungen äusserst verstärkt, so das die Gebäude und Stallungen sehr stark in An-

spruch genommen wurden. Mit Kriegsende fand die gesetzmässig vorgeschriebene Schätzung der entstandenen Abnutzung und Schäden in den Baulichkeiten statt. Diese Schätzung ergab einen Gesamtschadenbetrag von 158.000 K. Der Ertrag ist vom liquidierenden Ministerium für Landesverteidigung anerkannt und von diesem auch zu bezahlen. Das bevollmächtigte Kollegium hat jedoch wegen Mangel an Zahlungsmitteln die Zahlung abgelehnt. Die Brüder Nagler sind nun an die Gemeinde Wien herangetreten und verlangen unter Prozessandrohung die Bezahlung des Betrages von der Gemeinde Wien, indem sie die Behauptung aufstellen, das die Gemeinde Wien die Mieterin dieses Objektes gewesen sein soll und daher für die durch die Einquartierung entstandenen Schäden aufzukommen habe. Begründet wird das Ansuchen sachlich damit, das es den Brüdern Nagler schwer fällt, aus Eigenem vor Auszahlung des Ersatzbetrages die Gebäude wieder herzustellen. Diese Begründung ist gewiss unrichtig, weil die Brüder Nagler aus der Bequartierung sicherlich einen grossen Gewinn gezogen haben. Im Stadtrate wurde daher über Antrag des StR. Dr. Fritz Winter die Ablehnung dieses Ansuchens der Brüder Nagler beschlossen. Die Gemeinde Wien erscheint in Einquartierungsangelegenheiten nicht als Mieterin von Gebäuden, sondern nur als Hilfsorgan des Militärärzters im übertragenen Wirkungskreise und hat daher unmöglich irgendeine Haftung zu tragen.

Der Mietzins für die Häuser in der Tannbrugggasse. In der heutigen Sitzung des Stadtrates berichtete StR. Dr. Scheu über die Mietzinsfeststellung im Hause Tannbrugggasse Nr. 33. Er betonte, das er dem Stadtrate die erfreuliche Mitteilung machen könne, das dieses Haus, dessen Ausführung dem Stadtbaumeister Melcher übertragen worden war, bereits fertiggestellt ist und der Benützungskonsens erteilt wird. Im Einvernehmen mit der Bezirksvertretung und dem Arbeiterrate wurden die Mietzinse bereits bestimmt und werden für eine Wohnung bestehend aus 2 Zimmern, Küche, Kammer und Vorzimmer im ersten Stock 1050 K, im zweiten Stock 1020 K, im dritten Stock 960 K und im Erdgeschoß 1020 K verlangt werden. Die Wohnungszinse seien durchwegs auf dem Niveau gehalten, wie die Zinse für Kleinwohnungen in Meidling gerechnet werden. Ausserdem teilte der Referent mit, das bei den Baukosten keine Überschreitung, sondern sogar Ersparungen gemacht worden seien.

Bgm. Reumann bemerkte dazu, das auch für Bäder und für gemeinschaftliche Räume für die Kinder in diesem Hause vorgesorgt worden sei. Er glaube, die Gemeinde habe Recht gehandelt, das sie den Stadtbaumeister Melcher mit der Ausführung dieses Baues beauftragt habe. Es stelle sich in diesem Falle neuerlich heraus, das alle Anwürfe, die von oppositioneller Seite gegen Melcher erhoben worden, nicht stichhältig seien. Man könne dem Stadtbaumeister Melcher nur dankbar sein, das er den Bau so rasch zur Durchführung gebracht habe. Die vom Referenten beantragten Mietzinse wurden angenommen.

Ausgestaltung eines Kinderspielplatzes. VB. Winter referierte in der heutigen Stadtratsitzung über die Ausgestaltung eines Kinderspielplatzes im Garten des ehemaligen Zivildispensates in der Josefstädterstrasse. Durch einen Teil dieses Gartens hätte die Pfeilgasse durchgeführt werden sollen, doch sei von diesem Plane Abstand genommen worden, sodaß der Garten vollständig für Zwecke der Jugendfürsorge erhalten bleiben könne. Die Adaptierungen, die vorgenommen werden müssen, seien nur geringfügig. Weiters bemerkte der Referent, das das rückwärtige Haus dieses Dispensates für die Unterbringung für sozialdemokratische und christlichsoziale Fürsorgeorganisationen in Aussicht genommen worden seien. Es sei damit der Versuch unternommen die Fürsorgeaktionen aller politischen Parteilichkeit zu entkleiden und gleichzeitig eine Verringerung der Kosten dadurch herbeizuführen, das gewisse Einrichtungen von allen Organisationen gemeinsam benützt werden können. Der Referentenantrag wurde einhellig ohne Debatte angenommen.

Die amerikanische Ausspeisung. Unter dem Titel „Vienna public Feeding G.m.b.H.“ wird künftighin der amerikanische Ausspeisedienst, an dessen Spitze Dr. Geist steht, geführt werden. Über diese Angelegenheit berichtete heute im Stadtrate StR. Breitner und es wurde beschlossen, das unter der Beteiligung des Staates und der Gemeinde die obengenannte Gesellschaft mit beschränkter Haftung gegründet werde, deren Stammkapital 20 Millionen Kronen beträgt, und dass vorläufig die Hälfte zu gleichen Teilen von Staat und Gemeinde eingezahlt wird. Mit diesem Betrage könnte indes bei der grossen Ausdehnung, welche die Aktion erfahren soll, nicht das Auslangen gefunden werden. Es ist aber bereits gelungen auch in dieser Beziehung volle Vorsorge zu treffen und einen Betriebskredit von 100 Millionen Kronen für ein Jahr und zu dem günstigen Zinsfusse von $3\frac{1}{2}$ % von den Banken zu erhalten. Die Geschäfte werden durch drei Geschäftsführer besorgt werden. Doch sind vorläufig erst zwei Stellen zur Besetzung gelangt. Die eine wurde mit Generaldirektor Herman Deri von der amtlichen Uebernahmsstelle für Vieh und Fleisch, die andere Stelle mit dem Vicepräsidenten der Kriegsgetreideverkehrsanstalt Herman Reif besetzt. Es sind also zwei der hervorragendsten Fachmänner, die über das grösste Mass von Erfahrung in unseren Währungsfragen verfügen, für diese Gesellschaft gewonnen worden. Der Aufsichtsrat besteht aus sieben Personen, von denen zwei seitens des Staates vorgeschlagen werden. Die Gemeinde Wien stellt gleichfalls zwei Vertreter bei und als solche wurde StR. Kokrda und GR. Prof. Dr. Fränkel delegiert. Die amerikanische Aktion ist durch Dr. Geist, Prof. Pirquet und Dr. Jerome Stomborough vertreten. Als Präsident des Aufsichtsrates fungiert Dr. Geist. Die Dauer der Gesellschaft ist nicht begrenzt. Ein allfälliger Liquidierungsgewinn ist gemeinnützigen Zwecken zu widmen.

Zusammenschluss aller Verbände der öffentlichen Angestellten. Bei der am 13. November 1919 von Vertretern des Zentralverbandes der Staatsangestellten-Verbindungen, des Verbandes der Angestellten der Gemeinde Wien und der Gewerkschaft der Landesangestellten abgehaltenen Besprechung wurde einstimmig beschlossen, einen Zusammenschluss aller Verbände der öffentlichen Angestellten in Hinblick auf die bevorstehenden Verhandlungen mit Staat, Land und Gemeinde Wien über die Anpassung der Löhne und Gehalte an die Preise der Lebensmittel und Bedarfsgegenstände herbeizuführen und für alle Zukunft aufrecht zu erhalten. Zunächst werden sich diese Verbände, die ungefähr 90.000 Angestellte vertreten, zu einer für alle angeschlossenen Vereine verbindlichen Organisation zusammenschliessen, die allein in Hinkunft berechtigt sein soll, über allgemeine Fragen mit den öffentlichen Faktoren zu verhandeln. Diese Zentralorganisation wird auch über alle Massnahmen zu beschliessen haben, die im Falle der Nichtberücksichtigung der berechtigten Forderungen einer angeschlossenen Angestelltengruppe zu ergreifen sind. Die Vertreter der erwähnten Verbände, die noch mit den Organisationen der Verkehrsbeamten und der noch nicht zentralvertretenen Landesorganisationen verhandeln werden, ersuchen hiemit alle Organisationen öffentlicher Angestellter, die in den erwähnten Verbänden nicht vertreten sind, dem Verband der städtischen Angestellten (I., Neues Rathaus, IV. Stiege, 2. Stock) ihre Anschriften zwecks Zuziehung zu den Verhandlungen bekanntzugeben zu wollen. Die neue Zentralorganisation wird das machtvollste Mittel zur Vertretung der Angestellten sein, der Zersplitterung, die bis jetzt nur immer den Gegnern der Angestellten nützte, ein für allemal ein Ende machen und der Stimme der öffentlichen Angestellten unbedingt stets Gehör verschaffen.

Wiener Rathaus-Korrespondenz

Herausgeber und verantwortl. Redakteur Franz Mischen.
Wien, 1., Neues Rathaus.

1. Ausgabe.

25. Jahrgang, Wien, Freitag, den 14. November 1919, Nr. 448.

Margarineabgabe. Vom 16. bis 22. November werden bei den städtischen Margarineabgabestellen pro Person 12 kg Margarine zum Preise von K 6.12 gegen Abtrennung des „R“ Abschnittes Nr. 166 und der beiden Abschnitte Nr. 166 für nichtrayoniertes Fett der Fettkarte ausgegeben. Organisierte Verbraucher mit lila Mehlbezugskarten erhalten die Fettquote in Schweinefett (12 kg Schweinefett K 7.44) gegen Abtrennung der gleichen Fettkartenabschnitte bei der Verschleißstelle ihrer Konsumentenorganisation.

„Zewiverbe“. Ab Mittwoch, den 19. November, 1/4 kg Mehl, 1/8 kg Linsen, 12 kg Fett. Sonst die laufenden Artikel. Schuhpaste per Dose K 2.40.

Kartoffelabgabe. Samstag bis Dienstag werden im 12. bis 16. Bezirke ausländische Kartoffeln zum Preise von K 3.40 per kg, und zwar 1/2 kg pro Kopf gegen Abtrennung des Buchstabens „S“ der Kartoffelkarte ausgegeben.

2. Ausgabe.

25. Jahrgang, Wien, Freitag, den 14. November 1919, Nr. 449.

Die Ausgestaltung des Kraftstellwagenverkehrs. Die Bezirksvertretung Margareten hat beschlossen, beim Gemeinderate wegen Errichtung von Kraftstellwagenlinien im Bezirke vorstellig zu werden. Ueber diese Angelegenheit berichtete in der heutigen Stadtratsitzung StR. Schorsch, der darauf hinwies, dass die städtische Kraftstellwagenunternehmung über eine so geringe Anzahl von Wagen verfügt, dass damit gerade der notwendige Durchquerungsverkehr durch die innere Stadt bestritten werden kann. Erst nach Lieferung der vom Gemeinderate genehmigten Bestellung von 45 Benzinwagen und 30 elektrischen Wagen, die jedoch erst in der zweiten Hälfte des nächsten Jahres erfolgen dürfte, wird es möglich sein, weitere neue Autoomnibuslinien insbesondere alle Bahnhofverbindungen zu eröffnen. Der Stadtrat hat daher von der Einführung des Autoomnibusbetriebes durch Margareten Abstand genommen.

Eine Fahrküchenaktion des Staatsamtes für Volksernährung. In der heutigen Stadtratsitzung berichtete Bgm. Reumann, dass in der letzten Hauussitzung des Staatsamtes für Volksernährung die Mitteilung gemacht wurde, dass von diesem Staatsamte beabsichtigt wird, in Wien während der kalten Jahreszeit eine Fahrküchenaktion durchzuführen. Es sollen zunächst in einzelnen Bezirken, warme Suppe und warmer Kaffee zum Preise von 50 h pro Portion direkt von der Fahrküche an die Bevölkerung abgegeben werden. Da diese Aktion angeblich von Seite der Gemeinde keine Unterstützung finden soll, beauftragte der Staatssekretär mehrere mit der Approvisionnement betraute Offiziere zu dieser Aktion heranzuziehen. Bgm. Reumann bemerkte hierzu, dass die Gemeinde selbstverständlich keine Einwendung dagegen hat und es im Gegenteil sehr begrüßen würde, wenn diese Aktion durchgeführt würde. Die Mitteilung aber, dass die Gemeinde dieser Aktion keine Unterstützung gewähre, kann nicht bestätigt werden, weil das Staatsamt bisher an die Gemeinde Wien noch nicht herangetreten ist.

Die Reichswirtschaftskommission für Volksernährung. Bgm. Reumann berichtete in der heutigen Stadtratsitzung über die geplante Errichtung einer Reichswirtschaftskommission beim Staatsamte für Volksernährung. Diese Körperschaft soll

über Anregung der letzten Länderkonferenz geschaffen werden und die Aufgabe besitzen, den innigen Zusammenhang zwischen den Ländern untereinander und zwischen den Ländern und der Gemeinde Wien in Ernährungsfragen herbeizuführen.

Die Kommission wird lediglich eine beratende Funktion mit Ausschluss jeder Exekutivgewalt besitzen. In dem von Staatsamte für Volksernährung vorgelegten Statute dieser Körperschaft ist vorgesehen, dass die Gemeinde Wien zwei Vertreter zu entsenden hat. Bgm. Reumann beantragte die Zustimmung zu diesem Statute unter der Bedingung zu geben, dass der Gemeinde Wien die Entsendung von drei Mitgliedern gestattet wird. Der Antrag wurde angenommen.

Die Beschädigung von öffentlichen Anlagen. Bgm. Reumann brachte in der heutigen Stadtratsitzung die Zuschrift einer Bezirksvertretung zur Kenntnis, in der darauf verwiesen wird, dass in den öffentlichen Parkanlagen Bäume gefällt werden. Bgm. Reumann erklärte, dass er so weit es möglich ist, die Parkanlagen zur Nachtzeit schliessen lassen werde und dass er die Polizei ersuchen wird, darauf Acht zu haben, dass derartige Verwüstungen des öffentlichen Gutes hintangehalten werde.

Die Verlegung des Bezirksgerichtes Josefstadt. In mehreren Sitzungen des Gemeinderates und verschiedener Bezirksvertretungen wurde an dem Bürgermeister das Ersuchen gestellt, die Verlegung des Bezirksgerichtes Josefstadt in den II. Bezirk rückgängig zu machen. Auf die diesbezügliche Zuschrift des Bürgermeisters an das Staatsamt für Justiz gelangte heute an Bgm. Reumann folgendes Schreiben dieses Amtes: Mit Beziehung auf die Zuschrift vom 14. Oktober, betreffend die Verlegung des Bezirksgerichtes Josefstadt in Strafsachen in das Antegebäude Wien II., Schiffamtsgasse 1, beehrt sich das Staatsamt für Justiz folgendes mitzuteilen: Die fortwährende Zunahme der Strafsachen, namentliche das stete Ansteigen der Zahl der Untersuchungshäftlinge hat bei dem Landesgerichte für Strafsachen in Wien eine ausserordentliche Häufung der Geschäfte zur Folge gehabt. Um ein weiteres Anwachsen der zahlreichen Rückstände und der damit verbundenen Verzögerungen in der Abwicklung von Rechtsachen endlich hintanzuhalten, musste an eine Vermehrung der Einzelrichterabteilungen des Landesgerichtes geschritten werden. Dies war jedoch angesichts der beschränkten Raumverhältnisse nur unter der Voraussetzung möglich, dass durch die Verlegung des mit dem Landesgerichte für Strafsachen bisher im gleichen Gebäude untergebrachten Bezirksgerichtes Josefstadt in Strafsachen Raum geschaffen wurde. Nur mit Rücksicht auf diese, einen Notstand darstellenden und keinen Aufschub in der Abhilfe duldbaren Verhältnisse sah sich das Staatsamt für Justiz veranlasst, mit der Verlegung des genannten Bezirksgerichtes ungesäumt vorzugehen. Die Unterbringung des genannten Gerichtes in dem Gebäude des Divisionsgerichtes am Hernalsberggürtel war ausgeschlossen und dürfte auch in Zukunft unmöglich sein, weil dieses Gebäude von Militärjustizbehörden ganz in Anspruch genommen wird. Die Verlegung in ein Gebäude des IX. Bezirkes könnte nur in Erwägung gezogen werden, wenn die Gemeindeverwaltung in der Lage wäre, ein für Gerichtszwecke geeignetes Gebäude in diesem Bezirk unentgeltlich zur Verfügung zu stellen, da die gegenwärtige Unterbringung des Bezirksgerichtes Josefstadt in Strafsachen in einem staats-eigenem Gebäude für die Justizverwaltung mit keinen weiteren Kosten verbunden ist.

In der heutigen Stadtratsitzung teilte Bgm. Reumann mit, dass er selbstverständlich nicht in der Lage ist, irgendwelche Räume in städtischen Häusern zur Verfügung zu stellen und dass deshalb an eine Verlegung des Bezirksgerichtes Josefstadt in den VIII. oder IX. Bezirk nicht gedacht werden könne.

Die Gehaltsabzüge der provisorischen Lehrpersonen. Bgm. Reumann berichtete in den Wiener Blättern die Nachricht verbreitet, dass den provisorischen Wiener Lehrern ein vorschussweise ausgefolgter Betrag in Monatsraten von K 70

von einem Monatsbezüge von ⁴⁰⁰70 K in Abzug gebracht wurde. Dem gegenüber wird festgestellt, dass der Stadtrat schon in seiner Sitzung vom 5. November über Antrag des StR. Speiser beschlossen hat, dass dieser Mehrbezug in Monatsraten von nur 5 K hereingebracht werden soll.

Uebersiedlung. Die Magistrats-Abteilung IV. (Sicherheitspolizei) befindet sich ab 15. ds. im Alten Rathaus, I., Salvatorgasse 7, III. Stiege, III. Stock.

Sitzungen im Rathause. Der Stadtrat hält am Mittwoch, Donnerstag und Freitag vormittag Sitzungen ab. Der Gemeinderat tritt am Freitag zu einer Geschäftsitzung zusammen.

Wiener Gemeinderat.

Sitzung vom 14. November 1919.

Bürgermeister Reumann eröffnet die Sitzung.

Gespendet haben: Hermine Pulszky, XIII., Gloriettagasse zur Handbeteiligung an Arme des XIII. Bezirkes K 200.--, eine ungenannt sein wollende Dame zur Handbeteiligung an Arme des XIII. Bezirkes nach eigenem Ermessen K 1000.-- und ausserdem noch K 3000.-- für namentlich angeführte gemeinnützige Institutionen, der Wrosskaufmann Gunnar Oeström in Norrköping für drei Wiener Familien, die Kinder haben, denen Hilfe Not tut, 1500 K, Thomas Sindl, Hypotheken- und Realitätenvermittler, XIV., Mariahilferstrasse für die Armen des 14. Bezirkes K 100.--, Dolezal August Johann, Lederhändler XIV., Ullmannstrasse für die Armen des XIV. Bezirkes K 100.--, Kühnauer Konrad, Drechslermeister, XIV., Kauerhofstiege für die Armen des XIV. Bezirkes K 100.-- und Alfred Appelfeld, Uhrmacher, IX., Stroheckgasse für die Armen Wiens K 100.--

Schriftführer GR. Jenschik verliest den Einlauf.

GR. Ernster (Deutschnational) fragt, ob die Wohnungsaufnahmen nicht mit den Volkszählungsarbeiten verbunden werden könnten, da hierdurch bedeutende Kosten erspart würden.

Bgm. Reumann: Wie dem Interpellanten bekannt sein wird, hat die allgemeine Wohnungsaufnahme bereits am 10. ds. begonnen. Eine Verschiebung der Wohnungsaufnahme zwecks gleichzeitiger Durchführung mit der Volkszählung kann mit Rücksicht auf die Wohnungsnot nicht in Erwägung gezogen werden. Uebrigens hätten sich durch die Zusammenlegung der Wohnungsaufnahme- und Volkszählungsarbeiten auch keine bedeutenden Kosten ersparen lassen, weil in dem Zeitpunkte, als in der Nationalversammlung die Durchführung der Wohnungsaufnahme beschlossen wurde, bereits der ganze Apparat zur Durchführung der Wohnungsaufnahme aufgestellt war. Ich habe auch diesbezüglich eine Mitteilung an den Staatskanzler ergehen lassen, in der ich darauf hinwies, dass die Wohnungsaufnahme dringend notwendig ist, und so rasch als möglich durchgeführt werden muss.

GR. Dr. Schwarz-Hiller (Demokrat) interpelliert wegen der Entsendung von gemeinderätlichen Delegierten in die Staatskommission für Kriegsgefangenen- und Interniertenfürsorge.

Bgm. Reumann: Die Gemeinde Wien bringt der Fürsorge für die Kriegsgefangenen und Internierten das grösste Interesse entgegen und es wird dem Interpellanten bekannt sein, dass der Gemeinderat wiederholt nachhafte Beträge gewidmet hat. Auch an mich kommen aus den verschiedensten Gefangenlagern Anfragen und Ersuchen um Intervention wegen der Beschleunigung der Rückbeförderung. Mir steht kein anderer Weg offen, als mich bei den kompetenten Stellen zu verwenden und die unglücklichen Opfer des Krieges von dem Resultate meiner Intervention zu benachrichtigen. Es wäre gewiss sehr wünschenswert, wenn die Arbeiten der Fürsorgekommission einen rascheren und günstigeren Verlauf nehmen und die Gemeinde auf diese Arbeiten durch Vertreter einen Einfluss er-

hüllt. Ich habe mich auch wiederholt an den Chef der englischen Militärmission und an den Staatskanzler gewendet. Auch den obersten Rat in Paris habe ich angerufen. Seitens England wurde zugesagt, die Kriegsgefangenen in kürzester Zeit heimzusenden.

Zuletzt war die Gemeinde zu Beginn des Jahres zu einer Besprechung ein geladen worden, die bei der damaligen deutschösterreichischen Zentralstelle für Kriegsgefangenenfürsorge stattfand und die Beschaffung auswärtiger Valuta zur Hilfeleistung für unsere Gefangenen in Sibirien zum Gegenstand hatte. Die Gemeinde war damals durch zwei Funktionäre vertreten. Seither ist sie den Beratungen in Fürsorgeangelegenheiten für Kriegsgefangene nicht zugezogen worden. Ich bin gerne bereit der Anregung der Interpellation nachzukommen und werde mich dafür einsetzen, dass in die Staatskommission für Kriegsgefangenen- und Interniertenfürsorge auch Vertreter der Gemeinde Wien aufgenommen werden.
GR. Erntner (Deutschnational) weist darauf hin, dass eine Transportbewilligung für Brennholz für Wien in letzter Zeit nur dann erteilt wurde, wenn die Hälfte des gelieferten Holzes der Gemeinde zum Preis von 24 h per kg überlassen wurde und fragt wieviel Holz zu dem genannten Preise beschafft wurde, wer dieses Holz bekam und in welche Klassen ein eventueller Differenzbetrag eingezahlt wurde.

Bgm. Reumann: Die Gemeinde hat bisher zum Preis von 24 h 190 Waggon und 34 Fuhren Brennholz bezogen. Dieses Holz wurde in der gleichen Weise bewirtschaftet wie das übrige von der Gemeinde Wien bezogene Brennholz; es wurde in erster Linie als Ersatz für den Kichenbrand ausgegeben und dann zur Belieferung der Approvisiorierungsgewerbe verwendet. Ein Differenzbetrag zu Gunsten der Gemeinde ergab sich nicht, denn der Gestehungspreis des bisher bezogenen Brennholzes stellte sich auf 100 K per Raummeter, während das beschlagnahmte Brennholz sich bei Weichholz auf 84 K, bei Hartholz auf 110.40 K stellt und unter Annahme, dass Weichholz und Hartholz in gleichen Mengen eingelangt ist, ein Durchschnittspreis von K 97.20 resultiert, wobei die Spesen nicht berücksichtigt sind. Es kann daher von einem Gewinn der Gemeinde durch die Übernahme des beschlagnahmten Holzes keine Rede sein. Wir machen keine spekulativen Holzkäufe, wir haben mit diesen Dingen niemals Glück gehabt.

GR. Erntner (Deutschnational) fragt, ob der Bürgermeister der Durchführungarbeiten bei der Strassenumbenennung erst in einer Zeit vornehmen lassen wolle, in der die Kosten geringer sind und das Gleichgewicht im Haushalte der Stadt hergestellt sein wird.

Bgm. Reumann: Ein Kostenvoranschlag für die Umbenennung der Strassen und Plätze ist noch nicht fertiggestellt. Es kann aber heute schon festgestellt werden, dass die Ziffer von 3 Millionen Kronen amtlich niemals ermittelt wurde. Bei Annahme von zehnfachen Friedenspreisen würde die Ziffer voraussichtlich kaum 200.000 K betragen, welche Ziffer übrigens zur Zeit der Durchführung sich vielleicht noch vermindern wird. Derzeit kann die Durchführung nur sehr langsam erfolgen, da das alte Material nach Möglichkeit verwendet werden muss und schon die Tafelabnahme nur gassenweise stattfinden kann.

Ich muss aufrichtig gestehen, dass ein solcher Lärm in den verschiedenen Tagesblättern über diese Umbenennung stattgefunden hat, der mit den tatsächlichen Verhältnissen absolut nicht in Einklang zu bringen ist, aber die Wiener müssen immer über irgend etwas zu reden haben, so ist es auch in dieser ersten Zeit dazu gekommen, dass man eine solche ernste Angelegenheit ausnützt, um so lieber als es eine kleine Hetze gegen die gegenwärtig herrschende, die sozialdemokratische Partei gibt.

GR. Flaschner (Soz.-Dem.) Gegen die Republik!

GR. Feldmann (Nationaldemokrat) interpelliert wegen der Strassenumbenennungen.

BGM. Reumann: Diese Anfrage erledigt sich durch meine auf die Anfrage des GR. Erntner gegebene Antwort.

GR. Feldmann (Nat.-Dem.) weist darauf hin, dass bei städtischen Aemtern vorsprechende Parteien vielfach in den kalten Gängen warten müssen und betont, dass dies im Wohnungsamt in der Schmiedgasse besonders zutreffe. Eine Abhilfe könnte durch Belegen der Steinflüssen mit Brettern oder anderem Material geschaffen werden und er fragt, ob der Bürgermeister diesem Uebelstand abhelfen wolle.

BGM. Reumann: Der in der Anfrage bezeichnete Uebelstand ist mit nicht bekannt, da mir eine Klage hierüber niemals zu Ohren gekommen ist. Es kann sich nur um ganz einzelne Fälle handeln. Eine Abhilfe ist unter den gegenwärtigen wohl schwer zu treffen, da es an Material zum Belegen der Steinböden mangelt. Was speziell den Wohnungsnachweis in der Schmiedgasse betrifft, so hat auch dieses Amt einen entsprechenden Warteplatz, der im allgemeinen vollkommen hinreichend. Nur bei starkem Parteienandrang ereignet es sich, dass ein Teil der Parteien auf dem Gange warten muss, was jedoch für die einzelne Person niemals länger als 25 Minuten dauert. Ich werde übrigens die Angelegenheit noch überprüfen und nach dem Ergebnisse veranlassen, was in diesem Falle zu veranlassen möglich ist.

GR. Feldmann (Nationaldemokrat) weist auf die Zeitungsnachrichten von einer neuerlichen Erhöhung der Tarife der städtischen Unternehmungen hin, die in der Bevölkerung eine tiefe Erregung hervorgerufen haben und fragt, ob und in welcher Form der Bürgermeister gewillt ist, der Bevölkerung die Garantie zu bieten, dass ihr nicht neuerdings durch die Gemeinde die notwendigsten Daseinsbedingungen erschwert werden.

Bürgermeister Reumann: Es ist mir nicht eingefallen, hilflose Beschwichtigungsversuche, wie der Herr Gemeinderat Feldmann in seiner Anfrage sagt, zu machen. Die Regelung der Tarife wird in Gemeinderatssprache kommen, und Herr Gemeinderat Feldmann hat dann Gelegenheit seine Einwendungen vorzubringen.

GR. Schmid (Sozialdemokrat) interpelliert wegen der von der „Wiener Grossküche“ entgegengenommenen Anmeldungen zum Bezuge von Frühstück, Mittag- und Abendmahl um 3.80 K und fragt, ob der Bürgermeister in Sachen dieser neuen Genossenschaft eine Untersuchung über den Wert oder Unwert dieses Unternehmens einzuleiten oder andere Behörden dazu zu veranlassen und der Öffentlichkeit das Ergebnis dieser Untersuchung mitzuteilen.

BGM. Reumann: Die Gemeinde Wien hat sich gegenüber dem Ansuchen der ehemaligen Gräfin Colloredo, ihr eine oder mehrere der offenen Küchen der Gemeinde Wien zum Betriebe übergeben, vom Anfang an abnehmend verhalten; dergleichen würde das Ansuchen der „Hegea G.m.b.H.“, also eines auf Erwerb gerichteten Unternehmens um Überlassung sämtlicher offenen Kriegsküchen der Gemeinde vom Stadtrate abweislich beschlossen, da in beiden Fällen über das Vorhandensein des Betriebskapitals und der benötigten Lebensmittel kein Nachweis erbracht werden konnte. Auch die in der Anfrage erwähnte Grossküche verfügt heute noch über keine behördlich genehmigte Küche. Mit Rücksicht auf die obwaltenden Verhältnisse hat das Ernährungsamt die Polizeidirektion auf dieses Unternehmen bereits aufmerksam gemacht.

GR. Schneider (Soz.-Dem.) sagt in einer Anfrage: Bei der Magistratsabteilung XVI, Anknüpfung für Zivil-Ehesachen, herrschen geradezu unglaubliche Zustände, die, was unnütze Zeitvergeudung anlangt, einzig dastehen. Parteien, welche Auskunft wünschen, müssen 4 bis 5 mal hingehen, um zu erfahren, welche Dokumente sie benötigen. Mängel bei solchen werden nicht erst einmal beanstandet, sondern es kommt vor, dass Personen einigemale hingehen müssen, um zum Ziele zu gelangen. Ist der Herr Bürgermeister gewillt, zu veranlassen, dass bei der Mag.-Abt. XVI leicht verständliche Informationsblätter zur Verteilung gelangen, aus welchen klipp und klar

hervorgeht, welche Dokumente und Stempelarten nötig sind, um eine geplante Trauung zur Anzeige zu bringen?

Bürgermeister Reumann: Der Herr Anfragende kann versichert sein, dass die erhobene Beschwerde Gegenstand eingehender Erhebung sein wird. Es muss das Entsprechende veranlasst werden, damit die berührten Uebelstände beseitigt werden. Ich habe heute bereits Anlass genommen, mit dem Referenten Rücksprache zu nehmen, dass die Parteien belehrt werden, welche Dokumente notwendig sind, um eine Zivilhehe einzugehen.

GR. Kurz (Soz.-Dem.) weist darauf hin, dass sich die Union der Bergarbeiter in Kärnten bereit erklärt hat, der Gemeinde Wien für Schulen ein grösseres Quantum von der für die Allgemeinheit in Sonntagsgeschichten geförderten Kohle zu überlassen. Er fragt, ob sie der Bürgermeister mit dem Staatsamt für Handel und Gewerbe in Verbindung setzen wolle, damit das Kohleninspektorat in Graz den Auftrag erhält, dem Kärntner Kohlenrevier die entsprechende Anzahl von Waggons zur Beförderung der Kohle zur Verfügung zu stellen.

Bgm. Reumann: Ich bin über die Erklärung der Kärntner Arbeiter sehr erfreut, mir ist aber über die Sache bisher nichts bekannt. Der Magistrat wird sich in dieser Angelegenheit mit dem Staatsamte sofort in Verbindung setzen.

GR. Klimek (Tscheche) fragt, ob der Bürgermeister geneigt ist, die untergeordneten Amtsgenossen anzuweisen, sich den Angehörigen der tschechischen Nation gegenüber unparteiisch zu benehmen.

Bgm. Reumann: Die Anfrage wurde erst um 3 Uhr 15 Minuten überreicht. Ich die in der Anfrage berührte Angelegenheit erheben lassen.

GR. Klimek (Tscheche) interpelliert wegen vorgekommener Gesetzeswidrigkeiten beim Verkaufe von Heilmaterial in Favoriten.

Bgm. Reumann: Auch diese Anfrage wurde erst um 3 Uhr 15 Minuten überreicht, weshalb ich mich im Gegenstande nicht informieren konnte. Ich ersuche den Interpellanten, seine Anfragen früher einzubringen, da ich doch nicht über alle Vorgänge in Wien informiert sein kann.

Hierauf wird an die Erledigung der Tagesordnung geschritten.

VB. Emmerling legt den Rechenschaftsbericht der Zentralsparkasse für das Jahr 1918 vor und führt aus, dass der Einlagenstand infolge des immer höheren Banknotenumlaufes im Berichtsjahre ebenfalls eine ständige Zunahme zu verzeichnen hatte. Die Zentralsparkasse könnte aber diese Gelder nicht zur Gänze verwerten, sondern musste grössere Mittel ständig flüssig halten. Wie wichtig dies war, zeigt den Umsturztag den vom 21. Oktober bis 8. November 1918 wurden nicht weniger als 24 Millionen Kronen gehoben und auch anstandslos ausbezahlt. Dieser Umstand hat zweifellos dazu beigetragen, dass sehr bald wieder eine Beruhigung der Einleger wieder eintrat, denn in kurzer Zeit flossen die Einlagen wieder zurück. Im heurigen Jahre haben sie allerdings infolge der bekannten Verhältnisse wieder abgenommen. Nach einer Besprechung der einzelnen Posten des Abschlusses wird dieser genehmigt.

VB. Emmerling berichtet sodann über die Gewährung einer Subvention für das Museum für Österreichische Volkskunde in der Form, dass dem Vereine der jährliche Mietzins für die Benützung des Schönbornpalais von 10.000 K nachgelassen und eine Barsubvention von 10.000 K unter der Voraussetzung erfolgt, dass auch seitens des Staates eine Subvention bewilligt wird und die Sammlungen der Bevölkerung kostenlos zugänglich gemacht werden. Die Sammlungen umfassen 40.000 Stück im Werte von 5 Millionen Kronen. Es ist dies eines jener Museen, welches die Wiener am wenigsten kennen. Ähnliche Museen gibt es nur noch in Zürich und Stockholm, die aber beide im Umfange der Sammlungen nicht an unser Museum heranreichen. Während früher für das Museum vielfach grössere Spenden eingingen, sind diese jetzt fast völlig ausgeblieben. Die Spenden seien eben nicht mehr mit irgendwelchen Auszeichnungen verbunden. Der Referentenantrag wurde ohne Debatte genehmigt.

VB. Winter berichtet über die Bewilligung einer Subvention für die Lehrersportvereinigung zur Errichtung und Ausgestaltung ihrer Spiel- und Sportanlagen im XVII. Bezirk. Das Staatsamt für soziale Fürsorge hat seinerzeit 300.000 K zur Verfügung gestellt, damit Sport- und Spielplätze errichtet werden können. Von diesem Betrage sollen nun 50.000 K dem genannten Zwecke zugeführt werden.

GR. Peter Schön (Soz. Dem.) weist darauf hin, dass sich neben dem Platze, der für die Lehrersportvereinigung ausgestellt werden soll, noch weitere freie Plätze befinden. Von den Arbeitersportvereinen wird nun der Wunsch gestellt auch diese Plätze für Sport- und Spielplätze herzurichten. Redner meint, dass man bei den Verhandlungen mit den Lehrersportvereinen auch darüber sprechen könne und begrüsst es, dass für die Kinder des XVII. Bezirkes Spielplätze geschaffen werden sollen. Er wünscht auch einen weiteren Ausbau der übrigen Sportplätze.

VB. Winter meint, dass die Anregungen des GR. Schön in einer Linie mit jenen liegen, die durchgeführt werden sollen. Es ist selbstverständlich, dass

Besprechung der Obmänner der Gemeinderatsparteien. Dienstag nachmittags findet beim Bgm. Roumann eine Besprechung der Obmänner der Gemeinderatsparteien über die Lage der städtischen Unternehmungen statt.

die Sportplätze auch den weniger starken Organisationen und besonders der Schuljugend überlassen werden sollen. Allerdings müssten günstigere Verhältnisse abgewartet werden, bis Erdbewegungen nicht gleich Millionen kosten. Die Referentenanträge werden angenommen.

VB. Winter referiert über die Ausgestaltung der Kinderspielplätze im Garten des ehemaligen Zivilmädchenpensionates in der Josefstädterstrasse. Hierfür sollen 38.000 K bewilligt werden. Er weist darauf hin, dass an derselben Stelle wo die Spielplätze errichtet werden, die Pfeilgasse hätte durchgeführt werden sollen, das es aber doch notwendiger sei, für die Jugend etwas zu schaffen, als einigen Leuten eine Bequemlichkeit zu bieten.

GR. Grübner (Soz. Dem.) weist darauf hin, dass dieser Park erst jetzt entdeckt worden sei, dass sich aber die Kinderzahl, sowohl der sozialdemokratischen als auch der christlichsozialen Organisationen schon in kurzer Zeit bedeutend erhöht habe. Die christlichsozialen Vereinigungen seien ebenfalls im Zivilmädchenpensionate untergebracht worden, ohne dass die Christlichsozialen dazu besonderes beigetragen hätten. In dem Gebäude mussten allerdings der Turnsaal, die ehemalige Kapelle und vier Räume den Invaliden überlassen werden. Redner betont, dass man daran denken müsse diese Räume wieder in den Dienst der Jugend zu stellen. Er wünscht auch, dass die Arbeiten für die Errichtung des Gartens sofort in Angriff genommen werden, damit der Garten noch heuer seiner Bestimmung für die Kinder übergeben werden kann. (Beifall bei den Sozialdemokraten)

VB. Winter betont, dass auf die Invalidenentschädigungskommission eingewirkt wird, damit sie ihre Arbeiten beschleunige, um die Räume wieder für die Kinder zur Verfügung zu haben. Auch sollen alle Arbeiten, die notwendig sind, mit aller Beschleunigung durchgeführt werden. Redner könne es auch nicht unterlassen, ein Wort der Anerkennung für die Jugendfürsorgeorganisationen, besonders für die sozialdemokratischen, zu sprechen, die bei den Verhandlungen und Arbeiten ein besonderes Zutun gekommen gezeigt haben. Die Referenten-

wurden angenommen.

VB. Emmerling übernimmt den Vorsitz.

StR. Kokrá (Soz. Dem.) berichtet über die Verkaufsernung des Säckevorrates der aufgelösten Stelle VI des Bezirkswirtschaftsamtes.

GR. Dr. Pollak (jüd.-national) beantragt mit Rücksicht auf die in den letzten Tagen eingetretene sprunghafte Erhöhung der Säckepreise den Antrag an den Stadtrat zurückzuweisen und ein Komitee von Fachleuten für die Durchführung dieser Angelegenheit einzusetzen.

Der Referent stimmt, um allen Bedenken vorzubeugen, der Rückverweisung des Antrages an den Stadtrat unter Einsetzung eines Komitees zu.

Bei der Abstimmung wird die Rückverweisung an den Stadtrat zum Beschluss erhoben.

StR. Linder berichtet über den Verkauf von Stoffabfällen und Hadern aus der Lagerabteilung des Wirtschaftsamt der Stadt Wien in einem Gesamtgewichte von zirka 42.000 kg und zwar die alten Monturen zum Preise von 525 K pro 100 kg die Sackfetzen zum Preise von 82 K pro 100 kg, die Leinenabfälle um 750 K pro 100 kg und das Handzeug um 320 K pro 100 K.

GR. Dr. Pollak (jüd.-nat.) beantragt in diesem Falle die Rückverweisung an den Stadtrat, da nach seinen Informationen für Tuchabfälle besonders in Böhmen bedeutende höhere Preise im tschecho-slowakischen Kronen bezahlt werden, als die von der Gemeinde Wien geforderten. Die Gemeinde Wien könnte es auch erreichen, dass diese Tuchabfälle für die Gemeinde Wien gerissen werden, könnte ferner durchsetzen, dass man von der Textil-Industrie Baumwollgarne bekommt, und würde es ermöglichen, ein bestimmtes Quantum Tuch zu verhältnismässig billigen Preisen selbst zu erzeugen.

Der Referent spricht sich gegen den Rückverweisungsantrag aus. Der Referentenantrag wird schliesslich angenommen.

GR. Siegel (Soz.-Dem.) beantragt, der Bodenkreditanstalt anlässlich des Neubaus in der Löwelstrasse städtischen Grund im Ausmasse von 7'58 m² um den Betrag von 12128 K zur Anlage einer Stiege zu verkaufen. (Angenommen).

GR. Breitner (Soz.-Dem.) berichtet über die Gründung einer Gesellschaft m. b. H. zur Durchführung der Volksauspeisung in Wien und führt aus: Es ist Ihnen bekannt, dass die Gemeinde mit den Herren, welche die amerikanische Kinderauspeisung besorgen in Fühlung getreten ist, anlässlich der bevorstehenden schweren Wintermonate eine Vereinbarung dahin zu treffen, dass diese Herren auch die Auspeisung der Erwachsenen übernehmen. Die Gründe hierfür waren nicht die Unmöglichkeit des Problems eine grosse Auspeisung organisatorisch zu bewältigen, sondern in der Erkenntnis gelegen, dass der Beschaffung von Lebensmitteln von auswärts durch die Gemeinde Wien nicht überwunden werden können, dass es aber vielleicht möglich ist, durch Persönlichkeiten, welche namentlich in den Nationalstaaten einen grösseren Einfluss haben, als wir, dies zu erreichen. Die Herren Dr. Geist und Stonborough, die an der Spitze der Kinderauspeisung stehen, haben sich dazu bereit erklärt, und es wird auch bereits in einer Anzahl von Küchen die Auspeisung nach dem System des Prof. Pirquet durchgeführt. Um nun dem Unternehmen eine feste Form zu geben, liegen Ihnen die bereits bekannten Anträge auf Gründung dieser Gesellschaft vor.

Bei der Abstimmung werden die Referentenanträge ohne Debatte genehmigt.

GR. Dr. Grün (Soz.-Dem.) betont, dass bei der Uebernahme der Lungenheilstätte Steinklamm ein grosser Mangel an Wäsche und Leinenwaren festgestellt worden ist, dass sich aber Gelegenheit ergeben hat, aus der Sachdemobilisierung Wäsche im Gesamtbetrage von rund 77.000 K anzukaufen. Er beantragt, diesen Betrag zu genehmigen. Der Antrag wird angenommen.

Nach einem Antrage des GR. Dr. Grün wird die Uebernahme der ^{für} im Lupusheime verpflegten nach Wien zuständigen Personen mit dem Betrag von K 2.65 bewilligt.

Vize-Bgm. Winter referiert über die Bewilligung von Mehrkosten für die

Umgestaltung des Schlosses Koulengbach. Er bemerkt, dass durch die Erwerbung dieses Schlosses ein freies Kapital Eigentum der Gemeinde Wien geworden sei, dass dieses Schloss auch eines jener Erbstücke sei, die von der seinerzeitigen Majorität übernommen werden mussten. Es haben sich noch verschiedene Arbeiten und Umgestaltungen notwendig erwiesen, die ein Mehrerfordernis von rund 297.000 K erfordern. Dieser Betrag wurde bewilligt.

Vize-Bgm. Winter berichtet über die Einsetzung eines Gemeinderatsausschusses zur Überprüfung der Subventionsansuchen. In dem vom Komitee vorgelegten Berichte werden 2 Gruppen unterschieden, denen Subventionen zugewendet werden sollen, und zwar die Fürsorgegruppe (Jugend-, Kranken- und Altersversorgungsrichtungen) und die Vereinigungen und Einrichtungen die den Bildungsbestrebungen, den wissenschaftlichen und künstlerischen Bestrebungen dienen. Das Komitee hat auch Bestimmungen betreffend die Zu-

wendungen von Subventionen getroffen, z. B. Selbsthilfzuschlag, Duldsamkeitszuschlag und den Zuschlag für eine gut geführte Verwaltung. Redner betont, dass sich mit der Zeit, wenn die Vorschläge des Komitees eingehalten werden, ein Ueberschuss an Subventionsgeldern sich ergeben wird, die alle in einer grossen Quelle, in den Stadtbeiträgen beisammen sein werden, aus denen namhafte Beträge gegeben werden, wodurch alles Unrecht gutgemacht werden wird. Der Referent beantragt, die Richtlinien des Komitees zur Kenntnis zu nehmen. Dem Antrage wird zugestimmt.

GR. Dr. Scheu berichtet über die Bestellung eines Baurechtes der allgemeinen Lastenaustotransportgesellschaft m. b. H. „ALAG“ an Bürgerspitalfondsründen im V. Bezirke zwischen der Arbeitergasse und der verlängerten Brandmayergasse unter Auflassung der Josef-Schwarz-Gasse, welche nur eine kurze Quergasse darstellt. Der Referent betont, dass die Gesellschaft ursprünglich diese Gründe käuflich erwerben wollte, dass sich die Gemeinde aber zu einem Verkaufe nicht entschliessen konnte. Die Referentenanträge werden genehmigt.

GR. Speiser (Soz. Dem.) berichtet über die Gebührenregelung von kaufmännischen Beamten der städtischen Gaswerke, über die Regelung des Dienstverhältnisses des städtischen Forstpersonales und die Einreihung der Feuerwehr-Unterbeamten. Auch dessen Anträge werden ohne Debatte genehmigt.

GR. Kokrá (Soz. Dem.) beantragt den Ankauf von Textilwaren von der Hauptanstalt für Sachdemobilisierung, ferner von der Bekleidungsstelle des Staatsamtes für Inneres und Unterricht im Gesamtbetrage von 550.550 K durch das städtische Jugendamt zur Verwendung als Sachbeihilfen.

GR. Fleischner (Soz. Dem.) gibt der Meinung Ausdruck, dass es gut wäre und im Interesse der Bevölkerung, wenn man diese Waren nicht nur dem Jugendamte überliesse, sondern der Bevölkerung deren Kinder nicht in Anstalten des Jugendamtes untergebracht sind, auch einen Teil der Sache zukommen liesse, und stellt den Antrag, dass aus dem Kreise der Gemeinderätinnen ein Komitee gebildet werde, das über die Frage der Konfektionierung zu beraten und dem Stadtrate Bericht zu erstatten hätte. Ferner beantragt dieselbe Rednerin die Verteilung der Sachen selbst mögen durch die Armeninstitute im Vereine mit den Frauenhilfskomitees erfolgen.

Der Referent spricht sich in seinem Schlussworte gegen die allgemeine Verteilung in den einzelnen Bezirken aus, hat aber bezüglich der Einsetzung eines Komitees hinsichtlich der Verwertung der Textilwaren nichts einzuwenden. Bei der Abstimmung wird der Referentenantrag angenommen, ebenso der Antrag der GR. Fleischner bezüglich Bildung eines Komitees. Ihren zweiten Antrag zieht dieselbe im Hinblick auf die Ausführungen des Referenten zurück.

Nach einem Antrage des GR. Kokrda (Soz.-Dem.) werden zur Durchführung der Verteilung der von Chefredakteur Guomberger in St. Gallen für die Jugend Wiens zur Verfügung gestellten 7 Waggons Obst die Frachtspesen im Höchstbetrage von 50.000 K genehmigt.

GR. Kokrda bringt den Rechenschaftsbericht und die Bilanz des Kreditvereines der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien für das Jahr 1918 zur Kenntnis.

GR. Feldmann (National-Dem.) wünscht, dass das Höchstausmass der Kredite, die dieser Verein gewährt, von 50.000 auf 100.000 oder 120.000 K erhöht wird.

Br. Kokrda (Soz.-Dem.) bemerkt, dass eine solche Erhöhung auf 100.000 K bereits durchgeführt ist. Der Bericht wurde zur Kenntnis genommen.

GRin Amalie Seidel (Soz.-Dem.) berichtet über die Erwerbung von Wäsche für die Heil- und Pflegeanstalten der Stadt Wien. Es sind mehr als 100.000 m Stoff um den Gesamtbetrag von rund 1.2 Millionen Kronen von der Hauptstelle für Volksernährung angekauft worden.

GR. Schleifer (Soz.-Dem.) begrüsst den Wäscheankauf für die Humanitätsanstalten und weist darauf hin, dass ein grosser Mangel an Kleidern und Schuhen und Wäsche festgestellt wurde. Es sei nichts während des Krieges angeschafft worden, wenn dies auch möglich gewesen ist. Er wünscht, dass auch das Bürgerversorgungshaus im 9. Bezirk bei der Verteilung nicht übersehen werden möge, und glaubt, dass es angezeigt wäre, bei der Verteilung eine gemeinderätliche Kommission unter Beiziehung der Pflinglerärzte vornehmen zu lassen.

Die Referentin bemerkt, dass die jetzige Verwaltung in den Zuständen an den Humanitätsanstalten nicht schuld sei, sondern dass sie die Humanitätsanstalten so übernehmen habe. Es wäre wünschenswert, dass eine Zentralstelle geschaffen würde, die Auskunft darüber geben könnte, was an Wäsche und Kleidung vorhanden ist und was fehlt. Der Antrag der Referentin wurde angenommen.

Nach einem Antrage der Grin Amalie Seidel (Soz.-Dem.) wird das Kochpauschale in den städtischen Koch- und Haushaltungskursen für das Schuljahr 1919/1920 pro Tag und Schülerin mit 80 Heller festgesetzt.

GR. Schorsch (Soz.-Dem.) beantragt für den Ausbau der Schlepplisanlage der Ueberlandszentrale Ebenfurth im Betrage von 320.000 K zu genehmigen. Der Antrag wird angenommen.

GR. Linder (Soz.-Dem.) berichtet über die Gründung einer Musterlagermesse in Wien und stellt den Antrag: Die Gemeinde begrüsst die Bestrebungen zur Errichtung einer Messe in Wien und erklärt sich gerne zur Entkräftigen Mitwirkung in der Erreichung ihres Zieles bereit. Sie legt daher Wert darauf, den zu bildenden Messeausschüsse mit 3 Vertretern anzugehören. Im Interesse der Zusammenfassung aller Kräfte scheint es weiters gelegen, daß sich unter dem aus den Fachleuten zu wählenden Vertretern auch Vertreter des Aktionskomitees zur Veranstaltung einer Wiener Messe, welches im VII. Bezirke Hermannsgasse 2 seinen Sitz hat, befinden. Im übrigen wird dem Entwurfe der Vollzugsanweisung zur Errichtung eines Messeamtes zugestimmt.

GR. Plaschkes (Jüd.Nat.) Der vorliegende Plan gibt uns keinen Fingerzeig wie sich die Gemeinde Wien die Veranstaltung einer Messe vorstellt. Ich sehe nur das Allheilmittel zu allen Aemtern, die uns schon zu Grunde gerichtet haben noch ein weiteres Amt zu gründen. Wir wollen uns über die Wege unterhalten, die bei einer solchen Mustermesse seitens der Gemeinde gegangen werden sollen. Wir müssen uns fragen: Werden wir dauernd an der Zentralenwirtschaft festhalten, oder wollen wir endlich zum freien Handel kommen? Nur der freie Handel kann eine Messe ertragsfähig und zu dem machen was es sein soll. Nur eine riesige Zahl von Besuchern gibt der Messe die Möglichkeit ihre Ziele und Zwecke zu erfüllen und da möchte ich fragen, ob Sie in diesem Sinne alles für sie vorgekehrt haben. Ist es dann nicht zu verwundern, daß überhaupt noch Leute zu uns kommen? Ist es nicht wunderbar, daß noch Leute herkommen, die ihre holländischen Gulden in österreichische Kronen verwandeln, wenn man sich acht Tage vorher eine Einreise und Aufenthaltsbewilligung verschaffen muß? Unter solchen Auspizien wollen Sie eine Messe veranstalten? Durch die „Abreisendmachung“ des Herrn Landeshauptmannes hat er weder sich selbst, noch Ihnen einen Gefallen erwiesen. Dadurch hat er das Schlagwort in die Mägen gebracht und den Judenhass heaufbeschworen. Unter dem Gesichtspunkte der Judenausweisungen machen reaktionäre Elemente Versammlungen und es heisst: „Hoch die Hohenzollern!“ Man hat uns damit beruhigt, daß es nur abgesehen ist auf die Valutaschieber, die Rennschlieferln und Turfhyänen. Und ich sage Ihnen gerade die arbeitende Bevölkerung und die Handelsangestellten werden ausgewiesen. Die Valutaschieber, die Rennschlieferln, die wissen wie man es macht, die lassen den Dollar rollen und damit kann man alles richten. (Zwischenruf: Kann man das?) Friggan Sie nur den Herrn Staatssekretäre des Innern!

GR. Thonner (Soz. Dem.): Nicht nur Gewerbe oder Industrie haben ein Interesse an der Schaffung der Wiener Messe, sondern auch die Arbeiterschaft des Kunstgewerbes, der Luxus- und Veredelungsindustrie hat ein eminentes Interesse daran, denn das Wiener Kunstgewerbe ist in der Zukunft darauf angewiesen seine Produkte nicht nur im Inlande abzusetzen. Die Erzeugnisse der heimischen Druckindustrie und des Galanteriegewerbes z. B. wurden auch schon früher im Auslande sehr gut verkauft, wenn sie auch draussen nicht immer als österreichische Produkte aufkamen. Nicht minder notwendig ist, daß auch die Modeindustrie sich an der Wiener Messe hervorragend beteiligt, denn viele französische Modelle sind in Frieden überhaupt in Wien erzeugt worden oder höchstens von Wiener Arbeitern in Paris geschaffen worden. Mit dieser Industrie wird aber auch die Textilindustrie in Oesterreich wieder aufleben können. Es muß wieder die Brücke zwischen Deutschösterreich und dem Orient hergestellt werden und diese Brücke soll die Wiener Messe sein. Die Vertreter aus dem nahen und fernem Osten müssen hier ihre Einkäufe besorgen können und auch daran hat die Wiener Arbeiterschaft das grösste Interesse. Der Plan die Messe in Wien zu veranstalten, stellt aber nicht bloss ein Organisationsproblem dar, sondern ist vielmehr noch ein Verkehrsproblem, denn es hat keinen Zweck in Wien eine Messe zu veranstalten, wenn die Reisenden nicht nach Wien kommen können. Hand in Hand damit muss aber auch eine Verbesserung unseres Wohnungs- und Hotelswesens gehen.

GR. Dr. Schwarz-Hiller (Demokrat) sagt, daß es eigentlich verwunderlich erscheinen müsse, wenn man jetzt in der Stadt des allgemeinen Ausverkaufs eine Warenmusterausstellung veranstalten wolle. Aber schliesslich werden auch wieder die Zeiten kommen, wo sich die Dinge von Grund auf ändern und aus diesem Grunde würde es schon genügen, wenn die erste Wiener Messe bloss einen grossen propagandistischen Erfolg erzielen würde. Es gehe nicht an, Wien immer nur als die sterbende Stadt hinzustellen, sondern wir müssen der Welt wieder zeigen, daß wir wieder arbeiten können, sehr geschmackvoll und sehr gut arbeiten. Redner beantragt, der Gemeinderat wolle in aller kürzester Zeit ein Preisausschreiben für ein gutes Wiener Plakat veranstalten.

Der Referent betont in seinem Schlußworte, daß in der Debatte ja die Uebereinstimmung mit der Vorlage zu Tage getreten sei. Er schliesst sich dem Antrage des GR. Dr. Schwarz-Hiller an.

Bei der Abstimmung konstatiert Bgm. Reumann, welcher mittlerweile wieder den Vorsitz übernommen hat, die einstimmige Annahme der Vorlagen.

StR. Waigl berichtet noch über die Errichtung eines Streckendepot der städtischen Straßenbahnen im XXI. Bezirke und die Errichtung eines Holzlagerplatzes der Straßenbahnen im XIII. Bezirke. (Angenommen.)

Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

+ + +

In der vertraulichen Sitzung des Gemeinderates wurde die Ehrenpension für den Schriftsteller Ingenieur Josef Popper-Lynkäs im Betrage von 6-000 K jährlich zum Beschlusse erhoben.

GR. Eldersch: Ich weiss nur das, was Sie mir hier erzählen. (Heiterkeit).

GR. Plaschkes (~~xxxxxx~~ jüd.-nat.) Die Frage der Fremdenausweisung wird bei den Alliierten den schlechtesten Eindruck machen. Die Vorlage die solche begrüsse ich.

GR. Julius Müller (Soz.-Dem.) Wer einmal die Geschichte der Rückständigkeit des alten Oesterreich schreiben will, wird auch den Passionsweg des Gedankens einer Wiener Messe nicht vergessen dürfen. Es sind bald 3 Jahrzehnte, dass man sich bemüht, in Wien eine Messe zu schaffen, aber diese gute Idee wurde durch die einzelnen Staatsämter so lange durchgeschleift, bis sie zu Tode geschleift war. Dieses alte Oesterreich hat es nie verstanden, wirksame Gewerbe- oder Industriepolitik zu machen, sondern hat sich dazu hergegeben, die wahnsinnige urische Agrarpolitik zu unterstützen und uns so die Balkanvölker zu Feinden gemacht. So musste auch der österreichische Erzeuger mit seinen Produkten auf die Leipziger Messe gehen und Wiens Gewerbefleiss hat so nicht wenig zum Ansehen dieser Messe beigetragen. Wenn eine Wiener Messe in der Vorkriegszeit wünschenswert war, so ist sie jetzt geradezu eine Lebensnotwendigkeit. Jetzt eine Musterkollektion zu sammenzustellen und einen Reisenden damit ins Ausland zu entsenden, erfordert jetzt geradezu Riesensummen, die kein Gewerbetreibender mehr aufbringen kann. Die Warennot wird aber wieder ihr Ende finden und auch die Preiskonkurrenz in Erscheinung treten und da ist eine Wiener Messe als grosses Zentralmutterlager mehr als notwendig. Die Vorlage ist also auf das lebhafteste zu begrüssen und ich bin stolz darauf, dass der sogenannte Rumpfstadtrat und dieses Referat vorgelegt hat. Das Messeamt ist eine Sache der Stadt Wien und die Gemeinde muss sich einen entsprechenden Einfluss auf dieses Amt sichern. Es ist auch notwendig, dass das Wiener Gewerbe in dem Messeamt vertreten ist. Da es aber ausser der Industrie und dem Gewerbe noch andere Interessenten gibt, und das sind die Angestellten, so muss auch bei diesen das Interesse gewakt und wach gehalten werden, auch Sie müssen eine entsprechende Vertretung im Messeamt erhalten.

Der heutigen Vorlage müsse in naher Zeit eine andere Vorlage folgen, eine Vorlage, der eine grosszügige finanzielle Unterstützung der Gemeinde Wien beinhaltet. Die Gemeinde muss als Gesellschafter mit einem nicht engherzig gewählten Geschäftsanteile beitreten. Wenn auch ein Defizit nicht ausgeschlossen ist, so kann dies eine Stellungnahme zu dem Projekte nicht ändern. Die goldenen Worte des Bürgermeisters vom 12. November, die er von der Arbeit und dem Fleisse gesprochen hat, müssen in der Messefrage beherzigt werden. Wenn das geschieht, dann wird die Gemeindeverwaltung trotz aller Behauptungen den Beweis liefern, dass sie gewerbefreundlich ist. Die Gemeinde wird auch den Beweis erbracht haben, dass sie für die Gewerbetreibenden genau so sorgt, wie für die arbeitenden Schichten der Bevölkerung. (Beifall bei den Sozialdemokraten).

GR. Feldmann (National- Dem.) Meint, dass es verlockend wäre, auf die Ausführungen des GR. Plaschkes zurückzukommen. Wenn der gegenwärtige Zeitpunkt für die Messefrage nicht geeignet sei, so bemerke er, dass es sich bei dieser Frage ja auch um die Zukunft handle. Eine solche Frage dürfe nicht politisch aufgebläht werden. Es sei aber auch darauf Rücksicht zu nehmen, dass im Messeamt jene Männer sitzen, die in enger und steter Verbindung mit dem Gewerbebestande sind. Es ist doch zu hoffen, dass sich die Verhältnisse ändern werden, und da muss Sorge getragen werden, dass die Messefrage möglichst rasche seiner Erledigung zugeführt wird. Und da ist der Weg des Messeamt vielleicht der einzige, auf dem man rascher zum Ziele kommt. Redner begrüsst die Angelegenheit und gibt die Anregung, dass die Vertreter im Messeamt verpflichtet sein sollen, von dem Stande der ganzen Angelegenheit von Fall zu Fall Bericht zu erstatten.

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantwortl. Redakteur **Franz Michow.**
Wien, I. Neues Rathaus.

1. Ausgabe.

25. Jahrgang, Wien, Montag, den 17. November 1919, Nr. 450.

Erbsen für Mindestbemittelte. In der 123. Aktionswoche erhalten alle Besitzer der rosafarbenen Einkaufscheine für Wohlfahrtsfleisch $1/8$ ^{grüne} kg/Erbsen pro Person des Haushaltes zum Preise von 80 h gegen Abtrennung des Abschnittes „G“ in den Geschäften der Großschlächtereien an folgenden Tagen: Dienstag, den 18. November von A - F, Donnerstag, den 20. November von G - K, Samstag, den 22. November von L - R und Dienstag, den 25. November von S - Z. Außerdem wird die Abgabe von Wohlfahrtsfleisch (Pferdefleisch) an jene Besitzer der rosafarbenen Einkaufscheine stattfinden, die in dem Stande VIII., Albertgasse rayoniert sind. Abgetrennt wird der durch die Nummer 1 gekennzeichnete Wochenabschnitt des rosafarbenen Einkaufscheines. Für jede Person des Haushaltes werden 10 dkg zum Preise von K 1.- abgegeben werden. Die Abgabetermine sind dieselben wie für grüne Erbsen.

2. Ausgabe.

25. Jahrgang, Wien, Montag, den 17. November 1919, Nr. 451.

Die Systemisierung der Armenratstellen. Der Stadtrat hat nach Einholung von Vorschlägen der Bezirksvertretungen und Armeninstituten die Zahl der Armenratstellen (Ersatz-Armenratstellen) für die Periode 1920 bis 1925 wie folgt festgesetzt: I. Bezirk 42 (42), II. Bezirk 180, III. Bezirk 160 (30), IV. Bezirk 80 (10), V. Bezirk 180 (30), VI. Bezirk 97, VII. Bezirk 150 (30), VIII. Bezirk 120 (30), IX. Bezirk 150 (30), X. Bezirk 200 (50), XI. Bezirk 60 (30), XII. Bezirk 144 (40), XIII. Bezirk 200 (50), XIV. Bezirk 90 (10), XV. Bezirk 90 (30), XVI. Bezirk 300 (90), XVII. Bezirk 160 (16), XVIII. Bezirk 100 (30), XIX. Bezirk 65 (10), XX. Bezirk 200 (30), XXI. Bezirk 214 (30). Das gibt für ganz Wien 2.982 Armenräte.

Anforderung des Hotel „Neubau“. Das Wohnungsamt der Stadt Wien hat das Stundehotel „Neubau“ angefordert, welche Anforderung auch in Rechtskraft erwachsen ist. Der Besitzer dieses Hotels hat sich bereit erklärt, gegen Freigabe des Hotel „Neubau“ das ihm gehörige Hotel „Sonntagberg“ dem Wohnungsamte zur Verfügung zu stellen. Der Stadtrat hat diesem Anerbieten mit Rücksicht auf die schwere Beschaffung von Brennmaterial und mit Rücksicht auf die Approvisionierung der zu Bequartierenden keine Folge gegeben.

Die Wohnungsanforderungen vom 27. Oktober bis 2. November. In dieser Woche wurden im Wiener Stadtgebiet 225 Wohnungen und 39 Einzelwohnräume angefordert. Davon sind 134 kleine Wohnungen, 54 kleine Mittelwohnungen, 18 grosse Mittelwohnungen und 19 grosse Wohnungen. Die angeforderten Wohnungen bestehen aus 380 Zimmern, 123 Kabinetten, 219 Küchen, 84 Vorzimmern, 39 Dienerzimmern und 26 Badezimmern. Die Anforderungen sind in Rechtskraft erwachsen bei 96 kleinen Wohnungen, 25 kleinen Mittelwohnungen, 13 grossen Mittelwohnungen, 8 grossen Wohnungen und 13 Einzelwohnräumen. Diese Wohnungen bestehen aus 219 Zimmern, 86 Kabinetten, 139 Küchen, 41 Vorzimmern, 23 Dienerzimmern und 21 Badezimmern. In der genannten Zeit wurden auch 3 Hotels angefordert. Das Hotel „Dungl“ im I. Bezirk wird zur Unterbringung der amerikanischen Aussperraktion verwendet werden. Das Staatsamt für Heerwesen hat angeordnet, dass die in der Rossauerkaserne befindlichen Truppen in einem Drittel derselben untergebracht werden. Die dadurch verfügbar werdenden Räumlichkeiten werden für Notwohnungen herangezogen und wird ein Teil derselben in Bälde zu beziehen sein. Die bereits freigemachte Gardainfanteriekaserne in der Lerchenfelderstrasse wurde

dem Zentralverbande der Kriegsbeschädigten zugewiesen.

Verband der Leiter der Wiener Volks- und Bürgerschulen. Die Vollversammlung muß vom 19. November auf 2. Dezember 5 Uhr, Festsaal des Lehrerhauses VIII., Josefgasse 12 verschoben werden.

Die Gemeinde Wien und die Produktivgesellschaft der Wiener Fleischselcher.

Der Gemeinderat hat in seiner vertraulichen Sitzung beschlossen, das Anbot der Produktivgesellschaft der Fleischselcher betreffend die Errichtung einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung zum pachtweisen Betriebes des Unternehmens der Produktivgesellschaft unter Beteiligung der Gemeinde Wien mit 50 Prozent der Stammeinlage von 950.000 K. zu genehmigen.

Kartoffelabgabe. Dienstag bis Donnerstag werden im XI. Bezirke ausländische Kartoffeln zum Preise von K 3.40 per kg, im XXI. Bezirke inländische Kartoffeln zum Preise von K 1.80 per kg, und zwar $\frac{1}{2}$ kg pro Kopf gegen Abtrennung des Buchstabens „S“ der Kartoffelkarte abgegeben. An den gleichen Tagen werden im I. und II. Bezirke ausländische Kartoffeln zum Preise von K 4.70 per kg, $\frac{1}{2}$ kg pro Kopf gegen Abtrennung des Abschnittes „U“ nebst den vorhergehenden Abschnitten der Kartoffelkarte ausgegeben.

Wiener Rathaus-Korrespondenz

Herausgeber und verantwortl. Redakteur Franz Mischen.
Wien, 1., Neues Rathaus.

25. Jahrgang, Wien, Dienstag, den 18. November 1919, Nr. 452.

Von der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien. In der letzten Gemeinderatssitzung berichtete VB. Emmerling über die Bilanz und den Rechenschaftsbericht der genannten Anstalt über das Jahr 1918. Dem Berichte ist zu entnehmen, dass der Verkehr bei der Zentralsparkasse eine neuerliche lebhaftere Steigerung erfahren hat, die hauptsächlich das Einlagengeschäft betrifft. Es wurden 231.8 Millionen Kronen eingelegt und 188.1 Millionen Kronen abgehoben. Einschliesslich der kapitalisierten Zinsen von 10.5 Millionen Kronen erhöhte sich dadurch das Einlagenkapital der Anstalt um 54.2 Millionen Kronen auf 304.5 Millionen Kronen. Der hohe Stand jederzeit flüssiger Veranlagungen, den die Zentralsparkasse unterhielt, kam ihr in besonderem Masse zu statten, als gegen Ende Oktober unter dem Einflusse der sich überstürzenden politischen und militärischen Ereignisse und alarmierender Gerüchte die Einlegerschaft von einer starken Beunruhigung ergriffen wurde, die innerhalb weniger Tage zu Abhebungen von nahezu 24 Millionen Kronen führte. Neben der Beteiligung der Anstalt an den Emissionen des alten Staates und der Republik ist auch ihre Mitwirkung bei der Ausgabe der Wiener Stadtanleihe vom Jahre 1918 zu erwähnen. Die Betätigung im Hypothekengeschäfte stand unter dem Einflusse der Hemmungen, die der Stillstand der Bautätigkeit und das reiche Angebot von Baugeldern bewirkten. Immerhin wurden 45 Darlehen per ca. K 1.000.000.- zugezählt. Der Bericht erwähnt die anhaltende Erscheinung freiwilliger und verstärkter Tilgungen sowie gänzlicher vorzeitiger Rückzahlungen von Hypothekenschulden, wodurch sich der Stand der ausgeliehenen Hypotheken auf 95.2 Millionen Kronen verminderten. Von Interesse dürfte es sein, dass die rückständigen Darlehenszinsen gegen das vergangene Jahr neuerlich eine Abnahme um 14% verzeichnen, woraus die Folgerung gezogen werden darf, dass die finanziellen Verhältnisse der Darlehensschuldner der Anstalt in ihrer Gesamtheit eine weitere Besserung erfahren haben. Die Anstalt hat in ihrem Besitze nominale K 110.5 Millionen und Mark 5 Millionen meist verlässlicher und sicherer Papiere. Die Erhöhung der Verwaltungskosten sowie der öffentlichen Abgaben, die beide an Mehrerfordernis von ca. K 600.000.- beansprucht und zusammen über 2 Millionen Kronen betragen, sowie der ungünstige Stand des Anlagemarktes, der in Hauptfonds zu Abschreibungen an den Effekten per 2.95 Millionen Kronen führte, beeinflussten naturgemäss das Jahresergebnis, das einen Ueberschuss von 133.634 K ausweist. Die Reserven der Anstalt betragen 5.77 Millionen Kronen.

Die Gemeinde Wien für die Kinder gefallener Wiener. Von dem vom Stadtrat für die Kinder gefallener Wiener gewidmeten Versicherungspolizzen gelangt das letzte Drittel zur Verteilung. Anspruchsberechtigt sind arme, ganz oder halbverwaiste Kinder, deren Väter im Felde gefallen oder an den Folgen des Krieges gestorben sind, sofern diese Kinder am Tage des Ablebens ihres Vaters das 14. Lebensjahr noch nicht erreicht haben. Die Kinder oder deren Väter müssen in Wien heimatsberechtigt sein. Gesuche um Verleihung dieser Polizzen sind mit den notwendigen Belegen bis längstens 30. November in der Magistratsabteilung XI, Neues Rathaus einzureichen.

Die Holzbringung. In Lammerau wurden 8.000 Raumbmeter Holz probeweise zur Bringung bestellt. Das Holz wird sich auf 98 K franko Bahnhof Purkersdorf stellen. Ueber Antrag des StR. Hackl hat der Stadtrat dieser Bringung zugestimmt.

Freie Arztstellen. In städtischen Gesundheitsämtern gelangen vier bis fünf Arztstellen für Armenbehandlung und Totenbeschau mit den Bezügen der siebenten Rangklasse der städtischen Angestellten zur Besetzung. Die entsprechend belegten Gesuche sind bis 15. Dezember beim städtischen Gesundheitsamte zu überreichen.

Kartoffelabgabe. Mittwoch bis Freitag werden im 3. bis 6. Bezirk ausländische Kartoffeln zum Preise von K 4.70 per kg gegen Abtrennung des Buchstabens „U“ und der vorübergehenden Abschritte der Kartoffelkarte pro Person $\frac{1}{2}$ kg abgegeben.

Gründungsliedertafel. Sonntag, den 23. d.M. um $\frac{1}{2}$ 4 Uhr nachmittags findet im Festsale des Militärwissenschaftlichen - und Casinovereines 2., Schwarzenbergplatz 1 die erste Gründungs- (Fornert) Liedertafel der neugebildeten „Freien Vereinigung der Wr. K. G. V., Wr. Sängerbund, Arion und Wiedener Männerchor statt. Leitung: Die Ehrenchormeister M.H. Rehbeck und Max Keldorfer; Mitwirkende: Konzertsängerin Gusti Schlessak und Prof. Felix Hofmann. Die restlichen Karten zu 5 und 2 K erhältlich in der Vereinskanzlei I., Bäckerstrasse 6 von 9 bis 12 und 2 bis 5 Uhr und an der Kasse beim Saaleingang am Aufführungstage.

Die Tarifierhöhungen bei den städtischen Unternehmungen.

Unmittelbar nach der Übernahme der Verwaltung der Stadt Wien hat sich die sozialdemokratische Mehrheit gezwungen gesehen, die Tarife der drei grossen Monopolbetriebe - Strassenbahn, Gas- und Elektrizitätswerk- die sämtlich passiv arbeiteten, empfindlich zu erhöhen. Gleichzeitig wurde festgestellt, dass im eigentlichen Gemeindehaushalt ein Defizit von 400 Millionen Kronen vorhanden sei, das neben der äussersten Sparsamkeit auch die rasche Erschliessung neuer Einnahmequellen nötig mache. Fünf Monate sind seither verstrichen und in der Zwischenzeit haben sich alle damals getroffenen Sanierungsmassnahmen als vergebens erwiesen. Seither hat sich eben nichts anderes ereignet, als dass unsere Krone im gesamten Auslande, darunter naturgemäss auch in den Nationalstaaten, ungeheuer zurückgegangen ist. Im Juni war der Kursstand noch 20 Centimes, während er gegenwärtig unter 5 Centimes gesunken ist. Das wirkt naturgemäss auf die Betriebe der Gemeinde Wien verheerend. Dazu kommt noch, dass die jeder Beschreibung spottende Kohlennot eine kaufmännisch vernünftige Ausnützung der Anlagen verhindert. Das sind förmliche Elementarereignisse, gegen die die Gemeinde einfach machtlos ist.

Die Ziffern sprechen diesbezüglich eine ebenso klare wie erschreckende Sprache. An jedem einzelnen der Betriebe zeigt sich die Verwüstung, wird es deutlich, welche Katastrophe unseren Wirtschaftskörper ereilt hat. Die städtischen Gaswerke zahlten im Jahre 1914 für 1000 kg Kohlen 24.60 K. Im Mai 1919 hatten sie bereits K 173.10 zu erlegen und im Oktober ist der Preis auf nicht weniger als K 422.76 emporgeschossen. Dabei ist der Preis ab tschechischer Grube gar nicht höher geworden. Der gewaltige Unterschied liegt einzig und allein im Rückgang unserer Valuta. Im Jahre 1914 hat das Gaswerk für Gehälter und Löhne 6,400.000 K verausgabt. Auf Grund des Monats Oktober stellt sich das Personalbudget auf das siebenfache. Es sind 44,300.000 K aus diesem Titel voranzusehen, wobei die bereits erhobenen Forderungen der Beamenschaft unberücksichtigt erscheinen. All das liess sich noch immerhin halbwegs ertragen, wenn das Gaswerk voll arbeiten könnte. Im Geschäftsjahr 1916/17 belief sich die Produktion auf 245 Millionen Kubikmeter, die gegenwärtigen Drosselungsmaßnahmen gestatten bloss eine Gasabgabe von 155 Millionen Kubikmeter. Nicht anders steht es mit dem Elektrizitätswerk. Die Kohlenpreise weisen sogar noch eine etwas grössere Steigerung auf, indem im Oktober die durchschnittlichen Kosten von tausend Kilogramm 440 Kronen betragen. Im Frieden konnten die Beamten und Arbeiter mit einem Jahresbezüge von 4,450.000 Kronen leidlich ihr Auslangen finden. Jetzt werden 55 Millionen ausbezahlt und alle haben dabei noch hart zu kämpfen. Durch die Einführung des Achtstundentages, die notgedrungen erfolgte Einstellung von 250 Arbeitslosen, schliesslich infolge von gewissen Erweiterungsarbeiten, die in Neufeld im Zuge sind, ist überdies eine starke Vermehrung des Personales notwendig geworden. Auch das Elektrizitätswerk muss alle diese so sprunghaft gestiegenen Lasten auf einen gewaltsam herabgedrückten Verbrauch verteilen. Eine Viertelmilliarde Kilowattstunden könnten erzeugt werden, aber für nicht mehr als 152 Millionen Kilowattstunden ist wirklich Kohle beschaffbar.

Das Budget der Strassenbahnen erhält sein Gepräge durch die Riesenzahl der Angestellten. Dem gegenüber fällt es gar nicht mehr so sehr ins Gewicht, dass die Stromkosten im Frieden kaum 8 Millionen ausmachten und nun trotz eingeschränktem Verkehr 38 Millionen erfordern werden. Im Betriebsjahr 1913/14 verursachten die Gehälter, Löhne, Monturen, sowie alle Wohlfahrtsanlagen eine Ausgabe von 27,724.000 K. Jetzt handelt es sich um 224 Millionen. Die letzten Forderungen, die das Personal erhoben hat, sind in dieser Summe noch nicht inbegriffen. Werden sie nur annähernd erfüllt, so steigert sich der Etat um weitere 40 Millionen Kronen. Bei der Strassenbahn hat trotz aller einengenden Verkehrsvorschriften die Zahl der beförderten Personen ausserordentlich zugenommen. Im Jahre 1913 haben 328 Millionen Fahrgäste die Strassenbahn benutzt, während es derzeit 515 Millionen sind. Im Dezember 1913 wurde der Betrieb durch 12,076.000 Angestellte bewältigt, während das Unternehmen gegenwärtig 19.000 Personen beschäftigt. Die Ursache der Vermehrung liegt zum Teil in der Einführung des Achtstundentages, zum Teil in der ausserordentlichen Zunahme der Reparaturen, zum Teil auch in der infolge der systematischen Untererhält-

zung gesunkenen Arbeitsleistung. Innerhin wird es notwendig sein eine absolute Anstellungssperre einzutreten zu lassen.

Aus all diesen Gründen erweist sich neuerlich eine einschneidende Erhöhung der Tarife als notwendig.

Die Vorschläge der Direktion der Gaswerke gehen dahin, den Gaspreis von 78 Heller auf K 1.40 pro Kubikmeter ab November zu erhöhen. Bei dieser Anlasse muss darauf hingewiesen werden, dass in Linz der Gaspreis derzeit K 1.40 in Salzburg K 1.60 beträgt und dass in Prag, obwohl Kohle im Lande ist, schon seit Monaten K 1.- eingehoben wird. In Berlin ist der Gaspreis je nach der Verbrauchsmenge auf 70 bis 80 Pfennige kürzlich erhöht worden, was nach den geltenden Kursstande weit höher ist, als die künftigen Wiener Tarife sein werden. Gegenüber der zwanzigfachen Steigerung der Kohle und der vielfachen Steigerung der Löhne müsste sich ein noch weit höherer Gaspreis ergeben, wenn es nicht gelungen wäre, bei den Nebenprodukten eine verhältnismässig starke Steigerung durchzuführen. Der Kokspreis, der im Frieden K 1.60 für den Kubikmeter betrug, beträgt gegenwärtig K 70.-, das gleiche trifft in noch viel höherem Masse bei den sonstigen Nebenprodukten wie Teer, Ammoniak etc. zu.

Die Direktion des Elektrizitätswerkes beantragt die Hinaufsetzung des Preises pro Kilowattstunde von gegenwärtig 220 Heller auf 400 Heller bei Licht, von 80 Heller auf 180 Heller bei Kraft. Dabei sind die gegenwärtigen Kosten der Kohle zugrunde gelegt und es bleibt noch ganz ausser Berücksichtigung, dass durch die bereits in Vorbereitung befindliche Einführung des Heizölbetriebes die Kosten eine ganz ausserordentliche Steigerung erfahren werden. Bei dem Umstande, dass die Verbrauchsmenge gegenwärtig für jeden einzelnen Haushalt genau begrenzt ist, bei Gas mit einem Kubikmeter, bei elektrischen Strom mit zwei Hektowattstunden, machen sich diese Erhöhungen nicht in so einschneidender Weise geltend. Es steht jedenfalls fest, dass noch immer sowohl was die Beleuchtung als auch das Kochen anlangt, Gas und Elektrizität weit aus ökonomischer sind, als alle anderen in Betracht kommenden Materialien. Während es ohne weitere möglich ist mit Hilfe dieses einen Kubikmeters eine Mahlzeit herzustellen, sind die Kosten bei Verwendung von Holz ganz unvergleichlich höher.

Die weitestenden Kreise der Bevölkerung werden durch die unabwiesliche geordnete Erhöhung der Strassenbahntarife berührt. Die Vorschläge, welche die Direktion der Strassenbahn erstattet sind folgende:

Tarifgebiet I.

Kinderfahrtscheine und Fahrtscheine für die Strecke am Flötzersteig von 20 h auf 50 h,
Frühfahrtscheine und Fahrtscheine für die Sondertarifstrecken nach Rotneusiedl und zum Lusthaus an Nichtrenntagen von 40 h auf 70 h,
Tagesfahrtscheine von 60 h auf K 1.-,
Tagesfahrtscheine mit Berücksichtigung der Zone 5 von 80 h auf K 1.20,
Hin- und Rückfahrtscheine von 80 h auf K 1.20,
Blockkarten für 20 Hin- und Rückfahrten im Vorverkauf von K 14.- auf K 28.-,
Nachtfahrtscheine von K 1.- auf K 1.80,
Netzkarten mit einmonatiger Gültigkeit von K 100.- auf K 170.-,
Netzkarten mit halbjähriger Gültigkeit von K 520.- auf K 940.-,
Streckenkarten von K 36.- auf K 68.-, von K 45.- auf K 80.- und von K 54.- auf K 90.-,

Tarifgebiet II.

Auf eine Teilstrecke von 40 h auf 70 h,
auf zwei Teilstrecken von 60 h auf K 1.-,
auf drei Teilstrecken von 80 h auf K 1.40,
auf vier Teilstrecken von K 1.- auf K 1.80;
Kinderfahrpreis für eine Teilstrecke von 20 h auf 50 h,
" " " zwei Teilstrecken " 40 h auf 80 h,
" " " drei " " " 40 h auf 70 h,
" " " vier " " " 60 h auf K 1.-;

Ausnahmstarif II. von 60 h auf K 1.-.

Die höhere Gebühr beträgt das Doppelte des einfachen Fahrpreises, mindestens jedoch K 2.-.

Mit Rücksicht auf diese Erhöhungen wird ein Rückgang der gegenwärtigen Frequenz von 515 Millionen Fahrgästen auf 440 Millionen, also um 27 Millionen Fahrgäste vorausgesehen, wozu sich noch ein weiterer Rückgang von 40 Millionen Fahrgästen ergeben würde, sobald die Stadtbahn den Betrieb wieder aufnimmt. Die Strassenbahndirektion verweist hierbei darauf, dass die Tarife in anderen Städten gleichfalls eine ausserordentliche Steigerung erfahren haben, so ist beispielsweise in Budapest in den letzten Tagen der Kriegstarif eingeführt worden.

Durch all diese Steigerungen wird noch immer nicht erzielt, dass die Werke auch nur glatt bilanzieren, geschweige denn irgendein Erträgnis abliefern. Es soll damit nur jene Grundlage erhalten bleiben, die im Juli ds. J. festgelegt wurden, wonach Gas- und Elektrizitätswerk im Laufe der nächsten fünf Jahre, die Strassenbahn im Laufe eines vollen Dezenniums ihr Defizit bilden, das sie zum Teil aus den Betriebsjahr 1918/19 übernehmen mussten und das ihnen zum Teil aus den derzeitigen Drosselungen erwächst. Der ausserordentliche Verlust, den die Strassenbahn im heurigen Jahre durch die achtstägige Stilllegung erlitten hat und der 6 Millionen Kronen ausmacht, wird ebenso auf die Zukunft verlegt wie der Ausfall der sich gegenwärtig an jedem Sonntage im Betrage von rund 400.000 Kronen ergibt.

Bei der Aufrechterhaltung der gegenwärtigen Tarife wird es sich beim Gaswerk noch überdies ein Jahresabgang von 60 Millionen Kronen, beim Elektrizitätswerk ein solcher von 82 Millionen Kronen und bei den Strassenbahnen eine Unterbilanz von über 100 Millionen Kronen ergeben. Es müssten also aus Gemeindegeldern auf diese Betriebe in einem einzigen Jahr eine Viertelmilliarde Kronen zugezahlt werden, was bei dem Defizit im eigenen Gemeindehaushalte von 400 Millionen Kronen vollkommen ausgeschlossen ist, und wofür eine Anleihe nicht erhältlich wäre. Der gegenwärtige Zustand, in dem diese drei grossen Unternehmungen der Gemeinde, die kaufmännisch betrieben werden müssten, an jeden Lohn- und Gehaltszahlungstag in das Rathaus schicken um die fehlenden Beträge zu erheben, kann auch nicht einmal mehr durch Wochen aufrecht erhalten werden, sondern müsste unbedingt zu einer finanziellen Zusammenbrüche führen. Derzeit schulden die Unternehmungen der Gemeinde Wien über 70 Millionen Kronen.

Die neuen Tarifierhöhungen sollen was Gas und Elektrizität anlangt mit der eben einsetzenden neuen Ablesung in Kraft treten, während die erhöhten Strassenbahntarife vom 3. Dezember an Geltung haben sollen.

+ + +

2.800 %, bei Asbest 3.700 % u. s. w. So wie die Dinge tatsächlich liegen könnte man selbst bei einem sehr weitgehenden Uebelwollen und dem größten Misstrauen gegenüber der Partei, welche die Verwaltung der Stadt jetzt führt, dieser Partei dies nicht zur Last

schreiben. Die jetzige Gemeindeverwaltung habe es sich sehr überlegt, an die Frage der Tarifierhöhungen heranzutreten, in dem Bewusstsein, daß dadurch eine neue Teuerungswelle eingeleitet werden wird. Man habe sich aber gesagt, daß es ganz unmöglich sei, ein so gewaltiges Defizit von 200 bis 250 Millionen auf die Gemeinde zu übernehmen. Wir müssen eben unseren Kredit aufrecht erhalten und das Odium tragen, daß mit diesen Erhöhungen verbunden ist. Es muss noch einmal ausdrücklich betont werden, wir benutzen unsere Unternehmungen in gar keiner Weise als irgendeine Einnahmequelle, es fließen der Gemeinde dadurch keinerlei Einnahmen zu, im Gegenteil wir haben bei allen Unternehmungen noch ein Passivum zu tragen, das allerdings auf zehn Jahre verteilt wird. Wenn von einer Verpachtung der Unternehmungen gesprochen wird, so würde dadurch an der Sache nicht das geringste geändert. Auch eine amerikanische Gesellschaft kann die Unternehmungen nicht anders führen, als daß sie von der Wiener Bevölkerung Kronen einnimmt, die im Auslande nicht gelten. Es sind dies übrigens nur Theorien, denn es ist überhaupt niemand da, der sich für unsere Unternehmungen interessiert, es ist niemand da, der uns auch gegen Verpfändung dieser Unternehmungen einen Kredit anbieten würde. Ich weiss nicht wie die Dinge sich noch entwickeln werden, ich weiss nicht, ob man uns auch noch zu solchen Dingen zwingen wird wollen, aber heute müssen wir dagegen ankämpfen und werden es tun, solange es geht.

VB. Winter, der mittlerweile den Vorsitz übernommen hatte, schloss nun mit folgenden Worten: Die Lage ist ernst, aber nicht hoffnungslos, solange alle Bürger treu auf ihren Posten stehen.

Obmännerkonferenz. Heute nachmittags fand über die vorerwähnte Frage eine Konferenz der Obmänner der Gemeinderatsparteien statt, zu welcher die Stadt- und Gemeinderäte Pombeck, Breitner, Dr. Danneberg, Schorsch, Skarab, Speiser, und Weigel von der sozialdemokratischen Majorität, sowie die Gemeinderäte Erntner, Feldmann, Dr. Pollak, Dr. Schwarz-Hiller und Sirotek erschienen waren. Bgm. Reumann und die Vizebürgermeister Emmerling und Winter leiteten die Verhandlungen. Nach einer eingehenden Darstellung der Lage der städtischen Unternehmungen durch die Stadtrats- und Fachreferenten wies GR. Dr. Schwarz-Hiller auf das System der teilweisen Naturalentlohnung der Angestellten hin, womit eine Stabilität der Löhne erzielt werden sollte. Er trat weiter für eine Verpachtung aller städtischen Unternehmungen auf eine Reihe von Jahren ein. Die GR. Erntner und Feldmann anerkannten die Schwierigkeiten bei den derzeitigen ganz ausserordentlichen Verhältnissen, Schwierigkeiten, die sich auch in allen anderen Betrieben zeigen. GR. Dr. Pollak sprach sich sehr entschieden für die Verpachtung der Unternehmungen aus. StR. Sirotek betont die Notwendigkeit von Ersparungen durch möglichste Abtossung des überzähligen Personales und durch intensivere Arbeiter. Er sprach sich gegen eine Verpachtung aus.

VB. Emmerling erklärte zum Schluss, daß die Angelegenheit noch dem Stadt- und Gemeinderat in einer der nächsten Sitzungen beschäftigt werden.

WIENER RATHAUSKORRESPONDENZ.

Herausgeber Franz Mischeu.

Wien, Dienstag, den 18. November 1919. Abendausgabe.

Die Lage der städtischen Unternehmungen. Ueber Einladung des Bgm. Reumann versammelten sich heute nachmittags Vertreter der Wiener Presse im Rathause, um Aufklärungen über die Lage der städtischen Unternehmungen und über die beabsichtigten neuerlichen Tarifierhöhungen bei diesen Unternehmungen entgegen zu nehmen.

Bgm. Reumann führte aus: Wir sind zu diesen Massnahmen gezwungen durch eine ganze Reihe von wirtschaftlichen Erscheinungen, die ihren Einfluß natürlich auch auf die städtischen Erwerbsunternehmungen nehmen mussten. In erster Linie ist dies die Kohlennot, die zu einer katastrophalen Erscheinung geworden ist. Ich muss leider bemerken, daß nicht abzusehen ist, wann eine Milderung eintreten könnte. Die Mitteilungen, die mir in letzter Zeit zugekommen sind, sprechen davon, daß in absehbarer Zeit eine Besserung des gegenwärtigen Zustandes nicht zu erwarten ist. Die Bemühungen, die von Seite der Gemeinde und auch des Staates erfolgt sind, haben kein solches Ergebnis gezeigt, daß man mit einer gewissen Beruhigung in die Zukunft blicken könnte. Im Gegenteil, augenblicklich spitzen sich die Verhältnisse derart zu, daß bereits die Frage erwogen werden musste, ob nicht eine weitere Drosselung des Strassenbahnverkehrs und eine weitere Einschränkung in der Stromabgabe an die Industrie Platz greifen müsse. Es wird natürlich alles mögliche getan, um dies abzuwenden, ob die Bemühungen aber einen Erfolg zeitigen, ist noch sehr unbestimmt.

Diese katastrophalen Verhältnisse haben natürlich auch einen Einfluss auf die Tarifbildung ausüben müssen. Speziell bei den Strassenbahnen kann der Betrieb nicht voll ausgedehnt werden, es müssen daher die gleichen Betriebsmittel und im vollen Umfang auch für den eingeschränkten Verkehr aufrecht erhalten bleiben. Das muß seinen Einfluss auf die Tarifgestaltung ausüben. Wenn eine Tarifierhöhung durchgeführt werden muß, so darf das nicht vom fiskalischen Standpunkte aus betrachtet werden, sondern hier spielt der eiserne Maß die erste Rolle. Ein weiteres Betriebsdefizit der Unternehmungen ist die Gemeinde nicht mehr in der Lage auszuhalten, da die Gemeinde selbst ein solches Defizit in der eigenen Verwaltung mitzuschleppen hat, es muß bei dieser finanziellen Situation der Gemeinde darauf gedrungen werden, daß die Unternehmungen sich selbst decken, resp. ihre Deckung in den eigenen Einnahmen finden. Darin ist auch die Begründung gelegen, warum die Tarifierhöhungen wirklich durchgeführt werden müssen. Ich gestehe ganz offen und ehrlich, daß der Blick, den wir in die Zukunft werfen können, ein ungemein trüber ist. Wir stehen einem Winter gegenüber, in welchem Ereignisse eintreten könnten, die zu bändigen wir vielleicht nicht mehr die Macht haben.

Der Bürgermeister verweist dann bezüglich der Einzelheiten der notwendigen Massnahmen auf die beiliegende Darstellung.

Der Stadtratsreferent über diese Angelegenheit StR. Breitner gibt noch einige Detailziffern über die vorliegende Frage bekannt, die sich besonders bei der Strassenbahn auf die Steigerung aller Materialpreise beziehen, die gegenüber dem Jahre 1914 in der letzten Zeit eine geradezu sprunghafte Erhöhung aufzuweisen haben und zwar: Bei Strassenbahnschienen um 1.950 %, bei Kupferdraht von

Wiener Rathaus-Korrespondenz

Herausgeber und verantwortl. Redakteur Franz Mischen.
Wien, 1. Neues Rathaus.

1. Ausgabe.

25. Jahrgang, Wien, Mittwoch, den 19. November 1919, Nr. 453.

Die Strassenreinigung anlässlich von Schneefällen. In der heutigen Sitzung des Stadtrates erstattete Bgm. Reumann einen eingehenden Bericht über die Reinigung der Strassen aus Anlass des jetzt eingetretenen Schneefalles. Er betonte, daß seiner Meinung nach die Reinigung der Strassen vom Schnee so rasch als möglich erfolgen müsse, zu welchem Behufe eine so grosse Zahl von Arbeitern aufgeboten werden müsse, als zu bekommen sei. Mit dem Uebelstande der früheren Jahre, daß der Schnee wochenlang auf den Strassen liegen bleibe, müsse unter allen Umständen gebrochen werden. Es gehe nicht an, daß die Klagen des Publikums über schlecht gereinigte Strassen andauern, oder daß gar längere Zeit Verkehrsstörungen anhalten. Er sei sich darüber klar, daß die Entlohnung der Strassenarbeiter besser werden müsse. Gegenwärtig würden jugendliche Arbeiter mit 12 und Erwachsene mit 16 K entlohnt. Diese Entlohnung entspreche nicht mehr den heutigen Lohnverhältnissen und er bitte deshalb den Stadtrat eine entsprechende Erhöhung dieser Lohnsätze eintreten zu lassen. Stadtbauinspektor Dr. Goldemund, der der Beratung zugezogen war, erteilte nun eingehende Aufklärung über die Strassenreinigung, das Lohnsystem etc. und trat ebenfalls dafür ein, daß eine entsprechende Erhöhung der Löhne Platz greife. Nachdem noch StR. Rudolf Müller und VB. Winter gesprochen hatten, wurde über Antrag des StR. Speiser beschlossen, die Lohnsätze für die Hilfsarbeiter, die bei Schneefällen zur Arbeit herangezogen werden, mit 20 K für Jugendliche und 25 K für erwachsene Personen festzusetzen. Ferner wurde beschlossen im Einklang mit diesen Lohnsätzen auch die Schneezulagen des ständigen eigenen Personales in entsprechender Weise zu erhöhen.

Kartoffelabgabe. Donnerstag bis Samstag werden im VII. und VIII. Bezirk ausländische Kartoffeln zum Preise von K 4-70, $\frac{1}{2}$ kg pro Person gegen Abtrennung des Abschnittes „U“ und der vorhergehenden Abschnitte der Kartoffelkarte abgegeben.

Kinder in die Schweiz. Heute ist wieder ein Zug mit Wiener Kindern in die Schweiz abgegangen. Bis jetzt fanden insgesamt 25.000 Kinder bei Schweizer Familien Aufnahme, was als eine ausserordentliche Hilfeleistung der Schweiz für die Stadt Wien bedeutet.

Wegen Ueberschreitung der Sparmassnahmen abgeschaltete Industrien. Ein Teil der Wiener Industrie hat sich um die Einhaltung der Vorschrift, daß der Stromverbrauch derzeit nicht mehr als 75% des im Monate September stattgefundenen betragen darf, nicht gekümmert, trotzdem die betreffenden Betriebe von den Ueberwachungsorganen der städtischen Elektrizitätswerke in der Zwischenzeit auf den Mehrkonsum und dessen unvermeidliche Folge, nämlich die Abschaltung, aufmerksam gemacht wurden. Dies hat zur Folge, daß vorerst etwa 150 Betriebe und zwar fast lauter grössere und Großbetriebe in den nächsten Tagen zur Abschaltung gelangen werden und ihnen der elektrische Strom auf solange entzogen werden wird, bis der verbrauchte Mehrkonsum hereingebracht wurde.

2. Ausgabe.

25. Jahrgang, Wien, Mittwoch, den 19. November 1919, Nr. 454.

Die Brikettserzeugung aus Rauchkammer- und Aschenkastenlösch. Im Stadtrate brachte VB. Emmerling einen Bericht des Stadtbauamtes über die Brikettierung von Rauchkammer- und Aschenkastenlösch zur Kenntnis. Der Bericht empfiehlt die Förderung des Unternehmens, das sich mit dieser Sache beschäftigt, dadurch, dass die Gemeinde die Vergebung der Aschenkastenlösch durch das Staatsamt für Verkehrswesen an die in Bildung begriffene Gesellschaft befürwortet und die Abgabe von Teer aus den Gaswerken ermöglicht. Die Gesellschaft hätte sich zu verpflichten, die von ihr erzeugten Briketts nach Massgabe der für die Abgabe von Kohle, Koks und Briketts bestehenden Vorschriften in den Verkehr zu bringen und für die Preisstellung die Genehmigung der Gemeinde einzuholen. Die Verwendung von Rauchkammerlösch muss ausser Betracht bleiben, da bezüglich deren Abgabe durch das Staatsamt feste Schlüsse für die nächsten zwei Jahre bestehen. Der Anfall von Aschenkastenlösch wird vom Staatsamte auf täglich ungefähr 70 Tonnen veranschlagt. Von dieser Menge der Wiener Heizhäuser ist ein Anfall von 14 Tonnen täglich anzunehmen. Dem Berichte wurde zugestimmt und der Magistrat zu Verhandlungen ermächtigt.

Die Brotversorgung in der nächsten Woche. Bgm. Reumann teilte in der heutigen Stadtratsitzung mit, dass zufolge Erklärungen des Ernährungsamtes für die nächste Woche erst eine Menge von 105 Waggons Mehl vorhanden sei. Daraus ergibt sich, dass zur Ausfulgung der halben Brotquote eine Menge von 70 Waggons fehlt.

Fahrpreiserhöhung bei der Strassenbahn. StR. Weigl berichtete in der heutigen Sitzung des Stadtrates über die Fahrpreiserhöhungen bei der Strassenbahn und empfahl, namens des sozialdemokratischen Klubs die von der Direktion der städtischen Strassenbahnen vorgelegten Fahrpreiserhöhungen mit nachstehenden Änderungen zu genehmigen.

1.) Das Gebiet der Zone 5 im XXI. Bezirk wird in die Zone 4 einbezogen und die Zone 6 wird Zone 5. Die neue Zonengrenze 4/5 zwischen Brünnerstrasse und Kagran wird derartig abgeändert, dass sie von der Transithahn anschlüssend an die alte Zonengrenze 5/6 gegen Osten so verläuft, daß sie die Leopoldauerstrasse bei der Töllergasse schneidet und in weiteres Verlaufe sich in Kagran an die alte Zonengrenze 5/6 anschliesst.

- 2.) Die Preise für die Einzelfahrscheine werden wie folgt geändert:
- a) Kinderfahrscheine und Fahrscheine für eine Fahrt über den Flötzersteig 40 h statt 50 h.
 - b) Hin- und Rückfahrscheine 140 h statt 150 h
 - c) die Fahrscheinblocks für die ernässigten Hin- und Rückfahrscheine I 26 statt 28K
 - d) die Nachtfahrscheine 200 h statt 180 h
 - e) die Kinderfahrscheine für 1 oder 2 Teilstrecken im Tarifgebiete II 40 h statt 50 und für 4 Teilstrecken 70 h statt 100 h.

3.) Die Preise für die Zeitkarten werden folgendermassen geändert:

- a) die Monats- Netzkarten 160 K statt 170 K
- b) die Halbjahres- Netzkarten 850 K statt 940 K
- c) die Streckenkarten für 2 Teilstrecken 60 K statt 68 K und für 4 Teilstrecken 70 K statt 80 K.

4.) Der Punkt 4 des Abschnittes I unter A Tarifgebiet I hat zu lauten: Für eine Fahrt nach Punkt I (Frühverkehr) und die Rückfahrt mit dem Fahrtantritt zwischen 2 Uhr 30 Minuten nachmittags und 9 Uhr abends desselben Tages und auf der gleichen Strecke, am Sonnabend jedoch bereits von 12 Uhr mit tags an 140 h.

5.) Der erste Absatz des Punktes 3 des Abschnittes V unter A Tarifgebiet I hat zu lauten:

Streckenkarten gelten nur an Wochentagen (einschliesslich der Feiertage) vom 2. des Monats auf den sie lauten bis einschliesslich 1. des nächstfolgenden Monats.

Direktor Spängler, der der Beratung zugezogen war, bemerkte zu diesen Abänderungsanträgen, dass deren Durchführung ungefähr eine Mindereinnahme von 9 Millionen Kronen zur Folge haben wird.

StR. Richter betonte, dass, wenn die neue Bestimmung bezüglich der Streckenkarten Geltung erlangen soll, so müssten die jetzt an Feiertagen nicht befahrenen Linien in Hinkunft an Feiertagen befahren werden. StR. Rudolf Müller empfahl auf stark befahrenen Strecken in den einzelnen Waggons 2 Schaffner zu beschäftigen.

Direktor Spängler sagte zu den gekünderten Wünschen nach Möglichkeit Rechnung tragen zu wollen.

StR. Dr. Grün fragte, ob sich die Zahl der Revisoren jetzt vermindert habe, weil man jetzt so selten in den Waggons Revisoren sehe.

Direktor Spängler erwiderte, dass tatsächlich die Zahl der Revisoren nicht sehr gross sei, Es seien im Ganzen 90 Revisoren angestellt, die in drei Schichten abwechseln. Es würden aber bereits in der Unterbeamtenschule neue Revisoren herangebildet.

Bei der Abstimmung wurden die Referentenanträge angenommen.

Die Strompreiserhöhung. StR. Schorach berichtete in der heutigen Stadtratsitzung über die Vorlage der Direktion der städtischen Elektrizitätswerke betreffend Erhöhung der Strompreise. Er vertrat die bereits bekannten Anträge der Direktion, die eine Erhöhung der Strompreise ab 15. November beinhalten. Der Bericht besagt auch, dass jener Punkt der Bestimmungen für den Bezug von elektrischer Energie für jenen Teil des jährlichen Stromverbrauches für Lichtzwecke, der eine durchschnittliche Benützung von 600 Stunden überschreitet, ausser Kraft gesetzt wird. Der Strompreis für Strassenbahnzwecke ist ab 15. November bis auf Weiteres mit 90 h pro Kilowattstunde zu verrechnen. Dem Anträgen wurde zugestimmt.

Die Erhöhung der Gaspreise. Der Stadtrat hat nach einem Berichte des StR. Bombeck den bereits bekannten von der Direktion der Gaswerke vorgeschlagenen Erhöhungen für den Bezug von Gas ab November 1919 zugestimmt. Auch das Automatenogas wird auf 140 h pro Kubikmeter erhöht, jedoch wird die bisherige Miete von 3 Kronen auf K 1.20 monatlich herabgesetzt.

Wiener Rathaus-Korrespondenz

Herausgeber und verantwortl. Redakteur Franz Michen.
Wien, 1., Neues Rathaus.

1. Ausgabe.

25. Jahrgang, Wien, Donnerstag, den 20. November 1919, Nr. 455.

Lebensmittelkarten - Ausgabe. Am Samstag, den 22. November 1919 gelangten bei den Brotkommissionen die Mehlbezugskarten, Störbrotmehlbezugskarten und Brotbezugskarten für die 242. Woche bis 261. Woche, die Fettkarten für die 167. bis 186. Woche, die Milchkarten für Kinder bis zu 2 Jahren für die 145. bis 154. Woche, die Milchkarten für die Kinder von 2 bis 6 Jahren und für Kinder von 6 bis 14 Jahren für die 145. bis 164. Woche, die Kartoffelkarten für die 112. bis 131. Woche und die Seifenkarten für die Monate Dezember 1919 bis einschliesslich Juli 1920 zur Ausgabe.

Zusatzkarte für Arbeitslose. Der Magistrat gibt bekannt, dass für die letzten fünf Wochen des Jahres 1919 die Abschnitte mit den Ziffern 1 bis 5 der gegenwärtigen Zusatzkarte für Arbeitslose gelten und dass für den Bezug dieser Karten die bisherigen Bestimmungen aufrecht bleiben.

Fahrpreiserhöhung im Kraftstellwagenverkehr. Der Stadtrat hat nach einem Berichte des StR. Weigl folgende Fahrpreise für die Kraftstellwagen, die ab 1. Dezember Geltung haben, festgesetzt: Für eine Teilstrecke K 1.20 (jetzt 80 h für zwei Teilstrecken K 2.- (K 1.20), für drei Teilstrecken K 2.50 (K 1.50), für vier Teilstrecken K 3.- (K 1.80), für fünf Teilstrecken K 3.50 (K 2.10) und für sechs Teilstrecken K 4.- (K 2.40). Für Kinder bis drei Teilstrecken K 1.-, für mehr als drei Teilstrecken K 2.-. Für jedes Gepäckstück unter den gleichen Bedingungen wie bisher bis einschliesslich drei Teilstrecken K 1.-, für mehr als drei Teilstrecken K 2.-. Im Nachtverkehr, das ist in der Zeit von 10 Uhr abends bis 6 Uhr früh, wird der ~~jetzige~~ ^{jetzige} Tarif im allgemeinen auf das Doppelte des Tagesstarifes festgesetzt, jedoch mit der Aenderung, dass der Fahrpreis für eine Teilstrecke statt K 2.40 K 3.- betragen soll. Gleichzeitig wird eine Verlegung der Zonengrenze dahin gehend stattfinden, dass auf der Strecke Stefansplatz - Wollzeile - Landstrasse - St. Marx die Zonengrenze nicht durch den Ring sondern durch die Vorderer Zollamtstrasse gebildet wird.

2. Ausgabe.

25. Jahrgang, Wien, Donnerstag, den 20. November 1919, Nr. 456.

Die Räumung der städtischen Schulgebäude. Die während des Krieges für militärische Zwecke in Verwendung gewesenenen städtischen Schulgebäude sind nun fast alle vom militärischen Belage frei gemacht und ihren eigentlichen Zwecke übergeben worden. In Schulgebäude in der Johannesgasse, welches vor einigen Tagen der Gemeinde kommissionell zurückgestellt wurde, befinden sich gegenwärtig noch Transportmannschaften der englischen Militärmission. Das städtische Schulgebäude in V. Bezirk Castellgasse wird dem Staatsamt für soziale Verwaltung zur Unterbringung von Invaliden bis längstens 31. März 1920 überlassen. Bezüglich der Schulen in XII. Bezirk Ruckergasse 40/42 sind die Verhandlungen noch nicht zum Abschlusse gekommen. Bei einer am 10. Oktober im Staatsamte für soziale Verwaltung abgehaltenen Sitzung wurde festgestellt, dass in diesem Schulgebäude sich 262 Kriegsbeschädigte befinden, von denen nur 120 in der Anstalt wohnen. Von diesen 120 wurden 15 Invalide den Invalidenschulen in der Schleiergasse in X. Bezirk zugewiesen. Für die noch übrig bleibenden 105 Invaliden wurden freie Räume des Militär-Invalidenhauses in

der Faasgartenstrasse zur Verfügung gestellt. Auf Grund dieser Feststellung wurde an den Vertreter des liquidierenden Militärkommandos, dem die Rekonvaleszentenabteilung untersteht, das Freuchen gerichtet, das Schulgebäude in der Ruckergasse zu räumen. Die Invaliden haben jedoch nachträglich beschlossen, von dem angebotenen Räumen im Militär-Invalidenhaus keinen Gebrauch zu machen und die Schulen nicht zu räumen. Daraufhin hat der Magistrat neue Unterhandlungen mit den in Betracht kommenden Stellen gepflogen, die auch nicht zum Abschlusse gekommen sind.

Verkaufsbeginn in der Grossmarkthalle. Mit Rücksicht auf die Verkehrsverhältnisse beginnt der Kleinverkauf in der Grossmarkthalle, Abteilung für Fleischwaren, von Samstag, den 22. an bis auf weiteres um 7 Uhr früh.

Die Reinigung der Strassen. Bgm. Reumann erstattete heute im Stadtrate folgenden Bericht über die Schneearbeit der Strassen: Zur Schneearbeit hat sich bisher nur eine geringe Zahl Arbeitsloser gemeldet. Der Taglohn wurde auf 25 K für Erwachsene und auf 20 K für Jugendliche bis zum 18. Lebensjahre festgesetzt, doch finden sich nur wenige Personen, die für diesen Lohn arbeiten. Um 10 Uhr vormittags hatten sich im III. Bezirk 58 Personen, im V. 14, im IX. 6, im X. 28, im XII. 55, im XIV. 9, im XVI. 42 und im XX. Bezirk 10 Personen gemeldet. Um die Mittagszeit betrug die Zahl der aufgenommenen Arbeiter 560; im XXI. Bezirk meldeten sich etwa 100 Arbeiter. Bei allen Arbeitsgruppen ereignete es sich, dass Aufgenommene auf dem Weg zum Arbeitsort wegliefen. Die Aufbringung der Arbeitskräfte begegnet ungeheuren Schwierigkeiten und die Reinhaltung der Strassen wird dadurch wesentlich erschwert. Es fehlt auch an Pferden, an Bürsten, die motorischen Schneepflüge können nicht verwendet werden, weil die Schneedecke zu gering ist. Es können nur Pflüge mit Pferdebespannung verwendet werden. Gestern waren 2.622 Arbeiter der Gemeinde und 578 Arbeiter vorübergehend mit der Reinigung der Strassen beschäftigt. Ausserdem standen 578 Schneepflüge in Verwendung. Heute vormittags konnten bloss 54 Schneepflüge mit Pferdebespannung verwendet werden. Vor dem Kriege standen für die Strassenreinigung 900 Pferde zur Verfügung, während der gegenwärtige Stand 530 beträgt. Für die Kompletierung des Pferdestandes wird gesorgt, damit die Schwierigkeiten, die sich bei der Strassenreinigung ergeben, gemildert werden.

Ankauf von Gerberlohe für die Elektrizitätswerke. In der heutigen Stadtratsitzung erstattete StR. Schorsch über den Ankauf von Gerberlohe für die städtischen Elektrizitätswerke. Da infolge der enormen Kohlennot die Elektrizitätswerke derzeit angewiesen sind jedes halbwegs verwendbare Brennmaterial Brennmaterial für ihre Zwecke auszunützen, so wurde auch der Versuch unternommen, Lohe in Kraftwerk Ebenfurth zu verheizen. Dieser Versuch ist entsprechend günstig ausgefallen und die Direktion hat sich entschlossen ein Angebot auf Lieferung von 200 Waggon Lohe anzunehmen. Der Antrag des Referenten, diesen Ankauf zu genehmigen, wurde angenommen.

Blasel's 70. Berufsjubiläum. Bgm. Reumann hat an den Schauspieler Karl Basel folgendes Schreiben gerichtet: Es ist mir ein herzlichstes Bedürfnis, Ihnen zu Ihrem 70 jährigen Berufsjubiläum, das Sie nunmehr begehen, meine besten und aufrichtigsten Glückwünsche zu übermitteln. Sie feiern diesen so seltenen und eigenartigen Gedenktag nicht allein; in Geiste mit Ihnen ist mit den inangestea Wünschen vereint die kunstliebende Wiener Bevölkerung, die Ihnen und Ihrer Kunst durch Jahrzehnte ein hohes Mass künstlerischen Genusses und Erholung zu danken hat. So dürfen Sie an Ihren Gedenktag einen Rückblick über Ihr durch sieben Jahrzehnte bewährtes Schaffen halten, der Ihnen tiefe Genugtung und reichlich verdiente Freude bringt. Möge Ihnen das Bewusstsein, von Ihren Mitbürgern um Ihrer Kunst willen hochgeschätzt und geachtet zu sein, den Lebens-

Thesen von Herzen, dem Gesundheit und Rüstigkeit Sie begleiten bis an die entferntesten Breiten menschlichen Lebens.

Lieferung von Fabriksalz zum Zwecke der Schneereinigung. In der heutigen Sitzung des Stadtrates wurde über Antrag des StR. Weigl beschlossen, aus Deutschland Fabriksalz zum Zwecke der Freihaltung der Geleise der Strassenbahnen vom Schnee zu beziehen. Es sollen 10.000 kg solches Salz zum Preise von 850 Mark, was einem Kronenpreise von 80.000 Kronen entspricht, angekauft werden. Der Antrag des Referenten wurde angenommen.

Unterstützung der Rettungsgesellschaft und der Poliklinik. In der heutigen Sitzung des Stadtrates referierte VB. Winter über die Gewährung einer Subvention an die Wiener Freiwillige Rettungsgesellschaft. Er betonte, dass sich die Gesellschaft selbst tapfer gegen die Not zur Wehre gesetzt habe, in dem sie unter anderem auch einen diesbezüglichen Aufruf an die Bevölkerung richtete. Leider müsse, was sehr zu bedauern sei, festgestellt werden, dass sich bisher der Reichtum unserer Stadt noch nicht in den Dienst der Rettungsgesellschaft gestellt habe. Es haben bisher weder die Millionäre, noch die reichen Kriegsgewinner ihr Schärfelein beigetragen. Die Gemeinde Wien habe bisher jährlich eine Subvention von 20.000 K gegeben. Das sei natürlich nicht hinreichend um der Gesellschaft wieder auf die Beine zu helfen, da deren jährliche Auslagen 1½ Millionen Kronen betragen. Redner glaube, dass der Hilferuf der Gesellschaft auch bei der Gemeinde nicht resultatlos verhallen dürfe und er beantrage deshalb dem notleidenden Institut einen einmaligen Beitrag von 100.000 Kronen zu geben. Redner teilte ferner mit, dass sich auch die Poliklinik in einer Notlage befinde. Ihr Defizit betrage 100.000 Kronen. Auch in diesem Falle müsse die Gemeinde helfend eingreifen und er beantrage daher der Poliklinik 50.000 K zu geben. Beide Anträge wurden einhellig angenommen.

Die Kohlennot. Bgm. Reumann berichtete im Stadtrate über den Stand der Kohlenversorgung im Elektrizitätswerk. In Werke Sinnering sind 750 Tonnen und in Werke in der Engerthstrasse 1.255 Tonnen vorhanden. Der heutige Einlauf betrug 540 Tonnen. Wenn der heutige Bedarf noch gedeckt werde, so müsse dessen ungeachtet morgen mit der Abschaltung der Industrien begonnen werden, und zwar wird morgen mit der Abschaltung des Sinneringer Werkes angefangen. Es wird aber dafür Sorge getragen, dass in Sinnering die Brotfabriken weiter beliefert werden. Die Werke in der Engerthstrasse bleiben morgen noch im Betriebe, doch wird im Laufe des nachmittags auch dort mit der Abschaltung der Industrie begonnen werden müssen. Wenn die Abschaltung durchgeführt sein wird, so wird sich im Laufe des Samstag und Sonntag vielleicht ein kleiner Vorrat ansammeln, so dass der reduzierte Betrieb in der nächsten Woche aufrecht erhalten bleiben kann.

Pensionierung des städtischen Baurates Dr. Martin Paul. Mit Baurat Ing. Dr. Martin Paul ist einer der begabtesten und in den weitesten Kreisen bekannter Ingenieur des Wiener Stadtbauamtes in den Ruhestand getreten. Im Jahre 1894 als Sektionsleiter der Wienflussregulierung bestellt, leitete er die Durchführung der grossen Regulierungsarbeiten. Als Leiter des Studienbüros bearbeitete er die Ausstellungsangelegenheiten und installierte selbst die Ausstellungen der Stadt Wien auf der „Internationalen Verkehrsausstellung“ in Mailand, auf der Jubiläumsausstellung in Bukarest, auf der Internationalen Hygienischen Ausstellung in Dresden und auf der Internationalen Baufachausstellung in Leipzig. Seit der Neuordnung der Dienstverhältnisse des Stadtbauamtes war er zum Vorstand der Magistratsbauabteilung IV (Statik) bestellt. In den letzten Jahren leitete er auch die Vorarbeiten für die Erwerbung, bezw. Errichtung eigener Baustoffwerke der Stadt Wien (Kalkwerk, Ziegelwerk, Portlandzementfabrik). Dr. Paul war auch fachschriftstellerisch erfolgreich und hat an der Lösung der Standesfragen akademisch gebildeter Techniker hervorragend mitgewirkt. Anlässlich seiner Pensionierung wurde Dr. Paul in Anerkennung seiner grossen Verdienste um die Gemeinde Wien der Titel eines Oberbaurates von Gemeinderäte verliehen.

Wiener Rathaus-Korrespondenz

Herausgeber und verantwortl. Redakteur Franz Michen.
Wien, 1., Neues Rathaus.

25. Jahrgang, Wien, Freitag, den 21. November 1919, Nr. 457.

Die Beschädigung der Denkmäler. In der letzten Zeit mehrten sich die Fälle, dass öffentliche Denkmäler gewaltsam beschädigt werden. Am Deutschmeisterdenkmal wurde ein Säbel abgebrochen, die Buchstaben der Inschrift gestohlen. Am Hesperidenkmal wurde ein grosser Teil der Bronz Buchstaben gewaltsam entfernt. An dem Prunkkandelaber vor der Oper wurde der Dolch der Siegfried-Figur abgebrochen. An der Statue des Nepomuk in Grinzing wurde ein Arm abgeschlagen. Die Dreifaltigkeitskühle im XVIII. wurde abgetragen. Der Sockel des Fegethoffsdenkmales wird als Anschlagkühle verwendet. Die beiden Hernen der Dichter Lenau und Anstasius Grün in den Anlagen des Schillerplatzes wurden wiederholt beschädigt und trotz der sofort erfolgten Instandsetzung immer wieder zerstört. Auch vor den Friedhöfen macht der Vandalismus keinen Halt, und wurden insbesondere im Währinger allgemeinen Friedhof zahlreiche Grabsteine umgeworfen und eine Reihe von Grabdenkmälern, welche teils mit Rücksicht auf ihren künstlerischen Wert, teils auf ihre historische Denkwürdigkeit gelegentlich der teilweisen Abräumung in einer Gruppe neu aufgestellt wurden, vollständig zertrümmert und umgeworfen. Die Bevölkerung wird auf diese Uebelstände aufmerksam gemacht und ersucht, im Betretungsfall die Anzeige beim nächsten Sicherheitswachmann zu erstatten, damit die Täter der Bestrafung zugeführt werden können.

Holland für Wien. Das alte Aktionskomitee, das schon seit Jahr und Tag dafür sorgt, dass Wiener Kinder nach Holland kommen, und das auch wiederholt Lebensmittelsendungen nach Wien vermittelt hat, verfügt neuerdings, wie uns mitgeteilt wird, über tausend Kostplätze in Holland, die so rasch als möglich besetzt werden sollen. In diesem Komitee, an dessen Spitze als Ehrenpräsident der holländische Gesandte in Wien van Woede steht, geht nun daran, auch in Wien ein Subkomitee zu bilden, das sich speziell mit der Auswahl und Veranlassung der Kinder befassen wird. Die Herren, insbesondere Herr Generalkonsul a. D. H. J. B. von Royen, werden von einem holländischen Aktionskomitee unterstützt, in dessen Namen Herr Graff von Roggen in Utrecht im Herbst einen warmherzigen Aufruf erlassen hat, der bewirken soll, dass ein Zug mit Lebensmitteln nach Wien geschickt wird, um hier den Kindern zu dienen. Die zweite Handlung geht dahin, dass auch Kinder nach Holland gebracht werden sollen. Es handelt sich hier um die Aktion, die seinerzeit Fräulein Wemkebach, die Tochter des geschätzten Arztes, hier in Wien unternommen hat. Im Interesse des Wiener Kindes ist es zu wünschen, dass auch diese holländische Aktion möglichst grossen Erfolg habe.

Die Schneeküberungsarbeiten. Bei den Schneeküberungsarbeiten waren am 20. verwendet: 2.678 Mann der ständigen Strassenarbeiter, 572 Schneeschaufler, 42 Schneepflüge und zur Schneefahrt 12 Katsen und 51 zweispännige Wagen in den übrigen Bezirken. Heute waren bis $\frac{1}{2}$ 10 Uhr vormittags in zehn Bezirken 365 Schneeschaufler aufgenommen. Die Angaben über die realistischen Bezirke stehen noch aus.

WIENER GEMEINDERAT

Sitzung, am 21. November 1919.

Bgm. Reumann eröffnet die Sitzung und teilt mit, dass der Verein „Niederwald“ für Heimkehrer 2000 K gespendet hat. Weiters teilt der Bürgermeister mit, dass ein Herr Direktor A. S. Magyar wohnend in Hotel „Bristol“ Berlin, der Liebesgabensammlung des „Berliner Tagblatt“ den Betrag von 1000 Mark zur Bestimmung „für Wien“ übermittelt hat. Der Spender hat an die Berliner Blätter einen Sammelauftrag geschickt und hofft damit ein günstiges Ergebnis zu erzielen. Ein alter Freund hat aus Chicago an mich einen Brief geschrieben, in welchem er mitteilt, dass sich in Chicago und in anderen Städten Hilfsvereine gegründet haben, welche die Absicht haben, Bedarfsartikel aller Art anzukaufen und sie nach Wien zur Milderung der Not zu schicken. In Chicago sind zu diesem Zweck bereits 10.000 Dollar gesammelt worden. Der Gemeinderat dankt allen, die sich an solchen und ähnlichen Hilfswerken für Wien beteiligen. Möge die Hilfe nicht zu spät kommen!

Bgm. Reumann erstattet hierauf folgenden Bericht über die Versorgung mit Mehl: Es war vorauszu sehen, dass die schon während des Herbstes latente Mehlkrise im Laufe des Winters akute Formen annehmen werde. Die letzten Reste an Getreide und Mehl aus den Ententezuschüssen sind erschöpft und ein neuer Kredit für die Beschaffung von Getreide war bisher von der Entente nicht zu erlangen. Da die inländische Ernteerbringung für Wien nicht in Frage kommt, verblieben nur die Bezüge aus den Ankäufen der deutschösterreichischen Einfuhrgesellschaft. Die kritische Situation nahm ungefähr Mitte September ihren Anfang, als die Gemeinde Wien mit einer Ausgilde von 367 Waggon Mahlprodukten zur Aufrechterhaltung der Mehlversorgung Wiens einprägen musste. Da muss ich bemerken, dass in einem Teil der Wiener Tagespresse ein förmliches Kesseltreiben gegen den Bürgermeister geführt worden ist. Es war die Not, die es gefordert hat, dass eingeworfen wurde. Von diesem Zeitpunkte an konnte nur zur Not von einer Woche zur anderen, zuletzt von der mit 12. Oktober beginnenden Woche nur unter Kürzung der Kochmehlquote auf 250 Gramm der Bedarf unter den grössten Schwierigkeiten gedeckt werden. In der laufenden Woche hat nun die Situation eine derartige Verschärfung erfahren, dass die Kriegsgetreideanstalt nur unter Heranziehung aller Restbestände der Lage war, den Bedarf an Brot- und Kochmehl bis zu der mit 22. ds. ablaufenden Woche aufzubringen, dagegen keine Möglichkeit sah, in der mit 23. ds. beginnenden Woche die erforderlichen Getreide- und Mehlmengen zu beschaffen. Die Kriegsgetreideanstalt stand Mitte laufender Woche vor folgender Situation:

Die Lage in Triest sind für die Kriegsgetreideanstalt und die deutschösterreichische Einfuhrgesellschaft vollkommen erschöpft, weshalb über die Südbahnstrecke und Graz keine Transporte einlangen. Es kann daher nur mit denjenigen Getreidemengen gerechnet werden, die von der Einfuhrgesellschaft angekauft wurden und zum Teil über Rotterdam, zum Teil über Triest nach Deutschösterreich gelangen sollen. Von Regensburg schwimmen donauabwärts 3.314 t, in Regensburg liegen 977 t, von Mannheim auf dem Wege nach Regensburg sind 766 t, in Mannheim liegen 8.832 t, nach Mannheim schwimmen 2.972 t, in Duisburg 2.047 t in Rotterdam liegen 600 t, nach Rotterdam schwimmen 7.506 t. Nach Triest schwimmen per Dampfer Leonhard mit 4.364 t, der seit 8. November fällig ist, in Gibraltar hängen geblieben und dürfte in 8 Tagen in Triest sein, der Dampfer Cobe mit 6.448 t, der ab 22. November fällig ist, dürfte gegen Ende November mit einer Verspätung von acht Tagen in Triest einlangen.

Das Staatsamt für Volksernährung hat bereits vor 14 Tagen mit der italienischen Regierung Verhandlungen angebahnt, die zum Ankauf von 30.000 t Getreide führen sollten. Die italienische Regierung hat jedoch den Verkauf und Abtransport dieser Getreidemengen von der Bewilligung des Obersten Rates in Paris abhängig gemacht. Obwohl die hier weilende Subkommission wiederholt nach Paris

depedeschiert, der Vorstand der italienischen Delegation Trowati in dieser Angelegenheit interveniert und auch der Staatskanzler Dr. Renner in einer an Clemenceau gerichteten Depesche das dringende Ersuchen gestellt hat, dem Abtransport des Getreides zuzustimmen, ist bisher eine Antwort nicht eingelangt. (Rufe: Hört)

Wir haben eine Menge Instanzen und infolge dieses langwierigen Instanzenzuges hungert die Bevölkerung. (Rufe: Sehr richtig!)

Das Staatsamt für Volksernährung hat weiters seit vielen Wochen Versuche unternommen, um die Transporte in Deutschland zu beschleunigen. Den letzten Nachrichten zufolge dürfte Deutschland, dasselbst unter den Waggonmangel leidet, geneigt sein, unseren Transporten denselben Rang einzuräumen wie den eigenen Lebensmittelzügen, sodass auf diese Weise eine Beschleunigung der Abtransporte möglich sein wird. Ausserdem ist das Volksernährungsamt an die deutsche Regierung mit dem Ersuchen herangetreten, 10.000 t Getreide aus südbayerischen Lageräumen gegen Rückersatz aus einem schwimmenden Dampfer, der Ende Dezember oder in der ersten Hälfte Jänner in Rotterdam fällig wird, vorzulassen. Die Zustimmung der deutschen Regierung ist jedoch noch ausständig.

Es zeigt sich immer deutlicher, dass Deutschösterreich selbstständig nicht leben kann, sondern dass der Anschluss an Deutschland eine unbedingte Notwendigkeit ist. (Rufe: Bravo, sehr richtig!)

Die jugoslawischen Transporte leiden unter den schlechten Verbindungsdiensten. Nach einer dem Staatsamt für Volksernährung zugekommene Mitteilung sollen sich circa 3000 t Mehl und Mais zwischen Agram und Marburg befinden, die von den einzelnen Stationen aus unbekanntem Grund nicht heraufgelassen werden. Ausserdem sollen 24 Waggon jugoslawischer Mais in der Nähe von Graz angelangt sein. Nach Mitteilung der Kriegsgetreideanstalt verfügt dieselbe mit dem Stande vom 20. ds. abends über 219 Waggon Mehl.

Was diese 219 Waggon bei unserem Bedarfe an Mehl bedeuten, das können Sie sich leicht vorstellen.

Falls die halbe Brotquote allgemein und für die Schwerarbeiter zur Ausgabe gelangt, werden hierfür 175 Waggons Mehl benötigt. Falls weiters $\frac{1}{8}$ kg Kochmehl ausgegeben wird, sind noch rund zirka 50 Waggons erforderlich, zusammen also 225 Waggons. Hierauf fehlen der Kriegs- Getreide-Verkehrs-Anstalt unter Zugrundelegung des Standes vom 20. ds. Mts. noch 6 Waggons, deren Aufbringung keine besonderen Schwierigkeiten bereiten dürfte. Ausserdem soll noch zur Ergänzung der gekürzten Kochmehlquote $\frac{1}{8}$ kg grüne getrocknete Erbsen ausgegeben werden, für welche die Deckung vorhanden ist. Die Kopfquote für Mehl und Brot in der Woche vom 23. bis 29. ds. Mts. wird demnach voraussichtlich betragen: $\frac{5}{8}$ Laib Brot allgemein, für Schwerarbeiter $1 \frac{3}{4}$ Laib, berechnet von dem Normallaib von 1260 g. Die Kochmehlquote besteht allgemein aus $\frac{1}{8}$ kg Mehl und $\frac{1}{8}$ kg Erbsen. Ueberdies muss noch damit gerechnet werden, dass bei der Zuweisung der gekürzten Quote Verzögerungen wegen Transportschwierigkeiten eintreten. Jedenfalls werden aber die massgebenden Stellen alles daran setzen, um die Ausgabe der gekürzten Brot- und Mehration bis zum Schlusse der Woche restlos zu ermöglichen. Es kann nur der Hoffnung Ausdruck gegeben werden, dass die durch die Verhältnisse verursachte Kürzung der Brot- und Mehlquote vorübergehend sein wird und diese der Bevölkerung neuerlich zugemutete schwere Belastungsprobe auf die Woche vom 23. bis 29. ds. Mts. beschränkt bleiben wird. Die verantwortlichen Regierungsstellen werden sicherlich alles vornehmen, um in der übernächsten Woche die vollen Rationen an Brot und Mehl ausgeben zu können.

Die Situation in unserer trostlosen Ernährungs Lage wird durch die Kohlennot noch verschlimmert, die zu einer bedenklichen Erscheinung seit langer Zeit geworden ist und in letzter Zeit einen katastrophalen Umfang angenommen hat. Heute musste zur Abschaltung von Industriebetrieben geschritten werden. Dass dies als eine Strafe für den Mehrverbrauch von Strom anzusehen ist, ist

falsch. Dies ist darauf zurückzuführen, dass im Simmeringer Elektrizitätswerke die Vorräte gänzlich erschöpft sind. In den Werken in der Engerthstrasse war die Lage gestern noch günstiger. Da aber weitere Zuschübe nicht eingelangt sind, musste auch dort zur Abschaltung geschritten werden. Die Abschaltung kann morgen nicht aufgehoben werden, sondern muss aufrecht erhalten bleiben. Ob es gelingen wird, Montag wieder einige Vorräte beisammen zu haben, damit mit der bisherigen Abgabe von elektrischer Energie gerechnet werden kann, ist nicht vorauszusehen. Die Situation bezüglich der Kohleversorgung lässt für die Zukunft das Schlimmste befürchten. Es muss darauf gedrungen werden, dass die Industrie alles daran setzt, dass kein Mehrverbrauch von Strom stattfindet, denn der geringste Mehrverbrauch kann zu Störungen führen. Auch das Heer von Arbeitslosen könnte eine Vermehrung erfahren und die Gemeinde hat daher nur in ihrer Zwangslage zur Abschaltung der Betriebe gezwungen.

Nun muss ich auch eine Angelegenheit besprechen, die in einem Teil der Tagespresse, ich muss sagen, ausgeschrotet worden ist. Man hat mir zum Vorwurf gemacht, das ich im Zillingdorfer Bergwerke nicht Mittelschüler fördern lasse. Ich habe dies abgelehnt. Wer Zillingdorf und Neufeld kennt, der muss sagen, dass es eine Gewissenlosigkeit wäre, junge Leute in dieses Bergwerk zu schicken. Der Tagbau ist dort sehr wasserhältig, das Wasser träufelt auch von der Decke herunter und auch andere Umstände kommen noch in Betracht. Und da sollte ich junge Leute hinschicken, die mit den Werkzeugen nicht amzugehen verstehen und die mehr zerstören könnten, als sie ausrichten würden. Es könnten auch Unfälle vorkommen und das Resultat der Arbeit wäre gleich Null. Es finden Verhandlungen mit den Bergarbeitern statt, und es wird vielleicht gelingen, mit den Bergarbeitern eine Uebereinkommen zu treffen. Jetzt gelingt es uns trotz der hohen Löhne nicht, Arbeiter zu bekommen.

Bgm. Reumann fährt dann fort: Schon in meiner Antrittrede vom 22. Mai 1919 habe ich angekündigt, dass die sozialdemokratische Mehrheit, die an diesem Tage die an Führung der Geschäfte der Stadt Wien übernahm, entschlossen ist, die unerlässliche Verwaltungsreform durchzuführen. Seither ist unablässig an der Vorbereitung dieser Reform gearbeitet worden. Die Frage, welche Stellung die Stadt Wien in unserer Republik einnehmen wird, die Frage, ob die Stadt Wien ein völlig selbständiger Bundesstaat der Republik sein wird, steht jetzt im Rahmen aller anderen Verfassungsfragen, die unser Staat zu lösen hat, in Behandlung.

Wir können nicht warten, bis diese Frage gelöst ist, wir müssen, da wir die Vorbereitungen für die Verwaltungsreform vollendet haben, nun auch sofort dran gehen, die unhaltbaren Grundsätze einer Verwaltung, wie sie vor Jahrzehnten erdacht wurde, zu ändern. Es ist unmöglich diese Grundsätze aufrecht zu erhalten, in einer Zeit, in der die Gemeinde ein Riesenwirtschaftskörper geworden ist, in einer Zeit, in der das Wahlrecht eine völlige Umgestaltung erfahren hat. In Zeitalter der Demokratie ist nicht anderes möglich, als dass die Bevölkerung selbst, durch ihre gewählten Vertreter, die Verwaltung führe. (Lebhafter Beifall).

Nach dem jetzt geltenden Gemeindestatute liegt das Schwergewicht der Verwaltung im Stadtrat. Dass diese Körperschaft in ihrer gegenwärtigen Gestaltung den Grundsätzen einer sachlich und rasch arbeitenden Verwaltung nicht entspricht, ist genügend oft aufgezeigt worden. (Rufe: Sehr richtig!) Neben dem Stadtrat ruht die Exekutive in den lediglich aus Beamten bestehenden Magistraten der bloss durch seine Spitze, dem Bürgermeister, mit der frei gewählten Vertretung der Gemeinde zusammenhängt. Das ist nicht eine Spitze, die sich willkürlich gegen den Magistrat richtet, sondern es wird uns gesagt, dass der Einfluss der

frei gewählten Vertreter ein grösserer werden soll als bisher. Nach eingehender und gründlicher Arbeit sind wir zu Ergebnissen gelangt, die wir in der allernächsten Zeit dem Gemeinderate zur Überprüfung und Beschlussfassung vorlegen werden. Die geplante Reform beruht im Wesentlichen auf drei Gedanken. Die gesamte Verwaltungsarbeit und Geschäftsführung soll in Zukunft nach Verwaltungsgruppen erfolgen. Für jede solche Verwaltungsgruppe soll ein aus dem Gemeinderate eingesetzter Ausschuss bestellt werden. Diese Körperschaften sollen sich aus Gemeinderäten zusammensetzen, die auf dem betreffenden Verwaltungsgebiete besondere Erfahrung haben, und sie sollen die grosse Menge der jetzigen stadträtlichen Geschäftsstücke zu erledigen haben. Durch ihre Errichtung wird es möglich sein, alle Gemeinderäte zur eigentlichen Verwaltungstätigkeit heranzuziehen, ihnen so einerseits einen bedeutend tieferen Einblick in die Verwaltungsgeschäfte der Stadt zu bieten, andererseits aber derzeit ungenutzte Kräfte zum allgemeinen Besten zu verwerten. (Lebhafter Beifall). Wenn so die gewählten Vertreter des Volkes von Wien einen viel unmittelbaren Einfluss als heute auf die Verwaltung der Stadt nehmen werden, so soll auch noch einem Kreise dieser freigewählten Vertreter in der Exekutive, dass ist im Magistrat bestimmender Einfluss eingeräumt werden. Diese Gruppenleiter sollen vom Gemeinderate aus seiner Mitte gewählt werden und sollen, vorläufig im selbstständigen Wirkungskreise, die Exekutive leiten. Einer Zusammenfassung dieser Gruppenleiter in einer Körperschaft soll unter dem Vorsitz des Bürgermeisters, insbesondere die Vorberatung der grösseren Vorlagen für den Gemeinderat obliegen. Auch die Verwaltungstätigkeit der Bezirksvertretungen muss ein neuer Inhalt gegeben werden. (Hocherlicher Beifall) Der Wert, der in der Mitarbeit der besetzten Organe liegt, darf nicht unterschätzt werden. Darum sollen Beamte der einzelnen Verwaltungsgruppen an den Sitzungen der Gemeinderatsausschüsse teilnehmen. Wir erwarten uns aus diesem Zusammenarbeiten von gewählten und besetzten Organen, also von Vertretern der Bevölkerung und berufsmässigen Kennern der Verwaltung, eine gegenseitige Befruchtung der Ideen und ^{die} Förderung des Wohles der Stadt Wien. Dies sind die leitenden Gesichtspunkte, von denen die geplante Reform beherrscht sein wird. Auf dem Gebiete der inneren Verwaltung, der Beschleunigung des Geschäftsganges, einer Regelung des Parteienverkehrs, die den Interessen der Bevölkerung mehr entgegenkommt, als bisher, sind ebenfalls einschneidende Reformen geplant. Ich freue mich, dabei feststellen zu können, dass zahlreiche Vorschläge aus den Reihen unserer Beamtenschaft selbst vorliegen. Ich habe nicht für verpflichtet gehalten, von den geplanten Reformen dem Gemeinderate zunächst in dieser Form Kenntnis zu geben und wiederhole, dass in allernächster Zeit in die Beratung der entsprechenden Vorlagen eingegangen werden soll. Ich beabsichtige, diese Grundzüge der Reform zunächst den Parteiführern vorzulegen und dann den Antrag auf Wahl eines eigenen Ausschusses zu stellen. Ich halte es für notwendig, dass diese wichtige Arbeit, so rasch als nur irgend möglich zu Ende geführt wird, damit, wenn die Verfassungsfragen im Staate gelöst werden, auf dem Gebiete der Verwaltung in Wien alle nötigen Reformen schon durchgeführt sind. Ich bitte den Gemeinderat von diesen Plänen Kenntnis zu nehmen. (Beifall und Händeklatschen.)

Auf eine Interpellation des GR. Klimes (Tscheche) aus der letzten Sitzung des Gemeinderates betreffend die Nichtbewilligung einer Mehlabgabestelle für Josef Wavera teilt der Bürgermeister mit, dass beim Bezirkswirtschaftsamt vom Juli bis Mitte November mehr als 700 Gesuche um Verleihung städtische Mehlabgabestellen überreicht wurden. Da im Hinblick auf die grosse Bewerberzahl nur ein geringer Bruchteil berücksichtigt werden konnte, gab das Bezirkswirtschaftsamt schon im Oktober Richtlinien für die künftige Neuverleihung solcher Abgabestellen bekannt. In erster Linie werden Invalide berücksichtigt und von diesen wieder jene, die vor dem Kriege bereits den Gemischtwarenhandel betrieben haben. In zweiter Linie Heimkehrer, die infolge ihrer militärischen

schon Dienstleistung ihren Betrieb während des Krieges sperren mussten. Ferner Witwen nach gefallenen Militärpersonen, vor allen dann, wenn sie noch für unmündige Kinder zu sorgen haben. In dritter Linie Heimkehrer, die erst nach dem Kriege einen Gemischtwarenhandel eröffnet haben und deren wirtschaftliche Existenz ohne Zuweisung von rayonierten Artikeln in Frage gestellt ist. Auf diese Weise wurden 150 neugeschaffene Mehlabgabestellen besetzt, so dass die Zahl aller Mehlabgabestellen in Wien nunmehr rund 1000 beträgt. Eine weitere Vermehrung erscheint nicht tunlich. Neuverleihungen können daher in Zukunft nurmehr ausnahmsweise dann vorgenommen werden, wenn besondere örtliche Verhältnisse solche Neuerrichtungen im Interesse der Allgemeinheit geboten erscheinen lassen. Hieraus erhellt aber auch, dass der Magistrat bei der Verleihung städtischer Mehlabgabestellen nur nach sachlichen Gesichtspunkten vorgeht und sich nicht durch nationale Momente beeinflussen lässt.

GR. Bronzoner (Soz. Dem.) führt aus, dass, während die Geschäftsräume der Wiener Kaufmannschaft sehr wenig Ware enthalten, die Magazinsanlagen des Hauptzollamtes, sowie alle Bahnhof- und Spediteurmazazine eine Ueberfüllung mit Waren aufweisen, Waren, die in der Vorkriegszeit für den grossen Transitverkehr des ganzen Staates ausreichten und die jetzt für die Produktion und den Konsum sehr notwendig wären, während ganz Deutschösterreich unter einem empfindlichen Zündhölzchennot leidet, stehen schon seit Wochen 70 Waggons Zündhölzchen in den Wiener Bahnhöfen. Mit diesen lagernden Gütern wird ein lebhafter Kettenhandel betrieben. Hierdurch werden nicht nur viele wichtige Produkte der Wirtschaft entzogen, es können auch hunderte Waggons nicht für die Zufuhr wichtiger Bedarfsartikel verwendet werden. Die Anhäufung der Güter in den Magazinen birgt auch grosse Gefahren für die Erhaltung dieser Güter in sich. Es wird gefragt, ob der Bürgermeister die zuständigen Behörde auf diese Zustände aufmerksam machen und ihnen vorschlagen wolle, dass die Lagergüter im Hauptzollamt, in den Bahnhofsmagazinen und in den Waggons auf den Bahnhöfen, die länger als 4 Woche unverzollt und unbesohlen liegen, beschlagnahmt und den Produktions- und Konsumbedürfnissen der Bevölkerung zugänglich gemacht werden. Ob der Bürgermeister dahin wirken wolle, dass künftig die Lagerräume des Hauptzollamtes und der Bahnhofsmagazine nicht als Geschäftsräume der Engroskettenhändler und Preistreiber Verwendung finden und dass die Feuerversicherungsrichtungen besonders im Hauptzollamt verbessert werden, damit eine Brandkatastrophe vermieden wird.

Bgm. Reumann: Die Ausführungen der Anfrage verdienen aller Beachtung und sind geeignet, so manche Erscheinungen aufzuklären. Ich bin selbstverständlich bereit, den Anregungen Rechnung zu tragen und werde mich mit den zuständigen staatlichen Stellen ungesäumt ins Einvernehmen setzen. Ich möchte nur vor der Meinung warnen, dass diese Vorräte so gross sind wie sie scheinen, irgend eine Bedeutung haben in dem Bedarfe der Millionenstadt Wien.

Auf eine Interpellation des GR. Klimes (Tscheche) in der letzten Sitzung des Gemeinderates betreffend Gesetzwidrigkeiten beim Kleinholzhandel antwortet der Bürgermeister, dass der in der Interpellation belangte Tischlermeister Josef Klail derzeit keine Brennholzvorräte lagern hat sondern nur Barackeholz für seine Tischlerei. Das Barackeholz wurde von der Firma Boglyansky und Bruder angeblich um 89 h pro Kilogramm gekauft und von ihm um K 1.20 im Retail abgegeben. Deswegen sind Erhebungen wegen Preistreibererei im Zuge. Die in der Interpellation noch genannte Marie Ohnelik hat von Klail ungefähr 550 kg Brennholz erhalten, welches sie zum Teil selbst verwendete und zum Teil mit einem Nutzen von 10 h per Kilogramm weiter verkaufte. Ein Anstand ist nicht festzustellen.

GR. Jorde verliest den Amlauf.

ausländischen Konsortiums verwendet werden wie z. B. zu dem so
notwendigen Bau eines grossen Wasserkraftwerkes, vor allem zur
Beschaffung von Rohmaterialien und Kohle. Wir haben ja eine ganze
Reihe von Industrien, die auf dem Weltmarkte konkurrenzfähig sind,
wenn man ihnen nur überhaupt die Möglichkeit zu arbeiten gibt. Ich
verweise da auf unsere Modeindustrie, auf die Gold- und Silberwaren-
schmiedekunst, die Bronze-, Lederwaren-, Musikinstrumente- und Möbel-
industrie, alle Zweige des Kunstgewerbes. Es besteht aber heute
noch ein viel zu grosses Mißtrauen gegen diesen zusammengebrochenen
Staat und wir sind in Wahrheit auch etwas vielen unbedeutendes für
die grosse Welt. Die Amerikaner z. B. interessieren sich vielmehr
für die Chantungfrage, für Südamerika oder Russland als für uns.
Ein so bedeutendes Problem wie die Aufrechterhaltung der städti-
schen Monopolbetriebe können wir aber nicht aus einer augenblick-
lichen Notlage aus betrachten. Es wäre ein kaufmännischer Wahnsinn
in der jetzigen Zeit der grössten Depression etwas zu verkaufen. Aber
selbst wenn wir es tun wollten, würde es uns jetzt nicht helfen,
denn die Kohlen- und Transportkrise ist ein internationales Problem
eine Folge der überall verheerenden Wirkung des Krieges. Das von
einem der Herren kontra Redner propagierte Straassburger System ist
zum Wohl auf einer Strassenbahn die 570 Millionen Fahrgäste be-
fördert, ganz ausgeschlossen. Wir haben ja ganz andere Möglichkei-
ten unser soziales Verständnis zu bekunden, nämlich bei den Steuern.
Sie haben vor 14 Tagen Gelegenheit gehabt die Besitzenden kräftig
heranzuküchen und da haben wir wieder gesehen, daß ein Feind der
Opposition gefeiert wurde, bei einer Steuer, die 80 % der Bevölker-
ung freigelassen hat! Redner bespricht den ganz unbegründeten Tief-
stand der Krone im Ausland, weist auf den sehr gefährlichen Zu-
stand unserer völligen Beraubung aller Realgüter hin und schliesst:
Die furchtbare Krise, die wir jetzt durchzumachen haben, bedingt es
mehr denn je, daß alle Kraft angespannt werde, damit die Menschen
bei uns wenigstens ihre Nerven beisammen halten. Dazu gehört auch
unsere wirtschaftliche Unabhängigkeit solange als möglich zu wahren.
Wenn wir gezwungen werden sie aufzugeben, dann würde dies
jetzt für die Bevölkerung einen noch viel ärgeren Notstand, die
dauernde Tributpflicht an ausländisch Kapital bedeuten.

Rede des Stadtrates Breitner.

StR. Breitner (Soz. Dem.) sagt, daß heute ein Feiertag der Opposition sei, welches eben sehr bequem sei, einfache Erklärungen abzulehnen. Die Mehrheit müsse aber den Mut aufbringen, das Notwendige, wenn es auch im Augenblick schmerzhaft sei, zu tun. Er betont, daß sich gegenüber dem Juni in der Betriebsführung und im Wesen der Unternehmungen nicht das geringste geändert habe. Es hat sich nichts ereignet, als daß die Krone gesunken ist, woran aber die Gemeinde keine Schuld trage. (Rufe: Aber die Devisenzentrale). Das sind alles die Folgen des fünfjährigen Krieges, des durchgehenden Zusammenbruches. Die Krone hat ihre Kaufkraft im Ausland fast völlig eingebüßt. Die städtischen Unternehmungen müssen infolgedessen den Waggon Kobler, der noch im Sommer 1900 K kostete, jetzt mit 4400 K bezahlen. Man dürfe sich aber andererseits durch die Not der gegenwärtigen Lage nicht zu Verzweiflungsschritten hinreissen lassen. Es sei keine Ursache vorhanden, die städtischen Betriebe wegzuwerfen. Die das verlangen, sind von der manchesterliberalen Abneigung erfüllt, daß die Gemeinde diese Betriebe überhaupt führe. Eine ausländische Gesellschaft würde nicht mit einer Krone, sondern zum Preise von drei oder vier Kronen fahren, denn die ausländische Gesellschaft kann nicht verlangen, daß der Wiener in Dollar auf der Strassenbahn zahlt. Sie wird die Tarife in rückichtsloser Weise erhöhen, weil sie auf dem Profitstandpunkt stehen wird. Jetzt begnüge man sich damit, aus den Unternehmungen das heraus zu bekommen, was lebensnotwendig ist. Es ist eine naive Vorstellung zu glauben, daß der Gemeinde bei einer Verstaatlichung oder einem Verkauf der Unternehmungen das Recht der Tarifhoheit oder andere besondere Rechte eingeräumt werden. Der Betrieb könnte durch eine ausländische Gesellschaft vielleicht wirklich etwas ökonomischer geführt werden, dies aber nur auf Kosten der 30.000 Angestellten, die in den Unternehmungen beschäftigt sind. Es ist nicht zu leugnen, daß es notwendig sein wird, die Arbeitsleistung nach Tüchtigkeit zu steigern. Deswegen sei man aber noch sehr weit entfernt von dem hier propagierten Ideal des Zwölfstundentages. Der Achtstundentag genüge vollkommen. Man dürfe nicht verkennen, aus welchen Gründen die Arbeitsunlust entspringt. Wenn die Arbeiter nicht die primitivsten Lebensnotwendigkeiten haben, dann kann man auch von ihnen nicht verlangen, daß sie mit Arbeitsfreudigkeit schaffen. Auch das ist eine Folge dieser fünfjährigen Leiden dieses Krieges. Es ist wiederholt das Wort gefallen, daß es keinen Sinn hat, diese Erhöhung zu bewilligen, weil wir in zwei bis drei Monaten in ganz derselben Lage sein werden. Es wäre dies ja möglich, obwohl ich mir nicht vorstellen kann, daß die Krone noch viel tiefer sinkt, wenn wir über diesen Winter überhaupt hinwegkommen! Ich habe Gelegenheit gehabt, vor der Reparationskommission darzulegen, welche Möglichkeiten bestehen uns zu helfen und daß wir nicht vor der Welt als Bettler dastehen wollen. Ich habe dargelegt, daß die Stadt Wien im Gegensatz zum Staate, ja eigentlich nicht verschuldet ist, da unseren Schulden doch mindestens ebenso grosse Aktiven gegenüberstehen. Was wir verlangen, wäre nichts anderes, als ein kaufmännischer Vorschuß. Das Darlehen könnte ausschließlich zu produktiven Zwecken unter der Kontrolle eines

GR. Feldmann (Nat.Dem.) spricht sich gegen eine Verpachtung oder einen Verkauf der Betriebe aus in der Befürchtung, dadurch in schwere Abhängigkeit zu geraten. Er betont, weiter, dass man endlich der Bevölkerung sagen müsse, dass an einen Abbau der Preise vorläufig nicht zu denken sei, bis nicht eine Aenderung der Wirtschaftsform eingetreten sei. Die Arbeitskraft müsse ausgenutzt werden. Er spricht sich gegen die Erhöhung der Fahrpreise aus, da diese schwer in das wirtschaftliche Leben der Bevölkerung einschneiden und die Gemeinde nicht sanieren werden.

GR. Machet (Tscheche) erklärt ebenfalls, dass er nicht für diese neue Belastung der Wiener Bevölkerung stimmen könne, durch welche die wenigst bemittelten getroffen werden. Und besonders auch deshalb nicht, da die tschechische Bevölkerung wohl die gleichen Lasten habe, wie alle anderen Bewohner Wiens, aber keine Rechte genießt. Die tschechischen Schulen seien immer noch nicht errichtet. Dies beweise, dass auch die jetzige Majorität im Rathaus Komödie spiele und nichts besser sei als die christl.-soziale Mehrheit.

GR. Wawrousek (Tscheche) spricht gegen die Vorlage und sagt, er stehe auf dem Standpunkte, dass die städtische Strassenbahn eine allge eine Wohlfahrtseinrichtung sei, die man auch um den Preis eines Defizits betreiben müsse, und man könnte Mittel und Wege finden, dasselbe anderwärts zu decken. Er stimme dem Antrage des GR. Dr. Schwarz-Hiller auf Verpachtung zu. Er könne auch aus dem Grunde nicht für die Vorlage eintreten, weil noch immer kein anderer Geist in Wien herrsche. Als Beweis hierfür, führt Redner ein Inserat in der Arbeiterzeitung an, in welchem bei Ausschreibung von freien Stellen am Bahnhofe in Kagnan städtischen Strassenbahnen von den Bewerbern die deutschösterreichische Staatsbürgerschaft verlangt werde. In einem Staate, wo mindestens 400.000 Tschechen leben (Oho-Rufe) sollte man doch nicht so weit gehen. Weiters sei eine Alte Frau, weil sie tschechisch sprach, vom Schaffner aus der Tramway gewiesen worden. (Zwischenrufe: Dafür müssten Sie Beweise bringen! Glauben, Sie, dass das in Prag nicht möglich ist? Was geschieht alles in Prag!) Solange das möglich ist, schliesst Redner, müssen wir dagegen stimmen.

Die Ausführungen des GR. Breitner folgen später nach.

STR. Weigl (Soz.-Dem.) sagt in seinen Schlussworte mit Rücksicht auf die Verpachtung, dass auch ein ausländisches Unternehmen den Pachtzins entsprechend verzinst haben wollte und daher den Tarif hoch stellen würde und dass es die Bediensteten nicht für nötig fänden, Rücksichten, die sie gegenüber der Gemeinde Wien haben, gegen ein kapitalistisches Unternehmen zu wahren. Es würde ihnen nicht einfallen, um die jetzigen Löhne zu arbeiten. Wenn von Personalersparnis gesprochen worden sei, leugne er nicht, dass einige Hundert Menschen heute entbehrt werden könnten. Aber dieser Ueberstand sei herbeigeführt worden, weil der Betrieb nicht ausgenutzt werden könne. Es sei aber nicht möglich, das überflüssige Personal zu entlassen, weil man ja auch damit rechnen und hoffen müsse, dass man auch wieder zu einem normalen Betriebe kommen werde. Uebrigens seien seit einigen Wochen Neuaufnahmen eingestellt und die weiblichen Kräfte bereits ganz abgestossen. Mit Stolz kann behauptet werden, dass in den Betrieben der Unternehmungen von keiner Desorganisation gesprochen werden kann. Wenn nur aus dem Titel heraus prinzipiell dafür eingetreten wird, die Unternehmungen, so könne er das nicht begreifen. Wenn gesagt wird, dass ein Geschäftsmann verliert, wenn er seine Ware unter dem Einkaufspreis abgibt, und dass er dann keinen Kredit erlangen kann, so trifft dies auch auf die Gemeinde zu und Redner ersucht dies bei der Abstimmung im Auge zu behalten. Die Gemeinde wäre in diesem Falle nicht kreditfähig und die Unternehmungen müssten in erster Linie kaufmännisch geführt werden. (Beifall)

Bei der Abstimmung werden die Anträge des Referenten mit den Stimmen der Sozialdemokraten angenommen.

GR. Dr. Grün berichtet über die Brennholzverschaffung für die Lungenheilstätte Steinklamm. Hiefür sind 31.000 K notwendig. Die Anträge werden angenommen.

GR. Weigl (Soz.-Dem.) referiert über die Erhöhung der Fahrpreise bei der städtischen Kraftstellwagenunternehmung und bei der Automobil-Stellwagenlinie Pötzleinsdorf-Salmansdorf. Bei der letzteren wird der Fahrpreis für eine erwachsene Person mit 1 K 60 h und für ein Kind mit 40 h festgesetzt. Auch die Bestimmungen nach den besonderen Tarife für Erkennungskartenbesitzer werden geändert. Die Anträge des Referenten werden ohne Debatte mit den Stimmen der Sozialdemokraten angenommen.

Nach den Referaten der ORs. Bompek und Schorsch werden die bekannten Anträge auf Erhöhung der Gas- und Elektrizitätspreise ohne weitere Debatte genehmigt.

Ueber Antrag des Gr. Breitner wird die Ausgabe von weiteren Papiermützgeld und zwar von 10 Millionen 10 Heller rechenen und 4 Millionen 50 Hellerscheine mit einer Gültigkeitsdauer bis 30 Juni 1920 genehmigt.

Ueber Antrag des VB. Winter werden die außerordentlichen Subventionen für die Rettungsgesellschaft 100.000 K und für die Poliklinik 50.000 K genehmigt.

Nach einem Berichte des VB. Emmerling wird dem Verband der Angestellten der Gemeinde Wien ein Betriebsvorschuss für das Erholungsheim in Neubaus im Betrage von 200.000 Kronen bewilligt.

Nach einem Antrage des OR. Dr. Sehen wird für den Reichswirtschaftsbund der Festangestellten ein Baurecht in der Wehlitzgasse im II. Bezirk bestellt.

OR. Bombeck berichtet über die Gewährung eines Nachtragkredit von 98.000 Kronen zur Weihnachtsbeteiligung für ungefähr 650 Kinder von Arbeitern der Gaswerke. Die Anträge werden angenommen.

Die Sitzung wird sodann abgebrochen.

Wiener Rathaus-Korrespondenz

Herausgeber und verantwortl. Redakteur Franz Michen.
Wien, I., Neues Rathaus.

1. Ausgabe.

25. Jahrgang, Wien, Samstag, den 22. November 1919, Nr. 458.

Fettausgabe. Vom 23. bis 29. November werden bei den städtischen Schweinefettausgabestellen pro Person 12 kg Schweineschmalz zum Preise von K 7.44 gegen Abtrennung des „R“ Abschnittes Nr. 167 und der beiden Abschnitte Nr. 167 für nichttrayoniertes Fett der Fettkarte ausgegeben. Organisierte Verbraucher mit lila Mehlbezugskarten erhalten die Fettquote gegen Abtrennung der gleichen Fettkartenabschnitte bei der Verschleißstelle ihrer Konsumentenorganisation.

Zwiverba. Ab Mittwoch, den 26. November 1/8 kg Mehl, 1/8 kg Erbsen, 12 kg Fett, 1/2 kg Kartoffeln. Sonst die laufenden Artikel. Am 24. November Eröffnung der Filiale im III. Bezirk.

2. Ausgabe.

25. Jahrgang, Wien, Samstag, den 22. November 1919, Nr. 459.

Die neuen Fahrpreise auf der Strassenbahn. Am 3. Dezember d.J. treten die vom Wiener Gemeinderat am 21. November 1919 beschlossenen neuen Fahrpreise auf der Strassenbahn in Kraft. Es betragen der Kinderfahrpreis und der Sonderfahrpreis zum Steinhof 40 Heller, der Frühfahrpreis und der Fahrpreis für die übrigen Sondertarifstrecken 70 Heller, der Tagesfahrpreis für beliebig viele Teilstrecken innerhalb der Zonengrenze 4/5 oder für 4 Teilstrecken, von denen wenigstens eine ausserhalb der Zonengrenze 4/5 liegt 100 Heller, der Tagesfahrpreis ohne Berücksichtigung der Zone 5 K 1.20, der Hin- und Rückfahrpreis K 1.40, im Vorverkauf für 20 Hin- und Rückfahrten K 26.-; die Gültigkeit der Rückfahrkarte an Sonnabenden ist von 12 Uhr mittags an festgesetzt. Der Nachtfahrpreis beträgt K 2.-. Der Fahrpreis für Halbjahres-Netzkarten beträgt K 850, für die Monats-Netzkarten K 160.- für die Streckenkarten für 2 Teilstrecken K 60.-, für 4 Teilstrecken K 75.- und für mehr als 4 Teilstrecken K 90.-. Im Tarifgebiete II kostet künftig in eine Fahrt über 1 Teilstrecke 70 h, über 2 Teilstrecken K 1.-, über jede weitere Teilstrecke um 40 h mehr. Der Kinderfahrpreis beträgt für 1 oder 2 Teilstrecken 40 h, für 3 oder 4 Teilstrecken 70 h. Die höhere Gebühr für das nicht rechtmässige Einlassen von Fahrausweisen beträgt das Doppelte des einfachen Fahrpreises, mindestens jedoch K 2.- Ab 3. Dezember tritt sodann auch eine Aenderung in Zoneneinteilung im XXI. Bezirk in Kraft. Die Zone 5 wird in die Zone 4 einbezogen, die Zone 6 wird Zone 5. Die neue Zonengrenze 4/5 verläuft jedoch zwischen Brünnerstrasse und Wagramerstrasse derart, daß sie sich bei der Brünnerstrasse an die alte Zonengrenze 5/6 anschliesst, die Leopoldauerstrasse bei der Töllergasse schneidet und bei der Wagramerstrasse wieder an die alte Zonengrenze 5/6 anschliesst. Eine wichtige Aenderung tritt mit 3. Dezember auch bezüglich der Streckenkarten ein. Die Streckenkarten, die bisher an Sonn- und Feiertagen keine Gültigkeit hatten, werden von 3. Dezember an auch an Feiertagen - aber nicht an Sonntagen - Gültigkeit haben.

Sitzungen im Rathaus. Der Stadtrat tritt in der kommenden Woche am Mittwoch und Donnerstag zu Sitzungen zusammen. Der Gemeinderat hält am Freitag nachmittags eine Sitzung ab.

Wiener Kinder ins Ausland. Die Wiener Abordnung, die in Sommer nach der Schweiz entsendet wurde, hat dort die Beobachtung gemacht, daß es wohl möglich wäre eine nochgrössere Zahl von Kindern nach der Schweiz zu bringen, wenn die Einreisekosten von Buchs bis an den Schweizer Bestimmungsort irgendwie aufgebracht werden könnten. Diese betragen für jedes Kind etwa 25 Franc und wenn man dazu rechnet, dass den Kindern von den Schweizer Eltern oder Komitees auch noch Liebesgaben mit auf den Heimweg gegeben oder dass ihnen oft Kleidungsstücke angeschafft werden, kann man die durchschnittlichen Mindestkosten, die für ein Kind erwachsen, mit wenigstens 50 Franc bewerten. Die Schweiz hat in dankenswerter Hingabe an das Liebeswerk, das sie an den Wiener Kindern seit Jahr und Tag vollbringt, sich bereit erklärt, neuerdings die Propaganda im grössten Stil in Szene zu setzen und es liessen sich auch wahrscheinlich über die Familienkostplätze, die aufgebracht werden können, noch Tausende von Wiener Kindern in die Schweiz bringen, wenn man die im Winter leerstehenden Sommerpensionen mitbenützen könnte. Das kostet aber noch mehr Geld. Um diese Geldmitten zu schaffen, richtete VB. Winter im Sommer Aufrufe an England und Amerika. Einen besonderen Aufruf hat nun der englische Zweig der Frauenliga für Freiheit und Frieden versendet und als erstes Ergebnis der Sammlung, die mit diesem Aufruf eingeleitet wurde, nun dem österreichischen Zweig 60.000 K übersendet, die in den nächsten Tagen dem städtischen Jugendausschuss zur Verfügung gestellt werden sollen. Sie werden dazu dienen, die erwähnten Kosten mit zu decken. Die englischen Frauen begleiten ihre Sendung mit einem liebenswürdigen Schreiben, in welchem sie mitteilen, dass viele der englischen Spenderinnen aus tiefstem Herzen bedauern, dass Wien in diese traurige Lage gekommen ist und dass sie in edelster Auffassung des Patriotismus zugleich bedauern, dass die englische Regierung mitgewirkt habe, dass über Wien diese Lage gekommen ist. Die feine Form, in der die englischen Frauen dem Wiener Kinde ihre Spende bieten, mag uns ein Trost mehr sein, in dem schweren Unglück, von dem wir heimgesucht sind. - Heute vormittags hat ein Zug mit 550 Wiener Kindern Wien verlassen, um sie nach Holland zu bringen. Der Zug war von der katholischen Frauenorganisation eingeleitet. Die Kinder sollen einige Monate hindurch die holländische Gastfreundschaft geniessen. Mit diesem Zuge ist ein Anfang gemacht der grossen Winteraktion, die nun in Holland in Gange ist und die in Holland von allen Parteien lebhaft gefördert wird. Dem VB. Winter wurde heute mitgeteilt, dass sich in München ein Hilfsausschuss für Wiens Kinder gebildet hat, der bestrebt sein wird, noch vor Weihnachten eine grössere Sendung von Lebensmitteln für die Wiener Kinder in unsere Stadt zu schaffen.

Die Abschaltung der Industrie. Die am gestrigen Tage infolge des Kohlenmangels der Elektrizitätswerke vorgenommenen Abschaltungen von Betrieben werden auch am heutigen Tage fortgesetzt, weil die Belieferung der Elektrizitätswerke mit Kohle nach wie vor eine unzureichende und ihr Vorrat vollständig erschöpft ist. Selbst in Falle einer guten Belieferung am morgigen Sonntag ist die Wiederinbetriebsetzung der abgeschalteten Fabriken am nächsten Montag in Frage gestellt. Bei dieser, die finanziellen Interessen der Gemeinde sehr schwer schädigenden Massregel handelt es sich keineswegs um eine Aenderung stattgefundener Ueberschreitungen des erlaubten Strombezuges, sondern um den Beginn der tatsächlichen Betriebseinstellung der Elektrizitätswerke, die fortgesetzt werden muss, wenn nicht endlich mehr Kohle kommt. Von der Kohlenbelieferung zu Beginn der nächsten Woche wird es abhängen, ob die Wiedereinrichtung erfolgen wird, oder ob mit den Abschaltungen bis zur vollständigen Einstellung des Betriebes fortgefahren werden muss.

Der Bürgermeister für die Kriegsgefangenen. Wiederholt sind schon dringende Eingaben des Bürgermeisters an die verschiedenen zuständigen Stellen wegen Rückkehr der Kriegsgefangenen gemacht worden. Nun ist seitens des liquidierenden Kriegsministeriums in dieser Angelegenheit folgende Zuschrift an den Bürgermeister gelangt: Auf die geschätzte Note von 10. ds. beehrt sich das liquidierende Kriegsministerium mitzuteilen, dass an die französische und englische Regierung bereits vor Monaten und wiederholt um die Repatriierung aller öst. ung. Kriegsgefangenen, ohne Rücksicht auf deren Nationalität, herangetreten wurde. Namentlich liegt eine Verabredung des kgl. britischen Oberleutnant Sir Thomas Cunnigham vor, laut welcher dieser von seiner Regierung in Kenntnis gesetzt wird, dass der Oberste Rat die sofortige Heimsendung der jetzt in britischen Händen befindlichen öst. ung. Kriegsgefangenen genehmigt hat. Die Verteilung und die Zahlen sind nachfolgende: Frankreich 2600, Italien 2644, Vereinigtes Königreich 1554, Aegypten 1200, Indien 400, Malta 294, Saloniki (?). Das liquidierende Kriegsministerium beehrt sich des Weiteren mitzuteilen, dass für die sofortige Heimbeförderung der öst. ung. Kriegsgefangenen von den zuständigen Regierungen und Stellen, bereits alle nötigen Massnahmen getroffen wurden. Als Linien für die Heimbeförderung kommen einerseits Köln-Passau andererseits Triest-Villach in Betracht.

Die Fleischzuweisungen. An die Fleischhauer und Fleischhändler werden in der nächsten Ausgabewoche die Fleischzuweisungen im Kühlagerhaus am Schüttel, Franzensbrückenstrasse vorgenommen. Es erhalten diese gegen vorherige Bezahlung bei der Vieh- und Fleischmarktkasse in der Grossmarkthalle ihr Wochenquantum an folgenden Tagen zugewiesen: A - B Montag ab 1 Uhr nachmittags, C - D 0 und E Dienstag vormittags ab 8 Uhr, J - I Dienstag nachmittags ab 1 Uhr, M bis R Mittwoch vormittags ab 8 Uhr, S und T Mittwoch nachmittags ab 1 Uhr, U - Z Donnerstag vormittags ab 8 Uhr. Alle Jene, welche ihre Fleischquantum an einem dieser Tage nicht beziehen konnten, erhalten ihr Wochenquantum am Freitag ab 8 Uhr vormittags zugewiesen.

Kartoffelrationierung. Von Montag an gilt die neue Kartoffelkarte. Die Kartoffelkartenbesitzer haben sich daher sofort bei ihrer Bezugsstelle neu anzumelden.

WIENER RATHAUSKORRESPONDENZ

Samstag den 22. Oktober. Abendausgabe.

Ad Abschaltung der Industrien:

Nach Mitteilungen aus dem Staatsamte für öffentl. Arbeiten ergibt sich, dass Kohle im Aktollen begriffen ist. Es wird somit zur Sicherheit, dass am Montag die abgeschalteten Betriebe wieder mit den Strommengen versorgt werden, die den Sparmassnahmen entsprechend zugewiesen sind.

Sträfliche Wohnungshinterziehung. Es wurde festgestellt, dass die im Hause I. Kohlmarkt 11 befindliche Wohnung des Moritz (früher Ritter von) Guttman, insoweit sie überzählige Wohnräume enthielt als angebliche Werkstätte der Firma Klein & Frankl bezeichnet wurde dass aber der Ganze Vorgang nach der vom Wohnungsamte gepflogenen Erhebung nur den Zweck hatte, die Verordnung über die Wohnungsanforderung zu umgehen. Das Wohnungsamt der Stadt Wien hat über den Gesellschafter der Firma Klein & Frankl, Adolf Frankl eine Geldstrafe von 5000 K und eine Arreststrafe von einer Woche verhängt. Das Strafverfahren gegen die für die Wohnung des Moritz Guttman (derselbe ist unter Vormundschaft) verantwortlichen Personen ist noch im Zuge. Die Bezirksrätin Betta Frankl-Scheiber, Gattin des Gesellschafters der Firma Klein & Frankl, welche an der Kommissionierung der fraglichen Lokalitäten teilgenommen hatte, wurde vom Bürgermeister der Funktion eines Mitgliedes der Wohnungsaufnahme-Kommission entoben. Die Wohnung Guttmans wurde sofort und zwar wegen Abwesenheit des Inhabers zur Gänze angefordert. Das Wohnungsamt bemerkt unter Bezugnahme auf diesen Vorfall, dass es auch weiter hin bei den Wohnungsanforderungen jede unnötige Härte möglichst vermeiden und auf Familienverhältnisse billige Rücksicht nehmen wird, dass es aber Versuchen zur Umgehung des Gesetzes mit der ganzen Schärfe der gesetzlichen Bestimmungen begegnen wird.

Wiener Rathaus-Korrespondenz

Herausgeber und verantwortl. Redakteur Franz Mischeu.

Wien, 1., Neues Rathaus.

25. Jahrgang, Wien, Montag, den 24. November 1919, Nr. 460.

Marmeladeabgabe. Morgen beginnt die erste Ausgabe von Marmelade und dauert bis 24. Dezember. Die Abgabe von Feinmarmelade erfolgt nur gegen amtliche Ausweiskarten. Für jede Person wird laut Einkaufschein 1/4 kg Marmelade abgegeben. Vom Einkaufschein ist der Abschnitt 7 abzutrennen. Die Abgabe von Konsummarmelade erfolgt gegen Vorseidung des Einkaufscheines aber ohne Abtrennung eines Abschnittes in gleicher Menge. Der Verkauf von Marmelade ist nur den behördlichen Abgabestellen gestattet, welche die Abgabepreise genau einzuhalten haben. Der Preis für Feinmarmelade verschiedener Sorten beträgt K 21.08 bis K 29.-, für IIer Apfelmarmelade K 16.88 und für Konsummarmelade K 12.40. Die Kartenabschnitte sind zusammen und am Schluss der Abgabe an die Grosshändler und von diesen an die „Wieleg“ oder „Eibeg“ abzuliefern. Die von den Konsumentenorganisationen gesammelten Abschnitte sind der Magistrats-Abteilung IX/L einzusenden.

Die Versicherungsgebühr für die Wiener Hausgehilfenkrankenkassa. Der Stadtrat hat die für das Jahr 1920 an die Wiener Hausgehilfenkrankenkassa zu leistende jährliche Versicherungsgebühr mit K 15.- für jeden angemeldeten Hausgehilfen festgesetzt. Die Einzahlung der Beträge kann bereits im Dezember 1919 erfolgen.

Wiener Rathaus-Korrespondenz

Herausgeber und verantwortl. Redakteur Franz Michen.

Wien, 1., Neues Rathaus.

25. Jahrgang, Wien, Dienstag, den 25. November 1919, Nr. 461.

Sexuelle Aufklärung der Schuljugend. Der Bezirksschulrat der Stadt Wien befasste sich in seiner Sitzung vom 20. November neuerlich mit der Frage der Einberufung einer Enquete über die sexuelle Aufklärung der Jugend. Entgegen dem in der Öffentlichkeit verbreiteten, die Tatsachen krass entstellenden Ausströmungen muss festgestellt werden, dass der Bezirksschulrat über Aufforderung des Landesschulrates zur Zeit lediglich die Massnahmen berät, die von Seite der Volks- und Bürgerschule zur Bekämpfung der bereits die Gesundheit der Schuljugend bedrohenden Geschlechtskrankheiten zu treffen wären. In diesem Zusammenhange war auch die Aufklärung der schulmündigen Jugend in Erwägung zu ziehen. Das bezügliche Referat wurde knapp vor Ablauf der Funktionsperiode des früheren Bezirksschulrates von einem Mitgliede dieser Körperschaft, das sich hierbei auf ein Gutachten des Gesundheitsamtes stützte, fertiggestellt und von der Inspektorenvereinigung in ihrer früheren Zusammensetzung befürwortet. In dem nach Ablauf der Funktionsperiode neu zusammengesetzten Bezirksschulrate wurde das Referat dem jetzigen Referenten zugewiesen, der sich dem früheren Anträge mit der Einschränkung anschloss, dass die endgiltige Entscheidung erst nach Durchführung einer Enquete über die Frage der Belehrung der schulmündigen Jugend getroffen werde. Bei der über den Antrag abgeführten Debatte wurde von den Vertretern aller Parteien die Notwendigkeit einer vom Zufall unabhängigen Aufklärung der Schuljugend durch ein autoritatives Organ anerkannt, dabei aber auch von allen Seiten die pädagogischen Schwierigkeiten einer solchen Unterweisung klar erkannt und nachdrücklich betont. Die Bezirksschulbehörde ist sich insbesondere der schwerwiegenden pädagogischen Bedenken gegen jede Art von klassenmässiger Belehrung der Jugend in der Schule über das an sich heikle Thema wohl bewusst. Um ein abschliessendes Urteil zu gewinnen, in welcher Weise diese Schwierigkeiten etwa pädagogisch einwandfrei überwunden werden könnten, wurde einstimmig und ohne jeden Einspruch die erwähnte Enquete in Aussicht genommen. Sie soll erfahrenen Aerzten, Lehrern und Eltern Gelegenheit bieten, sich zu äussern, ob die angeregte Unterweisung von Schülern der letzten Bürgerschulklasse überhaupt angemessen erscheint, bezw. durch wen (Lehrer oder Schularzt) und in welcher bestimmten didaktischen Form sie gegebenenfalls in besonderen Vortragsstunden oder gelegentlich in Anlehnung an den normalen Unterricht, klassenweise oder in individuellerer Form zu erfolgen hätte. Es handelt sich somit vorerst lediglich um die bestimmte Absicht der Schulbehörde, Abwehrmassnahmen ^{gegen die,} leider auch in der Schuljugend zu Tage tretenden Infektions- und Geschlechtskrankheiten zu treffen, deren Einzelheiten von den Ergebnissen der abzuführenden Enquete abhängig sein wird.

Kartoffelabgabe. Mittwoch bis Freitag werden in IX. Bezirke ausländische Kartoffeln zum Preise von K 4.34 per kg, und zwar $\frac{1}{2}$ kg pro Kopf gegen Abtrennung des Buchstabens „A“ der Kartoffelkarte ausgegeben.

Holländische Lebensmittel für Wien. Samstag sind im Lagerhause der Stadt Wien holländische Lebensmittel eingetroffen, und zwar 13 Waggons, die Oberleutnant Dirk Houtmann nach Wien gebracht hat. Diese Lebensmittelsendung ist der erste Gruss eines grossen holländischen Komitees an die Wiener Kinder als dessen Generalsekretär Kraadt van Roggen unermüdlich wirkt. In Wien ist ein Verteilungskomitee am Werke, an dessen Spitze als Ehrenvorsitzender der holländische Gesandte Minister de Weede steht und in dem Generalkonsul a.D. van Royen, Oberst a.D. Eisner - Bubna und die holländischen Damen de Bordes, Baronin van der Heerdt und Baronin van der Sloot sowie die Tochter des Prof. Wenckebach stehen. Dieses Komitee hat in den letzten Tagen, seit es bekannt geworden ist, dass Lebensmittel in Wien eingetroffen sind, wiederholt Sitzungen im Wiener städtischen Jugendamte abgehalten, wo ihm ein Amtsräum zur Verfügung gestellt wurde. Es besteht die Absicht die erste Sendung, die aus Holland eingetroffen ist, vorwiegend Kleinkindern und stillenden Müttern zuzuwenden. Zwei Waggons mit Fischkonserven werden grösseren Kindern zugewiesen werden. Das Komitee ist auch daran, die für Holland bestimmten Kinder auszuwählen.

25. 11. 19

Herausgeber Franz M i o h e u. 1. Abendausgabe.

Die Wohnungsaufnahme. Es ist schon nach dem ersten Tage der Wohnungsaufnahme festgestellt worden, daß sich keine wesentlichen Störungen ergeben haben und daß die Aufnahmen im ganzen glatt vorsich gehen.

Der weitere Verlauf dieser Aktion hat nicht nur diese Feststellung bestätigt, sondern es zeigt sich mehr und mehr, daß die in vereinzelt Fällen aufgetretenen Schwierigkeiten außer Verhältnis zum Umfange der Aktion stehen.

Bis einschließlich 20. November sind in 9.474 Gebäuden 124.067 Wohnungen aufgenommen worden. Die Anzahl der von den Kommissionen zur Anforderung vorgeschlagenen ganzen Wohnungen beträgt ~~2.454~~ 2.454, die der teilweise zur Anforderung vorgeschlagenen Wohnungen 2.176.

Es kann aus den Berichten hervorgehoben werden, daß die Kommissionen in richtiger Auffassung ihrer Aufgabe in erster Linie die Aufnahme der Wohnungen und die Beurteilung ihrer Anforderungsfähigkeit durchführen. Dem entsprechend ist bei der Besichtigung der Wohnungen zu verfahren.

Besichtigungen von Wohnungen und Wohnräumen durch die Kommissionen finden nur in jenen Fällen statt, in denen die Kommission zur Ueberzeugung gelangt, daß die Voraussetzungen der Anforderbarkeit nach der Kundmachung der Landesregierung vom 30. Juni 1919 vorliegen.

Was das Ergebnis der Wohnungsaufnahme und insbesondere den Ausspruch der Kommission über die Anforderungsfähigkeit betrifft, so ist mehrfach in der Presse darüber Beschwerde geführt worden, daß offenkundig nicht zur Anforderung geeignete Wohnungen als anforderbar bezeichnet worden sind. Dieser Vorwurf ist mindestens in seiner Allgemeinheit nicht richtig.

Wenn die Kommissionen den Versperret vorgefundenen Wohnungen eine besondere Aufmerksamkeit zuwenden, so handeln sie nur instruktionsgemäß, weil ja gerade hier die Vermutung der Nichtbenützung am ehesten begründet ist.

In keinem Falle aber wird hier ohne weiters eine Anforderung ausgesprochen, denn die Wohnungskommissäre (und nur sie und nicht

die Wohnungsaufnahmekommission sind zur Anforderung berechtigt), haben den Auftrag alle erforderlichen Klarstellungen vorzunehmen bevor sie zur Anforderung schreiten.

Wenn weiters wiederholt in der Presse die ganze Aufnahme als ergebnislos bezeichnet und der voraussichtlich zu gewinnende Wohnraum als unerheblich erachtet wird, so liegt eine gänzliche Verkenning des Zweckes der ganzen Wohnungsaufnahme vor.

Die massgebenden Faktoren in der Gemeinde und das Wohnungsamt als Fachorgan waren niemals der Ansicht, daß alles, was etwa bei der Kommissionierung als anforderbar bezeichnet würde, auch tatsächlich zur Anforderung gelangen müsse.

Ein Hauptgrund der Wohnungsaufnahme war die allgemeine und berechtigte Klage, daß auf rein zufällig erfolgte Anzeigen vielfach mit Härte Anforderungen erfolgen, während viele andere Fälle gänzlich unbehandelt blieben. Diese Härte hat ihre Ursache gerade in dem geringen zu behandelnden Materiale, welches oft auf Denunziation beruhte.

Für das Ergebnis der Wohnungsaufnahme muß berücksichtigt werden, daß schon vor der allgemeinen Wohnungsaufnahme in den letzten Monaten wöchentlich eine beträchtliche Anzahl von Wohnungen angefordert wurde, wodurch sich naturgemäß jetzt die Zahl der praktisch heran-ziehbaren Fälle sehr vermindert.

So sehr alle Beteiligten bestrebt sind, jede unnötige Unbill zu vermeiden, umso schärfer muß gegen jeden Versuch der Umgehung der Verordnung oder Täuschung der Kommissionen aufgetreten werden.

In solchen Fällen wird das Wohnungsamt nicht nur rücksichtslos zur Anforderung schreiten, sondern die vorgesehenen Strafen, und zwar nach der Sachlage, Geld- und Arreststrafen nebeneinander, ohne Ansehung der Person verhängen.

Im allgemeinen läßt sich ein ~~Er~~ durchaus befriedigendes Ergebnis erwarten.

Es ist daher die Aufnahme auch weiterhin mit der größten Intensität fortzuführen, da die Aktion schon mit Rücksicht auf die Dringlichkeit der Wohnungsbeschaffung und die Ende Dezember angesetzte Volkszählung bis 11. Dezember 1919 zum Abschlusse gebracht werden muß, wie dies vom Anfang an beabsichtigt war.

Wiener Rathaus-Korrespondenz

Herausgeber und verantwortl. Redakteur Franz Michen.
Wien, 1. Neues Rathaus.

1. Ausgabe.

25. Jahrgang, Wien, Mittwoch, den 26. November 1919, Nr. 462.

Kartoffelabgabe. Donnerstag bis Samstag werden im X. Bezirke jugoslawische Kartoffeln zum Preise von K 4.34 per kg, im XI. bis XIV. Bezirke italienische Kartoffeln zum Preise von K 4.80 per kg, und zwar 1/2 kg pro Kopf gegen Abtrennung des Buchstabens „A“ der Kartoffelkarte ausgegeben.

2. Ausgabe.

25. Jahrgang, Wien, Mittwoch, den 26. November 1919, Nr. 463.

Zur Holzaufbringung. In der heutigen Stadtratsitzung erstattete StR. Iser einen Bericht über die Holzaufbringung, bei welchem er schliesslich zu folgenden Antrag kam. Auf Grund des Stadtratsbeschlusses vom 24. Oktober 1919 wird das Bezirkswirtschaftsamt Wien, Stelle VIII ermächtigt bei der Aufbringung des Brennholzes für die Kommune Wien in Sinne der Verordnung vom 25. August 1919 Verträge bezüglich Schlägerung, Erbringung, Transportes, Manipulation und Verteilung des Brennholzes in Rahmen der in Berichte angeführten Maximalpreisansätze in Einvernehmen mit dem Komitee zur Brennholzversorgung abzuschliessen.

An diesen Antrag knüpfte sich eine längere allgemeine Debatte über die Holznot und die Holzaufbringung.

StR. Dr. Kienböck (chr. soz.) wies darauf hin, dass nach dem ihm zugekommenen Mitteilungen vor allem eine Ausgestaltung des städtischen Holzstelle notwendig sei. Es seien in der Holzstelle zu wenig Beamte, die Parteien müssten oft, wenn sich die Ersteren in Sitzungen befinden, stundenlang warten, es seien dies also Uebelstände, die unbedingt abgeschafft werden müssen. Des weiteren müsse angestrebt werden, dass die Holzbringung noch in letzter Stunde in ein System gebracht werde. Heute sei alles systemlos, es werde Holz systemlos freigegeben und ebenso systemlos beschlagnahmt. Redner gebe zu, dass es zur Durchführung dieser Dinge schon fast zu spät sei, aber schliesslich müssten sie doch im Interesse der Holzversorgung durchgeführt werden.

StR. Rummelhardt (chr. soz.) betonte, dass man aus dem Berichte wohl die Einsetzung eines Komitees mit unbeschränkten Vollmachten entnehme, aber nicht auch erfahre, was in der Holznot vorgekehrt worden sei. So wie die Verhältnisse heute liegen, könnten sie nicht fortbestehen. Die Devastierung des Wald- und Berggürtels nehme ungeahnte Dimensionen an. Wenn die Leute, die sich selbst Holz schlägern, dieses für eigene Zwecke verwenden würden, so könnte in der heutigen Zeit dagegen nichts eingewendet werden. Aber ein Grossteil dieser Holzschläger treibe mit dem Holze Schleichhandel. Da wäre es nach Redners Meinung denn doch am Platze, dass man die betreffenden Regierungsstellen auf diese Uebelstände aufmerksam machen würde, / dagegen ein schreiten.

Frau StR. Dr. Seitz (chr. soz.) meinte, dass in dieser Frage sehr energisch Massnahmen nach zweierlei Richtungen ergriffen werden müssen. Die eine dieser Massnahmen wäre die schärfste Ausnützung all jener Verfügungen, welche in Bezug auf die Arbeitslosenunterstützung herausgekommen seien. Man müsste beim Arbeitslosenamt in energischer Weise die Verwendung von arbeitslosen Arbeitern, die sich zu diesen Arbeiten eignen, verlangen. Man dürfe in dieser Beziehung selbst vor einem Zwange nicht zurück-schrecken. Der Arbeitslose, der sich für solche Arbeiten eigne, müsse die Arbeit annehmen, und es müsste in anderem Falle rücksichtslos mit der Einstellung der Arbeitslosenunterstützung vorgegangen werden. Für gute Unterkunft und für ^{eine} ausreichende Verköstigung sei am Lande draussen besser gesorgt als hier, so dass ein solcher Arbeitsloser zweifellos nur ein gutes Geschäft machen würde. Das zweite wäre die Herstellung eines besseren Verkehrs. Zu diesem Zwecke müsste energisch an das Verkehrsamt herantreten werden. Die Holzbringung ziehe jedem anderen Verkehre vor und wenn auch einmal eine Woche hindurch der Personenverkehr eingeschränkt werden müsste, so müsse eben auch diese Massregel von der Bevölkerung in Kauf genommen werden.

StR. Josef Müller (chr. soz.) sagte, er habe von Holzhändlern gehört, dass es für diese leichter wäre Holz zu bringen, wenn die Preise desselben erhöht werden würden. Heute würden 24 Heller bezahlt und auf der anderen Seite komme ihm das Holz auf K 1.- zu stehen. Redner meinte, dass in dieser Richtung auch Wandel geschaffen werden müsse.

StR. Schorsch (Soz. Dem.) hob hervor, dass die Redner der Minorität von falschen Voraussetzungen ausgingen. Siesprächen heute so wie die Dinge noch vor 7 Wochen gestanden seien. Seither hätten sich aber die Verhältnisse wesentlich geändert. So könne heute beispielsweise kein Holz mehr um 24 Heller abgegeben werden, weil das Holz zu Gunsten der Gemeinde gesperrt sei und im Einvernehmen mit den Holzhändlern aufgebracht werde. Auch an sonstem seien in der Debatte viele Unrichtigkeiten vorgebracht worden. Was die Devastierungen anbelange so glaube Redner, dass man denselben in der nächsten Zeit vergeblich einen Widerstand entgegensetzen werde. Die Holznot sei eben so gross, dass man das Holz nehme, wo man es erhalten könne. Andererseits sei es allerdings auch dieses Versäumnis so rasch als möglich nachgeholt würde, denn es gehe nicht an, dass die Holzbringung weiter so desorganisiert vor sich gehe, wie es jetzt richtig, dass sich unter diesen Holzschlägern viele Schleichhändler befinden. Ein Beweis dafür sei, dass die Waageautomaten in Rütteldorf etc. vollgepfropft mit 20 Hellerstücken seien. Es beweise dies, dass die Holzschläger gleich das Holz abwägen, um es verkaufen zu können. Es seien zwar zur Hintanhaltung dieser Devastationen verschiedene Massnahmen ergriffen worden, allein bisher ergebnislos. Redner resümierte nun folgendes: Was die Freigabe des Holzes betrifft, so existiere dieselbe nicht mehr, zu 24 Hellern werde überhaupt kein Holz mehr abgegeben, weil von dem Holzhandel alle Personen ausgeschaltet seien, mit Ausnahme der Groschändler. - Im übrigen möchte er erwähnen, dass, wenn in dieser Frage Versäumnisse vorgefallen seien, diese sich nicht die gegenwärtige Majorität habe zu Schulden kommen lassen. Eine halbwegs ausgiebige Versorgung Wiens mit Holz wäre nur möglich gewesen, wenn man schon im vorigen Winter und / ⁱⁿ dem verfloßenen Sommer alle notwendigen Vorkehrungen

getroffen hätte; jetzt 500.000 Haushaltungen mit Holz zu versorgen, sei einfach ein Ding der Unmöglichkeit

StR. Vangojn (chr. soz.) bemerkte, dass bei der Vorprache in Prag von Seite des Handelsministers Heidler darauf aufmerksam gemacht worden sei, dass Böhmen Österreich von der Tschechoslowakoi jedes Quantum Holz haben könne. Die Tschechoslowakoi habe riesige Vorräte, so dass die Tschechen eigentlich in Verlegenheit seien, was sie mit den Holzmassen beginnen sollten. Die Wiener Deputation habe damals allerdings das Hauptgewicht auf die Bringung von Kohle gelegt, aber desseungeachtet möchte er erfahren, was in der angeedeuteten Beziehung bezüglich der Holzbringung vorgekehrt worden sei. Auf die Ausführungen des Stadtrates Schorsch möchte er erwidern, dass im vorigen Winter ohnehin ein Grossteil von Holz angekauft und geschlägert worden sei. Er verweise diesbezüglich auf Altenburg, auf den Tiergarten und auf Pressbaum. Jene Vorkehrungen, die heute notwendig seien, habe man im vorigen Winter jedoch noch nicht treffen können. Es wäre besser, wenn man solche Rekriminationen überhaupt unterlassen würde, weil die Majorität jetzt ja auch nicht in der Lage ^{sei} Holz für den nächsten Winter aufzubringen.

StR. Dr. Kienböck (chr. soz.) erwiderte auf die Ausführungen Schorsch er wolle mit keinen Rekriminationen kommen, trotzdem sei jedoch sicher, dass die heutige Holzaufbringung gänzlich unzulänglich und ein Skandal vor der ganzen Welt sei, nachdem wir solchen Holzreichtum haben und auch über genügend de Arbeitskräfte verfügen würden, und dass wir trotzdem nicht imstande sind in vernünftiger und organisierter Form das Holz hereinzubringen. Es habe mit Recht ein Ausländer gesagt: Wenn diese Verhältnisse in Amerika wären, so hätte man schon längst Kolonnen von ein paar tausend Männer organisiert, die das Holz herangebracht hätten. Redner könne deshalb nur empfehlen, dass

StR. Breitner (Sozdem.) erwidert, dass es nicht Aufgabe der Majorität sein könne, den Christlichsozialen einen förmlichen Unterrichtskurs über alle jene Massnahmen zu erteilen, die in den letzten sieben Wochen erfolgt sind. Er stelle fest, dass eine ganze Reihe von Bemängelungen sich auf den Stand der Dinge vor dem 17. Oktober beziehen. Seither habe aber die Mehrheit Tag und Nacht gearbeitet, die Holzstelle wurde ausgestaltet und vergrössert, mit den Holzhändlern wurden Abmachungen getroffen, Lastenautos und Bexin wurde gesichert, mit den Staats- und Landesbehörden sind unausgesetzt Verhandlungen wegen Eindämmung der wilden Schlägerungen im Zuge. Festzustellen sei aber, und das ist das Entscheidende, dass es an und für sich ein Ding der Unmöglichkeit ist, in einer Zweimillionenstadt die Kohle durch Holz zu ersetzen. Da können überhaupt gar keine Verfügungen helfen, zumal die Heranbringung des Holzes aus etwas weiterer Entfernung sofort wieder an der Transportkrise scheitert. Insoweit aber überhaupt von Voraussetzungen in der Holzaufbringung gesprochen werden könne, so liegen die Unterlassungen ausschliesslich in der Zeit der christlichsozialen Verwaltung. Schon im Vorjahre war eine gewaltige Kohlennot und damals hätte eben schon Vorsorge getroffen werden müssen. Das ist nicht geschehen und darum mangelt jetzt das Holz. Es gibt eben in Niederösterreich keine berufsmässigen Holzschläger, wie in Steiermark und Tirol. Der Bauer schlägt nur in den Monaten, in denen er keine Feldarbeiten zu verrichten hat. Deshalb

war es auch ganz nutzlos, im Sommer und Herbst etwas erzielen zu wollen und es konnte auch nichts nennenswertes durchgesetzt werden. Was aber jetzt erst geschlägert wird, vielfach auch erst bei Schneefall heruntergebracht werden kann, das steht eben erst in einem viel späteren Zeitraum zur Verfügung. Sieben Wochen lang den Pflichten des Mandats sich entziehen, den Arbeiten und der Verantwortung fernbleiben, und dann ungetrübt von jeder ^{Sach-}Kenntnis, Kritik zu üben, ist eine höchst bequeme Sache. Die Sozialdemokraten legen indes gegen dieses leichtfertige Vorgehen schärfste Verwahrung ein.

StR. Sirotek (Tscheche) sagte, das Gros der „Freiwilligen Holzschläger“ seien keine Schleichhändler, es treibe die Not die Massen hinaus. Dagegen könne jetzt schwer etwas gemacht werden. Richtig sei, dass viele Versäumnisse vorgekommen seien. So hätte zweifellos das Holz, das Wien jetzt brauchen würde, schon im Winter geschlägert werden sollen, und da die Majorität erst im Mai d. J. zur Macht gekommen sei, so könne ihr daraus auch kein Vorwurf gemacht werden. Ferner teilte er mit, dass tatsächlich Holz in Hülle und Fülle in der Tschechoslowakei vorhanden sei. Doch könne man dasselbe mit Rücksicht auf die Verkehrsschwierigkeiten jetzt schwer bringen. Vielleicht sei es möglich Holz auf dem Wasserwege zuzuführen, wozu er die Anregung gebe.

StR. Dr. Kienböck (chr. soz.) wies nochmals darauf hin, dass seiner Meinung nach die Holzstelle der Gemeinde unbedingt eine entsprechende Ausgestaltung erfahren müsse. Es sei dies eine Anregung, die er gebe und worauf er nach den Mitteilungen, die ihm geworden seien, das grösste Gewicht legen müsse.

Referent StR. Iser (chr. soz.) hob hervor, dass sich die Verhältnisse seit damals, wo die Minorität das letzte Mal hier gewesen sei, vielfach geändert hätten. Während der Zeit habe die Majorität intensiv in dieser Frage gearbeitet und alles mögliche vorgekehrt. Der Stadtrat, der Bürgermeister und alle mit der Sache befassten Aemter hätten unermüdlich im Interesse der Bevölkerung die Frage der Holzbringung verfolgt und auch soweit es möglich gewesen sei, tatsächliches geschaffen. Leider sei es eben nicht möglich, eine Zweimillionenstadt so mir nichts dir nichts mit Holz zu versorgen. Man könne nicht soviel Holz hereinbringen, dass damit ein Kohlenersatz geschaffen werde. Was das ausländische Holz betrifft, von dem auch in Laufe der Debatte gesprochen worden sei, so seien eine beträchtliche Anzahl von Ländern für die Bringung gesperrt und aus den andern Ländern, die nicht gesperrt seien, werde eben tatsächlich nichts gebracht. Es sei aber auch sehr fraglich, ob mit ausländischem Holz eine Versorgung möglich sei, nachdem dessen Preise in Wien hoch seien. Was StR. Dr. Kienböck bezüglich der Amerikaner gesagt habe, so bezweifle Redner, dass die Amerikaner unter unseren Verhältnisse, die zu leisten imstande seien, weil es uns eben an allem mangelt. Wir hätten kein Holz, keine Kohle und auch nicht die Möglichkeit der Aufbringung, weil uns hierzu die Verkehrsmittel fehlen.

Bgm. Reumann: Es ist in der Tat so, dass wir in Bezug auf die Holzbeschaffung vor Verhältnissen stehen, welche in Wien noch nicht da gewesen sind. Es werden in der Tat förmliche Raubzüge nach Holz gemacht und es ist falsch, wenn gesagt wird, dass sich daran nur solche Personen beteiligen, welche das Holz für eigene Zwecke brauchen. Der Holzdiebstahl werde jetzt vielmehr gewerbmässig für Handelszwecke betrieben. Wir hätten einen bedeutend geringeren Schaden, wenn sich die Holzdiebstähle auf diejenigen Leute beschränken würden, welche Eigenbedarf nach Holz haben. Es war gerade dieser

Umstand kürzlich Gegenstand einer eingehenden Beratung, an welcher Vertreter der Staatsämter etc. teilgenommen haben. Es wurden zwei umfangreiche Berichte vorgelegt, in welchen dieses Treiben geschildert wurde. Ich selbst kann es aus eigener Anschauung bestätigen, es ist in der Tat so, dass heute alle Vorkehrungen gegen diesen Umfug zu schwach sind, dass von einem Schutze der Holzbestände solange keine Rede sein kann, als wir auf dem Standpunkte stehen, es dürfe von der Waffengewalt nicht Gebrauch gemacht werden, und ich muss sagen, es wäre geradezu verhängnisvoll, wenn wir uns heifallem liessen zu sagen, es müsse Waffengewalt angewendet werden. Das ist unter den heutigen Verhältnissen absolut ausgeschlossen und kein vernünftiger Mensch kann daran nur im entferntesten denken. Wenn StR. Dr. Kienböck davon gesprochen hat, dass die Holzbringung als öffentlicher Skandal zu bezeichnen ist, so ist das sehr leicht gesagt, aber diesem Skandal zu begegnen, das ist eine Sache, welche unter den gegenwärtigen Verhältnissen - das sage ich unumwunden - gänzlich unmöglich ist. Wir befinden uns in einer Lage, welche wir im Augenblicke nicht ändern können und die schönsten Vorschläge der Minorität zerschellen daran, dass wir ^{nicht} jene Machtmittel anwenden können, welche zur Hintanhaltung der Verkommenisse notwendig wären. Dieses Umstandes muss sich auch endlich die Minorität bewusst werden. In einer Reihe von Sitzungen haben wir auch die Massnahmen besprochen, die den Vorschlägen des StR. Kienböck gleich kommen. Wir wollten ebenfalls an Stelle der Desorganisation eine Organisation setzen. Die Waldbesitzer haben sich bereit erklärt, dass sie eine gewisse Anzahl von Bäumen der Allgemeinheit zum Opfer bringen wollen. Diese Bäume hätten bezeichnet und dann von den „freiwilligen Schlägern“ geschlägert werden sollen. Ich bin aber überzeugt davon, dass die Durchführung dieses Vorschlages ganz unmöglich gewesen wäre, und dass die Holzdiebstähle deshalb sicher nicht auf ein bestimmtes Gebiet eingeschränkt worden wären. Auch wäre hierzu ein so grosses Aufgebot von Polizei, Landtschützswache und Gendarmerie etc. notwendig gewesen, das wir wahrscheinlich nicht aufgebracht hätten. Die Sache hätte uns überdies 2 Millionen gekostet. Das durchzuführen wäre also ganz bestimmt ein Ding der Unmöglichkeit gewesen. Die Leute hätten sich sicher auch nicht abhalten lassen, andere Bäume zu schlagen. Um das zu verhindern, wäre den Wachaufgehörten nichts anderes übrig geblieben, als mit Waffengewalt einzuschreiten und wenn wir dazu unsere Zustimmung gegeben hätten, so wäre es zur Anarchie und zur Revolution gekommen. Die Situation ist heute furchtbar ernst, ja vielleicht ^{erster} ernster als Sie glauben. Die Uebelstände, die sich jetzt ergeben, liegen nicht ⁱⁿ einem Organisationsfehler, sondern sie liegen in den unglücklichen Verhältnissen, in die wir durch den Krieg geraten sind. Wenn Sie glauben, dass durch Organisation in dieser Beziehung etwas geschaffen werden könnte, so täuschen Sie sich. Eine solche Organisation, wie sie notwendig wäre, können wir nicht schaffen, weil uns die Mittel hierzu fehlen. Es ist auch von uns gar nicht zu verlangen, dass wir diese Mittel haben sollten. Es herrscht auf allen Gebieten ein so furchtbarer Mangel, dem nicht abgeholfen werden kann und wenn es in der Tat hätte möglich sein sollen eine solche Organisation, wie sie verlangt wird, zu schaffen, so hätte dieselbe ihre Wurzel tatsächlich schon in früheren Zeiten haben müssen. Das soll keine Kritik sein, sondern ich konstatiere damit nur eine Tatsache. Ich will damit gar nichts anderes erreichen, als das die

oberflächliche Rederei über die Bringungsmöglichkeit von Holz endlich einmal aufhöre; denn wir verschlimmern ja nur unsere Situation, wenn wir immer und immer wieder auf die Unfähigkeit und dgl. hinweisen, wo in der Tat alles vorgekehrt worden ist, was eben vorgekehrt werden konnte.

StR. Dr. Kienböck (chr. soz.) konstatierte mit Befriedigung, dass der Bürgermeister darüber Mitteilungen gemacht habe, was alles in dieser Frage vorgekehrt worden sei, womit die Debatte wieder einen sachlichen Charakter angenommen habe. Es falle der Minorität nicht ein, faktische Opposition zu treiben und er hätte auch nicht die Anregungen gegeben, die er gemacht habe, wenn er nicht die Überzeugung hätte, dass durch die freiwillige Betätigung auf dem Gebiete der Holzschlägerung die ärgsten Uebelstände heraufbeschworen werden würden und es unangenehm notwendig sei, dass an Stelle dieser Desorganisation eine Organisation trete.

Hierauf wurde der Antrag des Referenten angenommen.

Die Kohlenversorgung. Bgm. Reumann berichtete in der heutigen Stadtratsitzung über den Stand der Kohleneinfuhr in den letzten Tagen; erbatete, dass die Einfuhr sich andauernd auf einem niedrigen Stande halten. Dem Elektrizitätswerke blieben mit dem gestrigen Tage insgesamt Vorräte von 2230 Tonnen Kohle.

Er werde beim Staatssekretär Zerdik vorstellig werden, damit dem tschechischen Kohlenrevieren zum Transporte der Kohle nach Wien ^{eine} grössere Anzahl Waggons zur Verfügung gestellt werde.

Die Lebensmittelversorgung Wiens. Bgm. Reumann berichtete in der heutigen Stadtratsitzung, dass für den heutigen Tag-Mehlzüge aus Mannheim in Wien erwartet werden. Auch aus Jugoslawien sei ein Zug mit 23 Waggons Mehl avisiert, vorgestern seien noch 3500 Tonnen Mehl für die volle Brot- und Mehlquote der nächsten Woche unbedeckt gewesen.

Die Dienstjubiläum. Hauptkassen-Ober-Kontrollor Karl Muck feierte heute sein 40jähriges Dienstjubiläum und wurde aus diesem Anlass von der Direktion und den Kollegen, bei denen er sich der grössten Beliebtheit erfreut, auf das herzlichste beglückwünscht.

Arbeiterratewahlen im Rathause. Da in der Öffentlichkeit die Vorgänge bei den Arbeiterratewahlen im Rathause übertrieben wurden, fühlt sich der Verband der städtischen Angestellten verpflichtet, diese Darstellung auf das Mass des Wahren zurückzuführen. Der Mann, in welchem die Wahlen vorgenommen wurden fasst höchstens 150 Personen und war bei Beginn der Wahlhandlung bereits von den Gegnern dieser Wahlen besetzt. Dadurch verzögerte sich die Vornahme der Wahlhandlung, die jedoch glatt vonstatten ging, nachdem der Führer dieser Gruppe Dr. Gächlert, seine Erklärung abgegeben und sich mit seiner Anhängerschaft entfernt hatte. Der Verband stellt fest, dass der Genannte nicht ^{be-}resichtigt war, namens der städtischen Beamtenschaft irgendwelche Erklärung abzugeben, insbesondere nicht eine Erklärung, die in Geiste ^{eines} bereits überwundenen Standpunktes wiederum einen Keil in die Masse der städtischen Angestellten zu treiben geeignet ist. Bei dem Umstande, als die im Rathause und im Neuen Amtshause beschäftigten Angestellten 2400 beträgt, sind die aus der er-

wähnten Protestaktion in einem Teile der Presse auf das Verhalten der städti-
schen Angestellten gezogenen Schlüsse unrichtig.

Die Anforderung des Sekretariates der christlichen Bäckerarbeiter. StR. Josef
Müller stellte im Stadtrate folgende Anfrage: Der Verband christlicher Bäcker-
arbeiter hat seit 17 Jahren im Hause XVII., Ottakringerstrasse 16 seinen
Sitz und benützt zwei Räume als Sekretariat. In dem Sekretariate befindet
sich die Arbeitsvermittlung, welche auch staatlich subventioniert wird. Wei-
ters werden sämtliche Arbeiten für das arbeitsstatistische Amt, über die Ar-
beitsvermittlung, an die Ausgleichsstelle für Arbeitsvermittlung in Wien Aus-
weise angefertigt. Auch arbeitslose, christliche Bäckergehilfen und kranke
Mitglieder, sowie Witwen und Waisen nach gefallenen und verstorbenen Mit-
gliedern werden in diesem Sekretariate unterstützt. Obwohl derzeit eine rege
Tätigkeit herrscht, wurde es durch den Arbeiterrat der Wohnungsaufnahmekom-
mission angefordert. Es wird gefragt, ob der Bürgermeister geneigt ist, so-
fort das Nötige zu veranlassen, dass diese ungesetzliche Anforderung sofort
rückgängig gemacht wird.

WIENNER RATHAUSKORRESPONDENZ.

Mitwoch den 26. November 1919. Abendausgabe.

Sehr geehrter Herr Kollege!

Herr Bgm. Reumann ersucht von der Veröffentlichung des heutigen Berichtes aus dem Stadtrate „Die Holzaufbringung“ aus der 2. Ausgabe der Korrespondenz Abstand zu nehmen.

Die Schriftleitung.

Die Holzaufbringung. In der heutigen Stadtratssitzung berichtete StR. Iser über die Holzaufbringung der Gemeinde. An den Bericht knüpfte sich eine eingehende und längere Debatte, an der sich ~~StR. Iser~~ Bgm. Reumann, die StR. Schorsch, Breiter, Dr. Kienböck, Hummelhardt, Dr. Alma Seitz, Josef Müller, Vaugoin und Sirotek beteiligten. Insbesondere wurde die Verschleppung des Holzes und die Massnahmen besprochen, die in der Holzaufbringung noch weiter zu ergreifen wären. Der Antrag des Referenten: Auf Grund des Stadtratsbeschlusses vom 24. Oktober wird das Bezirkswirtschaftsamt Wien, Stelle VIII, ermächtigt, bei der Aufbringung des Brennholzes für die Kommune Wien im Sinne der Verordnung vom 25. August 1919 Verträge bezüglich Schlägerung, Bringung, Transport, Manipulation und Verteilung des Brennholzes im Rahmen der im Berichte angeführten Maximalpreissätze im Einvernehmen mit dem Komitee zur Brennholzversorgung abzuschliessen, angenommen.

Keine Aenderung in den Wohnungserhebungen. Der gestern veröffentlichte Bericht des Wohnungsamtes hat in einzelnen Blättern eine Auslegung erfahren, die weit weniger den Tatsachen als dem parteipolitischen Interesse entspricht, als völlig ergebnislos gebliebene Absenz der christlichsozialen Gemeinderatsfraktion zu bemängeln. In jener Frage, die zum Exodus geführt hat, nämlich die Teilnahme der Arbeiterräte an der Wohnungsaufnahme tritt auch nicht die allergeringste Aenderung ein. Was die Beendigung der Arbeit betrifft, so war von vornherein die

für der 11. Dezember in Aussicht genommen und es wird die Einhaltung dieses Termines schon deswegen betrieben werden, um den Obdachlosen noch vor völligem Hineinbrechen des Winters Unterkunft zu verschaffen. Sollte aber dennoch die Aufnahme bis dahin nicht beendet sein, bedeutet dies natürlich keineswegs, dass nun einfach die Begehung des Restes unterbleibt. Das wäre ein ganz sinnwidriges Zufallsspiel, weshalb schon heute festgestellt sei, dass tatsächlich die Aktion restlos zur Durchführung gelangen wird. Ebenso ist die Annahme durchaus irrig, dass das Besichtigungsrecht der Kommissionen irgendeine Einschränkung erfahren hat. Die Kommissionen hatten bisher keineswegs die Pflicht, jede einzelne Wohnung zu begehen; sie haben diesbezüglich vielmehr ganz nach ihrem eigenen Ermessen gehandelt und Wohnungen in allen jenen Fällen besichtigt, in denen die Ueberzeugung vorlag, dass ein die Anforderbarkeit begründender Tatbestand ~~vorliege~~ vorliege. Daran hat sich gar nichts geändert. Der Bürgermeister hat heute das Wohnungsamt beauftragt, die Kommissionen neuerlich dahin zu instruieren, dass sie nach wie vor das uneingeschränkte Recht haben, jedwede Wohnung gleichgiltig ob Kkwin- oder Grosswohnung, zu besichtigen und sich hierbei nur von ihrer Ueberzeugung bezüglich der Zweckdienlichkeit leiten zu lassen. Wenn bisher bei jenen ganz vereinzelt unliebsamen Auseinandersetzungen zwischen Mietpartei und Kommission milde verfahren wurde, so ist die Beibehaltung dieser Praxis künftig gerade deswegen fast unmöglich, weil die Veröffentlichung, dass Nachsicht geübt wurde, als förmliches Privileg zur Widersetzlichkeit ausgelegt werden kann. Angesichts der ungeheuren Wohnungsnot und der dadurch hervorgerufenen grossen Unruhe, was den bisherigen, so erfolgreichen Gang der Aktion stören könnte.

Stockholm für Wien. Heute erschienen Konsul Olofson und Direktor Per Holmgren bei Vizebürgermeister Winter, um ihm mitzuteilen, dass die Stadtgemeinde Stockholm ihre Kriegsvorräte zur Gänze für Deutschösterreich zur Verfügung gestellt hat, mit dem Wunsche, dass der grösste Teil davon der Stadt Wien überwiesen wird. Die Stadt Wien wird für ihre Fürsorgeanstalten und zur Verteilung an sonstige bedürftige Einrichtungen aus dieser Stockholmer Spende 50.000 kg Himbeermarmelade, 20.000 kg gemischte Marmelade, 50.000 kg gesalzene Schnittbohnen, 20.000 kg gutgestüßtes Apfelkompott, 10.000 kg gemischtes Kompott, 10.000 kg Heidelbeersaft und 500 Flaschen konservierten Rahm. Die Verteilung dieser Liebesgaben, die demnächst von Stockholm abgehen werden, ist in Wien einem schwedischen Komitee vorbehalten, in dem auch die anderen schwedischen Aktionen zusammenwirken werden. VB. Winter bat die Herrn, die sich bisher schon in ganz hervorragender Weise in den Dienst der schwedischen Aktion für das Wiener Kind gestellt haben, der Stadt Stockholm vorläufig den Dank der Stadt Wien zu übermitteln und bat gleichzeitig, mit den gleichen Umgebung für das hungrige und frierende Wien zu wirken. Bgm. Reumann hat an die Stadtvertretung Stockholm ein Danktelegramm gerichtet.

Der Magistrat ersucht um Einschaltung nachstehender Notiz.

= = = = =

Neuanlage der Rindfleischkundenliste. Den Verhältnissen Rechnung tragend hat der Magistrat die Frist zur Abgabe der angeordneten Anlage der Kundenliste für das Rindfleischverkäuferbis 31. Dezember 1919 verlängert und gleichzeitig verfügt, dass an Stelle des Abschnittes „K“ des Rindfleisch-Einkaufsscheines der Abschnitt „L“ in die Kundenliste einzukleben ist. Es wird neuerdings betont, dass nur solche Kunden von dem Rindfleischverkäufer eingetragen werden dürfen, die das Rindfleisch schon auf Grund der bisherigen Kundenliste bei seiner Rindfleischverkaufsstelle beziehen und auf deren Einkaufsschein für Rindfleisch diese Verkaufsstelle bereits eingetragen ist. Eine Änderung der bisherigen Einkaufsregeln durch den Inhaber des Einkaufsscheines sowie eine Aufnahme von Kunden, deren Einkaufsschein für Rindfleisch eine andere Verkaufsstelle aufweist, ist verboten.

Wiener Rathaus-Korrespondenz

Herausgeber und verantwortl. Redakteur Franz Mischen.
Wien, 1. Neues Rathaus.

1. Ausgabe.

25. Jahrgang, Wien, Donnerstag, den 27. November 1919, Nr. 464.

Halbrüben für Minderbemittelte. In der 124. Aktionswoche erhalten alle Besitzer der rosafarbenen Einkaufscheine für Wohlfahrtsfleisch Halbrüben zum Preise von 50 h per kg gegen Abtrennung des Buchstaben „E“ in den Geschäftstagen der Grossschlächtereien an folgenden Tagen: Samstag, den 29. November für A - F, Montag, den 1. Dezember für G - K, Mittwoch, den 3. Dezember für L - R und Freitag, den 5. Dezember für S - Z. Einzelpersonen erhalten 1/2 kg, Haushalte mit 2 bis 3 Personen 1 kg, mit 4 bis 5 Personen 1 1/2 kg und Haushalte mit 6 und mehr Personen 2 kg. Ausserdem wird die Abgabe von Wohlfahrtsfleisch (Pferdefleisch) an jene Besitzer der rosafarbenen Einkaufscheine statt finden, die in den Ständen: XI., Enkplatz und Simmering rayoniert sind. Abgetrennt wird der durch die Nummer 1 gekennzeichnete Wochenabschnitt der rosafarbenen Einkaufscheine. Für jede Person des Haushaltes werden 10 dkg zum Preise von K 1.- abgegeben. Die Abgabetermine sind dieselben wie für Halbrüben.

Zu den Gewerbegerichtswahlen. Vom 27. November bis einschliesslich 10. Dezember liegen die Wählerlisten für die Wahlen in das Gewerbegericht Wien und für das Berufungsgericht in gewerberechtlichen Streitssachen für 300 Betriebe in den Bezirken I. bis XX im Zentral-Wahl- und Steuerkataster, Neues Rathaus, für die Betriebe des 21. Bezirkes im magistratischen Bezirksamt des Bezirkes, an Wochentagen von 9 bis 2 Uhr vormittags und von 4 bis 7 Uhr nachmittags, an Feiertagen von 9 bis 12 Uhr vormittags zur Einsichtnahme und zur Uebersendung mündlicher oder schriftlicher Reklamationen auf.

Kartoffelabgabe. Freitag bis Sonntag werden im XV. bis XVII. Bezirke jugoslawische Kartoffeln zum Preise von K 4.34 per kg und im XVIII. Bezirke italienische Kartoffeln zum Preise von K 4.80 per kg, und zwar 1/2 kg pro Kopf gegen Abtrennung des Abschnittes „A“ der Kartoffelkarte ausgegeben.

2. Ausgabe.

25. Jahrgang, Wien, Donnerstag, den 27. November 1919, Nr. 465.

Spernung der Aasperbrücke. Die neue Aasperbrücke wird am Sonntag von 7 Uhr bis 4 Uhr nachmittags wegen Durchführung der Brückenbelastungsprobe abgesperrt werden.

Verband der Angestellten der Stadt Wien. Freitag, den 28. November 1919, 1/4 4 Uhr nachmittags findet in der Volkshalle des Neues Rathauses eine für alle Verbandangehörigen zugängliche Verhandlungssammlung statt, in der zu dem gegenwärtigen Stande der Lohnverhandlungen Stellung genommen werden soll.

Kinderhospital in San Pe lagio. Das städtische Jugendamt leitete im Frühjahr 1919 Schritte bei der italienischen Regierung ein, um San Pe lagio wieder zu beleben oder doch als Sommerheim für erholungsbedürftige Kinder aus Wien zu verwenden. Im Verfolge dieser Schritte wurden wiederholt schriftliche Eingaben an die hiesigen Vertreter der italienischen Regierung gemacht. Am 7. November d.J. erschien der, der italienischen Mission zugeteilte Hr. Ritter von Nadanlenski im städtischen Jugendamt und stellte die Frage, ob die Gemeinde Wien einen Verkauf oder eine Verpachtung der Anstalt San Pe lagio in Betracht ziehen würde, und welche Bedingungen, abgesehen von den geldlichen Angelegenheiten, die Gemeinde Wien stellen würde. Am 8. November sprach ein Vertreter der italienischen Mission beim Bürgermeister vor. Der Zweck der Besprechung war ein informativer für die italienische Mission und hatte die Frage des Kaufes oder der Pachtung durch Italien zum Zweck. Der Bürgermeister erklärte, die Stadt Wien werde ihr Eigentumsrecht zu wahren suchen. Wichtig sei, dass San Pe lagio rasch seinem Zweck wiedergegeben werde. Es könnte etwa ein Uebereinkommen getroffen werden, dass italienische Kinder dort Aufnahme finden würden. Die Gemeinde Wien will aber die Anstalt als ihr Eigentum behalten. Der Vertreter der italienischen Mission erklärte, in diesem Sinne nach Rom berichten zu wollen. Am Montag, den 24. November erschienen Colonel Segre (Venedig) und Dr. Rizzi (Triest) beim Bürgermeister und erklärten, die italienische Regierung wünsche den Ankauf von San Pe lagio. Es sei kein gangbarer Weg, wenn der italienischen Regierung bloss der Belag der Anstalt eingeräumt werde. Die italienische Regierung würde der Gemeinde gestatten, Kinder nach San Pe lagio zu entsenden, aber sie müsse die Verwaltung der Anstalt selbst führen können. Das Anbot der italienischen Regierung sei günstig, da der Kauf in Lite abgeschlossen werde. Der Bürgermeister betonte, dass die Gemeinde nicht beabsichtige mit der Anstalt ein Geschäft zu machen. Die ausserordentlichen Erfolge, die durch die Anstalt erzielt wurden, würden die Gemeinde bestimmen, das Seehospital den kranken Kindern zu erhalten. Dr. Rizzi erwiderte, die italienische Regierung wolle den Ankauf erzielen. Der Bürgermeister bemerkte hierauf, er werde dem Stadtrat darüber Bericht erstatten.

In der heutigen Sitzung des Stadtrates kam der Bürgermeister diesen Versprechen nach und erörterte in einem längeren Bericht diese Angelegenheit. Er betonte dabei ganz besonders, dass San Pe lagio unter allen Umständen der Gemeinde erhalten bleiben solle, weil jetzt nach dem Kriege die Anstalt doppelten Wert habe in Hinblick auf die grosse Zahl der durch die Unterernährung geschaffenen rachitischen Kinder. StR. Hellmann verwies ebenfalls auf die Wichtigkeit der Anstalt für die Wiener Kinder und beantragte, sich in dieser Angelegenheit auch an den Staatskanzler Dr. Renner zu wenden, damit er den Standpunkt der Gemeinde der italienischen Regierung gegenüber unterstütze. StR. Dr. Grün regte an, das Kuratorium zu ergänzen, was der Bürgermeister auch zusagte. VB. Winter wies ebenfalls auf den grossen Verlust hin, der der Stadt Wien daraus entstünde, wenn die Anstalt in italienischen Besitz übergehen würde.

Schliesslich wurde beschlossen mit der italienischen Regierung in neue Verhandlungen einzugehen und auch dem Staatskanzler Dr. Renner dafür zu gewinnen, dass er den Standpunkt der Gemeinde in dieser Angelegenheit der italienischen Regierung gegenüber vertrete.

10.000 Dollar für Wiener Kinder. Gelegentlich seiner Reise in die Schweiz hat VB. Winter seinerzeit mit Amerika Verbindung gesucht, damit das wohlthätige Amerika gewisse Beträge für die Einreisekosten der Wiener Kinder in die Schweiz aufbringen möge. VB. Winter teilte im Stadtrat mit, dass Frau Kreisler von der Wiener Kinderhilfe-Einrichtung bekanntgegeben hat, dass für die Einreisekosten von Wiener Kindern in die Schweiz der Gemeinde Wien eine Spende von 10.000 Dollar, also mehr als eine Million Kronen, zugehen wird.

Subventionierung des Rudolfinerhauses. VB. Winter und Genossen stellten in der heutigen Stadtratssitzung den Dringlichkeitsantrag, dem Rudolfinerhaus in Hinblick auf die Not des Institutes einen ausserordentlichen Stadtbeitrag in der Höhe von 30.000 K zu gewähren. Der Antrag, den die Dringlichkeit zuerkannt wurde, wurde einstimmig zum Beschlusse erhoben.

Beitritt der Stadt Wien zum Städtebund. Weber Antrag des VB. Ermerling hat der Stadtrat beschlossen, dem deutschösterreichischen Städtebunde mit einem Betrage von 10.000 K für das Jahr 1920 beizutreten. Der Stadtrat hat sich auch damit einverstanden erklärt, dass zur Führung der Geschäfte dieses Bundes bis zur satzungsmässigen Bildung eines Ausschusses ein provisorischer Ausschuss aus 5 Vertretern der Gemeinde Wien, je 2 Vertretern von Graz und Linz und je 1 Vertreter von Bregenz, Innsbruck, Klagenfurt, Salzburg, Baden, Krems, St. Pölten, Wr. Neustadt, Steyr, Wels, Leoben, Villach, Dornbirn und Kuffstein gebildet werde.

Die Brennholzaufbringung. Bgm. Reumann berichtet in der heutigen Sitzung des Stadtrates über die Aufbringung des von der Gemeinde Wien erforderlichen Brennholzes und die Schwierigkeiten, welche sich bei den Verhandlungen mit den Waldbesitzern bezgl. der Erzeugung und Bringung des Holzes ergeben haben. Er führte hiesbezüglich unter anderem aus: In den für Wien wichtigsten Bezirken, Bezirkshauptmannschaft Hietzing und Umgebung, werden bis zu dem heutigen Tage bloss im Lainzer-Tiergarten grössere Mengen von Brennholz nach Wien gebracht. Aus den anderen Gebieten, und zwar von Purkersdorf, langen täglich wohl einige Waggons in Wien ein, doch ist die Bringung des Holzes nicht auf dem Höhepunkte, da Schwierigkeiten bezüglich der Arbeiter und bezüglich der Transportmittel aufgetreten sind, welche die wünschenswerte rasche Durchführung der Holzabfuhr behindern. Der Anfall im Lainzer-Tiergarten in einer Menge von 33.546 Raummeter ist bis zum 22. November noch nicht bis zur Hälfte abgeführt, weil in den letzten 8 Tagen die Ungunst der Winterung allen Bemühungen Widerstand leistete. Der Waldgrund ist sehr durch die Schnee- und Regenmenge aufgeweicht und auch die Strassen im Territorium des Tiergartens für Schwerverkehr nicht geeignet. Es ist daher die Bringung dort wie überall in den Waldteilen derzeit äusserst schwierig. Im allgemeinen arbeitet der Unternehmer bei der Ausfuhr des Brennholzes zufriedenstellend. In Purkersdorf, wo im Laufe des Sommers und Herbstes eine Menge von 7000 Raummeter Brennholz erzeugt wurde, haben sich bei der Abfuhr technische Schwierigkeiten in erster Linie dahin ergeben, dass der geplante Autobetrieb eingestellt werden musste, weil die Gablitzbachbrücke, welche die Lastwagen passieren mussten, unfahrbar wurde und ohne Verstärkung des Brückenbaues ein Kraftwagenbetrieb nicht möglich erscheint. Dadurch verzögerte sich die Abfuhr neuerlich und es musste der Bahntransport in Anspruch genommen werden, welcher jedoch bis zum noch nicht befriedigend funktioniert. Im Forstbezirk Tullnerbach werden auf dem Bartherge Futzholzstämme aufgeschnitten und so zu Brennholz verarbeitet. Der Anfall wird sich auf zirka 5000 Raummeter belaufen. Die Ab-

fuhr zur Bahnstation ist geregelt und sind bereits 700 Raummeter zum Bahntransport bereit. Im Forstbezirk Pressbaum wurden auf dem sogenannten Sandling, Gutsbezirk Rekawinkel zirka 9000 Raummeter geschlägert und harren der Abfuhr. Die Abfuhr von dort versagte bisher aber zur Gänze. Die Ursache liegt in den enormen Preisforderungen, welche von den dort ansässigen Bauern für die Rückung und Bringung zur Bahn gestellt werden. Die Gemeinde steht deshalb auch schon in Unterhandlung mit der Grosseinkaufsgesellschaft für österr. Konsumvereine und mit einer Kalkgewerkschaft, um die Bringung des Holzes aus Rekawinkel in der kürzesten Zeit durchführen zu können. In Verbindung damit ist auch die Vergebung der Abfuhr, der bei der Ypsilanti'schen Herrschaft Rappoltekrichen anfallenden 1000 Raummeter und der bei der Lichtensteinschen Herrschaft Neulengbach anfallenden 2000 Raummeter in Aussicht genommen. Der Dr. Bach'schen Eutsverwaltung sind im Bezirke Hietzing Umgebung 10-400 Raummeter und im Bezirke Tull 24.500 Raummeter Kontingent zur Lieferung für die Gemeinde Wien aufgetragen. Von dieser Stelle werden jedoch, wegen Lieferung des Quantum fortwährend Versuche gemacht, die Angelegenheit zu verschleppen und werden die definitiven Abmachungen am 28. d.M. im Beisein der Vertreter Landesregierung endgültig getroffen werden. Bisher sind von der Gutsverwaltung Mauerbach rund 700 Raummeter nach Wien gebracht worden. Hierzu wurden die städtischen Lastkraftwagen, und zwar 10 Fahrten täglich verwendet. Die Staatsforstverwaltung hat der Gemeinde Wien aus dem Hietzinger Bezirk 42.000 Raummeter zu liefern, wovon bereits 27.000 Raummeter in den Forstwirtschaftsbezirken Purkersdorf, Rekawinkel und Pressbaum erzeugt und noch 25.000 Raummeter in Erzeugung begriffen sind. Hieron werden im Forstbezirk Tullnerbach in der nächsten Woche 4000 Raummeter zur Uebernahme und durch die Grosseinkaufsgesellschaft für österr. Konsumvereine zur Abfuhr und Verteilung gelangen. Das im Schwachattal anfallende Brennholz von 70.000 Raummetern ist teils für die Angestellten der Gemeinde Wien bestimmt, teils für die soziale Holzverwertung für Invalide. Die definitiven Abmachungen sind im Zuge. Schliesslich hat die Forst- und Domanendirektion aus dem Tullnerbezirk aus dem sogenannten Rotgrabental der Gemeinde 1.500 Raummeter zur Verfügung zu stellen. Die Bringung dieser Holzmenge erfolgt in einer gemeinschaftlichen Aktion mit der Stadtgemeinde Klosterneuburg, die eine Menge von 7000 Raummeter erhalten soll.

Der durch die Bahnsperre verursachte geringe Holzeinlauf hat es bedingt, dass eine grössere Ausgabe von Brennholz aus den städtischen Vorräten erfolgen musste; in der abgelaufenen Woche wurden insgesamt 3.912 Raummeter Brennholz in Teilmengen von 10 kg pro Haushalt und Woche als Ersatz für Küchenbrand ausgegeben und hiemit 256.480 Haushalte befriedigt. Durch die

mit der Genossenschaft der Holz- und Kohlenhändler getroffene Vereinbarung, wonach dieselben verpflichtet wurden, von dem gesamten Einlauf 70% des Kleinverschleissern zu liefern, war es in der abgelaufenen Woche möglich eine weitere Menge von 1.409.396 kg in den Verkehr zu bringen, wodurch weitere 140.939 Haushalte die rationierte Wochenmenge erhalten konnten. Es war daher möglich eine Erleichterung der Brennstoffversorgung gegenüber den Vorwochen zu erzielen und wird diese Besserung bei voraussichtlich steigenden Einläufe noch weiter anhalten und der ohnehin schwer leidenden Wiener Bevölkerung zu statten kommen.

Der Bericht des Bürgermeisters wurde zur Kenntnis genommen.

Für die Angestellten und Pensionisten der Gemeinde. Auf Grund der Beratungen der zwischenamtlichen Stelle für die Besoldung der Angestellten des Staates, des Landes Niederösterreich und der Gemeinde Wien hat der Stadtrat heute folgende Beschlüsse gefasst: 1. Den Angestellten der Gemeinde Wien, deren Dienstverhältnis nicht durch Kollektivvertrag geregelt ist, einschliesslich der dem Gesetze vom 4. Juli 1919 unterstehenden Lehrpersonen wird, fallsie nicht nur für eine vorübergehende kurze Dienstleistung aufgenommen wurden, für die Monate November und Dezember 1919 auf die neuzuregelnde Teuerungszulage (Additionalzuschlag) ein Vorschuss bewilligt. Dieser beträgt: a) für männliche verheiratete Angestellte 200 K, für männliche ledige 150 K per Monat. Verwitwete Angestellte, die versorgungsberechtigte Kinder zu erhalten haben und geschiedene Angestellte, welche für die geschiedene Gattin oder für versorgungsberechtigte Kinder zu sorgen haben, werden den verheirateten gleichgehalten; b) für weibliche Angestellte 150 K. Dieser Vorschuss ist und zwar für Monats-, Wochen- und Tagelöhner für beide Monate längstens am 6. Dezember d. J. auszuführen. 2. Zu Ruhe- und Versorgungsgeldern einschliesslich der ausserordentlichen Zuwendungen wird ein Betrag von 200K als einmaliger Zuschuss bewilligt, der mit tunlichster Beschleunigung anzuweisen ist.

Wiener Rathaus-Korrespondenz

Herausgeber und verantwortl. Redakteur Franz Wicheu.
Wien, 1. Neues Rathaus.

1. Ausgabe

25. Jahrgang, Wien, Freitag, den 28. November 1919, Nr. 466.

Die Wohnungsanforderungen im November. In der Zeit vom 3. bis 16. November wurden in Wien 756 Wohnungen und 194 Einzelwohnräume angefordert. Von diesen Wohnungen entfallen auf Kleinwohnungen 434, auf kleine Mittelwohnungen 181, auf grössere Mittelwohnungen 75, auf grosse Wohnungen 46. Diese Wohnungen bestehen aus folgenden Wohnungsbestandteilen: 1227 Zimmern, 532 Kabinetten, 671 Küchen, 283 Vorzimmern, 111 Dienerzimmer und 108 Badezimmern. Die Anforderungen sind in der genannten Zeit bei 163 Kleinwohnungen, 68 kleinen Mittelwohnungen, 32 grösseren Mittelwohnungen, 19 grossen Wohnungen und 82 Wohnräumen in Rechtskraft erwachsen. Diese Wohnungen bestehen aus 513 Zimmern, 177 Kabinetten, 271 Küchen, 94 Vorzimmern, 44 Dienerzimmern und 41 Badezimmern. ~~Rechtskräftig~~ Hierüber berichtete StR. Dr. Scheu im Stadtrate und bemerkte, dass es nunmehr gelungen ist, sämtlichen Eisenbahnern, die obdachlos waren, Wohnungen zu verschaffen. Auch zeigen die Ziffern, wie dringend notwendig die Wohnungsanforderungen in Wien sind.

Kartoffelabgabe. Samstag bis Dienstag werden im XIX. Bezirke italienische Kartoffeln zum Preise von K 4.80 per kg, im XX. Bezirke jugoslawische Kartoffeln zum Preise von K 4.34 per kg und im XXI. Bezirke inländische Kartoffeln zum Preise von K 1.80 per kg und zwar je 1/2 kg pro Kopf gegen Abtrennung des Abschnittes „A“ der Kartoffelkarte ausgegeben.

WIENER GEMEINDERAT

Sitzung, vom 18. November 1919.

Vorsitzender Egm. Reumann eröffnet die Sitzung und teilt folgendes mit: Die am 24. Oktober 1919 verstorbene Frau Theresia Wieser, Eriwale in Wien, I., Weihenburgergasse hat in ihrem letzten Willen eine unter dem Namen „Stiftung der Geschwister Heinrich und Theresia Wieser“ zu errichtende Armenstiftung für den I. und IV. Bezirk mit einem Legate von 400.000 K in 4%iger Wertschaft-Prioritäten bedacht. Der am 19. August 1. J. verstorbene ehemalige Notar Ignaz Willenbaum hat in seinem letzten Willen eine von der Gemeinde Wien zu verwaltoende Stiftung unter dem Namen „Anna und Emanuel Reichsritter von Willenbaum-Stiftung“ für in Wien wohnhafte erwerbsfähige christliche Blinde deutscher Nationalität errichtet, deren Vermögen 335.000 K betragen soll. Der verstorbene Kaufmann Hans und Realitätenbesitzer Eduard Heppich hat testamentarisch für die Armen von Meidling 1000 K gespendet und diesen Betrag der Bezirksvorsteherung Meidling zur freien Verfügung einhändigen lassen.

Gespendet haben die Direktion der Ersten österreichischen Spar cassa zur Anschaffung und Verteilung von Winterkleidern an die in Privatpfand befindlichen Waisenkinder Wiens K 6000.--, zur Anschaffung und Verteilung von Brennmaterial von Brennmaterial an die Armen Wiens K 2000.--, zur Verteilung von Speisemarken an die Armen Wiens K 2000.--. Direktor Albert Vollmer, Ronneby, Schweden in Ansehung des Blandes und der grossen Not, welche in Wien herrscht und besonders die Kleinsten der Kleinsten betrifft, zu Gunsten einer armen kinderreichen Familie im Wege der Länderbank 1000 K. Die Gesellschaft Etablissement Bonacker, Wien zu Gunsten der Armen des I. Bezirkes K 3000.--.

Der Bürgermeister macht hierauf folgende Mitteilung: Heute um 8 Uhr morgens bin ich veranlässigt worden, dass in Markgraf Neusiedl ein Brand aus-

gebrochen ist, dem zahlreiche Menschen zum Opfer gefallen sind. Ich wurde gebeten, eine Reihe von Ambulanzwagen sofort dorthin zu entsenden. Ich habe verfügt, dass von Seite der Gemeinde Wien 8 Autos und ein Hilfswagen zum Transporte von Verwandten entsendet werden und dass mit der Rettungsgesellschaft in Verbindung getreten wird, welche 2 Autos und Aerate abgeordnet hat. Das Unglück ist dadurch entstanden, dass in einer Baracke, in der vorher ein Einbruch stattgefunden hat, unmittelbar darauf um 5 Uhr früh ein Brand zum Ausbruche gekommen ist. Es sind zirka 50 Tote zu beklagen (Bewegung) und ausserdem 13 schwer Verletzte. Wir haben mit unseren Transport 19 Schwerverletzte Hilfe gebracht.

Nach heutigen Mittagblättern hat der Berliner Ober-Bürgermeister War-muth in der gestrigen Stadtverordnetenversammlung eine Erklärung abgegeben, welche lautet: „Obwohl wir uns selbst in tiefer Bedrängnis befinden, greift doch die Nachricht über die Not dieser Schwester- und Freundesstadt und mächtig nach Herz. Es scheint, als ob die Reichsregierung nach den schwachen Kräften Deutschlands einzutreten beabsichtigt. Daneben muss aber die freie Hilfstätigkeit ihr Bestes tun. Es ist schon ein von den beiden Bürgermeistern und beiden Stadtverordnetenvorstehern unterzeichneter Antrag in Vorbereitung und wird in allerhöchster Zeit veröffentlicht werden. Ich bitte Sie, diesen Antrag und die daran zu knüpfende Tätigkeit möglichst zu unterstützen und zu fördern und in der Bürgerschaft warmes Interesse dafür zu erwecken.“

Ich habe mich veranlasst gesehen, an Herrn Ober-Bürgermeister War-muth ein Telegramm mit folgendem Wortlaut zu senden: „Mit tiefer Rührung habe ich Kenntnis genommen von den wahrheitsvollen Worten, die Sie an die Berliner Stadtverordneten richteten. Die freundschaftlichen Gefühle, die aus Ihrer zur Hilfstätigkeit auffordernden Rede klängen, sind ein Trost in schwerem Leid. Ich werde Ihre Worte, Herr Oberbürgermeister, dem Wiener Gemeinderate in der heutigen Sitzung zur Kenntnis bringen, und danke dem Berliner Stadtverordneten und Ihnen Herr Ober-Bürgermeister für die Sympathie, die in Ihrer Handlung gelegen ist, wärmstens. Bürgermeister Reumann.“

Egm. Reumann bringt folgendes Telegramm des „Heidelberger Tageblatts“ zur Verlesung: Wir regen die Aufnahme deutscher Wiener Kinder für den Winter in Heidelberg und Süddeutschland an. 150 Heidelberger Familien sind bisher hiezu bereit. Wir bitten freundliche Mitarbeit der Organisation. Unser Vertreter Schafferhofer in Wien wird mit Ihnen Verbindung suchen. Ein Ausschuss ist hier in Bildung. (Bravorufe). Weiters verliest der Bürgermeister aus Bologna: Die hiesige Gemeindeverwaltung wünscht in geeigneten Orten bei anständigen Familien der hiesigen und anderer Gemeinden der Provinz eine gewisse Anzahl von Kindern dortiger Stadt aufzunehmen, um sie von den elenden Lebensbedingungen zu befreien, in denen sie sich befinden. Ich bitte Sie mir bekanntzugeben, an welches Amt oder welche Organisation ich mich wenden soll, um Vereinbarungen zur bestmöglichen Durchführung dieses Planes zu treffen. Brief folgt. Hochachtungsvoll: Bürgermeister (Bravorufe) Schriftführerin GR. Bock verliest den Einlauf.

GR. Untermüller (chr.-soc.) fragt, warum aus Anlass der dieswöchentlichen Brot- und Mehlkürzung kein Brot-Zubussen aus den Vorräten der Gemeinde abgegeben wurden und was der Bürgermeister zu tun gedenke, damit im Hinblick bei etwa notwendig werdenden Kürzungen von Mehl und Brot die Kürzung nicht in ihrer vollen Schärfe fühlbar wird.

Egm. Reumann: Die Abgabe der Zubussen müsste entfallen, weil bekanntlich, die der Gemeinde zur Verfügung stehenden Vorräte lediglich zur Deckung des Bedarfes der eigenen Anstalten ausreichen und neue Ankäufe wegen allgemeiner Warenknappheit, aus valutatorischen Gründen und wegen der Unmöglichkeit des Bezuges von Lebensmitteln aus dem Auslande nicht bewerkstelligt werden konnten.

GR. Marie Wielsch (chr.-soc.) interpelliert wegen Verlegung der amerikanischen Ausweisestelle für die Frauenauer Kinder in die Schule Aspern-allee 5.

Egm. Reumann: Ich werde sowohl der amerikanischen Kinderhilfsaktion als auch der Vienna public feeding (Wiener öffentliche Ausspeisung) von den Ausführungen der Anfrage Mitteilung machen.

GR. Marie Wielsch (chr.-soc.) stellt die Anfrage ob der Bürgermeister geneigt ist, an Stelle der seit ungefähr 4 Wochen aufgelösten „Frauenhilfsaktion im Kriege“ ehebaldigst die neuen Frauenhilfsaktionen in den einzelnen Bezirken auf Grundlage des Proporzses zusammenzustellen und einzuberufen, damit die notleidende Bevölkerung Rat und Hilfe finden kann.

Egm. Reumann: Ich habe am 17. Oktober 1. J. an sämtliche Bezirksvorsteher folgendes Schreiben gerichtet: Es ist mir bekannt, dass die Frauenarbeitskomitees, denen während des Krieges einige wichtige Fürworgezweige übertragen waren, in einzelnen Bezirken nurmehr unvollständig zusammengesetzt sind, in welchen ihre Tätigkeit schon ganz eingestellt haben. Ich richte daher an Sie Herr Vorsteher, das Ersuchen, unverweilt die Neubildung des Frauenarbeitskomitees in Ihrem Bezirke in der Weise durchzuführen, dass hierbei auch das Partei-Verhältnis in Ihrem Bezirke angemessene Rücksicht genommen wird. Die Durchführung der Neubildung wolle der Fürsorgezentrale, i. e., Neues Rathaus, mitgeteilt werden.“ Die bezüglichen Mitteilungen sind bis nun erst von wenigen Bezirken eingelangt. Für die neuerrichtenden Frauenarbeitskomitees ist eine neue den gegenwärtigen Zeitverhältnissen angepasste Dienstinstruktion auszuarbeiten und werde ich die Fürsorgezentrale im gegebenen Zeitpunkte beauftragen hierüber zu berichten.

GR. Kunschak (chr.-soc.) weist darauf hin, dass der Erlass der Landesregierung betreffend die Ausweisung der in Wien befindlichen Flüchtlinge aus dem Oststaaten noch immer nur zum allergeringsten Teil durchgeführt ist und fragt ob der Bürgermeister von der Landesregierung die unbefristete endliche Ausweisung der fremden Schädlinge fordern wolle.

Egm. Reumann: GR. Kunschak hat eine gleiche Anfrage bereits in der Sitzung vom 26. September gestellt, die ich dem Landeshauptmann mitgeteilt habe. Dieser antwortete, dass gegen die zurückgebliebenen in aller Strenge vorgegangen und deren Entfernung in Umanwege betrieben werde. Allerdings stellen sich den Massnahmen grosse Schwierigkeiten in den Weg. Ein ansehnlicher Teil der Fremden habe aber Wien schon verlassen und es sei darauf zurechnen, dass auch weiterhin die Aktion befriedigend fortschreiten werde. Ich bin bereit auch die heutige Anfrage der Landesregierung vorzulegen.

GR. Dr. Schwarz-Hiller (Demokrat) fragt, ob der Bürgermeister über den Empfang des holländischen Liebesgabenzuges in Wien eine offizielle Darstellung geben wolle.

Egm. Reumann: Eine offizielle Darstellung des wahren Sachverhaltes hat die Rathauskorrespondenz bereits am 25. ds. gebracht. Diese Darstellung wurde auch von den Wiener Tagesblättern veröffentlicht. Wie aus derselben hervorgeht, war der Zeitpunkt der Ankunft des holländischen Hilfszuges weder dem Präsidium des Gemeinderates noch sonst einer Stelle der Stadtverwaltung bekannt gewesen. Das Jugendamt erhielt erst am Tage nach der Ankunft von dieser Nachricht, worauf sich ungesäumt ein Vertreter desselben zur Begrüssung auf dem Bahnhof begab. Dem Präsidium des Gemeinderates selbst wurde vom Jugendamte über die Ankunft des Hilfszuges erst zu einem Zeitpunkt Mitteilung gemacht, als der Leiter des Zuges mit seiner Begleitung bereits nach Budapest, für das der Zug ebenfalls Lebensmittel führte, abgerüstet war. Dass unter diesen Umständen keinem Mitgliede des Gemeinderatspräsidiums ein Verschulden daran beigemessen werden kann, dass eine Begrüssung der Herren aus Holland durch das Präsidium vor ihrer Weiterfahrt nach Budapest nicht stattfand, ist wohl klar. Uns bedauerlicher sind die Anfälle und Angriffe, die auf diesem Anlasse seitens einzelner Tagesblätter gegen das Präsidium des Gemeinderates und aus Gründen, die zu Tadellegen und mit der Sache selbst nichts zu

... tun haben, unerschöpflich ...
... fällen die Sache ungenügend ...
... der Stadt und ihrer Bewohner ...
... für alle emp-
... zeh. Wir hätten aber erwartet, dass er nicht gegen die Interessen der Stadt
... und ihrer Einwohner in gehässiger Weise ausgebeutet werde.

GR. Dr. Schwarz-Hiller (Demokrat) fragt, ob der Bürgermeister geneigt wäre, mit größt möglicher Beschleunigung eine Untersuchung der Lage der Wiener Künstlerschaft und die Beratung und Beschlussfassung über eine Hilfsleistungsaktion in Einvernehmen mit Vertretern der Künstlerschaft in die Wege zu leiten.

Bgm. Reumann: Die Gemeinde Wien hat der durch den Krieg verursachten Notlage der Wiener Künstlerschaft ihr besonderes Augenmerk zugewendet und hat durch Notstandsaufträge an Bildhauer und Maler, durch Ankäufe in Kunstausstellungen und die Widmung von Ehrenpreisen an Künstlervereinigungen zur Linderung der Not beizutragen sich bemüht. Die Einleitung einer Hilfsaktion für Künstler wäre wohl zunächst Sache des Staates. Die Gemeinde Wien verschliesst sich aber nicht den Ernst der wirtschaftlichen Lage, in der sich die Künstlerschaft befindet, und ist bereit auch künftighin alles in Interesse derselben zu unternehmen, was in Bereiche der Möglichkeit gelegen ist. Ich werde Strigassa die städtischen Sammlungen beauftragen, zur Anregung des Interpellanten Stellung zu nehmen.

GR. Rudolfine Fleischner (Soz. Dem.) weist darauf hin, dass sich die Gold-einlösestellen täglich vermehren. Sie zahlen laut Ankündigung für 1 Gramm Gold 26 bis 32 Kronen je nach Feingehalt. Wenn man vollhaltiges Gold mit 40 Kronen rechnet, so würde sich 1 kg Gold auf 40.000 Kronen stellen. Vor dem Kriege prägte man aus 1 kg Gold 3200 Goldkronen, entweder 320 Zehnkronenstücke oder 160 Zwanzigkronenstücke. Diese 3200 Kronen hatten den Wert von rund 3300 Schweizer Franc. Wenn nun der Besitzer der Einlösestelle 1 kg Gold, das ihn 40.000 Kronen kostet, in die Schweiz verkauft, so bekommt er 3300 Franc, das sind rund 80.000 Kronen. Von diesem Standpunkte aus betrachtet, bedeutet die Tätigkeit der Goldeinlösestellen eine schwere Schädigung des Volkvermögens und es wird gefragt, ob der Bürgermeister diese Tatsachen der Regierung zur Kenntnis bringen wolle.

Bgm. Reumann: Ich halte die Ausführungen für sehr zutreffend. Es ist Tatsache, dass sich die Stellen, die den Ankauf von Goldwaren als speziellen Geschäftszweig betreiben, von Tag zu Tag vermehren. Auch ich erblicke hierin eine bedenkliche Erscheinung, die das Interesse des Staates schwer zu schädigen geeignet ist. Ich bin daher gerne bereit die Anfrage der Regierung zur Kenntnis zu bringen.

GR. Gabriele Wälter (chr. soz.) fragt, ob der Bürgermeister dahin wirken wolle, dass die von den Schülerinnen der Volks- und Bürgerschulen angefertigte und beim niederösterreichischen Landesschulrate lagernde Militärwäsche an Bedürftige zur Verteilung gelangt.

Bgm. Reumann: Die von der ehemaligen Heeresverwaltung herrührenden Materialien und die daraus angefertigten Bekleidungsstücke gelangen laut Zusage der Hauptanstalt für Sachdemobilisierung vom März ausschliesslich von dieser Anstalt zur Auflösung und es sind daher alle betreffenden Materialien zur Verfügung dieser Anstalt zu halten. Die Bemerkung, dass eine grosse Menge Militärwäsche in Landesschulrate angesammelt liege, trifft nicht zu, da seit Beginn der Aktion ein regelmässiger ununterbrochener Abtransport der fertiggestellten Wäschestücke an die Hauptanstalt für Sachdemobilisierung stattfindet. In Landesschulrate lagert keine Militärwäsche mehr. Aus diesen Darlegungen geht hervor, dass die in der Interpellation gegebene Anregung keine Stellungnahme möglich macht.

GR. Reumann (Soz. Dem.) stellt folgende Anfrage: In der Friedrichstrasse 6 besitzt der Kafetier Benedikt Kosian eine Wohnung, in welcher er bis zu dem Tage der Wohnungsaufnahme 10 Personen gemeldet hatte. Die Kommission hat hiebei feststellen können, dass von diesen 10 noch immer bei Kosian als wohnhaft von ihm gemeldeten Personen drei seit April d. J. bereits ausgezogen und eine vierte Person seit 1917 bereits gestorben ist. Nur alle diese vier Personen besass dieser Mann noch die Einkaufscheine

und bezog auch auf Grund des Besitzes dieser Einkaufscheine die diesen vier Personen zugewiesenen Lebensmittel. Wenngleich dieser Krasse Fall widerrechtlichen Lebensmittelbezuges der Behörde zur Anzeige gebracht wurde, stellt der Interpellant doch an den Bürgermeister die Anfrage, was er zu tun gedenkt um derartige Bevorteilung auf Kosten der Gesamtbevölkerung hintanzuhalten und ob er nicht geneigt ist, Veranlassung zu treffen zu einer Überprüfung des Besitzberechtigten von für die Lebensmittelbeschaffung vorgesehenen Dokumenten.

Bgm. Reumann: Die Überprüfung der Dokumente, die zum Bezuge der Lebensmittelkarten berechtigen, ist durchaus nicht einfach. Ich werde aber den Versuch machen, der Anregung Folge zu leisten. Was den angeführten Fall betrifft, so wird die Untersuchung ergeben, wie dieser Schwindel zu ahnden ist. Es wird an der notwendigen Strenge nicht mangeln.

GR. Dr. Grün (Soz. Dem.) beantragt die Umwandlung der vierklassigen Volksschule in der Aspernallee in eine fünfklassige Schule, da sowohl Räume als auch Lehrkräfte vorhanden sind.

GR. Jenschik (Soz. Dem.) beantragt, der Bürgermeister wolle bei den zuständigen Behörden Einfluss nehmen, dass die gegenwärtige 8 Uhr Sperre der Haustore auf 9 Uhr verlegt wird.

Hierauf wird an die Erledigung der Tagesordnung geschritten.

Vize-Bgm. Engerling berichtet über die Anschaffung von 50 Grubenhunden und 100 Radsätzen für den Neufelder Parkbau. Über seinen Antrag wird die Anschaffung und der hierfür erforderliche Kredit von 191.000 K ohne Debatte angenommen.

Nach einem Antrage des gleichen Berichterstatters wird für die Angestellten der Zentralsparkassa der Gemeinde Wien eine einmalige Notstandsausschilfe bewilligt und die daraus sich ergebende einmalige, nicht präliminierte Ausgabe, die ihre Bedeckung im Ertragnis der Anstalt findet, in der Höhe von 370.025 K genehmigt.

Vize-Bürgermeister Winter berichtet über den Antrag des Stadtrates dem Rudolfinerhaus in 19. Bezirk, das in Not geraten ist, einen ausserordentlichen Stadtbeitrag in der Höhe von 30.000 K zu gewähren. Der Referent sprach dabei den Wunsch aus, dass der Gemeinde Wien in dem Kuratorium der entsprechende Einfluss eingeräumt werde.

Der Antrag wurde sodann ohne Debatte angenommen.

Nach einem Berichte des GR. Iner (Soz. Dem.) wird der Dampfkessel-Untersuchungs-Versicherungs-Gesellschaft A. G. zur Erprobung häufiger Feuerstellen in einer zu errichtenden Holztechnischen Versuchsanstalt ein Gründungsbeitrag von 5000 K gewährt.

GR. Kokrda (Soz. Dem.) berichtet über die Tarifierhöhung für die Lazerhäuser der Stadt Wien. Der Referent weist darauf hin, dass der Tarif der Lazerhäuser im Juni angeändert worden sei, dass aber die Verhältnisse dazu gezwungen haben, neuerlich an eine Erhöhung der Gebühren zu schreiten. Die Spesen des Betriebes seien stark gestiegen, und um ihn nicht in Verlust zu bringen, erscheinen die Erhöhung des Tarifes notwendig. Die Erhöhung, erklärt der Berichterstatter, betrifft hauptsächlich den Lazerzins, die Arbeitsverrichtungen und auch einzelne Versicherungsätze. Die Erhöhung des Lagerzinses beträgt 100 %, die der Arbeitsgebühren schwankt zwischen 50,75 und 100 % und die Versicherungsprämie, insbesondere jene für Wasserschäden werden rund um 50% erhöht. Den auf diesen Erhöhungen sich ergebenden Mehrertragnis 3.794.034 K stehen mehr zu erwartende Auslagen von 2.210.400 K gegenüber.

GR. Feldmann (Nat. Dem.) bemängelt, dass diese Vorlage wie so viele, erst wieder gerade vor der Gemeinderatssitzung aufgelegt worden ist, so dass der einzelne Gemeinderat nicht überprüfen kann, ob die Erhöhung der einen oder anderen von den über 50 Kosten begründet ist. Man kann aus dem

Antrag auch nicht entnehmen, in welchem Umfange die Erhöhung bei den einzelnen Posten stattfindet. Wir protestieren gegen diese Art Geschäftsgebarung und verlangen, dass in Zukunft diese Anträge rechtzeitig den einzelnen Gemeinderäten zugestellt werden, damit man Gelegenheit hat, das zu überprüfen. (Zustimmung rechts). In sachlicher Beziehung müsse Redner betonen, dass von der Mehrheit fortwährend die Tarife aller Art um 100 bis 300 Prozent erhöht werden. Er erinnere daran, welcher Lärm durch die Strassen Wiens und die Blätter ging, wenn früher irgendwo um einen Heller mehr verlangt wurde. Hier gilt das Sprichwort: Wennzwei das Gleiche tun, ist es lange nicht dasselbe. Sie belasten die Bevölkerung in jeder Sitzung und geben uns nicht einmal Gelegenheit das zu überprüfen.

GR. Rotter (chr. soz.) spricht sich ebenfalls dagegen aus, dass die Vorlagen im letzten Augenblicke den Gemeinderäten zugehen und beantragt die Rückverweisung und neuerliche Vorlage bei der nächsten Sitzung.

Bei der Abstimmung über den Rückverweisungsantrag stimmen einzelne Sozialdemokraten dafür. Die Christlichsozialen fangen laut zu lachen an.

Bgm. Reumann: Der Antrag ist in der Minorität geblieben und daher abgelehnt.

Hierauf erhebt sich bei der Minorität heftiger Widerspruch und Zwischenrufe werden laut: „Das ist nicht richtig! Das ist Vergewaltigung! Es war eine grosse Majorität, sogar der Klubobmann Skaret hat dafür gestimmt. Pensionieren den Bürgermeister! Auf dem Dache sitzt ein Greis....!“

Bgm. Reumann: Der Antrag blieb in der Minorität, Herr Referent zum Schlussworte.

GR. Rotter (chr. soz.): Das ist eine Vergewaltigung! Ihr seid die grössten Preistreiber!

GR. Kunschak (chr. soz.): Das ist eine Fälschung! Ein Bürgermeister der die Abstimmung fälscht!

Referent Kokrda hält sein Schlusswort, das aber in dem von der Minorität hervorgerufenen andauernden Lärm im Saale unverständlich bleibt. Die Sozialdemokraten haben sich um den Referententisch gestellt. Der Bürgermeister gibt wiederholt das Glockenzeichen. Bei der Abstimmung wird der Antrag des Referenten angenommen. Hierauf erhebt sich wieder Gelächter bei der Minorität. Pfuirufe werden laut.

GR. Schleifer (Soz. Dem.): Diesen Ton werden wir Euch schon abgewöhnen!

GR. Komorowsky (chr. soz.): Das ist eine Gemeinheit!

GR. Müller Rudolf (Soz. Dem.) referiert über die Erhöhung der Benützungsgebühren der öffentlichen Benützungsanstalten der Firma Wilhelm Beetz. Vom 1. Dezember an wird die Gebühr für die Benützung der 1. Klasse mit Waschtisch auf 24 h und für die 2. Klasse ohne Waschtisch auf 12 h erhöht. Die Nachtgebühren auf Marktplätzen in der Höhe von 4 Hellern bleiben unberührt.

Die Anträge werden angenommen.

Derselbe Gemeinderat referiert über die Krediterhöhung für die Regulierung beim chemischen Institut IX., Boltzmannstrasse - Währingerstrasse auf 350.000 K (Angenommen).

GR. Schorch (Soz. Dem.) berichtet über die Erwerbung von Elektromotoren, Metallfadengühlampen, Werkzeugmaschinen, etc. aus der Sachdemobilisierung, im ungefähren Betrage von zusammen rund 230.000 K.

Rufe bei den Christlichsozialen: Herr Referent etwas lauter!

Die Sozialdemokraten rufen: Sind Sie ruhig, dann werden Sie auch etwas hören!

Bgm. Reumann: Aber man kennt ja die Absichten der Herren!

Gelächter bei der Minorität.

Die Anträge des Referenten werden angenommen.

Derselbe Gemeinderat berichtet über die Umlegung des Hochquellenwasserleitungsrohrstranges im Artilleriearsenal. (Angenommen).

Ueber Antrag des GR. Breitner (Soz. Dem.) den Zuschusskredite für Car-

Feuerfordernisse, Fahrwerkskosten, Werkzeuge und Geräte, Drucksachen, Buch- und Arbeitsarbeiten, Arzneien, Bandagisten- und Optikerarbeiten und Bekleidungsarbeiten für den Kraftwagenbetrieb der städtischen Feuerwehr bewilligt.

Bei der Abstimmungsvorname durch den Bürgermeister rufen die Christlich-Sozialen, jetzt funktionierend! Aber man hört den Referenten nicht! GR. Breitner (Soz. Dem.): Es werden in den letzten sieben Wochen so wichtige Sachen referiert, die Sie nicht gehört haben. Diese Sachen sind wohl nicht so wichtig, dass man sich anstrengen muss.

...berichtet die Breitner (Soz.-Dem.) über die Bewilligung eines Zuschusses anlässlich der Übernahme des Gabaunungsabganges der ... durch die Gemeinde. Der Zuschusskredit wird in der Höhe von 34.763,70 K genehmigt.

Der Breitner (Soz.-Dem.) beantragt für Straßenbespreitung und Fäkalabfuhr einen Zuschusskredit von 368.700 K. zum Vorschlag 1919/20 zu bewilligen. (Rufe bei den Christlichsozialen: Ja, die Strassenreinigung ist ja so grossartig! Heiterkeit bei der Opposition. GR. Skaret (Soz.-Dem.) Ja, sie war immer sehr grossartig. Lebhaftes Zwischenrufe bei den Christlichsozialen.)

Der Antrag des Berichterstatters wird hierauf angenommen.

Nach einem Antrage des GR. Breitner (Soz.-Dem.) wird zur Haltung der Aqueducte des Rohrnetzes und der Sauberkeit der Hochquellenleitung ein 3. Zuschusskredit von 40.000 K bewilligt.

Nach einem Antrage des gleichen Berichterstatters werden zu den Posten "Geldausgaben und Bekleidungsbeiträge", "Verköstigung", "Verschiedene sonstige Ausgaben" Zuschusskredite in der Höhe von 373.100, 578.000 bzw. 49.200 K bewilligt.

Zur Anschaffung von Vollgummireifen für die städtische Penalarwehr werden die aufgelaufenen Kosten von 204.957,80 K genehmigt.

GR. Breitner (Soz.-Dem.) legt den Gesetzentwurf betreffend die Fortsetzung der Gemeindeaufgabe auf den Verbrauch von Bier in den ausserhalb des geschlossenen Verzehrungssteuergebietes gelegenen Gemeindegebieten teiles der Stadt Wien vor.

GR. Kunschak (Christl.-Soz.) Es soll ein Gesetz beschlossen werden, nach welchem die Gemeinde Wien ermächtigt wird, wie bisher die Gemeindeaufgabe auf Bier in den Gebieten ausserhalb des geschlossenen Verzehrungssteuergebietes einzuziehen. Dagegen ist natürlich nichts einzuwenden. Es soll aber gleichzeitig ein Gesetz beschlossen werden über die Erhebung einer Biersteuer, die noch gar nicht Gesetzeskraft erlangt hat. Ich glaube, dass es ist denn doch etwas zu stark. Der Gemeinderat wird sich schon beschleiden müssen, abzuwarten, ob der n.ö. Landtag die Erhöhung der Biersteuer auch wirklich genehmigt (GR. Schütz - Christl.-Soz.: Weg mit dem Indes und Steuern!) Erst wenn der Landtag die Erhöhung genehmigt, ist der Augenblick gekommen, in welchem sich der Gemeinderat mit der Gesetzesvorlage beschäftigen kann, die uns hier heute unterbreitet wird. Es ist auch ein Unikum in der Geschichte der parlamentarischen Verhandlung, dass man ein Gesetz beschliesst, in welchem sich 6 Punkte an Stelle eines Textes

befinden und dieses Gesetz mit einer Fussnote versehen, welche darüber Aufklärung gibt, dass diese 6 Punkte sich auf Datum und Zahl eines Gesetzes beziehen, welcher erst beschlossen werden soll. Eine solche Art der Gesetzgebung hat es auf der ganzen Welt noch nicht gegeben. (Zustimmung und Rufe bei den Christl.-Soz.: Es hat aber noch noch nirgends eine solche Verwaltung gegeben!) Über Punkte kann man nach meiner Ansicht nicht abstimmen, sondern nur über einen Text. Ich beantrage daher die getrennte Abstimmung, damit wir in die Lage kommen zu erklären, dass wir für Punkte nicht stimmen können, und damit festgestellt wird, dass hier im Gemeinderate Gesetze beschlossen werden, an denen an Stelle eines Textes sich nur Punkte befinden. (Lebhafter Beifall rechts).

GR. Breitner (Soz.-Dem.) erklärt in seinen Schlussworte, dass die Gemeinderatsmehrheit mit einer Majorität von mehr als 2 Drittel seiner Vertreter eine Erhöhung der Bieraufgabe beschlossen hat und von der Voraussetzung ausgeht, dass der Landtag die Autonomie der Gemeinde wahren wird. Wir glauben nicht, dass sich Wiener Vertreter finden werden, die gegen diese Steuer stimmen werden. (Zwischenrufe). Ich bitte den

Antrag von der Gegenseite abzulehnen, und den vorgeschlagenen Gesetzentwurf anzunehmen.

GR. Biber (Christl.-Soz.) Das ist eine Schlaraffenland, die noch nicht da war.

GR. Breitner (Soz.-Dem.) Sehen Sie, das ist gar keine Schlaraffenland, sondern wohl überlegt und ich bitte um die Zustimmung zu dem vorliegenden Antrage.

GR. Rottner (Christl.-Soz.) Ihr sehet Euch zu kein Gesetz! Die Arbeiterräte können machen, was sie wollen.

Bei der Abstimmung wird der Antrag einstimmig abgelehnt und der Stadtratsantrag angenommen.

GR. Rottner (Christl.-Soz.) Blamiert Euch nur mit einer solchen Abstimmung.

GR. Grünwald (Soz.-Dem.) Blamiert Ihr Euch nur nicht!

GR. Jorde (Soz.-Dem.) Schönes Theatropiel!

Nach einem Berichte des GR. Hackl (Soz.-Dem.) wird das "Landwirtschaftsamt ermächtigt, 10 Paar Zugochsen um den Betrag von 250.000 K anzuschaffen und die ausmusternden Tiere bestmöglichst zu veräussern. Vice-Bgm. Emmerling übernimmt den Vorschlag.

GR. Kokran (Soz.-Dem.) beantragt, ein Anbot auf Kauf aller zur Sauerkraut-Einsäuerung bereits gebrauchten Stadtfässer um den Preis von 50 K für den Hektoliter und der ungebrauchte Stadt- und Lagerfässer um den

Preis von 70 K für den Hektoliter zu genehmigen.

GR. Dr. Pollak (jüd.-national) beantragt die Rückverweisung an den Stadtrat behufs Überprüfung der Richtigkeit dieser Preise durch Sachleute. Der Rückverweisungsantrag abgelehnt und der Referentenantrag angenommen.

Nach einem Berichte des GR. Kokran (Soz.-Dem.) wird der Abverkauf von 28 Fass Buchweizen-Rohhonig mit einem Bruttogewicht von 5800 K genehmigt.

Nach einem Berichte des GR. Siegel (Soz.-Dem.) wird die Erbauung eines Gärtnerhauses samt Stallgebäude auf der Simmeringer-Halde mit dem Gesamtkostenbetrage von 139.521 K beschlossen.

Nach einem Berichte des gleichen Gemeinderates werden für die Anstandhaltung an städtischen Schulen und Gebäuden Zuschusskredite in der Höhe von 1.910.000 K genehmigt.

Ebenso finden die Anträge des gleichen Berichterstatters betreffend die Genehmigung des Mehrerfordernisses beim Bau des Amtshauses, I., Felderstrasse, in der Höhe von 230.000 K und der Zuschusskredite für Kanalarhaltung und -Reinigung bzw. Bau eines Entlastungskanales im IX. Bezirke in der Höhe von zusammen 3.650.000 K die Zustimmung des Gemeinderates.

Schliesslich berichtet GR. Siegel über die durch den Bau der Kriegswohnhäuser auf der Schmelz notwendig gewordenen Kanalarbauten und wird hierfür ein Gesamtkostenbetrag von 82.583 K genehmigt.

Der von Dr. Grün (Soz.-Dem.) beantragten Regelung und Erhöhung des Pflinglingsentlohnungstarifes für das Bürgerversorgungshaus und die auswärtigen Versorgungshäuser wird zugestimmt.

GR. Weigel (Soz.-Dem.) berichtet über die Errichtung einer Werkstättenküche und Lebensmittelverkaufsstelle der Strassenbahner im XIII. Bezirk, Fenzingerstrasse 72, und beantragt, dass hierfür notwendige Gesamtkostenfordernis von 490.000 K zu genehmigen.

GR. Vaugoin (chr.-soz.) bemerkt hierzu: Das Haus in der Fenzingerstrasse 72 wurde erst vor wenigen Wochen durch die Gemeinde angekauft und zwar um den Betrag von 290.000 K. Wenn man den Hauskaufpreis in der jetzigen Zeit wärelch

mit den Kosten der Adaptierung der Küche, so stehen den 290.000 K, die das ganze Haus gekostet hat, für die Adaptierung dieser Küche 490.000 K gegenüber. Man muss da unbedingt zu der Meinung kommen, dass so etwas ausgeschlossen sein sollte, dass ein ganzes Haus um 200.000 K weniger kostet, als die Küche. Und man muss sich doch fragen, ob bei all dem die nötige sorgfältige Prüfung erfolgt ist. (Stürmische Zwischenrufe bei den Christlichsozialen.)

GR. Jung (chr.-soz.): Sie haben es ja zum Hinausschmeissen!

GR. Vaugoin (chr.-soz.): Ich beantrage deshalb, dass dieser Akt an den Stadtrat zurück verwiesen wird, und dass das Stadtbauamt beauftragt wird, die Kosten voranschläge genau zu prüfen. (Andauernde Zwischenrufe bei den Christlichsozialen und bei der Mehrheit.)

GR. Kunschack (chr.-soz.): Ja ist denn das Stadtbauamt gar nicht gefragt worden?

GR. Jung (chr.-soz.): Eine schöne Wirtschaft das! (Lärm).

Der Berichterstatter GR. Weigel (Soz.-Dem.) erklärt in seinem Schlussworte: Ich kann mich für den Rückverweisungsantrag nicht aussprechen, weil alle mögliche Vorsicht angewendet worden ist. (Stürmische Rufe bei den Christlichsozialen: Oh!) Und weil auch das Stadtbauamt bei der ganzen Sache mitgewirkt hat. (Lebhaftes Zwischenrufe bei den Christlichsozialen)

GR. Preyer (chr.-soz.): Das ist eine Begründung! (Andauernder Lärm).

Der Rückverweisungsantrag wird abgelehnt, und die Anträge des Berichterstatters werden sodann genehmigt. (Lebhaftes Rufe bei den Christlichsozialen Das ist unerhört!)

GR. Preyer (chr.-soz.): Und da ischen die Herren noch so!

Nach einem Berichte des GR. Speiser (Soz.-Dem.) wird die Anzahl der systemisierten Kabelmeisterstellen im Stände der Betriebsbeamten der städtischen Elektrizitätswerke auf 10 erhöht.

GR. Speiser (Soz.-Dem.) beantragt eine Erhöhung der Ueberstundenvergütung der Angestellten der städtischen Leichenbestattung.

GR. Wawerka (chr.-soz.): Ich habe mich zum Worte gemeldet, um darauf aufmerksam zu machen auf die Praxis, die heute bei der Gemeinde eingeführt ist und die geradezu als ein öffentlicher Skandal bezeichnet werden muss. (Unruhe).

GR. Preyer (chr.-soz.) (zu den Sozialdemokraten gewendet): Setzt Euch nieder! (Lärm)

GR. Wawerka (chr.-soz.): Ich meine die Praxis, die man heute den Angestellten gegenüber übt, indem man ihnen Ueberstundenvergütungen bewilligt, und diese dann ein halbes Jahr lang schuldig bleibt. (Lebhaftes Zwischenrufe bei der Opposition und bei der Mehrheit)

GR. Hedorfer (Soz.-Dem.): Ihr seid es, 22 Jahre schuldig geblieben!

GR. Marie Wielach (chr.-soz.): Genugert haben die Leute nicht! (Verschiedene Zwischenrufe der Christlichsozialen Gemeinderätinnen. Rufe bei den Sozialdemokraten: Wollen Sie ein Theater aus der Gemeinde machen?)

GR. Fleischer (Soz.-Dem.) (zu den christlichsozialen Gemeinderätinnen) Machen Sie ihr Sauerkraut! (Andauernder Lärm).

GR. Wawerka (chr.-soz.): Es hat soeben ein Herr von der Mehrheit einen Zwischenruf behauptet es sei jemals vorgekommen, dass die Gemeinde 22 Monate die Entlohnung schuldig geblieben sei. (Zwischenrufe bei den Sozialdemokraten: Jahre hat er gesagt!) Des ist unrichtig! Bisist niemals vorgekommen! (Rufe bei den Sozialdemokraten: Hungern habt Ihr die Angestellten lassen!)

GR. Zimmerl (chr.-soz.): Solche Tafeln, wie heute haben sie nicht getrauen! (Andauernder Lärm)

Vb. Emmerling: (Zum Redner): Sind Sie fertig Herr Gemeinderat?

GR. Wawerka (chr.-soz.): Ich werde der Aufforderung des Vorsitzenden Folge leisten und weiter sprechen, aber ich bitte mir auch Ruhe zu verschaffen

...wird mit ... verhängt, dass wieder ...
...steht davon ist die städtische ...
...nicht die Ueberstunden vom Mai hat, wenn die Gemeinde im August ...
...einem Angestellten 60 K schuldig war und er bekommt jetzt diese 60 K so ist
...das nicht ...
...man ...
...feststellen von Angestellten ...
...Der Antrag des Berichterstatters wird hierauf angenommen.

GR. Speiser (Soz.-Dem.) berichtet über die den Angestellten und Pensionisten der Gemeinde zu gewählenden Vorschüsse auf den Additionalzuschlag. Er weist auf die Verhandlungen, die in der zwischenamtlichen Stelle in Beisein der Angestellten gemeinsam von Staat, Land und Gemeinde geführt wurden. Es sei selbstverständlich, dass in einer Zeit, in der die Teuerung fortwährend steigt, die Gehälter nicht mehr ausreichen.

GR. Ernstner (Deutschnational) Auch bei den Pensionisten.

Rufe bei den Christl.-Sozialen: Ihr habt gesagt, Ihr werdet alles billiger machen!

GR. Speiser (Soz.-Dem.) Es ist daher begreiflich, dass sie in einer Gehaltsbewegung stehen und haben jetzt die Möglichkeit in der Personalkommission ihre Wünsche anzubringen. Die Verhandlungen, die geführt wurden und bei denen auch das Einverständnis mit dem Staatskanzler gepflogen wurde, stehen im engsten Zusammenhange mit den Beratungen in der Industriekommission. Niemand, der die Dinge ernst auffasst, könne denjenigen die in den heutigen Verhältnissen zu leiden haben, einen Vorwurf machen. Es müsse auch gesagt werden, dass der Vorschuss nicht allzu hoch ausgefallen ist.

GR. Angeli (Christl.-Soz.): Versieht, aber grosszügig!

GR. Speiser: Der Staatssekretär der Finanzen hat sich bereit erklärt, der Gemeinde Wien am 1. Dezember d.J. 10 Millionen Kronen für diese Zwecke vorzustrecken. Die Kassen der Gemeinde sind eben leer, aber ich bin kein Mensch, wie sie früher da gestanden sind, die viel versprochen, aber nichts gehalten haben. (Zustimmung bei den Soz.-Dem.)

Rufe bei den Christl.-Sozialen: Darüber wird die Bevölkerung urteilen!

GR. Speiser: Da das Staatsamt ein höheres Ausmass nicht bewilligt hat, so können die Gemeinde nichts anderes tun, da sie keine Mittel habe, als das, was vorgeschlagen wird, und das soll möglichst rasch geschehen. Man hat auch daran gedacht, den Pensionisten unter die Arme zu greifen.

Rufe bei den Christl.-Sozialen: Kitzeln wollt Ihr sie!

GR. Speiser: Wenn bei einer so ernsten Sache Witze gemacht werden, so kann ich das nur bedauern. Ein Hausherr kann allerdings leicht Witze darüber machen.

Rufe bei den Christl.-Sozialen: Es reicht niemand Witze darüber. Spielt keine solche Komödie!

GR. Bermann (Soz.-Dem.): Die Angestellten leiden Not, und die Herren machen sich hier lustig darüber.

GR. Grün (Soz.-Dem.): Die Hausherrn machen Witze!

GR. Rehant (Christl.-Soz.): Ihr macht traurige Witze mit den Pensionisten!

GR. Eiber (Christl.-Soz.): Spotten und grinsen könnt Ihr!

GR. Speiser (Soz.-Dem.): Wenn heute nicht erfüllt werden kann, was die Angestellten verlangen, so kann immer wieder nur darauf hingewiesen werden, dass die Zustände, die die Gemeinde in die traurige Lage gebracht haben, in der sie sich heute befindet, nur auf jene Vorgänge zurückgeführt werden, durch die auch die Angestellten ein Opfer der Zeit geworden sind, die sie heraufgeschworen haben. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.-Dem.)

GR. Prohaska (Deutschnational) betont, dass ihm die Beträge viel zu gering erscheinen. Besonders den Pensionisten, die nahe dem Verhungern sind, müsse man sich für die seinerzeitigen Dienste erkenntlich zeigen. Dies sei Menschenpflicht. Er bittet die Ruhegenüssebeiträge von 200 auf mindestens 500 K zu erhöhen.

GR. Vaugoin (chr. soz.): Der Herr Referent hat in seinen Worten in etwas theatralischer Weise den Zuruf gemacht, es mögen hier in einer so ernsten Angelegenheit keine Witze gemacht werden. Wenn man als Referent dort steht und in dieser Zeit 200 K für Familienväter als Aushilfe beantragt,

dann ist das allerdings kein Witz, sondern eine Verhöhnung der städtischen Angestellten. (Lebhafte Beifall bei den Christlichsozialen und auf der Galerie).

VB. Emmerling gibt lange Zeit das Glockenzeichen und macht die Galerie aufmerksam, dass sie sich in die Verhandlungen einzumischen hat.

GR. Bermann (Soz.-Dem.): Nächstesmal fühlen wir die Galerie, dann werden Sie gross schauen.

GR. Fleischer (Soz.-Dem.): Wir werden Euch schon zeigen, wenn wir unsere Leute herinschicken; da wird Euch heiss werden!

GR. Haider (chr.-soz.): Bei den nächsten Wahlen wird Euch heiss werden!

GR. Panosch (chr. soz.): Ihr wollt uns drohen? Das ist Volkesstimme!

VB. Emmerling gibt in dem andauernden Lärm wiederholt das Glockenzeichen bittet oftmals um Ruhe und ersucht den Redner fortzufahren.

GR. Vaugoin (chr. soz.): Die Herren lassen mich ja nicht reden!

VB. Emmerling: Sie haben ja auch provoziert! (Stürmischer Widerspruch bei den Christlichsozialen).

GR. Schmitz (chr. soz.): Oh, ein Vorsitzender, der provoziert!

GR. Panosch (chr. soz.): Das lassen wir uns nicht bieten!

GR. Grünwald (Soz.-Dem.): Die Witze kennen wir schon auf die Galerie eine Menge Leute hinauf schicken!

GR. Nachtnabel (Soz.-Dem.): Das sind Eure ganzen Wähler, die heute auf der Galerie sitzen! (Gelächter und Gegenrufe bei den Christlichsozialen).

GR. Vaugoin (chr. soz.): Der Referent hat ferner gesagt.....

In der Mitte des Saales entsteht neuerliche andauernde Unruhe, in der man Einzelne Rufe vernimmt. Bezirksvorsteher Seleskowsch (Soz.-Dem.) gerät in einen lebhaften Wortwechsel in der Mitte des Saales. Nachhängerer Unterbrechung kann

GR. Vaugoin (chr. soz.) Fortfahren: Der Referent hat gesagt, ich bin kein Mensch, wie sie früher dagestanden sind, die soviel versprochen und nichts

gehalten haben. Es gehört eine merkwürdige Vergesslichkeit dazu, wenn man als Referent sich hier solche Worte zu sprechen erlaubt. Nach einem Berichte der Arbeiterzeitung vom 7. April d.J. hat der Finanzreferent der Gemeinde Wien Herr Str. Breitner allerdings zu einer Zeit, als seine Partei noch in der Majorität war, gesagt: Die Angestellten haben zu fordern und sich um die Bedeckung nicht zu kümmern. Er hat weiter wörtlich gesagt: Wir müssen zu Arbeitsbedingungen kommen, die nicht darin bestehen, dass man heute etwas gibt, und morgen wieder nimmt (Hört, Hört). Wenn man die Gas- und Strassenbahnpreise erhöht, müssen die Angestellten von neuem viel Geld ausgeben und dann ist wieder eine Lohnerhöhung nötig. Es müssen andere Wege beschritten werden und wir Sozialdemokraten können es auch (hört! hört), denn heilig ist uns nicht das Eigentum sondern das Leben und die Gesundheit der arbeitenden Menschen." (Neuerliche lebhaft Rufe bei den Christlichsozialen: Hört! hört!) Solche Worte sind vom Herrn Finanzreferenten gesprochen worden in einer Versammlung von 20.000 städtischen Angestellten, allerdings vor der Wahl. (Rufe: So ist es!) Vor dem Essen hat man es anders gelesen als nach dem Essen. Jetzt wird den Angestellten gesagt, sie müssen sich auch um die Bedeckung kümmern, und die neuen Wege, die um die Bedeckung beschritten werden, werden uns sorgfältig geheim gehalten, denn die bisherigen Wege sind dieselben, von denen Herr Breitner gesagt hat, man darf nicht mit der einen Hand nehmen, was mit der anderen Hand gegeben hat. Wenn man solche Worte vor wenigen Monaten noch gesprochen hat und jetzt die Gas-, Strassenbahn- und Elektrizitätspreise um das Doppelte, Drei- und Vierfache erhöht, (Rufe bei den Christlichsozialen: Und die Mietzinse!) dann nimmt es mich Wunder, wie der Referent sagen kann, es ist von seiner Partei nie etwas versprochen worden, was nicht gehalten wurde.

Diese Zugewändnisse, wenn man sie so nennen darf, stehen in keinem Zusammenhang. (Neuerliche lebhaft andauernde Unruhe in der Mitte des Saales). Damit werden Sie das nicht von der Bevölkerung geheim halten, wenn Sie noch so laut plauschen. Die Bevölkerung und damit die Beamtenschaft hört das schon. (Beifall auf der Galerie!)

VB. Emmerling (zur Galerie gewendet): Ich mache aufmerksam, dass Sie sich hier nur als Gäste befinden und nicht in die Verhandlungen einzumischen haben.

GR. Vaugoin (chr. soz.) bespricht nun die Forderungen der städtischen Beamten und Angestellten und vergleicht mit den beantragten Zuschüssen die Teuerungszulagen für die im Kollektivvertrag stehenden Bediensteten, welche Zulagen 300 bis 400 K monatlich betragen, und fährt fort: Es ist ihnen von Herzen verdammt, aber warum denn diese Ungerechtigkeit bei den nicht im Kollektivverträge stehenden Angestellten? Etwa deshalb weil sie sich in einer unpolitischen Organisation befinden? Wir haben städtische Angestellte, bei welchen für jeden eine andere Teuerung gilt; der eine hat eine grosse Teuerungszulage, der andere eine kleine. Der eine bekommt 50 K der andere 400 K. (Rufe bei den Christlichsozialen: Das ist die Gleichheit!) So weit muss es kommen, wenn auf diese Weise Gehälter reguliert werden. Wenn

früher von einer zwischenamtlichen Kommission zur Regulierung der Besoldungsverhältnisse gesprochen wurde, so schauen Sie, dass Sie früher unter den eigenen Angestellten eine gleiche Basis herstellen. (Beifall rechts). Was soll ein Familienvater mit 200 K anfangen?

Ich muss schon sagen, für eine solche Angestelltenfürsorge habe ich kein Verständnis. Da muss einen auch der Gedanke auftauchen, wenn wir es nicht gewesen wären, die am 24. April die Regulierung vorgenommen haben, könnten die Angestellten heute noch darauf warten. (Beifall bei den Christl.-Soz. und Rufe: Sehr richtig!) Ich sehe mich daher bemüssigt, einen Antrag zu stellen und hoffe, dass der Herr Referent auch diesem Antrage zustimmt. Ich beantrage, dass die Punkte A und B (welche sich auf das Ausmass des Vorschusses beziehen) gestrichen werden und an deren Stelle eine einmalige Notstandshilfe von 1000 K gesetzt werde, Rerner, dass der Magistrat beauftragt werde, sofort der Personalkommission, dem Stadt- und Gemeinderate eine entsprechende Vorlage vorzulegen. Ich beantrage auch, dass die 200 K für die Auszüssen der Angestellten erhöht werden und dass ihnen die gleiche Aushilfe von 1000 K gewährt werde.

Zwischenruf bei den Soz.-Dem.: Die Tenaxgelder!

GR. Vaugoin: Die lassen Sie nur in Ruhe! Da werden Sie noch etwas hören!

Zwischenruf bei den Christl.-Soz.: Schmalzgelder! Kriegswuchere! Mit dem Schmalz habt ihr gute Geschäfte gemacht!

GR. Vaugoin: Wollen Sie die Angestellten nicht zu Bettlern degradieren dann nehmen Sie meine Anträge an (Beifall und Händeklatschen bei der Majorität).

Infolge verschiedener Zwischenrufe von der Galerie richtet Vizebürgermeister Emmerling an diese angerichtet die Mahnung, sich nicht in die Verhandlungen einzumischen.

GR. Partik (Christl.-Soz.): Das Letztgenannte war froh, wie die Genossen oben waren!

GR. Wappler (Christl.-Soz.) Die Mehrheit scheint kein Verständnis für die Angestellten zu haben, sonst würden Sie ihnen nicht zumuten, was die Vorlage enthält. Ich habe die Herren von der Mehrheit 20 Jahre ander Arbeit gesehen, wie sie fortwährend mit Forderungen gekommen sind, und wie sie auf der anderen Seite niemals diese Forderungen angeschlagen haben von den leeren Kassen und fortwährend gesagt haben, dass das die Angestellten nichts angeht. Es scheint, dass die Herren vergessen haben, was die 20 Jahre in der Praxis geübt haben. Wenn von Missständen gesprochen wurde, so erkläre ich, dass Missstände nicht vorhanden waren. Fragen Sie die Angestellten, ob Missstände gewesen sind, so wie heute heute haben sie vor dem Rathause Tafeln gesehen: Jakob, Hungerer auch Du? (Rufe bei den Christlich-Sozialen: Sehr gut!) Man ist wirklich unerhört, wenn man auf der einen Seite sagt, wir wollten Witze machen, und auf der

anderen Seite wird die Debatte in so unverantwortlicher Weise geführt.

In der Sache selbst möchte ich bemerken, dass das Komitee, welches vom Staatskanzler eingesetzt ist, nicht die Stimmen der Angestellten zum Ausdruck bringt, der Staatsangestellten z.B. nicht, denn dieses Komitee ist einseitig zusammengesetzt und es sind auf der einen Seite wirkliche Parteivertreter darinne, während andere grosse Organisationen vollständig ausgeschlossen wurde. Daher sage ich, diese Vereinbarungen in dem Komitee entsprechen nicht den tatsächlichen Verhältnissen und darum geht es nicht an, diese Verhandlungen zur Grundlage für die Zuwendungen an die Kommunal-Angestellten zu machen. Die Kommunalangestellten sind mit diesen Abmachungen nicht einverstanden, unso unglaublicher ist es, dass uns eine solche Vorlage präsentiert wird als Ausfluss der Vereinbarungen. Diese Vorlage ist unannehmbar und Sie können den Wünschen nur einigermaßen entgegenkommen, wenn Sie die Anträge des Gemeinderates Vaugoin zum Beschluss erheben. (Lebhafter Beifall bei den Christl.-Soz.)

GR. Schmid Karl (Soz.-Dem.) Ich stelle fest, dass GR. Vaugoin als hervorragendes Mitglied der gemeinderätlichen Personalkommission Gelegenheit gehabt hätte, entsprechend zu den Forderungen der Angestellten Stellung zu nehmen. Das ist aber infolge des Exodus der christlich-sozialen Partei nicht geschehen. Da wir niemand in der Kommission und in dieser Zeit sind die Verhandlungen gepflogen worden. Zu einer Zeit also wo die Herren der Gegenseite nicht dabei waren. (Rufe bei den Sozialdemokraten: Drückeberger waren!) Ich stelle weiter fest, dass die Angestellten der Gemeinde Wien Forderungen höherer Art gestellt haben, und ich stelle selbst als Staatsangestellter fest, dass diese Forderungen von heute mit Rücksicht auf die Preise an sich berechtigt erscheinen; es handelt sich aber natürlich darum, für die Bedeckung dieser Forderungen vorzusorgen (stürmische Rufe bei den Christl.-Soz.: Ah!) Diese Finanzlage der Gemeinde kennen die Herren der Gegenseite ebenso. Die Gemeinde hat sich deshalb an den Staat gewendet, damit er aus seiner Finanzhoheit etwas an die Gemeinde Wien abtritt, damit diese in die Lage kommen kann, die Forderungen ihrer Angestellten zu erfüllen. Die Gemeinde stellt sich in eine Abhängigkeit von Staate und bei diesem Anlass wurde der Gedanke geboren, dass die Angestellten aller öffentlichen Körperschaften eine Neuregelung und Ausgleichung ihrer Gehalte bekommen mögen. Auf Grund dieser Tatsache haben die Verhandlungen unter Führung des Staatskanzlers begonnen und die Angestelltenvertreter der Vertreter ebenso wie des Landes und des Staates haben stillschweigend diese Annäherung zur Kenntnis genommen, d.h. sie waren einverstanden.

Es muss einmal daran gegangen werden, die ungeheure Energieverschwendung, die darin liegt, dass fast von Monat zu Monat die Angestellten Lohnforderungen erheben, zu beseitigen. Das soll in Form eines Zuschlages geschehen. Die Vorlage bedeutet nur einen Vorschuss auf diesen Zuschlag. Nachdem nun auch die manuelle Arbeiterschaft dieser Form des Zuschlages zuneigt, so bedeutet

das eine Angleichung der Bezüge aller arbeitenden Menschen und würde die Revolution und die Republik nichts anderes zu Tage gefördert hätten, als das eine, dass die Löhne aller arbeitenden Menschen ausgeglichen werden, so braucht uns um Schicksalsrepublik nicht bange zu sein. Wenn GR. Vaugoin 1000 K angesprochen hat, so muss man sich fragen, ob der deutschösterreichische Staat dies bezahlen kann, nachdem kaum die 200 K rechtzeitig flüssig gemacht werden können. Denn es ist doch eine wesentliche Bedingung, dass die Angestellten die 200 K, die sie fordern, auch bekommen. Auch wird es sich zeigen ob sich der seinerzeitige Exodus der Christlichsozialen angesichts der vielen Hundert Familien, die die Vorschüsse bekommen sollen, wird rechtfertigen. Auch der Verband der städtischen Angestellten hat zu der Frage Stellung genommen, ob es inoportun erscheint, wenn Gehaltsforderungen gestellt werden, deren Bedeckung zu verweigern. (Rufe bei den Sozialdemokraten: Sehr richtig!) In dem Vorschuss ist nicht eine Besserung der Lebensmöglichkeiten der Angestellten, wohl, aber eine Milderung der ersten Notlage zu erblicken (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

GR. Haider (Christl.-Soz.) weist namens seiner Klubs die Debatte zurück, dass mittels seiner Partei die Galerie bestellt worden sei. Er glaube vielmehr, dass die Galerie selbst das Bedürfnis hatte, zu sehen, auf welche Art und Weise die sozialdemokratische Partei zur in Behandlung stehenden Vorlage Stellung nehme. Weiters entspreche es nicht den Tatsachen, dass seine Partei, wenn der Exodus nicht erfolgt wäre, zu dieser Vorlage rechtzeitig Stellung zu nehmen, in der Lage gewesen wäre, da die Erfahrung lehre, dass bei jeder Gelegenheit, wo sich die christlich-soziale Partei zur Arbeit bereit erklärt und die notwendigen Besserungsvorschläge gemacht habe, diese immer abgelehnt wurden. Weiters weist Redner den Vorwurf, dass die christlich-soziale Partei an dem jetzigen traurigen Zustand schuld sei, zurück und bemerkt, dass beim Abgange der christlichsozialen Majorität die Kassen der Gemeindevorwaltung mit 80 Millionen Kronen bedeckt gewesen seien. Redner verweist darauf, dass er in der Vorlage ein soziales Moment vermisse. Es wäre notwendig gewesen, die Zulagen nach dem Familienstande zu bemessen. Der Referent könne sich vielleicht diesem Standpunkte unbenommen. In Uebri gen bitte er um Annahme der Anträge des GR. Vaugoin.

GR. Erntner (deutsch-nat.) Wir haben uns nie entgegengestellt, dass die Forderungen der Arbeiter zum Beschluss erhoben werden, aber gleiches Recht für alle. Wenn Sie wollen, dass der Arbeiter nicht hungere, so stellen auch wir die Forderungen, der Angestellte soll nicht hungern. Wenn Sie nur jene, die organisiert und in Kollektivverträgen eingeschlossen sind, berücksichtigen, so neigt das einen einseitigen Parteipolitischen Standpunkt. Der Hunger tut den Organisierten wehe, aber auch den Unorganisierten. Ich bin der Ansicht, dass die Vorschläge mindestens zu verdoppeln sind. Geradezu ein Mohr ist es, dass man die alten Pensionisten mit 200 K einmaliger Auszahlung abspelsen will. Ich beantrage dass die Beträge auf mindestens 500 K erhöht werden oder noch besser, dass die einmalige Zuwendung in eine dauernde für die Zeit der Teuerung umgewandelt werde.

GRin Dr. Leitz (Christl.-Soz.) sagt, wenn der Zweck erreicht werden sollte, dass die Gattin und Kinder der Geschiedenen an den Vernohausse partizipieren, sollte der Anteil direkt an die Kinder bzw. der sie beherrschenden Mutter ausbezahlt werden. Sodann wendet sie sich dagegen, dass alle weiblichen Angestellten mit den ledigen männlichen gleichgestellt werden. Wenns müsse sie sich dagegen aussprechen, dass man für die Altpensionisten keine höhere Zulage gefunden habe, noch einen guten Rat wolle Rednerin dem Gemeinderatsmajorität geben, wenn diese keine, es sei unmöglich, den Additionalzuschlag mit Rücksicht auf den Kasstand höher zu stellen, so empfehle sie in Zukunft nicht mehr Gelder zu verschleudern, sondern endlich Gerechtigkeit zu üben.

Auf einen Antrag des GR. Schorach wird Schluss der Debatte angenommen und über Antrag des GR. Isler (Soz.-Dem.) die Wahl von Generalrednern vor-

Herr GR. Kunzebach (Christl.-Soz.) Generalredner werden.

Es wurde hier angeführt, dass der Austritt aus dem Gemeinderate schuld daran war, dass heute keine bessere Vorlage auf dem Tische des Hauses gelegt wurde. Ich muss sagen, Sie spotten Ihrer selbst und wissen nicht wie. Als wir aus dem Gemeinderate ausgezogen sind, haben wir zu hören bekommen, dass es die Bevölkerung so gar nicht empfindet, dass wir weggegangen sind sondern, dass sich die Geschäfte im Stadtrate so glatt und rasch erledigen, dass die Bevölkerung sehr raschen Wunsch äußern wird, dass wir bald ganz draussen bleiben und heute erfahren wir, dass, wenn wir ein paar Tage nicht da sind, Sie keine geschickte Vorlage mehr zusammen bringen. (Lebhafter Beifall bei den Christlichsozialen.) Ich glaube derartig zusammengestellt sollte sich eine Majorität von einem ihrer Redner nicht lassen. Ich ist eine Ausrede, dass die Vorlage besser ausgefallen wäre, wenn wir im Gemeinderate geblieben wären und wenn die Mehrheit wirklich unseren Rat so hoch einschätzt, dann ist ja noch nicht zu spät, denn es sind ja eine Reihe von Verbesserungsanträgen gestellt. Wenn die Mehrheit noch besserungsfähig ist, dann wird auch die Vorlage verbessert werden. (Lebhafter Beifall bei der Minderheit.) Nicht mit Unrecht wurde auf die schwierige Finanzlage der Gemeinde Wien hingewiesen und ich bin der Letzte, der der Gemeinde einen Vorwurf machen würde, wenn sie sich von der Rücksicht auf diese Finanzlage leiten liesse. Aber die Gemeindefinanzen müssen bei jeder Entscheidung des Gemeinderates in Berücksichtigung gezogen werden und nicht nur dann, wenn es gilt nicht alle, sondern nur eine bestimmte Kategorie von Angestellter der Gemeinde Wien zu behandeln. Sie treiben eine Lohnpolitik, wenn man sie so nennen soll, denn es nichts vom Grundsätzen und System zu finden, die man nicht verstehen kann. Sie haben zwei Kategorien von Bediensteten geschaffen, die so-genannten Kollektivverträger und die eigentlichen Gemeindeangestellten, die Parias der Gemeinde. Gegenüber den Kollektivverträgen haben sie ein ziemlich soziales Verständnis und ein weites Herz an den Tag gelegt, ich danke ihnen für dieses Entgegenkommen, aber was man verlangen muss, das ist Konsequenz. Sie haben beim städtischen Elektrizitätswerk Wochenlöhne von 800 K, bei Professionisten, und bei Hilfsarbeitern von 600 K und schauen Sie mit einer Objektivität im Rathause herab, bei wievielen Angestellten Sie nur annähernd solche Bezüge finden, und dann werden Sie doch nicht zu dem Schluss kommen und sagen, Herr Präsident Sie habe erklärt, ein Dreher sei halt mehr als ein geistiger Arbeiter. Ein Hilfsarbeiter ist doch sicherlich nicht mehr - ich will nicht sagen weniger-wie einer der Tausenden städtischen Angestellten, die im Rathause oder in den übrigen Ämtern ihre Arbeit verrichten, ihn gleichgestellt ist doch mindestens jede Abwaschfrau, jede Fensterputzerin.

Die Angestellten verlangen von ihnen nur eine konsequente Haltung und dass Sie ihnen das geben, was Sie den Hilfsarbeitern unter Androhung des Streiks bereitwillig gegeben haben. Damit begeben sie sich ja auf Ihren Standpunkt der Gleichheit. Die Teuerung ist für den Menschen im Rathause dieselbe, wie für den Menschen im Simmering beim Gaswerk und dieses harte Gesetz der Teuerung können Sie doch nicht ausser Acht lassen. Im vorliegenden Falle ist nicht einmal der Hinweis auf die Finanzen berechtigt, denn sie haben den Bediensteten, die unter Kollektivverträgen stehen, Teuerungszulagen bewilligt, obwohl die ganzen Unternehmungen schwer im Defizit sind. Der Staat gibt Ihnen ja 10 Millionen Kronen für die Aktion zu Gunsten der Beamten und diese 10 Millionen Kronen werden meiner Ansicht nach nicht einmal aufgezehrt werden. durch das, was Sie hier beantragen, so dass Sie eigentlich für die städtische Angestelltenschaft gar nicht aus den Kassen gehen. Es wurde hier davon gesprochen, dass wir die schlechte Finanzlage hinterlassen hätten, es wurde an Sauerkraut und Tenax u.s.w. erinnert. Nehmen Sie zur Kenntnis, wir scheuen nicht die Feststellung über Sauerkraut und Tenax wir wünschen nicht, dass Sie die Sache unterdrücken, sondern wir wünschen, dass Sie restlos ehrliche Ziffern in dieser Angelegenheit herausgeben, wogegen wir uns verwehren, das ist, dass Teilerggebnisse vor Abschluss der gen-

zen Besprechung veröffentlicht werden und dass man uns nicht Gekränkelt gibt, uns zur Verteidigung zu setzen auf Grund einer klar formulierten Anfrage und nicht auf Grund von Rufen, zum Teile heute schon wiederlegten Anzeigen (heftige Zustimmung bei den Christlichsozialen).

Ich möchte Ihnen einen Vorschlag zur Güte machen. (Rufe bei den Sozialdemokraten: Danke schön!) Das habe ich erwartet. Es ist mit Ihren Stimmen ein Fond von 10 Millionen Kronen zur Verbilligung der Lebensmittel angelegt worden und dieser Fond ist Zweckbermögen der städtischen Beamtenschaft geworden. Und nun die Sache mit dem Schmalz. Das Schmalz steht mit K 10.-- im Buche und mit K 22.-- wurde es an die Bediensteten abgegeb. (Rufe bei den Christlichsozialen: Hört! Hört!) Von den Bediensteten wurden 22 K eingehoben und von dem 10 Millionenfond wurden 20 Kronen in Abrechnung gebracht. (Rufe bei den Christl.-Soz.: Pfui! Kriegswucherer!) Dieser Fond ist Eigentum der Bediensteten und die Bediensteten mussten mit 22 K das Kilogramm Schmalz bezahlen. Regen Sie auch Bericht über das Sauerkraut vor und ich glaube der erste Bericht wird sehr weit von der Wahrheit daneben gehen. (StR Breitner: Ihr Stadtrat Müller hat ihn unterschrieben) Heute wurde ein Referat über den Sackeverkauf von der Tagesordnung abgesetzt. Eine grosse Anzahl von diesen Säcken sind schon verkauft. (Rufe bei den Christl.-Sozialen: Hört! Skandal!) Zu solchen Manövern geben wir uns nicht her. (Rufe bei den Sozialdemokraten: Wir auch nicht, Das haben Sie gut arrangiert! Was machen Sie da für eine Vorstellung!) Ja, wir sind eingeladen zu einer Vorstellung, wo uns Hampelmänner in Freiheit gressiert, vorgeführt werden.

Vize-Bürgermeister Emmerling: Ich weise diesen Ausdruck zurück.

GR. Biber (christl.-soz.) Aber Recht hat er doch!

GR. Kunschak: Auch ich unterschreibe, was der Vize-Bgm. Emmerling, ~~xxxx~~ gesagt hat, dass sich die Galerie nicht in Verhandlungen einzumischen hat. Aber die Beweggründe der Galerie mache ich mir meine eigenen Gedanken und es wäre gut, wenn das auch Sie tun würden.

Wenn von den Steuern gesprochen wird, zu denen wir die Bedeckung verweigern, wie Sie sagen, so muss man sich auch fragen, welchen Wert die Steuern haben. Wir haben nicht gegen Steuererhöhungen überhaupt Stellung genommen. Man muss sich aber auch fragen, ob das angestrebte Ziel zu erreichen ist, und ob nicht ein guter Zweck damit erschlagen wird. Wir sollen Ihnen unge-

scheut die Mietzinsumlage bewilligen. Da hat eines Ihrer fähigsten Mitglieder, der verstorbene Gemeinderat Winarsky mit den ~~schärfsten~~ schärfsten Worten festgelegt, dass die Besteuerung des Mietzinses als ein Verbrechen gegen die Kultur und die Gesundheit der Bevölkerung zu bezeichnen ist. (Zustimmung bei den Christlichsozialen) Wir nehmen diesen Standpunkt nicht ein, sondern geben Ihnen eine Reihe von Wohnungen, die Luxuswohnungen zur Besteuerung frei. (Rufe bei den Sozialdemokraten:) Nun, was wollen Sie denn ~~dann?~~ Aber Wohnungen bis zu 1200 K sind doch keine Luxuswohnungen!

GR. Bermann: (Soz.-Dem.) Sie wissen, dass diese Mieter 50 bis 60 K pro Jahr zu bezahlen haben.

GR. Rotter (christl.-soz.) Das ist eine Zinssteigerung.

GR. Forstner: (christl.-soz.) Zinssteigern können wohl die Hausherrn besser!

GR. Kunschak: Wir sollen auch der Erhöhung der Strassenbahntarife zustimmen.

GR. Iser: (Soz.-Dem.) Die Sache ist schon längst erledigt. Hätten Sie ~~dahin~~ geredet.

GR. Kunschak: Sie werden mir als einem Anhänger der freien Republik doch noch zugestehen, dass ich rede, was ich will.

Vize-Bgm Emmerling: Aber zur Tagesordnung.

GR. Kunschak: Ich befürchte, dass Sie in dieser Frage die Finanzlage zu retten, den Bogen überspannt haben und den Effekt nicht erzielen. Sie werden sehen, was die Erhöhungen für eine Folge haben werden. Unsere Stellungnahme ist keine faktische.

GR. Beermann (Sozialdem.) Scheinbar doch!

GR. Kunschak: Wenn Sie nicht unter dem Einflusse eines Finanzreferenten stehen würden, der alles vom fikalischen Standpunkte aus betrachtet, dann würden Sie auch anderer Meinung sein. Die Beamten wollen von der Gemeinde nichts Unmögliches verlangen, und werden auch so viel Einsehen haben, ihre Forderungen auf jedee Mass zurückzulegen, die von der Gemeinde noch ertüchtig befunden werden können. (Lebhafter Beifall bei den Christlichsozialen)

GR. Skaret (Soz. Dem. Gezer Iredner pro): Die heutige Sitzung des Gemeinderates erinnert mich an die gute alte Zeit, in der wir hier als Sozialdemokraten mit Ihnen oft um einige wenige Heller Erhöhungen gerauft haben, die Sie Ihren Angestellten und Arbeitern in der Gemeinde zukommen lassen sollten. Wenn ich mir in der ganzen Zeit jetzt Ihre Reden angehört habe, so bin ich erstaunt, wie nach einer so kurzen Spanne Zeit der Beseitigung Ihrer Herrschaft Sie in einer solchen Weise umlernen konnten.

GR. Rummelhardt (chr. sez.): Sie haben leider auch ungelern.

GR. Skaret (Soz. Dem.): Wenn die städtischen Beamten, Lehrer und Angestellten von Ihnen gar nichts wissen würden, wenn die Vergangenheit vollständig ausgelöscht würde, könnte ich mir denken, es ist heute vielleicht noch ein Mensch da, welcher Ihren Worten Glauben schenkt oder eine einzige Ihrer Reden ernst nimmt. (Klatschen links). Sie haben die Beamten, Lehrer und Arbeiter, solange Sie an der Herrschaft waren in einer Weise drangsaliert, die kein zweites Beispiel mehr auf dem Kontinent hat.

GR. Marie Kramer (Soz. Dem.): Deputationen sind vom Bürgermeister hinausgeworfen worden. (Gegenruf: Ist das bei Ihnen noch nicht vorgekommen?)

GR. Skaret (Soz. Dem.): Die Herren haben auch damals immer versucht, die Galerien bei solchen Verlagen zu wattieren, die Sie auf die Galerie hinaufgeschickt haben, dass waren ausgesuchte waschechte Leute, die den Auftrag gehabt haben, von der Galerie herab, eventuell auch uns zu beschimpfen. (Widerspruch rechts). Wenn heute Herr VB. Emmerling eine Mahnung an die Galerie gerichtet hat, sie möge sich in die Verhandlungen nicht einmischen, sind von Ihren Bänken merkwürdigerweise Zurufe „Oho“ gefallen. Wenn Sie da nicht leugnen wollen, dass Ihnen die Sache nicht gemacht verkommt, sehe ich in der Tat nicht, was Sie damit bewerkstelligen wollen. Ich gehöre mit zu denen, die es auf das Tiefste bedauern, dass für unsere Altpensionisten, an dieser Frage nicht mehr gewichen kann, als in der Verlage niedergelegt ist. Wir haben heute nicht mehr so freie Hand in der Frage der Regulierung. Wir haben nicht mehr derartige Löhne, wie Sie seinerzeit gehabt haben. (Zustimmung links) Ich wundere mich, wie ein Mitglied von Ihnen auf dem christlichsozialen Parteitag sagen konnte, Sie haben uns 80 Millionen da übergeben; Sie haben uns Betriebe übergeben, die wir in einiger wenige

Monaten vollständig Bankrott gemacht haben. Ende Mai d. J. haben wir hier die Herrschaft angetreten und eine Verschuldung des Gemeindehaushaltes von 400 Millionen Kronen verpfunden. (Hört! Hört! rufe bei den Sozialdemokraten und Gegen rufe bei den Christlichsozialen). Im November vorigen Jahres waren Ihre drei grossen kommunalen Betriebe bereits vollständig passiv (Widerspruch rechts und wir haben heute eine Verschuldung der Gemeindebetriebe mit ungefähr einer Viertelmilliarde. (Rufe bei den Christlichsozialen: Heute!) Ich habe in den Versammlungen nicht gesagt, daran ist die christlichsoziale Misswirtschaft schuld gewesen, sondern erklärt, die Christlichsozialen könnten heute gar nichts anderes machen, ^{als} was wir heute machen müssen. Diese grosse Verschuldung und alles das, was wir jetzt auf das Volk aufhalsen müssen, ist nicht die Schuld der einen oder anderen Partei, der einen oder anderen Verwaltung, sondern schuld eines 4-jährigen Krieges mit seinen Verwüstungen. (Lebhafte Zustimmung links) Sie gehen heute mit einer Demagogie sendergleichen hinaus und sagen, dass alles ist die Wirtschaft der sozialdemokratischen Partei. Glauben Sie, dass Ihnen das ein Mensch, der noch seine fünf gesunden Sinne beisammen hat, glauben kann? Ich mache denen draussen, denen Sie es in den Versammlungen versagen und die Ihnen zujubeln, keinen Vorwurf; die verstehen es nicht besser. (Zwischenrufe).

Aber wenn Sie die in der Gemeindestube ergraut sind, solche Dinge über die sozialdemokratische Gemeindeverwaltung sagen, wenn Sie so reden, wie heute Kollege Vaugein und wie Kollege Kunschak nach ihm gesprochen hat, dann muss man sagen, hier ist es böse Absicht. (Zustimmung links und Widerspruch rechts). Es ist dies böse Absicht.

GR. Annie Seidel (Soz. Dem.): Demagogie!

GR. Skaret (Soz. Dem.): Es ist Ihre Parteidemagogie und sie versuchen irreführend nach Aussen zu wirken, weil Sie es nicht verwinden können, dass die Wiener Bevölkerung bei den Wahlen nicht hinter Ihnen, sondern hinter den Sozialdemokraten gestanden ist. (Zwischenrufe)

GR. Retter (chr. sez.): Ein Bezirksvorsteher mischt sich da in die Debatte hinein.

Versitzender VB. Winter: Ein Bezirksvorsteher ist zwar hier mehr als die Galerie, aber er darf sich weder auf, wieder noch

GR. Skaret (Soz. Dem.): Sie behaupten, dass Sie keine faktische Opposition machen, wenn Sie glauben, dass das sachliche Opposition ist, so stellen Sie an den Glauben der Bevölkerung ausserordentlich starke Anforderungen. Kollege Kunschak hat gesagt, die ganze Lehnpolitik der Gemeinde Wien habe ein grosses Loch, er verstehe nicht, wieso es kommt, auf der einen Seite freigebig, auf der anderen Seite wieder ausserordentlich knauserig. Ich könnte Ihnen von den vielen Jahren, die ich dort oben gesessen bin und hier die Masse der Christlichsozialen, ein Lied singen, dass ich es sehr häufig nicht verstanden habe. Wenn wir für einen Strassenkehrer, die damals mit 2 K entlehnt werden sind (Lebhafte Hört! Hörtrufe bei den Sozialdemokraten) 1 Krone mehr verlangt haben.

GR. Retter (Chr. soz.): Dafür hat er damals etwas bekommen!

GR. Sofie Gärther (chr. soz.): Damals hat ein Gulasch 12 Kreuzer gekostet.

GR. Skaret (Soz. Dem.): Kommen Sie nicht damit!

GR. Grünbeck (chr. soz.): Dann dürfen Sie nicht mit 2 Kronen kommen.

GR. Skaret: Wir haben durch Jahre hindurch bei allen Budgetdebatten und allen uns anbietenden Gelegenheiten den Antrag gestellt, man möge wenigstens diesen Strassenkehrern, die wirklich nicht auf Rosen gebettet waren, mehr geben. Sie haben gesagt, das ist noch immer besser als im Versorgungshaus. Das waren Ihre Argumente. (Rufe bei den Sozialdemokraten: Christliche Ehrenmänner!) Was hätte für Sie eine Aufbesserung von einer Krone änd er damalige Zeit ausgemacht, die Sie damals in Fett geschwommen sind, die auch den Unternehmungen jährlich 30 bis 34 Millionen den eigenen Kassen der Gemeinde zugewiesen und keine Schulen gehabt haben. Wir haben 400 Millionen Defizit und die Betriebe sind mit einer Viertelmilliarde passiv. Das sind andere Ziffern. Sagen Sie, was würden Sie jetzt in dieser Zeit, in der wir uns befinden, machen, wenn Sie noch an der Herrschaft wären? Wie hätten Sie die Betriebe saniert? Ich glaube, Sie hätten um garnichts anderes arbeiten können, als wie die sozialdemokratische Partei heute in der Lage ist, arbeiten zu können. Da komme ich zu dem, was Kollege Kunschak über die Steuerverlage gesagt hat.

Sollen wir in diesem Jahre mit dem Pensionsdefizit abschliessen, und immer wieder neue Defizite machen? Dass Ihnen die Zinsaufwandssteuer ein Dorn im Auge ist, können wir wohl begreifen, aber was hätten Sie in unserer Lage gemacht. Sie hätten wahrscheinlich die Zins- und Schulkreuzer erhöht. (Widerspruch bei den Christlichsoz.) Was wäre der Fall gewesen? Dass der arme Teufel in seiner Kellerwohnung von der Krone genau soviel Zins heller hätte zahlen müssen, wie der Reiche in seinem Ringstrassenpalais) (Stürmischer Beifall bei den Sozialdemokraten.)

GR. Rummelhardt: (christl.-soz.) Wer sagt Ihnen, dass wir das gemacht hätten?

GR. David (Soz.-Dem.) Was wäre Ihnen den übrig geblieben?

GR. Skaret: Weil Ihr Kollege gesagt hat, man hätte eine gleichmässige Steuer schaffen müssen, die alle trifft. Sie schimpfen draussen, über unsere Steuervorlagen, aber niemand hat noch erklärt, wie wir diese 400 Millionen decken sollen. Wenn Sie heute in diesem Saale in der Stellung, in die Sie der Mangel an Vertrauen in der Wiener Bevölkerung gedrängt hat, heute hier demagogische Reden zum Fenster hinaus gehalten haben, so kann man auf Grund der Erfahrungen, die man aus Ihrer Vergangenheit gemacht hat, sagen: Im Schoosse der Sozialdemokratie sind die Interessen der Arbeiter, der Beamten und Lehrer am allerbesten gewahrt. (stürmischer Beifall bei den Sozialdemokraten.)

GR. Speiser (Soz.-Dem.) führt in seinem Schlusse aus: Ich möchte es am liebsten der Urteilskraft der Angestellten überlassen, die plötzlich aufgetauchte Angestelltenfreundlichkeit von der anderen Seite einzuschätzen. Was die Anregungen der Gemeinderäte Prochaska und Arntner betrifft, so hat ja gewiss der Gemeinderat mit diesen Pensionisten Mitleid.....

Rufe bei den Christlichsozialen: Sie wollen lieber Zulagen, die brauchen nicht Ihr Mitleid.

GR. Speiser: Die wollen Zulagen zu jenen kleinen Pensionen, mit denen Sie die Leute fortgeschädigt haben.

GR. Schmitz (christl. soz.): Geben Sie den Leuten als Zulagen die Pensionen nach dem heiligen Werte, die wir gegeben haben.

GR. Speiser: Es ist schwer in einem Jahre alles das gutzumachen, was Sie in 30 Jahren schlecht gemacht haben. Ich gebe zu, dass die

erhöhten Pensionen heute, ebenso, wie die Bezüge sämtlicher arbeitenden Menschen für die heutigen Lebensverhältnisse unzulänglich sind. Ich muss als Referent die Anträge, die von den Herren gestellt worden sind, leider ablehnen, ebenso die Anträge der Herren Haider und Vaugoin, weil sie der Gemeinde 30 Millionen Kronen kosten würden und die hat die Gemeinde nicht. (Rufe bei den Soz.-Dem.) Vaugoin-Demagogie!

GR. Vaugoin (christl.-soz.) (zu den Sozialdemokraten): Ich habe schon mehr für die Beamten gearbeitet, als Sie alle miteinander.

Der Referent bringt Reden der Gemeinderäte Vaugoin und Kienböck aus dem Gemeinderate vom Mai und Juli d.J. vor, mit denen er dargetut, dass damals erklärt wurde, dass keine höheren Beträge für die Beamten und Angestellten ausgesetzt werden können, weil es die Gemeindefinanzen nicht erlauben. Redner weist auch darauf hin, dass im Juni 1915 für die Angestellten monatliche Teuerungszulagen von 9 K und Kinderzulagen für ein Kind mit 3 K monatlich bewilligt wurden. Diese Teuerungszulage sollten jene Angestellten mit ~~wenigstens~~ höchstens 3000 K Gehalt bekommen. Wenn von Hampelmännern im Saale geredet wurde, so erinnert Referent an die Barrierestücke der Majorität. An dem Zustandekommen der zwischenamtlichen Stelle seien die Christlichsozialen genau so beteiligt, wie die Sozialdemokraten. Wenn gesagt wurde, dass Präsident Seitz erklärt habe, dass ein Dreher mehr sei als ein geistiger Arbeiter, so müsse Redner erklären, dass dies unrichtig sei, da es sein Recht sei einen Abwesenden zu verteidigen, umso mehr, wenn dies der Präsident der Republik ist. Redner betont, dass die Minderheit eine gemüthliche Politik mache, in dem sie sage, dass sie prinzipiell gegen Steuererhöhungen sei. Sie habe aber noch nie gesagt, dass ihr eine Steuer recht sei, weil sie nicht so gemacht wird, wie sie die Minorität haben will. Wenn gesagt wird, dass zwei Zimmer, Kabinett und Küche in der Mietzinsverlage als Luxuswohnung ~~an~~ angesehen werden, so betont Referent, dass an diesen

Zustand die frühere Verwaltung schuld sei. Infolge der Politik dieser Verwaltung ist eine solche Wohnung eine Kuxuswohnung. Was dem Finanzreferenten Breitner anbelangt, der alles vom ^{fiskalischen} Standpunkt aus betrachte, sagt Redner, dass die Mehrheit die Arbeit und die Bestrebungen des GR. Breitner voll verstehe und dass sie seine schweren Sorgen um die Finanzen der Stadt voll würdige. Gegen ungerechtfertigte Angriffe müsse er verteidigt werden.

Sie haben vor 30 Jahre lang versprochen und nichts gehalten, wir aber haben vor einem halben Jahr versprochen und einen grossen Theil des heute möglichen schon eingelöst und sind an der Arbeit immer mehr von dem durchzuführen, was wir versprochen haben. Wir würden nur wünschen, dass eines in Erfüllung gegangen wäre, was Sie uns versprochen haben und auf welchem Punkt wir immer stossen: Sie haben uns den Sieg versprochen und haben uns ins Unglück geführt. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten. - Gegenrufe bei den Christlichsozialen: Das glaubt Euch keine Kuh mehr in Wien! Ihr habt Euch der Herbeiführung, der Niederlage und des Zusammenbruches gerühmt!) Ich vertrete die Vorlage mit freudigen Herzen sondern nur deshalb, weil wir nicht mehr Geld und nicht mehr machen können. Wir haben die Angestellten, Arbeiter, Lehrer und Beamten dieser Stadt politisch befreit und wir werden arbeiten, alle ehrlichen Menschen dieser Stadt auch wirtschaftlich zu befreien. Darauf ist eine solche Vorlage natürlich nur eine kleine Anzahlung, aber Sie haben die kleine Anzahlung zu einem politischen Kampf benützt und daher mussten wir mit Ihnen politisch abrechnen. (Lebhafter anhaltender Beifall bei den Sozialdemokraten).

Nach einer tatsächlichen Berichtigung des GR. Vaugoin (chr. soz.) werden bei der Abstimmung alle Abänderungs- und Zusatzanträge abgelehnt und der Referentenantrag angenommen.

Die öffentliche Sitzung wird hierauf geschlossen.

Wiener Rathaus-Korrespondenz

Herausgeber und verantwortl. Redakteur Franz Michen.
Wien, 1., Neues Rathaus.

1. Ausgabe.

25. Jahrgang, Wien, Samstag, den 29. November 1919, Nr. 467.

Abgabe von Speiseöl. Vom 1. bis 7. Dezember werden bei den städtischen Butter abbestellen und bei den Konsumentenorganisationen 12 dkg Speiseöl pro Person zum Preise von K 8.40 abgegeben.

„Zewiverba“. Ab Mittwoch, den 3. Dezember, 1/4 kg Mehl, 12 dkg Oel. Sämt die laufenden Artikel.

Zur Brandkatastrophe in Markgraf-Neusiedl. Zu den hierüber erschienenen Meldungen wird festgestellt, daß die 8 Sanitätswagen und der Rüstwagen über Auftrag des Bürgermeisters Reumann und nicht des Magistrates an die Unglücksstelle entzündet wurden. Der Bürgermeister wurde gestern um 1/8 8 Uhr früh telefonisch in seiner Wohnung angerufen und um Hilfeleistung gebeten. Er hat sofort das Nötige verfügt. Ueber weitere Verfügung des Bürgermeisters wurde auch vom Stadtphysikat mit der Rettungsgesellschaft in Verbindung getreten, worauf auch diese Sanitätswagen nach Markgraf-Neusiedl entsandte. Es wird auch darauf aufmerksam gemacht, daß in der städtischen Sanitätsstation X., Arsenalstrasse 2 ein Permanenzdienst von 7 Uhr abends bis 8 Uhr früh eingerichtet ist, an die man sich in Unglücksfällen unter den Telefonnummern „54470 und 54530“ direkt wenden kann.

Kartoffelabgabe. Von Sonntag bis Mittwoch werden im I. und IV. Bezirkeitalienische Kartoffeln zum Preise von K 4.80 per kg, im II., III., V., VI., VII., VIII. und IX. Bezirke jugoslawische Kartoffeln zum Preise von K 4.34 per kg, und zwar 1/2 kg pro Kopf gegen Abtrennung des Buchstabens „B“ der Kartoffelkarte ausgegeben.

2. Ausgabe.

25. Jahrgang, Wien, Samstag, den 29. November 1919, Nr. 468

Strassenbahnlinie 57. Von Montag an wird die Linie 57 von der Eschenbachgasse durch die Gumpendorferstrasse und Sechshausenstrasse nach Hietzing nur mehr bis zur Neuen Welt (anstatt zur Verbindungsbahn in Unter St. Veit) geführt werden.

Die neuen Fahrpreise für die Kraftstellwagen. Montag traten die im Gemeinderat beschlossenen erhöhten Fahrpreise auf den Linien der Kraftstellwagen in Kraft. Sie betragen für eine Teilstrecke K 1.20, für zwei Teilstrecken K 2.-- für 3 Teilstrecken K 2.50, für 4 Teilstrecken K 3.--, für 5 Teilstrecken K 3.50 und für 6 Teilstrecken K 4.--. Die Kinderfahrpreise betragen bis 3 Teilstrecken K 1.-- und für mehr als 3 Teilstrecken K 2.--. Für die Nachtarife ist das Doppelte der Tagstarife zu zahlen, jedoch für eine Teilstrecke K 3.--. Der Gepäcktarif für ein Gepäckstück bis zu 3 Teilstrecken beträgt K 1.--, über 3 Teilstrecken K 2.--.

Die Holzaufbringung der Gemeinde Wien. Die Gemeinde macht alle Anstrengungen, um das für sie in Niederösterreich beschlagnahmte Holz zu fällen und nach Wien zu bringen. Zunächst wird versucht, das in der Nähe von Wien zugewiesene Holz zu bekommen. Ausser den Bezirke Hietzing und Umgebung, über dem schon berichtet wurde, kommen hierbei besonders die Bezirke Tulln, Baden und Bruck a.d. Leitha in Betracht. Auch dort ist schon viel geschehen, wie Bgm. Reumann dem Stadtrat berichten konnte.

Im Tullnerbezirk, welcher an zweiter Stelle für die Brennholzversorgung Wiens in Betracht kommt, sind bereits Abmachungen wegen Holzbringung mit dem Stifte Klosterneuburg und der Stadtgemeinde Klosterneuburg getroffen und von beiden Stellen bereits an 2000 Raummeter übernommen worden. Die Abfuhr des Holzes ist im Zuge und erfolgt durch Lastkraftwagen der Gemeinde Wien. Im Stifte Klosterneuburg wurden ausserdem auf dem Wiener Stadtgebiete aus den Auen an der Wagramerstrasse 1158 Raummeter erzeugt, übernommen und zur Verfrachtung übergeben. Der Unternehmer ist verpflichtet, das Gesamtquantum bis zum 13. Dezember 1919 einzuliefern. Im Tullnerbezirk sind weiters von der Liechtenstein'schen Gutsverwaltung in Hadersfeld 4000 Raummeter zur Lieferung vorgeworben, hievon 1000 Raummeter bereits erzeugt. Die Bringung ist ebenfalls bereits vorgehen.

Im Bezirke Baden hat das Stift Heiligenkreuz eine Lieferpflicht von rund 15.000 Raummeter, von denen bereits bisher 11.000 Raummeter erzeugt sind und die Erzeugung rasch fortschreitet. Die Abfuhr des Brennholzes erfolgt mit Lastkraftwagen des Unternehmers Donnath zur Station Pfaffstätten. Es wurden bisher 2.500 Raummeter bahnverladen. Zur Beschleunigung dieser Abfuhr wurde verfügt, dass auch 2 Lastkraftwagen der Gemeinde Wien eingestellt werden und noch im Laufe dieser Woche bei der Abfuhr tätig sind. Dadurch wird diese grosse Menge Holz in der kürzesten Zeit in Wien einlangen können.

Im politischen Bezirke Bruck a.d. Leitha werden die von der Bezirkshauptmannschaft vorgeschriebenen Kontingente von ursprünglich 40.000, jetzt 15.000 Raummeter, durch den Forstrat Pecina als Unternehmer der Gemeinde Wien aufgebracht. In diesen Bezirke wurden bereits 2000 Raummeter übernommen und sind die Bahntransporte eingeleitet. Ausserdem langen täglich aus dem Brucker-Barrackenlager Brennholzmengen ein, welche im Sommer l.J. bei der Auflösung käuflich erworben wurden.

Für die Holzaufbringung wurden von Stadtauante bisher 20 Kraftwagen samt Anhängern zur Verfügung gestellt. Bei der Benützung dieser Wagen ergaben sich infolge der überaus ungunstigen Witterung wiederholt Havarien, sodass derzeit eigentlich nur 9 im Betriebe stehen. Im Laufe der nächsten Tage werden weitere 2 Autos eingestellt, im Laufe der kommenden Woche wird es jedenfalls möglich sei, dass sämtliche Lastkraftwagen beschäftigt sind. Eine weitere Inanspruchnahme des Lastkraftwagenbetriebes der Gemeinde Wien ist voraussichtlich; es erscheint notwendig, wenn noch weitere Lastkraftwagen der Holzverfrachtung bereitgestellt werden sollen, dass diese Wagen von andern Transporten entbunden werden.

Die Bemühungen der Gemeinde Rüssern sich auch schon in grösseren Brennholzzufuhren, die freilich für den ungeheuren Bedarf der Stadt Wien auch nicht annähernd ausreichen, aber doch das Zeugnis einer grossen geleisteten Arbeit bilden. Die Brennholzzufuhr nach Wien, die in der ersten und zweiten Novemberwoche, insbesondere wegen der Bahnperrre, einen ausserordentlichen Tiefstand auswies, hat sich in der dritten und besonders in der vierten Novemberwoche wesentlich erhöht. In der vorigen Woche betrug der Wochen-einlauf mit der Bahn insgeamt 562 Waggon Brennholz gegen 241 Waggon in der ersten Novemberwoche. Auch der Einlauf auf den städtischen Holzlagerplätzen hat sich in der vorigen Woche auf 3062 Raummeter bediffert, gegen 1499 Raummeter zum Beginne des Monats November. Mit dem Fortschreiten der Organisation der Holzaufbringung, steigt natürlich auch die Holzzufuhr. Dieser Organisation türnen sich allerdings ungeheure Schwierigkeiten entgegen, aber der Energie und Fähigkeit wird es schliesslich gelingen, für Wien doch jene Holzmenge zu erringen, die unter den gegebenen technischen Vorbedingungen überhaupt zu erreichen möglich ist. Einen Ersatz für die fehlende Kohle vermögen freilich auch die grössten Erfolge in der Holzzufuhr nicht zu erringen.

Aus dem Stadtrate. STR. Rudolf Müller (Soz. Dem.) berichtete über die Umpflasterung der Windmühlgasse mit geräuschlosem Pflaster. Er trat dafür ein, die Umpflasterung erst dann vorzunehmen, wenn günstigere wirtschaftliche Verhältnisse eingetreten sein werden, weil die Kosten der Umpflasterung gegenwärtig zu hoch sind. Dem Antrage wurde zugestimmt. Nach einem Antrage des STR. Hellmann (Soz. Dem.) wird dem Ansuchen des christlichsozialen Arbeiterrates wegen Ueberlassung eines Lokales in der Schule Alserbachstrasse 23 keine Folge gegeben.

Sitzungen im Rathaus. Der Stadtrat hält Mittwoch und Donnerstag vormittags Sitzungen ab. Der Gemeinderat tritt Freitags nachmittags um 4 Uhr zu einer Geschäftsitzung zusammen.

Nährmittelaubussen für Kinder. In dieser Woche kommen die Nährmittelaubussen für Kinder für den November zur Verteilung. Bezugsberechtigt sind nur Kinder bis zum vollendeten 2. Lebensjahre, jedes Kind bekommt 1/2 kg Mehl und 1/2 kg Maigries. Vorzuweisen sind die Mehlbezugskarte, abgetrennt wird der Abschnitt 1 der violetten, bezw. gelben Milchkarte. Mehl und Maigries kosten K 5.40 pro kg. Die Leitungen der Konsumentenorganisationen haben sich wegen Zuweisung des Bedarfs der Nährmittelaubussen an das Bezirkswirtschaftsamt Stelle 2 zu wenden.

Die Versicherungsgebühr für die Wiener-Hausgehilfenkrankenkasse. Montag beginnt bereits der Termin für die Einzahlung der Versicherungsgebühr für die Hausgehilfenkrankenkasse. Der Stadtrat hat für das Jahr 1920 die zu leistende jährliche Versicherungsgebühr von K 15.-- für jeden angemeldeten Hausgehilfen festgesetzt.

Erhöhung der Metallgaspreise. Infolge ausserordentlicher Erhöhung der Rohmaterialpreise und der Preise für Koks werden in sämtlichen Metallgasereien Wiens ab 1. Dezember die bisher bestandenen Metallgaspreise vorläufig um 60 % erhöht.